REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

# analyse & kritik

Nr. 318 · 30.4.1990

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 46 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

# Inhalt


1. Die Krise des Thatcherismus und die Domestizierung der Labour Party, von Eckard Voss
2. Ein Einwanderungsland will keins sein Das neue Ausländergesetz schreibt alten Rassismus fort
3. Erst die Arbeit - und dann? - Zu den Tarifverhandlungen in der Metall- und Druckindustrie
4. Nie wieder Deutschland Kommt zur Demonstration am 12. Mai nach Frankfurt
5. Unsere "lieben Landsleute"... Über Flucht, Vertreibung und Einwanderung
6. Exportschlager Bullenstaat
7. Deutsche Einheit 1:1, 1:2...: Die einen zahlen den Preis, die anderen tragen die Kosten
8. KPD-Verbot gilt auch nach der Wiedervereinigung
9. Der Vertrag, aus dem der Staat gemacht wird
10. Anschluß mit Übergängen - DDR und "Europäische Gemeinschaft"
11. PDS - Sozialdemokratische Falle oder positive Herausforderung?
12. PDS - eine gesamtdeutsche sozialistische Massenpartei?
13. Zu den Ergebnissen der Volkskammerwahl und zur Vorbereitung der Kommunalwahl, von André Brie/Parteivorstand der PDS
14. "Unsere Partei stellt sich der Geschichte" - Antwort von Gregor Gysi auf die Regierungserklärung von de Maiziere
15. Energiewende in der DDR oder Übernahme durch das BRD-Monopol? von Erika Romberg
16. Giftgasabtransport - nur noch ein Problem für "Unruhestifter"?
17. All tid goode wind Neues zu den Atomtransporten mit dem Frachter Godewind
18. Der Traum von Großdeutschland - Die "deutsche Revolution" im Spiegel der neofaschistischen Presse
19. Europa im Datennetz - Über die Vereinheitlichung von "innerer Sicherheit" und des technischen Standards
20. Wenn Eisessen anklagerelevant wird Prozeß gegen Luitgard Hornstein
21. Antwort von Eva Haule an die AG Kommunikation Frankfurt/M.
22. "... aber die Antworten immer schon parat" - eine Antwort aus der Hafenstraße auf Christian Geißlers "Dissonanzen" (ak 316)
23. Leben in Moskau: Tauschwirtschaft statt Perestroika von Hannes Hofbauer
24. Thatcherismus und neue Armut in Polen von Sabine Roisch, MdL DIE GRÜNEN, Hannover
25. "Wir haßten die Araber nicht - wir ignoierten sie" Interview mit Tikwa Parnass/altern.Infocenter
26. "Green Fields" - Intifada als Kulisse Eine Filmbesprechung
27. "Wir sind doch alle Türken" Allparteienkoalition gegen kurdische Identität
28. Jetzt Verhandlungen statt Dialog? Die Dialogpolitik der FMLN: Die Verhandlungsrunde in Genf (April 1990)
29. Erklärung von Pérez de Cuéllar (Generalsekretär der UNO) zum Verhandlungsprozeß zwischen der Regierung und der FMLN
30. Dokumentation der Austrittserklärung von Ebermann/Trampert/Bott/Schmidt&Co: "Wir verlassen die Grüne Partei"
31. Familienstreit mit tödlichen Ausgang? Grüne Aufbruch-Realos zwischen Durchbruch und Ausbruch
32. Programmatische Thesen der Partei des demokratischen Sozialismus/Hessen
33. Bundesweit: Netzwerk Sozialistisches Forum gegründet Dokumentation der Vereinbarung Netzwerk SF
34. BRD-Linke und die "doitsche Frage"
35. Irrtum, Gorbatschow zum DDR-Anschluß
36. Kongreß Radikale Linke
37. DDR-Liquidierung
38. Schnüfflerstaat 350.000 Schweizer fordern Akteneinsicht
39. Kalender
40. Infos zur Demo am 12. Mai

41. PDS der DDR - eine Herausforderung für die BRD-Linke
42. GewerkschafterInnen gegen Nationalismus und Annexion der DDR
43. Ein Einwanderungsland will keines sein
44. Erst die Arbeit - und dann?
45. Wir geben uns die Ehre
46. In eigener Sache

# 1. Die Krise des Thatcherismus und die Domestizierung der Labour Party, von Eckard Voss

Rubrik: Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:06

Die herrschende konservative Öffentlichkeit sorgt sich gegenwärtig um die Innere Sicherheit des britischen Kapitalismus und dessen Galionsfigur Margaret Thatcher. Von "Tagen des Zorns" und Revolten einer wütenden "Unterklasse" spricht das US-Nachrichtenmagazin "Newsweek" in einer ausführlichen Titelstory und meint damit vor allem die militanten Demonstrationen gegen die Kopfsteuer oder die Revolten in Strangeway und anderen Knästen.

Daß die Premierministerin in den "Unterklassen" nicht Bewunderung, sondern Abneigung und Zorn auslöst, ist wahrlich nichts neues und würde sicherlich in "Newsweek" keine Erwähnung finden. Der Hintergrund der besorgten Berichte über Großbritannien, die zur Zeit vor allem durch die konservative Presse gehen, ist vielmehr eine generelle Krise der Hegemonie des Thatcherismus, wie sie bislang noch nicht dagewesen ist.

Die eiserne Lady hat Rost angesetzt und befindet sich in der Defensive, die sinnbildlich an dem massiven Zaun zum Ausdruck kommt, der vor einigen Wochen an der Einmündung der Downing-Street errichtet wurde und den die Polizei bei der Demonstration gegen die Kopfsteuer am 31.3. nur mühsam gegen militante Angriffe verteidigen konnte.

Meilenweit vom Höhepunkt ihrer Popularität nach dem Falkland-Sieg im Juni 1982 entfernt, ist Thatcher heute die unbeliebteste Premierministerin in der Geschichte der britischen Meinungsforschung. Für die konservative Partei wird das früher wichtigste Wahlmotiv mehr und mehr zum Hindernis. In der Meinungsskala lagen die Tories Anfang April bei 28% (Labour 52%) und viele der 373 Abgeordneten fürchten um ihren Unterhaussitz, wenn sie bei der Wahl 1992 noch einmal mit Thatcher an der Spitze ins Rennen sollen.

Die Existenzängste vieler konservativer Hinterbänkler können es durchaus möglich machen, daß Thatcher auf dem kommenden Parteitag das gleiche Schicksal ereilt, wie ihrem Vorgänger Heath: Gegen den war sie 1975 als "Strohfrau" ins Rennen geschickt worden, allein mit dem Ziel, den unbeliebten Vorsitzenden loszuwerden. Überraschenderweise siegte sie dann nicht aber nur über Heath, sondern auch noch über drei andere Kandidaten und konnte auf diese Weise ihre Karriere als Domina des britischen Konservatismus beginnen. Heute hat sich um abservierte Ex-Minister wie Ian Gilmour, Geoffrey Howe oder Nigel Lawson eine Anti-Thatcher-Fraktion formiert, die in dem Ex-Verteidigungsminister Michael Heseltine (mußte 1986 nach der Affäre um den Verkauf der Waffenschmiede Westland gehen) auch schon einen gemeinsamen Nachfolgekandidaten gefunden zu haben scheint.

Es gibt mehrere Gründe, die zur bislang ernstesten Krise des Thatcherismus geführt haben und deren Zusammentreffen heute Endzeitstimmung im rechtskonservativen Lager aufkommen läßt: die Kopfsteuer als bislang unpopulärste Maßnahme; die Person Thatcher selbst; die Wirtschaftskrise, die nicht mehr nur die Armen und sozial Schwachen trifft, sondern zunehmend auch Thatcher-Wählerschichten erfaßt.

Wirtschaftskrise

Der konservativen Regierung ist es nicht gelungen, die Folgen der Anfang der 80er durch den eigenen Monetarismus forcierten Rezession, vor allem Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit (offiziell 3,3 Millionen - rechnet man die durch 17 Änderungen der Statistik herausgefallenen Menschen hinzu, sind es annähernd fünf Millionen, auch nur annähernd aufzufangen. Im Gegenteil, mit ca. 11 Millionen Menschen leben heute mehr Menschen als jemals zuvor seit den 30er Jahren an und unter der Armutsgrenze. Das alles wäre den rechten kein Problem, wenn nicht die Merkmale der "britischen Krankheit", deren Kurierung die Neue Rechte ja immer als ihre Hauptaufgabe begriffen hat, heute wieder überall sichtbar würden: Zehn Jahre freiwillige IMF-Roßkur mit Haushaltskürzungen in den bekannten Bereichen, Subventionsabbau, Deindustrialisierung und Arbeitslosigkeit haben nicht verhindert, daß die Inflation bei 8% liegt, das Handelsbilanzdefizit mit 15 Mrd. Pfund alle Rekorde bricht, die Stabilität des Pfundes mit Zinsen von 15% erkauft werden muß und die Wachstumsraten am unteren Ende der europäischen Skala liegen.

Die gegenwärtigen Entwicklungen der Ökonomie treffen den konservativen "Volkskapitalismus" besonders empfindlich, weil nun auch die eigene Klientel betroffen ist: Die bislang konservativ wählenden Millionen von

Menschen z.B., die in den letzten Jahren ihre Häuser gekauft haben, müssen mehr und mehr Geld für Hypothekenzinsen bezahlen, die sich seit Mitte der 80er verdoppelt haben; Inflation und damit verbundene Preissteigerungen verschärfen die Lohnkonflikte und schmälern die Profite; usw. usw. Zusammengenommen beginnt sich die Masse der ca. 60% Thatcherismus-Gewinnler in seine Bestandteile aufzulösen, da der materielle Vorteil schwindet.

Kopfsteuer

Für das bislang größte politische Desaster der Thatcher-Regierung sorgte aber nicht die desolate Wirtschaftslage, sondern die Kopfsteuer, im konservativen Sprachgebrauch "Community Charge", die zum 1.4. in England und Wales eingeführt wurde. Als einheitliche Abgabe für alle Briten zwischen 18 und 65 soll sie die alte Gemeindesteuer, die pro Haushalt und einkommensabhängig festgesetzt wurde, als wichtigste Einnahmequelle der Kommunen ersetzen. Ziel ist es, die Gemeindefinanzen besser kontrollierbar zu machen und einen größeren Teil der lokalen Ausgaben auf die Bevölkerung abzuwälzen. Die Kopfsteuer steht hier am Ende einer langjährigen Auseinandersetzung zwischen konservativer Regierung und Gemeinden über Kontrolle und Höhe der Ausgaben.

Die schon jetzt rigide Praxis (z.B. Strafen bei Überschreiten der zentralstaatlich festgelegten Ausgabenhöhe), wird von der neuen Steuer noch um Längen übertroffen. Fortan soll ein Mitglied des Königshauses oder ein Spitzenmanager den gleichen Betrag zahlen wie ihre Angestellten. Prinzessin Anne z.B., die bislang für ihr Gatcome Park Anwesen jährlich ca. 10.000 Pfund Steuern zahlte, wird zukünftig lediglich mit 606 Pfund veranschlagt - so viel oder so wenig wie alle anderen in ihrem Wohnbezirk auch. Diese massive Umverteilung der Steuerlast von Reich zu Arm findet jedoch nicht nur auf vertikaler, sondern auch auf horizontaler Ebene statt. Da sich die Höhe der Kopfsteuer nach der Höhe der jeweiligen Bezirksausgaben richtet, muß in ärmeren Bezirken mehr bezahlt werden, als in Bezirken, in denen der lokale Sozialstaat weniger gefordert ist. So sollen die Bewohner des Londoner Stadtteils Hackney, einem der ärmsten der Metropole, zukünftig 572 Pfund bezahlen, die im benachbarten Barnet (Thatchers Wahlkreis) aber nur 338 Pfund.

Politische Isolation

Der Massenprotest gegen die Kopfsteuer reicht weit ins konservative Lager hinein und scheint einige Aussicht auf Erfolg zu haben. In Schottland, wo das neue System vor einem Jahr eingeführt wurde, verweigern bereits eine halbe Million die Zahlung, darunter viele Tories und Kleingewerbetreibende. In Oxfordshire traten 18 konservative Gemeinderäte aus Protest gegen die Steuer aus der Partei aus, und es spricht vieles dafür, daß die Kommunalwahlen Anfang Mai für die Tories zum landesweiten Desaster werden. Aber nicht nur in der Frage der Kopfsteuer sieht sich Thatcher heute in einer einsamen Position. Seitdem sie sich im letzten Jahr wegen Differenzen in der Frage des EG-Binnenmarktes und des europäischen Währungssystems von den beiden populären und nach ihr wichtigsten Architekten des Thatcherismus, Geoffrey Howe (Außenminister) und Nigel Lawson (Finanzminister) getrennt hat und sich heute mit loyalen aber farblosen Mimen umgibt, ist sie zunehmend in die Isolation geraten.

Schwerer als all das wiegen jedoch die durch zehn Jahre Rechtskonservatismus und Neoliberalismus geschaffenen sozialen Probleme: Knastrevolten und innerstädtische "Riots" gehörten von Anfang an zur Realität des Thatcherismus, werden aber zunehmend militanter und sind mit den bisherigen autoritären Mitteln wie polizeiliche Aufrüstung (CS-Gas Einsatz, Gummigeschosse, Aufstandsbekämpfungstraining), Gesetzesverschärfungen (Criminal Evidence Act 1984, Public Order Act 1986), dem größten Knastbauprogramm aller Zeiten (bis Ende der 90er Jahre sollen 20 neue Gefängnisse entstehen) oder dem regelmäßigen Ruf nach der Todesstrafe (z.B. vom jetzigen Innenminister David Waddington), nicht mehr in den Griff zu kriegen. Durch eine ganze Reihe von Justizskandalen und Aufdeckungen von Folter in Polizeiverhören ist der Apparat selbst krisengeschüttelt. Mit 50.000 Gefangenen (1987) liegt Großbritannien direkt hinter der Türkei an der Spitze in Europa - ein noch so umfangreiches Knastbauprogramm kann mit der Geschwindigkeit, mit der die Menschen in Großbritannien unter den Neuen Rechten eingesperrt werden, nicht mithalten.

Heute stehen die Knäste und die in ihnen herrschenden "3. Welt-Verhältnisse" (Independent) - 2/3 aller Zellen sind überbelegt, nur 4% haben sanitäre Versorgung - im Blickpunkt der Öffentlichkeit, 1985 war es die Situation der Innenstädte, nach den U-Bahn und Zugunglücken von Kings Cross 1987 und Clapham 1988 war

es der Zustand des Verkehrssystems und regelmäßig zur Weihnachtszeit sind es Armut und Obdachlosigkeit, die entdeckt werden. Von der liberalen und auch konservativen Presse wird das Bild einer "reparaturbedürftigen Gesellschaft" gezeichnet - ein Zeichen dafür, daß die Kosten der thatcheristischen Herrschafts- und Regulierungsvariante langsam zu teuer werden und die Zeit reif ist für einen Richtungswechsel. Die Radikalität des Thatcherismus entspricht dem Ausmaß der Krise, die 1979 die Labour-Regierung hinwegfegte. Der Monetarismus der Callaghan-Regierung nach 1976 war in der eigenen Partei und den Gewerkschaften zu umstritten, als daß er hätte durchsetzen können, was aus der Sicht des Kapitals notwendig war: Disziplinierung der Gewerkschaften, Deregulierung der Arbeits- und Kapitalbeziehungen, Sozialabbau und andere Maßnahmen wie Privatisierungen, Steuerreform etc. Deshalb die Wende zum Thatcherismus. Zehn Jahre danach ist die Situation eine andere: Das, wofür die autoritär-neoliberale Rechte gebraucht wurde, ist zum großen Teil erreicht: die Gewerkschaften sind als politische Veto-Macht zerstört und auf das Organ der betrieblichen Interessensvertretung (durchaus auch im Interesse der Unternehmen) reduziert; der industrielle verstaatlichte Sektor und Teile des Sozialstaates (Wohnungsbau) sind privatisiert, es hat eine Kapitalkonzentration ohne Beispiel in der britischen Geschichte stattgefunden, steuer- und finanzpolitische Restriktionen sind abgeschafft. Heute liegt die Bewältigung der schlimmsten Folgekosten dieser massiven Umstrukturierung an, vor allem im Wohnungsbau, im Gesundheits- und Bildungswesen und in der Regulierung der wachsenden Armut. Aufgaben, für die ihrem Wesen nach die Sozialdemokratie zuständig ist (d.h. die soziale Frage so zu behandeln, daß sie nicht zur Frage des Kapitalismus wird).

"Erneuerung" der Labour Party

Die Krise der britischen Labour Party - Abspaltung des rechten Flügels, Wahldesaster 1983 und drohender Absturz in eine 20% Partei, Mitgliedsabwanderung und politisch-programmatische Zersplitterung -, die dazu führte, daß sie 1979 bis 1987 als Opposition praktisch nicht präsent war, ist vor allem Ausdruck des Bankrotts des rechten Regierungs- und Führungsflügels der Partei gewesen. Dieses Machtvakuum an der Spitze der Partei, das durch die Rechtsabspaltung der SDP noch vertieft wurde, ermöglichte Anfang der 80er Jahre der Parteilinken einige bescheidene Erfolge wie die stärkere Anbindung der Führungsgremien und der Parlamentspartei an die Basis, das Bekenntnis zur einseitigen Abrüstung oder zum staatlichen Wirtschaftssektor, stellte aber keine grundsätzliche Wende nach Links dar, wie oft unterstellt wurde. Denn bereits nach dem Wahlfiasko 1983 (mit 28% der Stimmen absoluter Negativrekord seit 1918) war klar, daß die ersehnte Rückkehr zur Macht nicht über "sozialistische Erneuerung" sondern über ein Bad Godesberg führen sollte. Die dazu notwendige innerparteiliche Kräftekonstellation besiegelte die Wahl Neil Kinnocks zum Parteivorsitzenden: mit dem Wunschkandidaten der "pragmatischen" ("soft") Linken um Politiker wie Ken Livingstone (Vorsitzender des Greater London Council), David Blunkett (Sheffield City Council, heute beliebtester Kommunalpolitiker) oder Frances Morell (ehemalige Leiterin der Londoner Schulbehörde) konnte die alte und neue Rechte (v.a. Parteivize Roy Hattersley und Schattenaußenminister Dennis Healey) gut leben, zumal sie die Isolierung der "fundamentalistischen" ("hard") Linken um Tony Benn, Eric Heffer und Dennis Skinner verstärkte.

Was nun begann, war eine Beseitigung vermeintlich unpopulärer, weil sozialistischer Altlasten wie das Bekenntnis zu einem starken staatlichen Industriesektor, einseitige Abrüstung oder das Vorhaben, alle Gewerkschaftsgesetze der Konservativen zurückzunehmen. Gleichzeitig wurde eine jahrelange Kampagne gegen Mitarbeiter der trotzkistischen Zeitung "Militant Tendency" gefahren und mit großem Wirbel 1987 acht bekannte Liverpooler Aktivisten der Gruppe aus der Partei ausgeschlossen. Der Wahlkampf 1987 wurde dann mit Ausnahme des Bekenntnisses zur einseitigen Abrüstung mit einem ebenso moderaten wie konturlosen Programm bestritten. Die mageren 30,8% wurden von Kinnock mit einem zu langsamen Modernisierungsprozeß erklärt und - natürlich - mit Unklarheiten in der verteidigungspolitischen Konzeption (vor 1983 war Neil Kinnock einer der vehementesten Verfechter eben dieser Konzeption). Unter dem Slogan "Labour Listens" wurde der Parteibasis eine zweijährige Umdenkungsperiode verordnet und 1988 vom Parteivorstand eine "Erklärung zu Zielen und Werten" herausgegeben, die erstmals den Begriff "Angebotssozialismus" als Alternative zum traditionellen keynesianischen "Nachfragesozialismus" in die Diskussion bringt. Den vorläufigen Schlußpunkt bildete auf dem letztjährigen Parteitag die Verabschiedung des neuen Programms "Britain in the World".

Die klare Ausrichtung an der bundesrepublikanischen Sozialdemokratie Lafontainescher Prägung scheint sich auszuzahlen: erstmals bei einer nationalen Wahl lag Labour bei den Europawahlen im Juni 1989 mit 40,2% wieder vor den Konservativen (34,1%) und ist heute wieder die sichere Nummer 2 in der britischen Parteienlandschaft. Ob dieser Aufwärtstrend jedoch der "Sozialdemokratisierung" zu verdanken ist, mag bezweifelt werden - Kinnock schuldet der Krise des Thatcherismus und den Flügelkämpfen der Tories wohl mehr Dank als den Programm- und Public Relationsstrategen seiner Partei. Denn das neue Programm enthält herzlich wenig Konkretes über die Erneuerung einer in 10 Jahren durch neokonservative Politik geschleiften Gesellschaft. Seine Aussagen sind durch und durch so gehalten, daß einfach niemand etwas dagegen haben kann: der darniederliegende industrielle Sektor müsse dringend erneuert werden (einzig konkretes in diesem Punkt ist die Einrichtung einer nationalen Investmentbank); öffentliche und private Interessen sollten besser in Einklang gebracht werden; soziale Absicherung und Versorgung dürften nicht kurzfristigen Profitinteressen geopfert werden; Rechte von Frauen und Minderheiten sollten stärker berücksichtigt werden; der europäische Binnenmarkt sei wichtig, dürfe aber sozialpolitisch kein Rückschritt sein usw. usw. - das Nichts in schöner Verpackung.

Perspektiven der Linken

Dem Kinnockschen "Angebotssozialismus" hat die nicht sozialdemokratische Linke in der Labour Party, die Anfang April die "Labour Party Socialists" gegründet hat, kaum etwas entgegenzusetzen. Im Gegenteil, sie ist weiterhin gespalten, weil die verschiedenen Fraktionen wie die Campaign Group um Tony Benn, die "Black Sections" (bislang nicht anerkannte Organisation der Schwarzen innerhalb der Partei) oder andere Gruppen auf nationaler oder lokaler Ebene unterschiedliche Interessen verfolgen. Dazu kommt, daß verschiedene Maßnahmen der Parteiführung wie neuerliche Parteiausschlüsse von vermeintlichen Trotzkisten, die Einleitung einer Untersuchung gegen die Gruppe "Socialist Organizer" oder Strafmaßnahmen gegen Parteimitglieder, die zum Boykott der Kopfsteuer aufrufen, darauf hindeuten, daß Kinnock das Problem Sozialismus in der Labour Party ein für allemal lösen will.

Margaret Thatcher sagte 1985 in einem Interview mit der "Financial Times": "Ich habe es stets als Teil meiner Aufgabe empfunden, dem Sozialismus in Großbritannien den Garaus zu machen (...) Ich werde nicht eher zufrieden sein, bevor ich es geschafft habe." Wenn sie damit den sogenannten "Labour-Sozialismus" gemeint hat, kann sie zufrieden in Rente gehen.

Die freiwillige Unterwerfung der britischen Sozialdemokratie kann aber durchaus auch positive Folgen haben: Eine historische Leistung des Labourismus und insbesondere seines linken Flügels hat immer darin bestanden, reformistische Elemente der sozialistischen und antikapitalistischen Bewegungen zu integrieren und sie so zu domestizieren. Die autonomen Klassenkämpfe der 70er, die antirassistischen Kämpfe der letzten 15 Jahre, die innerstädtischen Revolten und heute die Bewegung gegen die Kopfsteuer machen deutlich, was in Großbritannien an Solidarität und Militanz möglich ist, wenn die Labour Party nicht ihre Finger im Spiel hat. Eine Entwicklung, in der Bewegungen und Kämpfe im ökonomischen, sozialen und politischen Bereich bestehende Abhängigkeiten vom linken Labour-Flügel überwinden und eigene Orientierungen verfolgen, könnte durchaus interessante und spannende Perspektiven eröffnen.

# 2. Ein Einwanderungsland will keins sein Das neue Ausländergesetz schreibt alten Rassismus fort

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:31

Am 26. April hat die Bundesregierung ein neues Ausländergesetz im Bundestag durchgepeitscht, das das aus dem Jahre 1965 geltende Recht ablösen und im Lauf der Dinge auch für die DDR gelten soll.

Im Kern beinhaltet das neue Gesetz die Fortschreibung des alten: nicht "mehr Rechtssicherheit", wie die Gesetzesbegründer vorgeben, sondern mehr Ermessensspielräume für die staatlichen Organe zur Drangsalierung der hier lebenden ArbeitsimmigrantInnen und Flüchtlinge; die "Integrationszusage" an die AusländerInnen der 1. und 2. Generation wird mit zahlreichen Auflagen und Bedingungen versehen; und die erklärte Absicht, den weiteren Zuzug von AusländerInnen zu stoppen und dabei die Flüchtlinge schon an der Einreise zu hindern, ist vollauf gelungen. Schließlich sei die BRD "kein Einwanderungsland" und die Aufnahme von "Deutschen" aus der DDR und Osteuropa habe absoluten Vorrang. Das Ausländerrecht bleibt, was es ist: ein im Kern rassistisches Gesetz, das Menschen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit den hiesigen Aufenthalt nur im Rahmen eines Gnadenaktes gestattet, wenn sie "die öffentlichen Interessen" der BRD nicht "beeinträchtigen", dem Kapital als billige Ware Arbeitskraft zur Verfügung stehen und dem Sozialsystem nicht zur Last fallen.

Was wird sich nach dem 26. April für die ArbeitsimmigrantInnen und Flüchtlinge ändern? Darauf wird anhand des vorliegenden Gesetzentwurfs eine Antwort gegeben.

Die Koalitionsvereinbarung der amtierenden Regierung sah eine Neuregelung des Ausländerrechts noch in dieser Legislaturperiode vor. Am 1.2.1988 wurde ein erster Referentenentwurf unter dem damaligen Bundesinnenminister Zimmermann bekannt, der einen Sturm der Entrüstung von Flüchtlingsinitiativen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, SPD und Grünen hervorrief. Auch die FDP und ihre beiden liberalen Aushängeschilder, Baum und Hirsch, distanzierten sich vom Referentenentwurf, der schließlich aus dem Verkehr gezogen wurde. Alarm löste vor allem die völkisch-rassistische Ideologie dieses Machwerks aus, die der "Ausländerpolizeiverordnung" vom 22.8.1938 alle Ehre machte. Ein neues Ausländerrecht sei zur "Wahrung des deutschen Volkstums" nötig, so Zimmermann`s Referenten. Diese zerlegten das Gesetz in einen integrativen ("Ausländerintegrationsgesetz") und einen zuzugsbegrenzend-abschreckenden ("Ausländeraufenthaltsgesetz") Teil und führten mehrere neue Aufenthaltstitel ein, um die AusländerInnen zu selektieren.

Im Sommer letzten Jahres, nachdem Schäuble den CSU-Innenminister ablöste, legte eine besondere Arbeitsgruppe, bestehend aus den Bundestagsabgeordneten Fellner (CSU), Gerster (CDU) und Hirsch (FDP) sogenannte "Eckdaten" für eine Nivellierung des Ausländerrechts vor, auf deren Basis die offenbar gleichen Referenten aus dem Innenministerium einen neuen Gesetzentwurf zimmerten, der im September 1989 bekannt wurde. Dieses Mal blieben die öffentlichen Proteste merklich leiser, was nicht etwa an dem Gesetzentwurf lag, sondern seiner kosmetischen Verpackung. Der völkische Sprachgebrauch wurde durch einen technokratischen ersetzt, die vorherige Trennung des Ausländerrechts aufgehoben, ohne am Gehalt der Zimmermann-Vorlage größere Abstriche zu machen. Auf einer öffentlichen Anhörung des Bundestages zu Beginn dieses Jahres kritisierten Vertreter der Wohlfahrtsverbände, der Kirchen, des DGB, Terre des Hommes, amnesty international und des Hohen Flüchtlingskommissars der UN den Schäuble-Entwurf, ohne den Eilzug jedoch noch aufhalten zu können.

Das beherrschende Thema der Deutschen war längst die Einheit; sie begrub auch weitgehend die innenpolitischen Auseinandersetzungen um das neue Ausländergesetz. Nur die Grünen lehnten den gesamten Entwurf nach wie vor ab, während sich die SPD konstruktiv und mit einem kaum besseren Alternativentwurf auf das parlamentarische Spielchen beschränkte. Wenn der SPD an dem Zu- Fall-Bringen des Schäuble-Entwurfs gelegen wäre, hätte sie dazu die Möglichkeit gehabt. Die Grünen forderten die SPD auf, den Gesetzentwurf im Innenausschuß des Bundesrats ausführlich zu beraten und damit das Verabschiedungsprozedere zu verzögern. Dann wäre es, angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen am 2.12.90, wohl kaum noch zur Verabschiedung dieses Gesetzes in dieser Legislaturperiode gekommen. Die SPD zog es vor zu schweigen. Das ist bekanntlich auch eine Antwort.

Zwar ist es in den letzten Wochen in verschiedenen Städten der BRD zu Aktionswochen, Demonstrationen und Veranstaltungen gegen das neue Ausländerrecht gekommen, aber der außerparlamentarische Widerstand wird die Verabschiedung des Gesetzes nicht mehr verhindern können. Die Bundesregierung zieht durch.

Die Ziele des neuen Ausländerrechts

"Für die Bundesrepublik Deutschland entspricht eine weltoffene und liberale Ausländerpolitik ... den vorgegebenen sachlichen Notwendigkeiten", heißt es in der Gesetzesbegründung. Die Notwendigkeit einer Neuregelung ergebe sich daraus, "mehr Rechts- und Erwartenssicherheit" für die AusländerInnen zu schaffen, die angeblich nicht mehr gegeben ist. Die 102 neuen Paragraphen - doppelt so viele wie im geltenden Recht - schaffen diese "Sicherheit" gerade nicht. Vielmehr besteht das Gesetzeswerk, neben einigen Neuregelungen, zum größten Teil in der Aufnahme von zahlreichen bestehenden Verwaltungsvorschriften und Durchführungsverordnungen, die im Laufe der Zeit erlassen wurden. Ferner werden einige Ländererlasse und -weisungen, wie etwa die Rückkehrmöglichkeit oder der Familiennachzug nunmehr bundeseinheitlich geregelt. Mit anderen Worten: die Bundesländer, die nach Maßgabe des geltenden Ausländerrechts verfuhren, sollen künftig stärker an die Kandare des Bundesinnenministers gelegt werden. Das hat beispielsweise Folgen für die sogenannten rund 300.000 de-facto-Flüchtlinge, die nach unterschiedlichem Ermessen der jeweiligen örtlichen Behörden bei uns geduldet oder abgeschoben werden. Die Weisung des rot-grünen Senats in Westberlin, die bestimmten de-facto-Flüchtlingen nach fünf Jahren Aufenthalt eine Aufenthaltserlaubnis garantiert, wird mit dem neuen Gesetz hinfällig.

Darüber hinaus verfolgt das Gesetz im wesentlichen zwei Ziele und unterscheidet sich in dieser Hinsicht in nichts vom Zimmermann-Vorläufer: zum einen die "Sicherung der Integration" der ArbeitsimmigrantInnen-Generationen, die vor dem Anwerbestopp 1973 bewußt angeworben wurden und auch hier bleiben wollen. Das setze bei den AusländerInnen - nicht den Deutschen - eine "Integrationsbereitschaft und -fähigkeit" voraus; ausdrücklich darf "der Wille zur Bewahrung der überkommenen kulturellen Identität nicht als Vorwand für eine selbstisolierende, rein negative Abwehrhaltung gegen deutsche kulturelle Einflüsse dienen". Die Dinge werden einfach auf den Kopf gestellt. Nicht große Teile der westdeutschen Bevölkerung besitzen Ressentiments bis offen rassistische Haltungen gegenüber AusländerInnen, sondern letztere werden aufgefordert, ihre "Abwehrhaltung" und ihre "überkommene" Kultur gegenüber dem deutschen Wesen aufzugeben, denn "die Bewahrung des eigenen nationalen Charakters ist das legitime Ziel eines jeden Volkes und Staates" - so Zimmermann (2). Bei Schäuble heißt es mehr konservativ-technokratisch, daß "die Verpflichtung eines jeden Staates ... primär auf das eigene Staatsvolk und das Wohl der eigenen Bevölkerung gerichtet ist".

Das zweite Ziel beinhaltet die Absicht, den Zuzug von AusländerInnen zu begrenzen. Zimmermann begründete diese Maßnahme damit, daß ein fortwährender Zuzug von AusländerInnen "den Verzicht auf die Homogenität der Gesellschaft" und die "einigende und prägende Kraft" der Deutschen bedeuten würde. Von solchen völkischen Vokabeln entschlackt heißt es bei Schäuble: "Die Integrationskraft der BRD ist nicht unerschöpflich", die BRD habe "anderweitige Aufnahmeverpflichtungen", allen voran "die Verpflichtung zur Aufnahme von Deutschen". Dies habe "Vorrang vor der Überlegung, Ausländern einen Zuzug in das Bundesgebiet zu ermöglichen". Ebenfalls noch vor den AusländerInnen, aber in der völkischen Hackordnung erst nach den Brüdern und Schwestern aus dem Osten, rangieren die EG-AusländerInnen, deren Freizügigkeit die Aufnahme von AusländerInnen aus Drittstaaten von vornherein einschränken würde.

Von der Zuzugsbeschränkung sind in Wirklichkeit die Flüchtlinge betroffen, denn seit dem Anwerbestopp 1973 gelangten ArbeitsimmigrantInnen ohnehin nicht mehr in die BRD. Legt man die offiziellen Zahlen der bei uns lebenden AusländerInnen zugrunde, so lebten 1973 3,97 Millionen, im letzten Jahr entweder 4,58 oder 4,1 Millionen AusländerInnen bei uns. Die Differenz dieser Zahlen resultiert aus unterschiedlichen Angaben der Volkszählung, die rund 400.000 AusländerInnen weniger registrierte als das zuständige Ausländerzentralregister (AZR) in Köln. Tatsächlich dürften die Daten der Volkszählung genauer sein, weil das AZR nur die zuziehenden bzw. zur Flucht gezwungenen AusländerInnen registriert, nicht jedoch diejenigen, die die BRD bereits wieder verlassen haben. Sei es, wie es sei: die Zahl der bei uns lebenden AusländerInnen ist - entgegen aller offiziellen Panikmache - seit 1973 bemerkenswert konstant geblieben.

Die Ursachen für die Zunahme der bei uns lebenden AusländerInnen seit 1973 liegen zum geringeren Teil im Familiennachzug und der Aufnahme von Flüchtlingen begründet, zum größten Teil jedoch durch die hier

geborenen und aufgewachsenen AusländerInnen der ersten und zweiten ImmigrantInnengenerationen. Dies ergibt sich auch aus einer anderen Statistik.

Von den 4,2 Millionen AusländerInnen, die 1987 in der BRD lebten, stammen ein Drittel aus EG-Ländern, ebenfalls ein Drittel aus der Türkei, und rund ein Viertel sind Jugendliche unter 16 Jahren.

Die Neuregelungen des Ausländerrechts: 1. Die Einreise

Bereits die Einreise von AusländerInnen in die BRD ist nunmehr generell an die Paß- und Visumspflicht gebunden, die auch auf die Kinder unter 16 Jahren erweitert wurde (§ 3). Bisher waren laut Durchführungsverordnung für rund 70 Staaten keine Sichtvermerke erforderlich, der Visumszwang also eher die Ausnahme von der Regel, wobei er nach und nach vor allem gegenüber den Hauptherkunftsländern von Flüchtlingen eingeführt wurde. Nunmehr wird aus der Ausnahme also die Regel.

Im Falle einer zu erwartenden "mangelnden Rückkehrbereitschaft" wird das Visum gar nicht erst erteilt. Das richtet sich insbesondere gegen Flüchtlinge, die mit einem Touristenvisum einreisen wollen, um dann Asyl zu beantragen. Wenn sie erst einmal hier wären, könnte sie niemand daran hindern. Die Crux besteht darin, daß die westdeutschen Auslandsvertretungen nach § 7 Abs. 3 bereits im Falle des Verdachts die Erteilung eines Visums verweigern können. Tamilische Flüchtlinge etwa können mit einem Touristenvisum nicht mehr ohne weiteres in die BRD gelangen. Damit nützt ihnen das sogenannte "Tamilenurteil" des Bundesverfassungsgerichts vom November letzten Jahres gar nichts, das den Tamilen die Anerkennung als Verfolgte zuerkannte. In der endgültigen Gesetzentwurf-Fassung ist der § 7 Abs. 3 zwar gestrichen worden. In der Anmerkung dazu heißt es jedoch, diese Dinge in einer besonderen Verwaltungsvorschrift zu regeln. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch § 13 Abs. 2, nach dem beispielsweise Touristenvisa, die in der Regel sechs Monate gültig sind, darüber hinaus nicht verlängert werden.

Nach dem neuen Gesetz wird es künftig auch keine unbegleiteten, allein einreisenden Flüchtlingskinder und -jugendliche unter 16 Jahren mehr geben, die von ihren Eltern - beispielsweise aus dem Iran - in Sicherheit gebracht wurden, denn auch sie benötigen nunmehr ein Visum. Die BRD ist hier keineswegs Vorreiter, sondern paßt sich den Bestimmungen in den übrigen EG-Ländern an, die längst eine Visumspflicht für Kinder eingeführt haben.

Der Visumszwang, der sich in erster Linie gegen die Flüchtlinge richtet, verstößt im übrigen gegen die von der BRD ratifizierte und völkerrechtlich verbindliche Genfer Flüchtlingskonvention (Artikel 31 Abs. 1 GFK), wonach Flüchtlinge nicht dadurch benachteiligt werden dürfen, daß sie ohne Erlaubnis des Zufluchtstaates dorthin einreisen.

Eine Einreise kann nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 auch dann versagt werden, wenn ein Ausländer "mit einem ohne erforderliche Zustimmung der Ausländerbehörde erteilten Visum eingereist ist". Ein Ausländer, der einmal ausgewiesen oder abgeschoben wurde, darf grundsätzlich nicht mehr in die BRD einreisen, frühestens nach einer Sperrfrist von einem Jahr (Abs. 2). Doch damit nicht genug. Nach § 66 Abs. 2 muß die westdeutsche Auslandsvertretung die Ablehnung einer Visaerteilung nicht begründen; auch Widerspruch des Betroffenen ist nicht zulässig.

Im § 60 Abs. 2 - übrigens identisch mit § 48 des Zimmermann-Entwurfs - liegt ein Ermächtigungsparagraph für westdeutsche Grenzschützer vor, denn sie können AusländerInnen mit gültigen Einreisedokumenten an der Grenze eigenmächtig zurückweisen, wenn ihnen die Nase nicht paßt. Zwar gilt dies nicht für Asylbewerber und auch nicht für Flüchtlinge, die sich auf die GFK (Schutz vor Abschiebung) berufen (Abs. 5). In der Praxis bedeutet dies jedoch eine Verschärfung, denn kaum ein Flüchtling dürfte mit dem neuen Gesetzeswerk auch nur annähernd vertraut sein und wissen, was ihm hier blüht. Ohnehin werden alle Ausländer, die erst nach ihrer Einreise eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen, bloß "geduldet" und damit wie Asylantragsteller behandelt (§ 69 Abs. 2).

Praxisrelevant ist in diesem Zusammenhang auch § 71 Abs. 1 in Verbindung mit § 58 (unerlaubte Einreise); die "Versagung eines Visums und eines Paßersatzes an der Grenze ist unanfechtbar", heißt es lapidar. Das heißt, daß AusländerInnen, die an der westdeutschen Grenze kein Einreisevisum vorweisen können, auch keines mehr bekommen. Das ist übrigens identisch mit § 60 des Zimmermann-Entwurfs und zwingt gerade Flüchtlingen den folgenden wohlmeinenden Rat des Gesetzgebers auf: "Der Ausländer wird auf die

Möglichkeit einer Antragstellung bei der zuständigen Auslandsvertretung hingewiesen" (§ 71 Abs. 1). Nun sind sie es gerade, die erstens ohne Begründung und zweitens mit Rücksprache westdeutscher Ausländerbehörden das Erreichen westdeutscher Grenzen verunmöglichen sollen. Der Teufelskreis schließt sich.

Beibehalten worden ist die "Rückbeförderungspflicht der Beförderungsunternehmer" des nach § 18 geltenden und den §§ 73 und 74 neuen Rechts. Demnach sind etwa Fluggesellschaften für die Dauer von drei Jahren verpflichtet, Ausländer ohne gültige Einreisedokumente, die wieder zurückgewiesen werden, unter Androhung eines Zwangsgeldes von 500 bis 5000 DM pro Ausländer wieder auszufliegen. Gestrichen wurde in letzter Minute der Abs. 3 des § 74, wonach die Beförderungsunternehmen im Auftrag des Bundesinnenministers die Pässe der AusländerInnen vor ihrer Abreise in die BRD einzusammeln und hier direkt den Grenzschutzbehörden zu übergeben haben. Die Übertragung weiterer polizeilicher Aufgaben an private Beförderungsunternehmen stieß offensichtlich auf rechtliche Probleme, denn gerade die Fluggesellschaften klagen bereits - bisher erfolglos - gegen das geltende Recht.

Das Grundrecht auf Asyl und die Berufung auf die GFK können Flüchtlinge nur in Anspruch nehmen, wenn sie westdeutsches Territorium betreten. Um gegen AusländerInnen und speziell gegen Flüchtlinge wirksame Dämme zu errichten, werden nach herrschender Logik die westdeutschen Grenzen bereits in den entsprechenden Auslandsvertretungen errichtet. Die westdeutschen Botschaften als vorgelagerte Grenzposten, als erster wirksamer Grenzzaun. Wer diese Hürde dennoch überwindet, dem droht die zweite Mauer bei Erreichen dieses Territoriums.

2. Der Aufenthalt

Grundsätzlich benötigen einreisende AusländerInnen einer Aufenthaltsgenehmigung. Anders ausgedrückt: der Staat behält sich die Entscheidung darüber vor, wer sich hier aufhalten darf und wer nicht. Im übrigen ist hier für lange Kontinuität gesorgt. In der Ausländerpolizeiverordnung (APVO) vom 22.8.1938 wurde einem Ausländer der Aufenthalt im damaligen "Reich" verboten, wenn "wichtige Belange des Reichs oder der Volksgemeinschaft gefährdet" sind (§ 5). Die APVO hatte sich offenbar so gut bewährt, daß sie als "Verordnung" im Jahre 1951 von der BRD nahtlos übernommen wurde.

Im geltenden Ausländergesetz (AuslG) vom 28.4.1965 darf der Ausländer sich nur dann hier aufhalten, wenn die "Belange der BRD nicht beeinträchtigt" werden (§ 2). Und nach Schäuble wird eine "Aufenthaltsgenehmigung ... in der Regel versagt, wenn der Aufenthalt des Ausländers aus einem sonstigen Grunde Interessen der BRD beeinträchtigt oder gefährdet" (§ 7 Abs. 2 Nr. 3). Statt "Belange" nunmehr "Interessen", statt "Volksgemeinschaft" nunmehr BRD, statt "Gefährdung" nunmehr die noch vagere "Beeinträchtigung". Hinzu kommt, daß jede Inanspruchnahme öffentlicher Sozialtransfers, nicht nur die Sozialhilfe, neben den "öffentlichen Interessen" der BRD ein "Regelversagungsgrund" für den Aufenthalt ist (§ 7). Der Aufenthalt von AusländerInnen ist und bleibt dem staatlichen Interesse und somit sowohl ökonomischen, vor allem arbeitsmarktpolitischen, und politisch-ideologischen Interessen unterworfen.

Schäuble hat das Prinzip einer weiteren Differenzierung von Aufenthaltstiteln nach Zweck und Dauer des Aufenthalts vom Zimmermann-Entwurf übernommen, wenn auch leicht verändert. Im einzelnen handelt es sich um:

- die Aufenthaltserlaubnis ohne Bindung an einen bestimmten Aufenthaltszweck, die zeitlich begrenzt wird (§ 15 neu und § 2 Abs. 1 geltendes Recht);

- die unbefristete Aufenthaltserlaubnis (§ 24 neu; § 29 Asylverfahrensgesetz (AsylVG) und Nr. 4 der Ausländerverwaltungsvorschrift zu § 7 AuslG von 1965). Voraussetzung für diesen Titel ist ein 5-jähriger rechtmäßiger Aufenthalt in der BRD, der Besitz einer besonderen Arbeitserlaubnis nach § 19 Abs. 6 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) und der Nachweis "ausreichenden Wohnraums", der im § 17 Abs. 4 näher definiert wird. Als "ausreichend" wird dort der Standard der öffentlich geförderten Sozialmietwohnungen definiert. Angesichts der heutigen Wohnungsnot und der besonderen Schwierigkeiten für AusländerInnen, überhaupt "ausreichenden Wohnraum" zu finden, ein enormes politisches Druckmittel auch gegen AusländerInnen, die bereits viele Jahre hier leben. Die Vorschrift richtet sich nicht in erster Linie gegen einzelne AusländerInnen, sondern speziell gegen die "Integrationszusage" des Kinder-, Ehegatten- und Familiennachzugs, den besonders die CSU begrenzen will. Denn der Familiennachzug setzt eben den

erweiterten "ausreichenden Wohnraum" voraus. In der endgültigen "Nachbesserung" des Gesetzentwurfs werden nunmehr Kinder bis zum 2. Lebensjahr "bei der Berechnung des ... ausreichenden Wohnraums nicht mitgezählt". Dabei ist es den Herrschenden völlig belanglos, daß auch viele westdeutsche Familien keinesfalls über diesen Wohnraum verfügen - ganz zu schweigen von den vielen Obdachlosen.

Die Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis ist eng an die arbeitsmarktpolitischen Interessen der BRD gebunden; bei Nichterwerbstätigkeit wird die Aufenthaltserlaubnis nur bei Anspruch auf Arbeitslosengeld und sechs Monaten Arbeitslosenhilfe verlängert. Weist der Ausländer nicht innerhalb von drei Jahren eine eigene Erwerbstätigkeit nach, kann die Aufenthaltserlaubnis auch nachträglich wieder befristet werden. Das gilt übrigens nach § 12 für alle übrigen Aufenthaltstitel - bis auf die ...

- Aufenthaltsberechtigung (§ 27 neu; § 8 geltendes Recht). Die "Berechtigung" ist der nach wie vor "stärkste" Aufenthaltstitel, zeitlich und räumlich nicht begrenzbar. Er kann auch nicht mit Auflagen versehen werden, eine geringfügige Verbesserung. Dafür können AusländerInnen diesen Titel nunmehr erst nach acht statt bisher nach fünf Jahren erhalten, wenn sie die Voraussetzungen nach § 24 (unbefristete Aufenthaltserlaubnis) erfüllen. Als weitere Bedingung ist die Einzahlung von Rentenbeiträgen für 60 Monate genannt. Das richtet sich vor allem gegen hier aufgewachsene und zum Teil hier geborene ausländische Jugendliche, die bei uns noch eine Ausbildung oder ein Studium absolvieren und somit keine Rentenbeiträge entrichten. Auf diese Jugendlichen kommt unter Umständen ein starker Einbürgerungsdruck zu, um unter gesicherten Verhältnissen bleiben zu können. Bisher reichte aus, daß die Eltern für den Unterhalt aufkamen.

- das eigenständige Aufenthaltsrecht für Kinder enthält eine typisch deutsche Besonderheit. "Einem Kind, das im Bundesgebiet geboren wird, ist von Amts wegen eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn die Mutter eine Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung besitzt ..." (§ 21 Abs. 1). Während etwa in Frankreich dort geborene ausländische Kinder die französische Staatsbürgerschaft annehmen, erhalten hiesige Babies eine Genehmigung "von Amts wegen".

- die zweckgebundene, auf zunächst zwei Jahre befristete Aufenthaltsbewilligung (§§ 28 und 29 neu). Dieser Titel ist neu und soll für Auszubildende oder Studierende gelten, die nach ihrer Ausbildung das Land wieder verlassen müssen - es sei denn, es besteht ein "öffentliches Interesse" der BRD oder des Siemens-Konzerns, eine/n gut ausgebildeten AusländerIn bei sich zu beschäftigen. Ist das Ausbildungsziel nicht erreicht, kann um weitere zwei Jahre "bewilligt" werden usw.

Eine Aufenthaltsbewilligung können auch ArbeitsimmigrantInnen nach dem Vorbild des Schweizer Rotationsmodells - einer alten Forderung Schönhubers - erhalten, wenn sie für einen bestimmten Zweck als billige Arbeitskräfte einreisen dürfen, ohne daraus einen Daueraufenthalt abzuleiten. Das trifft etwa für die 10.000 polnischen Arbeitskräfte zu, die in diesem Jahr unter diesen Bedingungen bei uns "arbeiten dürfen". In den 50er Jahren gab es schon einmal eine Rotationsregelung, die jedoch auf Druck der Kapitalisten wieder zurückgenommen wurde, da die Arbeitskräfte auch weiterhin benötigt wurden.

In diesem Zusammenhang steht auch der § 10 (Aufenthaltsgenehmigung nach Arbeitsaufnahme); demnach kann der Bundesinnenminister die Anzahl, die zeitliche Frist und den Tätigkeitszweck von vorübergehend bei uns beschäftigten ArbeitsimmigrantInnen festlegen, während gleichzeitig der Anwerbestopp aus dem Jahre 1973 bekräftigt wird. Der § 10 entspricht ebenso dem Schweizer Rotationsmodell; ArbeitsimmigrantInnen werden allein aus arbeitsmarktpolitischen Erwägungen, allein mit dem "Recht" des Verkaufs ihrer Ware Arbeitskraft zu Dumpinglöhnen, hereingelassen und dürfen keinerlei Aufenthaltsrecht in Anspruch nehmen.

- die auf zwei Jahre befristete Aufenthaltsbefugnis (§§ 30-32). Sie "kann" per staatlichem Gnadenakt "erteilt" werden, wobei zum einen die Kontingent- und Konventionsflüchtlinge (nach der GFK) in Frage kämen. Für diese Flüchtlingsgruppen bedeutet die "Befugnis" eine Verschlechterung ihres Status, denn sie erhalten bislang eine Aufenthaltserlaubnis.

Des weiteren können nach Ermessen der Behörden auch abgelehnte Asylbewerber, die nicht abgeschoben werden dürfen, eine Aufenthaltsbefugnis erhalten. Davon sind u.a. die bei uns "geduldeten" de-facto Flüchtlinge betroffen. Ein Rechtsanspruch auf diesen Titel, bei dem es sich im Kern um eine zweijährige "Duldung" handelt, in deren Frist die permanente Androhung der Abschiebung ausgesetzt wird, besteht allerdings nicht. Der Staat schafft sich mit der "Befugnis" ein Instrumentarium, vor allem die de-facto-Flüchtlinge in bloß "geduldete" und für zwei Jahre einigermaßen geschützte Gruppen zu selektieren.

In Abs. 5 ist neu festgelegt worden, daß allen GFK-Flüchtlingen eine "Aufenthaltsbefugnis zu erteilen ist", wenn sie aus rechtlichen Gründen nicht abgeschoben werden dürfen.

Die "Befugnis" kann für jeweils zwei weitere Jahre verlängert werden, wenn weiterhin eine Abschiebung aus "dringenden humanitären Gründen" nicht möglich ist (§ 34). Nach insgesamt acht Jahren und somit viermaliger Überprüfung kann dem Flüchtling eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erteilt werden - unter der Voraussetzung "ausreichenden Wohnraums" und eigener Erwerbstätigkeit. Diese Daueraufenthaltsoption trifft nur für sehr wenige Flüchtlinge zu, denn sie dürften in den meisten Fällen gar nicht über die "besondere Arbeitserlaubnis" verfügen (§ 35 und § 98). Der Gesetzgeber möchte also auch hier unter allen Umständen den dauernden Aufenthalt unterbinden, auch wenn ein "aufenthaltsbefugter" Flüchtling bereits seit vier, sechs oder gar acht Jahren in der BRD lebt. Im übrigen kann eine Länderbehörde bestimmten Gruppen von Flüchtlingen aus "humanitären und völkerrechtlichen Gründen" eine "Befugnis" erteilen, allerdings nur noch im ausdrücklichen "Einvernehmen" mit dem Bundesinnenminister (§ 32). Eine Verschärfung gegenüber geltendem Recht wodurch die Länder nicht mehr allein über die Aufnahme befinden können und somit eventuelle "Schlupflöcher" gestopft werden sollen. Auch aus juristischer Sicht ist diese Regelung fragwürdig, weil allein die Bundesländer für die konkrete Anwendung des AuslG zuständig waren.

- die sogenannte Duldung (§§ 55 und 56 neu; § 17 AuslG 1965). Wie der Name schon sagt, begründet die Duldung eines Ausländers keinen rechtlichen Aufenthalt, sondern setzt diesen einem permanenten Abschiebungsdruck aus. Unter der Duldung und damit unter ständiger Ausweisungsangst lebt ein großer Teil der sogenannten de-facto Flüchtlinge, also zumeist abgelehnte Asylbewerber und Menschen aus Bürgerkriegsgebieten (z.B. Sri Lanka), die aus "humanitären Gründen" nicht abgeschoben werden dürfen. Sie verdanken diesen Abschiebungsschutz dem "non-refoulement" der GFK, gegen den die BRD wieder und wieder verstößt, wenn "höchstrichterliche" Urteile die Abschiebung von Kurden ins Folterland Türkei anordnen. Neu ist gegenüber dem geltenden Recht, daß die Duldung statt für sechs Monate nunmehr auch für ein Jahr "erteilt werden kann" (§ 56), wobei die "Ausreisepflicht ... unberührt" bleibt. Nach Abs. 3 kann die Duldung räumlich beschränkt und mit weiteren Auflagen versehen werden. Gemäß Abs. 6 - zur Beschleunigung der Abschiebung gedacht - erfährt ein Flüchtling erst am Tage der Entscheidung über die weitere Duldung, daß er abgeschoben werden soll, ohne jegliche Ankündigungsfristen, die erst nach längerer Duldung (ein Jahr) erfolgen müssen. Daß die Duldung bewußt in der Aufzählung der Aufenthaltstitel (vgl. § 5) fehlt, ist somit kein Zufall; de-facto Flüchtlingen soll bedeutet werden, daß sie sich hier eigentlich völlig unrechtmäßig aufhalten und ausreisen müßten. Wer abgeschoben werden soll und dieser Aufforderung nicht nachkommen will, landet wie bisher in sogenannter "Vorbereitungs-", dann in "Sicherungshaft" bis zu sechs Monaten (§ 57 neu; § 16 AuslG 1965).

Dürfte es schon für westdeutsche Inter- essierte schwierig sein, sich durch diesen Dschungel unterschiedlicher Aufenthaltstitel zu quälen, dann läßt es sich ausmalen, wie es erst den ArbeitsimmigrantInnen und Flüchtlingen ergehen muß. Deutlich geworden dürfte sein, daß die einen Daueraufenthalt ermöglichenden oder sichernden Aufenthaltstitel mit zahlreichen Auflagen versehen sind, während die Aufenthaltsbewilligung und die Rotation einen längeren Aufenthalt nahezu ausschließen. Bei uns "geduldete" und "befugte" AusländerInnen können rein theoretisch einen Daueraufenthalt in Anspruch nehmen, der aber mit zahlreichen Hürden und Hindernissen übersät ist.

Mit der Differenzierung der Aufenthaltstitel über das bisherige Maß hinaus erhält der Staat ein Instrument in die Hand, mit dem er die AusländerInnen nach Belieben und Ermessen sortieren und selektieren kann. Genau das, und nicht die vorgeschobene angebliche "Rechtssicherheit", ist das Ziel dieser Politik.

3. Integration mit Haken und Ösen

Die "Integrationszusage" des Gesetzgebers besteht in einer ganzen Reihe gesetzlicher Regelungen, die teils neu sind, teils auf Basis vorhandener Weisungen und Verordnungen der Bundesländer nivelliert wurden. Ein ganzer Komplex betrifft den Kinder-, Ehegatten- und Familiennachzug von AusländerInnen, die bereits länger in der BRD leben.

Der Nachzug von Kindern gilt nur bis zum 16. Lebensjahr; über 16- und 17-Jährige sind somit ausgeschlossen. Nachziehende Kinder benötigen neuerdings eine eigene Aufenthaltserlaubnis und können nur zu beiden Elternteilen ziehen. Dabei gilt als Voraussetzung die Sicherung des Lebensunterhalts ohne Inanspruchnahme

von Sozialhilfe und der bereits oben genannte Nachweis "ausreichenden Wohnraums" (§§ 20 und 26). Je nach Aufenthaltstitel der Eltern und Dauer des Aufenthalts können Kinder und Jugendliche eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis, eine Aufenthaltsberechtigung oder ein eigenständiges Aufenthaltsrecht beantragen, wenn sie die Voraussetzungen dazu erfüllen (siehe Punkt 2.).

Ein Ehegattennachzug (in der Praxis handelt es sich um die Frauen) ist nach wie vor möglich und gilt auch für anerkannte Asylbewerber, wenn die Ehe bereits vor der Einreise bestand und den Behörden auch mitgeteilt worden ist. Eine Verbesserung bedeutet der Wegfall der einjährigen sogenannten Ehebestandszeit, die bislang üblich war (§ 18). Geltendes Recht übernommen wird bei der Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis, die nach fünf Jahren auch ohne die Voraussetzung einer Arbeitserlaubnis des Ehegatten erteilt wird (§§ 18 und 25).

Der § 19 sieht erstmals auch ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen im Falle der Trennung oder des Versterbens des Ehemannes vor. Aber nur, wenn die "häusliche Gemeinschaft" seit vier, in Härtefällen drei Jahren in der BRD bestanden hat - so lange müssen unter Umständen ausländische Ehefrauen "durchhalten". Die Frau erhält zunächst eine befristete Aufenthaltserlaubnis, zumal sie von der Sozialhilfe leben müßte. Weist sie nach einem Jahr Gnadenfrist keine Erwerbstätigkeit nach, wird ihr Aufenthalt nur befristet verlängert usw.

Groteske am Rande: eine geschiedene Frau kann nach Abs. 4 in Härtefällen bereits nach drei Jahren eine eigenständige, unbefristete Aufenthaltserlaubnis bekommen, eine Frau in "intakter" Ehe erst nach fünf Jahren. Der Familiennachzug gilt nur für die Kernfamilie ersten Grades; im § 94 des Bundesvertriebenengesetzes verfährt man großzügiger: dort werden, weil es "Deutsche" sind, auch noch Mitglieder 3. Grades zur "Familie" gerechnet. Familienmitglieder in diesem engeren Sinne können nicht nachziehen, wenn es sich um Asylberechtigte handelt. Dies ist nur in Ausnahmefällen möglich (§ 17). Auch hier gilt, daß sich der Nachweis des "ausreichenden Wohnraums" als entscheidendes Zuzugshindernis auftut. Genau das war auch von der CSU beabsichtigt, die die Nachzugsregelungen ausdrücklich mit Beschränkungen versehen oder sonst ganz auf sie verzichten wollte.

Bundeseinheitlich wird nun auch die sogenannte Wiederkehroption geregelt, wenn AusländerInnen nach vielen Jahren BRD-Aufenthalt in ihre Heimat zurückkehren, dort aber nicht Fuß fassen und wieder in die BRD möchten. Diese Rückkehrmöglichkeit ist auf die 2. Generation beschränkt, gilt für junge AusländerInnen zwischen dem 15. und 21. Lebensjahr, wenn sie sich zuvor acht Jahre in der BRD aufhielten und davon sechs Jahre eine Schule besuchten. Dabei muß der zurückkehrende Ausländer entweder eine Erwerbsarbeit nachweisen, was in der Praxis kaum möglich sein dürfte, oder Dritte müssen eine Unterhaltsverpflichtung für fünf Jahre unterschreiben.

Als ein weiteres "Integrationsangebot" beinhaltet das neue Ausländergesetz die "erleichterte Einbürgerung". Daß sich nur etwa 0,5% der AusländerInnen haben einbürgern lassen, hängt mit vielerlei Hürden und hohen Gebühren zusammen. Voraussetzung für die allgemeine Einbürgerung ist ein mindestens zehnjähriger rechtmäßiger Aufenthalt in der BRD (Belgien: drei, Frankreich: fünf, Schweiz: zwölf Jahre) und eine "freiwillige und dauernde Hinwendung zu Deutschland" (Einbürgerungsrichtlinien, 1977).

Nunmehr ist in den §§ 85 bis 89 die "erleichterte Einbürgerung" vorgesehen. Anspruch darauf haben sowohl AusländerInnen der 2. Generation (16 bis 23 Jahre alt) und - neu eingefügt im § 85 a - AusländerInnen mit mehr als 15-jährigem Aufenthalt. Damit ist die 1. AusländerInnengeneration gemeint. Entscheidende weitere Bedingung: eine doppelte Staatsangehörigkeit ist nicht zulässig und wird nur dann hingenommen, wenn eine Entlassung aus der bestehenden Staatsbürgerschaft - wie etwa in Lateinamerika - nicht oder nicht ohne weiteres möglich ist. Rein deutsch oder eben nicht deutsch - so sehen die Alternativen dieser "weltoffenen" Ausländergesetzgebung aus. Daß sich auch Asylberechtigte, die sich einbürgern lassen wollen, um ihre Entlassung aus der Staatsbürgerschaft bemühen müssen, ist reinster Zynismus.

4. Politisches Betätigungsverbot

Das Verbot sowie Beschränkungen der politischen Betätigung von AusländerInnen nach geltendem Recht (§ 6 AuslG 1965) sind im neuen § 37 um fünf Verbotstatbestände erweitert worden. Darüber hinaus scheint die politische Betätigung von Ausländern nicht als Grundrecht, sondern als allgemeine Gefahr betrachtet zu werden. Erst in der allerletzten Fassung schoben die Schäuble-Referenten noch einen Passus ein, nach dem sich "Ausländer im Rahmen der allgemeinen Rechtsvorschriften politisch betätigen" dürfen.

Natürlich nur, wenn

- die politische Betätigung "die politische Willensbildung ... oder das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern oder von verschiedenen Ausländergruppen im Bundesgebiet die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der BRD" nicht "beeinträchtigt oder gefährdet". Neben den vagen Formulierungen, die dem staatlichen Handeln die Ermessensspielräume sichert, ist schon interessant, daß es AusländerInnen sein könnten, die das "Zusammenleben" mit Deutschen beeinträchtigen. Wie schon in der Gesetzesbegründung (s.o.) werden die Opfer zu Tätern gemacht, wenn etwa AusländerInnen mit ihren Demonstrationen etwa gegen dieses Gesetz oder gegen den Rassismus "das Zusammenleben" stören.

- die politische Betätigung nicht "den außenpolitischen Interessen oder den völkerrechtlichen Verpflichtungen der BRD zuwiderlaufen kann". Gerade aktuell sind es die Kurden, die gegen das Regime in der Türkei und gegen die Zusammenarbeit der BRD mit der türkischen Regierung protestieren.

- politische Aktivität nicht "gegen die Rechtsordnung ... , insbesondere unter Anwendung von Gewalt, verstößt". Dies trifft beispielsweise auf die türkischen Jugendlichen zu, die sich erst vor wenigen Tagen - im Zusammenhang mit einem Aufmarsch der Neofaschisten auf dem Alexanderplatz in Berlin - ihrer Wut im Kreuzberger Kiez Luft machten.

- politische Betätigung nicht "Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung politischer, religiöser oder sonstiger Belange öffentlich unterstützt, befürwortet oder hervorzurufen bezweckt ...". Hierunter fallen selbstverständlich alle revolutionären und kommunistischen Organisationen.

Dabei behält sich der Gesetzgeber vor, wann und in welchen Fällen die politische Betätigung ganz verboten, beschränkt oder auch hingenommen wird.

5. Ausweisung und Abschiebung

In Anknüpfung an § 12 AuslG 1965 besteht eine Ausreisepflicht für AusländerInnen nach dem neuen § 42 im Falle der "unerlaubten Einreise" oder der Beendigung der Aufenthaltsgenehmigung. Danach müssen etwa "ausreisepflichtige" Flüchtlinge binnen sechs Monaten dieses Land verlassen haben, was der Abschiebungsbeschleunigung dient.

Aufenthaltsgenehmigungen können grundsätzlich auch widerrufen werden (§ 43 neu; § 9 AuslG 1965). Dies sei besonders erwähnt, weil hierunter auch die anerkannten Flüchtlinge und die rund 150.000 de-facto Flüchtlinge aus Osteuropa direkt betroffen sind, da in ihren nun nicht mehr "kommunistischen" Ländern Freiheit und Marktwirtschaft eingekehrt ist.

In den §§ 45 bis 47 (geltend: § 10) werden die Ausweisungen neu und differenziert geregelt. Ausgewiesen werden können AusländerInnen nicht nur, wenn sie "die freiheitliche demokratische Grundordnung oder die Sicherheit ... gefährden", sondern "beeinträchtigen". Bei Gefährdung wird "in der Regel" ausgewiesen, bei "Beeinträchtigung", was immer das heißen mag, kann ausgewiesen werden. In der Regel wird weiterhin ausgewiesen, wer sich "an politischen Gewalttätigkeiten beteiligt", schriftlich und öffentlich zu Gewalt aufruft, vorsätzliche Straftaten begeht, Betäubungsmittel verbraucht, Gewerbsunzucht betreibt, obdachlos ist, Sozialhilfe beziehen muß oder die "öffentliche Gesundheit gefährdet" (AIDS!). Auf alle Fälle werden AusländerInnen bei Begehen von Straftaten, die zu einer Freiheitsstrafe von mindestens fünf Jahren führen, ausgewiesen.

Die Abschiebungsregelung wurde aus dem geltenden Recht weitgehend übernommen. Dabei handelt es sich um Maßnahmen zur administrativen Durchsetzung der Ausreisepflicht (§§ 49 und 50). Im § 61 - der Zurückschiebung von Ausländern - hat Schäuble selbst noch Zimmermann übertroffen. Die Frist der Zurückschiebung von "illegal" eingereisten AusländerInnen wird von sieben Tagen auf sechs Monate erhöht. Für diese Zeit besitzt der/die AusländerIn keinerlei Rechtsschutz und muß in dieser Zeit ein Sklavendasein hinnehmen.

6. Datenschutz

Viel öffentliches Aufsehen und einige Proteste lösten die datenschutzrechtlichen Bestimmungen des neuen Ausländerrechts (§§ 75-80) aus. So bekannten Bedienstete des Öffentlichen Dienstes in Hamburg und anderen Städten öffentlich, nicht dem Folge zu leisten, was § 76 Abs. 1 ihnen künftig aufträgt: "Öffentliche

Stellen haben auf Ersuchen den mit der Ausführung des Gesetzes vertrauten Behörden ihnen bekannt gewordene Umstände mitzuteilen", wenn insbesondere der Aufenthaltsstatus des Ausländers unklar ist, ein "Verstoß gegen räumliche Beschränkung" (betrifft vor allem Asylbewerber) oder ein "sonstiger Ausweisungsgrund" vorliegt. Dieser Denunziations-Paragraph ist Teil eines Bündels von Regelungen, die irrtümlicherweise unter den Begriff "Datenschutz" firmieren.

Eine Verschärfung stellen diese Überwachungsregelungen indes nicht dar. Jede/r, aber jede/r in die BRD einreisende AusländerIn wird systematisch registriert, erfaßt und kontrolliert. Gegenseitige Amtshilfen, die Einschaltung des BKA, der Rückgriff auf das Ausländerzentralregister in Köln, in denen alle Daten über AusländerInnen zentralisiert sind, ist seit langem übliche Praxis.

Neben dem Denunziations-Paragraphen sei jedoch der § 79 als weitere Neuerung erwähnt; demnach kann der Bundesinnenminister per Rechtsverordnung die Auslandsvertretungen anweisen, ihrerseits Dateien über ausgestellte oder verweigerte Sichtvermerke anzulegen und diese mit den hiesigen Dateien zu kompatibilisieren. Das ist deshalb von Bedeutung, da mit Einführung der generellen Visumspflicht hiesige Ausländerbehörden und Auslandsvertretungen die Einreisegenehmigung erteilen müssen.

Alle übrigen Bestimmungen beinhalten lediglich die Einarbeitung der Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes, wobei in § 77 Abs. 3 alle AusländerInnen zu potentiellen Straftätern werden, wenn die Daten, "soweit und so lange es erforderlich ist, den ... zuständigen Behörden überlassen werden".

Lückenlos und lebenslang bleiben die AusländerInnen nach wie vor die am optimal überwachten Menschen in der BRD durch die hiesigen Staatsorgane.

7. Flüchtlinge

Nach bundesdeutschem Recht wird zwischen Flüchtlingen, die sich auf Art. 16 Grundgesetz ("Politisch Verfolgte genießen Asyl ...") berufen und den sogenannten de-facto Flüchtlingen, die sich auf den Abschiebungsschutz gemäß GFK (Konventionsflüchtlinge) beziehen, unterschieden. Während alle anderen westeuropäischen Staaten die Flüchtlingskonvention als rechtliche Basis für die Asylverfahren anwenden, was keineswegs zum Vorteil gereicht, da mit dem Abschiebungsschutz kein gesicherter Aufenthaltsstatus verbunden zu sein braucht, wendet die BRD die GFK im Asylverfahren nicht an. Das hat bekanntlich Konsequenzen: während die anerkannten Asylbewerber auf Basis des Grundgesetzes eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhalten, die allerdings bei Wegfall der Verfolgungsgründe widerrufen werden kann, werden die de-facto Flüchtlinge bei uns nur "geduldet" und sind ständig von Abschiebung bedroht.

Asylbewerber müssen hierzulande ein Asylverfahren durchlaufen, das in einem besonderen Gesetz (AsylVG) fixiert ist. Über ihre Anerkennung als politisch Verfolgte entscheiden Beamte des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf. Während des Asylverfahrens besteht für die Asylbewerber ein 5-jähriges Arbeitsverbot, die Zwangszuteilung auf Bundesländer und Zwangseinweisung in menschenunwürdige "Sammelunterkünfte".

Bei den de-facto Flüchtlingen handelt es sich zum überwiegenden Teil um bereits abgelehnte Asylbewerber, die dennoch nicht abgeschoben werden dürfen, wenn sie aus "dringenden humanitären Gründen" und der "Gefahr für Leib und Leben" auf Basis der GFK bei uns "geduldet" werden (Abschiebungsschutz). Die de-facto Flüchtlinge unterliegen auf Gedeih und Verderb den örtlichen Ausländerbehörden; für sie gilt jedoch kein Arbeitsverbot, wenngleich sie nach dem AFG nur schwer eine Arbeitserlaubnis erhalten.

Die hohe Zahl von ca. 300.000 de-facto Flüchtlingen ist u.a. Folge der Asylverfahren. Bei einer Anerkennungsquote von nur 5% im letzten Jahr - der niedrigsten überhaupt - werden die abgelehnten Asylbewerber erst zu de-facto Flüchtlingen. Die niedrige Anerkennung von Asylbewerbern als politisch Verfolgte hängt im wesentlichen damit zusammen, daß die westdeutsche Unrechtsprechung die Definition, was "politisch Verfolgte" eigentlich sind, immer mehr eingeengt hat. Menschen aus Bürgerkriegsländern sind beispielsweise ebensowenig "politisch Verfolgte" wie ein kurdischer Flüchtling, der gefoltert wurde. Das Bundesverwaltungsgericht bescheinigte ihm, daß Folter in der Türkei Bestandteil der dortigen "Kultur" und zur "Wahrheitsfindung" ohne weiteres zulässig sei. Auffällig auch, daß die Anerkennungsquoten für Flüchtlinge aus den Hauptherkunftsländern wie dem Iran oder Sri Lanka anfänglich noch hoch lagen (Iran bei über 80%),

dann aber sinken, was nichts mit der veränderten politischen Situation im Herkunftsland, um so mehr aber mit der hiesigen "Rechtsprechung" und den Entscheidungen in Zirndorf zu tun hat.

Wie im geltenden Gesetz (§ 14) ist das Verbot der Abschiebung politisch Verfolgter im § 51 Abs. 1 im Sinne der GFK-Definition aufgenommen worden. Neu ist hingegen, daß nunmehr auch die Konventionsflüchtlinge das herkömmliche Asylverfahren durchlaufen müssen. Künftig also können Flüchtlinge, sofern sie überhaupt westdeutsches Territorium erreichen, Asyl auf Basis des Grundgesetzes oder auf Basis des § 51 Abs. 1 beantragen und müssen das gleiche Verfahren über sich ergehen lassen. Gemäß dieser Logik erhalten die "Grundgesetz-Flüchtlinge" eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis (§ 29 AsylVG), die Konventionsflüchtlinge eine Aufenthaltsbefugnis (§ 30 Abs. 5). Das könnte bedeuten, daß ein politisch Verfolgter, dessen Asylantrag auf Basis des Grundgesetzes abgelehnt wurde, das Asylverfahren vor dem gleichen Amt noch einmal durchlaufen muß. Ein anderer Widerspruch: der § 1 des AsylVG schließt das Asylverfahren für Konventionsflüchtlinge ausdrücklich aus.

Doch das scheint zweitrangig. Vielmehr ist folgender feiner Unterschied interessant. In § 51 Abs. 1 ist von einem Abschiebungsverbot die Rede, wenn das "Leben oder die Freiheit" eines Ausländers im Herkunftsland "bedroht" ist. In Abs. 2 ist dagegen von "Verfolgung", also dem Nachweis einer viel konkreteren, unmittelbareren "Bedrohung" die Rede. Das Zirndorfer Bundesamt hat demnach nicht die allgemeine Bedrohungslage - etwa im Falle eines Bürgerkriegs - zu prüfen, sondern die konkrete, individuelle Verfolgteneigenschaft des Betroffenen. Damit wird elegant die Prüfung der "Flüchtlingseigenschaft" nach der GFK umgangen, die Anwendung der GFK ausgetrickst.

Dabei bleibt, egal, um welche Flüchtlinge es sich dabei handelt, die Abschiebungsandrohung auch während des Asylverfahrens bestehen (§ 52). Das ist mehr als zynisch, wenn ein Staat, der Zufluchtsuchenden eigentlich Schutz vor Verfolgung gewähren soll, diesem sogleich ein "Ausländer raus" androht. Da hilft es denn auch nicht, wenn sich im § 53 mit der Einarbeitung von völkerrechtlichen Verträgen, die die BRD selbst ratifiziert hat, geschmückt wird. Danach gelten Verstöße gegen die Folter, die Todesstrafe und die Europäische Menschenrechtskonvention als "Abschiebungshindernisse".

Wichtig wird auch der § 54 werden, der eine halbjährige Aussetzung einer Abschiebung - etwa für de-facto Flüchtlinge - seitens der Länderbehörden vorsieht. Nach diesen sechs Monaten jedoch ist ein "Einvernehmen" mit dem Bundesinnenminister vorgeschrieben. Damit kann ein Bundesland nicht mehr eigenmächtig gewissen Flüchtlingsgruppen eine Duldung einräumen.

Eine weitere Einschränkung der Länderkompetenzen wird übrigens auch im § 65 vorgenommen, der schärfer gefaßt ist als § 53 des Zimmermann-Entwurfs. Demnach sind Sonderregelungen einzelner Bundesländer, wie etwa im Falle der Duldung der Roma in NRW, künftig ohne Zustimmung des Herrn Schäuble nicht mehr möglich.

8. Beschleunigte Abschiebungen von Flüchtlingen

Neben dem Ausländergesetz wird gleichzeitig auch das Asylverfahrensgesetz (AsylVG) novelliert. Das ist schon aus dem Grunde notwendig, weil ja nunmehr auch die GFK-Flüchtlinge diesem Verfahren unterworfen werden (s.o.).

Darüber hinaus sind einige Bestimmungen erweitert worden, die auf eine von den Rechten seit langem geforderte "Beschleunigung der Asylverfahren" und der damit verbundenen Abschiebungen hinauslaufen.

Einzig positiv ist eine Änderung im §7a, wonach Ehegatten von Asylberechtigten den gleichen Aufenthaltsstatus erhalten, ohne das Asylverfahren durchlaufen zu müssen. Dies entspricht der GFK.

Der Verfahrensbeschleunigung dient hingegen, daß die erste Anhörung eines Asylbewerbers beim Bundesamt innerhalb der ersten sieben Tage erfolgt und das spätere Vorbringen weiterer oder neuerer Verfolgungsgründe "unberücksichtigt bleiben" soll (§ 8 a). Der § 12 Abs. 3 schreibt sogar vor, daß eine persönliche Anhörung in einem "unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang" mit dem Asylantrag stehen sollte. Dies steht im Zusammenhang mit der zügigen Einrichtung von Außenstellen des Bundesamtes in Zirndorf, etwa am Frankfurter Flughafen, um zügig entscheiden und abschieben zu können.

Nach § 10 AsylVG werden in den Absätzen 2 und 3 Abschiebungen beschleunigt; zum einen wird eine gesetzliche Mindestfrist von 14 Tagen fixiert, in denen die Abschiebung eines "ausreisepflichtigen" Flüchtlings zu erfolgen habe. Und im Falle von "offensichtlich unbeachteten" und "unbegründeten" Asylanträgen sollen juristische Beschwerden gegen diese Entscheidungen nach § 80 Abs. 5 Verwaltungsgerichtsordnung künftig ausgeschlossen sein. Dies bedeutet eine klare Beschneidung eines demokratischen Grundrechts, den gerichtlichen Klageweg zu beschreiten.

D./Westberlin

# 3. Erst die Arbeit - und dann? - Zu den Tarifverhandlungen in der Metall- und Druckindustrie

*Tarifverhandlungen in der Metallindustrie*

Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:17

Mit dem 28. April läuft die Friedenspflicht in der Metall- und Druckindustrie aus. Dann beginnt einer der härtesten Tarifauseinandersetzungen in der Geschichte der BRD - glaubt mensch den Protagonisten von Gewerkschaften und Arbeitgebern. Die IG Metall und die IG Medien fordern, daß endlich die 35-Stunden-Woche in den Betrieben Einzug hält, die Beschäftigten mehr Lohn erhalten - gefordert sind rund 9% - und das Wochenende arbeitsfrei bleibt. Die Arbeitgeber offerieren ihren Worten nach ein großzügiges Angebot: fünf Prozent mehr Lohn bei einer Laufzeit von 15 Monaten, keine Arbeitszeitverkürzung bis 1993 und die Möglichkeit, die so begehrten Facharbeiter länger arbeiten zu lassen: Bei Beibehaltung der 37-Stunden-Woche sollen die Arbeitnehmer auf vertraglicher Grundlage bis zu 60 Stunden in der Woche und Samstags regelmäßig arbeiten. Der Grund ist für die Arbeitgeber der anhaltende Facharbeitermangel in der BRD. Zudem ist es aus ihrer Sicht im jetzigen Moment unsinnig, die 35-Stunden-Woche einzuführen: Die Wirtschaft der BRD boomt, trotz allem Gerede, die BRD ist Exportweltmeister und da könnte ein Streik nur den weiteren Erfolg gefährden.

Arbeitszeitverkürzung - seit jeher ein Reizwort in den Tarifauseinandersetzungen der BRD. Im 84er Arbeitskampf betitelte der Bundeskanzler die Forderung als "dumm, dreist, und töricht." Auf die Frage nach Einführung der 35-Stunden-Woche antwortete Bundeswirtschaftsminister Haussmann 1989 "pauschale weitere Arbeitszeitverkürzungen sind unverantwortlich". Weder damals noch heute lassen sich die IG Metall und IG Medien durch derartige Angriffe beeindrucken. Auch in der jetzigen Situation bereitet sich die IG Metall auf einen Arbeitskampf vor. Denn angesichts 2 Millionen Arbeitsloser bei anhaltendem wirtschaftlichem Boom ist es nicht einzusehen, warum auf eine beschäftigungswirksame Verkürzung der Arbeitszeit verzichtet werden soll. "Es gibt nicht einen vernünftigen Grund, im Jahre 1990 über Arbeitszeitverkürzung in der Metall- und Elektroindustrie zu verhandeln, nicht einen einzigen.", so argumentiert Werner Stumpfe, Präsident des Arbeitgeberverbandes, in einem "Spiegel" Gespräch. Dementsprechend führen die Unternehmer Argumente gegen eine Arbeitszeitverkürzung ins Feld:

- AZV bringe nicht mehr, sondern weniger Arbeitsplätze, da das Rationalisierungstempo steigen würde. Zudem verzichteten die Beschäftigten auf Lohnzuwächse, da der Produktivitätszuwachs nur einmal verteilt werden könne. Dies aber hätte negative Folgen für die Inlandsnachfrage und bremse somit weiteres Wachstum.

- AZV wirke wie eine Peitsche im Betrieb. Denn durch forcierte Rationalisierung würde nur die Hetze im Betrieb steigen und eine Leistungsverdichtung am Arbeitsplatz erfolgen, somit mit weniger Leuten eine höhere Produktivität erzielt.

- Da Fachkräfte nicht zu kriegen seien, komme es auch nicht zu Neueinstellungen. Bereits schon jetzt müsse jeder zweite Betrieb die Produktion einschränken, da ihm die nötigen Spezialisten fehlten. An die Einstellung ungelernter ArbeiterInnen und Angestellten sei da natürlich auch nicht zu denken.

- Zusammengenommen würde die internationale Konkurrenzfähigkeit der BRD Industrie verschlechtert, arbeiteten die Bundesdeutschen noch weniger.

Ein Argumentationskatalog wie ein Bollwerk der ökonomischen Vernunft; doch auch die Positionen der IG Metall zu diesen Fragen können sich sehen lassen.

Nach Berechnungen der IG Metall sind seit der AZV ab 1985 150.000 Arbeitsplätze in der Metallbranche neugeschaffen und 50.000 erhalten worden. Mit der Einführung der 35-Stunden-Woche würden noch einmal 150.000 Stellen geschaffen oder erhalten werden. Dieses wollen die Arbeitgeber so nicht gelten lassen, müssen aber eingestehen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit neue Stellen schafft. "So bewiesen die Arbeitgeber in der gegenwärtigen Diskussion unfreiwillig, daß Arbeitszeitverkürzung für neue Stellen sorgt. Wie anders wäre die Klage zu verstehen, die 35-Stunde-Woche verschärfe den Mangel an Facharbeitern. Dieter Hundt, Vorsitzender des Verbandes der baden-württembergischen Metallindustrie, hat den Effekt sogar für

sein Bundesland berechnet: ‚Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit würde bedeuten, daß allein in Baden-Württemberg rund 40.000 Facharbeiterstellen neu geschaffen und besetzt werden müßten.'" (Die Zeit, 13.02.90)

Da ist es wieder, das Stichwort, das für den Unternehmer in der BRD wichtiger ist als der Dow-Jones-Index: Der Facharbeiter, der Inbegriff bundesdeutscher Arbeitsdisziplin und Wertschaffung. Davon soll es in der BRD zu wenig geben. Dies ist nicht nur angesichts von 2 Millionen Arbeitslosen schwer vorstellbar, sondern zum Teil auch dem Unternehmerverhalten in der Vergangenheit geschuldet. "Man kann nur so viele Facharbeiter beschäftigen, wie man früher ausgebildet hat", so der Chef der Nürnberger Arbeitsverwaltung laut "Die Zeit" vom 13.02.1990. Damit liegt er in seiner Kritik an den Unternehmern nicht ganz verkehrt, denn eine Statistik der Nürnberger Anstalt über die Ausbildungsquoten in der Metallindustrie zeigt, daß gerade die Großen der Branchen unter dem Durchschnitt ausbilden. So macht die Zahl der Auszubildenden rund 8% der Beschäftigten aus, die 25 größten Unternehmen liegen allerdings erheblich darunter. Auch gut die Hälfte aller Arbeitslosen hat eine abgeschlossene Berufsausbildung, die Unternehmen ziehen es aber vor, so lange zu warten, bis jemand mit der gewünschten Spezialqualifikation vor ihrer Tür steht. Zudem müßten die Arbeitgeber von ihrer Vorstellung der Ersetzung ungelernter Tätigkeit durch Sachkapital und qualifizierte Arbeit Abstand nehmen. Der mit dieser Strategie verbundene forcierte Facharbeiterbedarf wächst schneller als neue ausgebildet werden können. Von daher ist es logisch und notwendig das Substitutionstempo der ungelernten Arbeit zu verlangsamen und Beschäftigte wie Unbeschäftigte zu qualifizieren. Daß dies ohne Schaden für die Konkurrenzposition der BRD Wirtschaft möglich ist, hat der Arbeitskampf und der Tarifabschluß von 1984 gezeigt.

Diese Position hat sich auch aus anderen Gründen nicht verändert. So reden die Gewerkschaften zwar von einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, real aber sind die Lohnerhöhungen hinter dem Produktivitätszuwachs zurückgeblieben, so daß trotz tarifmäßigen Lohnerhöhung pro Stunde die Lohnkosten je Produktionseinheit nicht gestiegen sind, da gleichzeitig die Produktivität gesteigert wurde. Darüberhinaus akzeptierte die IG Metall sogar einen dreijährigen Tarifvertrag um die AZV durchzusetzen, was dazu führte, daß die Beschäftigten in dieser Zeit dem Aufschwung und den Gewinnen zuschauen konnten ohne in gewohnter Weise dies in der Lohntüte zu spüren. Folglich hatte dies auch keine Auswirkung auf die vielbeschworene Konkurrenzposition der hiesigen Unternehmer. "Vom Ergebnis her gesehen haben die Arbeitskosten die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft offensichtlich nicht überfordert", schreiben K. Biedenkopf und M. Miegel in ihrem Buch "Investieren in Deutschland". In Mark gerechnet seien die Lohnkosten nahezu konstant geblieben in den letzten Jahren, erst die Umrechnung in Dollar veränderte das Bild nachteilig für die Bundesrepublik. Schwankende Wechselkurse, folgern Biedenkopf und Miegel, haben ‚auf die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik weit größere Wirkungen als die Entwicklung der eigentlichen Arbeitskosten'." (Die Zeit, 13.02.90)

Aber neben den reinen Kosten ist es natürlich auch ein gutes Argument zu behaupten, die anderen Arbeitnehmer in Europa, genauer in der EG würden viel länger arbeiten als die in der BRD. In einer Broschüre der Arbeitgeber der Metall-und Elektroindustrie wird dargestellt, daß die tariflichen Jahresarbeitszeiten nirgendwo so kurz seien wie in der BRD. Dies mag durchaus richtig sein, nur wird durch diese Darstellungsgröße die realen tägliche Arbeitszeit nicht deutlich. Außerdem wird hier in keiner Weise auf die Verteilung dieser Arbeitszeit eingegangen. Wer arbeitet zu welcher Tages- bzw. Nachtzeit, wer im Schichtbetrieb und wer regelmäßig am Wochenende. Betrachtet mensch diese Zahlen, sieht das Bild schon anders aus: Zur Zeit arbeiten mehr als sieben Millionen ArbeiterInnen - rund ein Drittel aller abhängig Beschäftigten - regelmäßig am Samstag. Das heißt: sie arbeiten mindestens einmal im Monat an diesem Tag. Mit Beginn der achtziger Jahre ist diese Zahl sprunghaft angestiegen, sie hat sich von 20 auf 32% erhöht. Dieser Zuwachs geht fast ausschließlich auf das Konto der Industrie. In diesem Bereich hat sich der Anteil der Beschäftigten mit regelmäßiger Samstagsarbeit im gleichen Zeitraum von 11 auf 29% fast verdreifacht. Vier Millionen Menschen arbeiten am Sonntag (vorwiegend im Dienstleistungsgewerbe) und 12% aller ArbeiterInnen arbeiten im Schichtbetrieb, sieben Prozent arbeiten regelmäßig nachts.

Demgegenüber sind es in Frankreich und den USA 8%, in Großbritannien 13%. Nachtarbeiten müssen 12%, in den USA 11% und in Frankreich 5%. Folglich liegt die Betriebsnutzungszeit in der BRD höher als in ihren kapitalistischen Konkurrenzländern. Sie liegt bei derzeit rund 62 Stunden pro Woche, in Frankreich liegt sie beispielsweise bei 46 Stunden. Deutlicher kann eigentlich der Wettbewerbsvorteil des BRD-Kapitals trotz der

Klagen über die international angeblich geringere individuelle Wochenarbeitszeit kaum werden. Außerdem wird bei dieser Debatte um die tarifliche Arbeitszeit immer eines wissentlich verschwiegen. In vielen, wenn nicht sogar allen Bereichen der Wirtschaft ist die tarifliche Arbeitszeit eine Idealgröße, die nur selten der effektiven Arbeitszeit der Beschäftigten entspricht. So werden in der BRD zur Zeit rund 1,4 Milliarden Überstunden im Jahr geleistet. Allein auf die Metallindustrie entfallen davon 20%. Im Bereich des Maschinenbaus werden im Moment rund 130 Überstunden pro Jahr und ArbeiterIn erbracht und die Tendenz ist steigend.

"Angriff auf den Wohlstand"

In dieser Tarifauseinandersetzung fordert die IG Metall nicht nur die Arbeit zu verkürzen und den Lohn prozentual anzuheben, sie verlangt auch eine Erhöhung der Bezüge für die unteren Lohngruppen um feststehende 200,- DM. Diese Kombination der Forderungen scheint dem Vorsitzenden des Unternehmerverbandes "Nordmetall", Gerhard Müller, den Appetit verdorben zu haben. "Beim traditionellen Martinsgansessen des Verbandes warf er den Metallern bei üppigen Speisen und Getränken vor, einen "massiven Angriff auf den Wohlstand" zu planen." (taz, 6.11.89) In der Drohung mit Streik sieht der Unternehmer eine Rückkehr zum "Ungeist des Klassenkampfes". Dagegen setzt der Präsident von Gesamtmetall, Werner Stumpfe, die Ankündigung einer Angriffsaussperrung, sollte die IGM ihre Drohung wahrmachen.

Doch jenseits derartige Verbalattacken steht für beiden Seiten was auf dem Spiel:

- Die IG Metall und die IG Medien wollen die Forderung mit der 35 im Titel endlich vom Tisch haben. Es muß ein Tarifvertrag her, der diese Arbeitszeit festschreibt und den Gewerkschaften wieder Raum für andere Themen schafft. Seit 1977 versuchen insbesondere die Metaller die 35-Stunden-Woche zu realisieren; noch nie ist in der Geschichte der BRD so viele Jahre um eine tarifliche Forderung gekämpft worden.

- Die Arbeitgeberverbände wollen eine weitere Arbeitszeitverkürzung verhindern, weil damit ihre derzeitige Gewinnmarge bedroht ist. Hinzukommt, daß der Streit innerhalb des Unternehmerlagers wächst, sich diesen Forderungen der IGM zu widersetzen. Allen voran die mittelständischen Unternehmen des Werkzeug- und Maschinenbaus drohen den Verbänden und somit den Großunternehmen der Branche, den Automobilfirmen, mit Austritt. Denn die kleineren Unternehmen kritisieren, daß die bisherigen Tarifabschlüsse mit Arbeitszeitverkürzung zwar für die großen der Branche umsetzbar waren, daß sie aber aufgrund ihrer Betriebsstruktur keine großen Flexibilisierungs- und Arbeitszeitmodelle anbieten könnten. Die bisherige Umgangsweise mit den Tarifabschlüssen habe die bestehende Abhängigkeit von diesen Großunternehmen weiter verschärft. Allen voran die Zulieferbetriebe der Automobilindustrie tragen diese Kritik.

Angesichts des forcierten Ausbaus der just-in-time-production sind viele ehemalige eigenständige Zulieferunternehmen zu de-facto-Abteilungen der Autokonzerne geworden. Im Zuge der Tarifauseinandersetzung sehen sie die Gefahr auch den Rest ihrer Unternehmenseigenständigkeit zu verlieren. Von daher kritisieren sie ihre eigene Verhandlungsführung. Zudem hätten sie nicht das Geld für Neueinstellungen und würden am meisten unter dem Facharbeitermangel in der BRD leiden.

Der Binnenmarkt und der Osten

Bekannterweise kommt ab 1993 der europäische Binnenmarkt für die Staaten der europäischen Gemeinschaft. Von daher war es aus der Sicht der Arbeitgeber logisch dieses seit langem auf der Tagesordnung stehende Projekt als Argument in die Tarifverhandlungen einzuführen. Nach dem Motto: es wisse niemand was da eigentlich auf die Unternehmer zukäme sollten die Gewerkschaften und ihre Mitglieder erst einmal abwarten und nach der Einführung des Binnenmarktes mit ihren Forderungen wieder ankommen. Insbesondere die Frage der Arbeitszeitverkürzung solle dann im EG-Rahmen erörtert werden.

Doch seit den Ereignissen in der DDR und den übrigen Staaten des RGW reden die Unternehmer nur noch von den Aufgaben, die mit der Vereinigung mit der DDR auf die BRD zukämen, und daß die Arbeitnehmer dies doch bei ihren Forderungen berücksichtigen sollten. Dieses Ansinnen wies Franz Steinkühler auf der zentralen Aktionskonferenz der IGM am 3. März in Frankfurt zurück. "Jeder Prozentpunkt weniger Lohnerhöhung fließt in die Unternehmerkasse und nicht in die DDR. Jede Minute weniger Arbeitszeitverkürzung nutzt den Arbeitgebern in der BRD und nicht den Arbeitnehmern in der DDR." (taz, 5.3.90) Zusätzlich weigerte sich der

IGM-Chef die Strategie der Unternehmer gen Osten mitzutragen: "Ich will die Arbeitgeber nicht mit den Nazis vergleichen, aber auf Eroberungen sind sie auch aus - auf die Eroberung der Märkte Osteuropas und der DDR. Aber wir lassen uns nicht für Eroberungen einspannen." (taz, 5.3.90) Damit erntet er zwar den stürmischen Beifall der anwesenden Gewerkschaftsvertreter, aber an der grundsätzlich am Gemeinwohl ausgerichteten Politik der IGM ändert dies auch nichts. Gegen einen möglichen Wirtschaftsaufschwung, aufgrund der Ausdehnung der westlichen Absatzmärkte nach Osten, hat die Gewerkschaft auch nichts einzuwenden. Die ganze Debatte um den EG-Binnenmarkt oder jetzt aktuell um die kommenden Aufgaben in der DDR verdeutlicht nur eins: den Arbeitgebern ist jedes Argument recht, das sich vermeintlich oder tatsächlich gegen die Forderungen der Gewerkschaften - egal ob Arbeitszeitverkürzung oder mehr Lohn - vorbringen läßt.

Weniger arbeiten oder mehr Geld

Mit dieser schlichten Losung agieren die Arbeitgeber derzeit in der Öffentlichkeit. Natürlich wollen viele Beschäftigte mehr Geld verdienen, besonders nach den bescheidenen Lohnzuwächsen der letzten drei Jahre. Andererseits ist aber nicht zu übersehen, daß in den Betrieben angesichts des Angebots der Arbeitgeber der Unmut wächst. Zudem werden die Arbeitstakte dichter, die Tätigkeiten komplexer und der Raum für Erholzeiten in der Arbeit geringer. Die Folgen hiervon sind bekannt, werden aber aufgrund der zunehmenden Hetze immer bedrohlicher: Krankheit, Invalidität und Tod während des Arbeitslebens. Auch dies sind Gründe für eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit.

Im Moment heißt es die immer schärfer werdenden Angriffe der Unternehmer auf das nur noch teilweise arbeitsfreie Wochenende zurückzudrängen, die Fünf- Tage-Woche mit 35 Stunden Arbeitszeit als Regelarbeitszeit zu verankern und den Tarifvertrag als ein Instrument der kollektiven Sicherheit vor Unternehmerwillkür zu verteidigen. Darüberhinaus müßten die Gewerkschaften und die Beschäftigten die immer stärker werden Überstundenanforderungen der Unternehmer abzuwehren und somit die effektive Arbeitszeit zu verkürzen. Dies wäre auch ein notwendiger Beitrag dazu, daß die weitere Verkürzung der Arbeitszeit nicht durch eine stetige Ausweitung der Überstunden konterkariert wird.

as

# 4. Nie wieder Deutschland Kommt zur Demonstration am 12. Mai nach Frankfurt

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:43

Nicht wenige dramatische Situationen hat es in der Geschichte der neueren Linken gegeben, Stationen, die als entscheidend empfunden wurden und es wohl auch waren. Vermutlich werden die Erinnerungen differieren. Ohne Vollständigkeitsanspruch seien also einige genannt: der Kampf gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze 1967, die Oster-Unruhen wegen des Attentats auf Rudi Dutschke 1968, das Mißtrauensvotum gegen die Regierung Brandt-Scheel 1972, der Tod von Holger Meins im Hungerstreik 1974, von Ulrike Meinhof 1976, Brokdorf, Grohnde, Malville 1977, der deutsche Herbst, Nachrüstung, Startbahn, Westberliner Häuserkampf, Hafenstraße Hamburg. Mal brachte die außerparlamentarische Opposition wahre Massenaktionen zuwege wie in der Ökologie- und Friedensbewegung. Mal versagte sie krass. Zum rechtsradikalen Attentat auf dem Münchner Oktoberfest 1980 oder zu Bitburg 1985 gab es keine nennenswerten Reaktionen. Von der heutigen Situation muß sich die westdeutsche Linke nicht unmittelbar betroffen fühlen. Doch das gilt natürlich nur bei ganz oberflächlicher Betrachtung.

Niemand wird bestreiten, daß mit einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten mehr auf dem Spiel steht als in jeder der genannten Stationen. Daher hat es seine Logik, daß der harte Kern der BRD-Linken - Zerstrittenheit hin, Perspektivlosigkeit her - einigermaßen vollständig zur Frankfurter Demonstration aufruft. Wer ist dieser "harte Kern"? Betrachtet man denjenigen Abschnitt der UnterzeichnerInnen des Demo-Aufrufs, in welchem örtliche Initiativen oder einzelne Personen aufgeführt sind, so ergibt sich ein buntes Gemisch von Ökologen, Feministinnen, Antifaschisten, Linksradikalen, Soligruppen und Alternativprojekten. Geht man von den überregionalen politischen Strömungen aus, wird die Sache übersichtlich: dann sind es einfach die Systemoppositionellen bei den Grünen (die Radikalökologen und die - inzwischen z.T. ausgetretenen - Ökosozialisten) plus diejenigen, die die Ehre haben, in den einzelnen Kapiteln der Verfassungsschutzberichte aufgeführt zu werden. Die aktuellen VS-Titel weiß ich nicht. Früher lauteten sie: Die "Moskautreuen" (DKP, SDAJ), die "K-Gruppen" (MLPD, BWK, KB, VSP, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD), die "Undogmatischen" (Autonome und Anarchisten). Da RAF und RZ üblicherweise nicht zu Demonstrationen aufrufen, fehlen nur die "Linkssozialisten" (MG, SB).

Wie die bisherigen Debatten andeuten, scheint der Antiimperialismus die größte Gemeinsamkeit dieser Gruppen zu sein. Der bundesdeutsche Imperialismus ist schlimm genug, mächtig genug, reich genug - soll er sich auch noch territorial vergrößern und womöglich ganz Osteuropa dominieren? Verstanden haben wir, daß die Bundesrepublik nun nicht mehr mit dem Großmacht-Status nur liebäugelt und daß sie es nicht mehr nötig hat, sich politisch hinter dem Rücken anderer zu verstecken - sei es die EG, sei es die NATO, seien es die amerikanischen oder französischen "Freunde". Der deutsche Imperialismus tritt politisch aus der Deckung und erklärt seinen Führungsanspruch bei der Neuverteilung der Machtverhältnisse in Europa, West und Ost. Die Wiedervereinigung wäre der Umschlag des kontinuierlichen quantitativen Machtzuwachses, den die BRD in den letzten Jahrzehnten erreicht hat, in eine neue Qualität. Es ist klar, daß diese Erkenntnis alle diejenigen auf den Plan ruft, die sich nach wie vor antikapitalistisch definieren.

Alle anderen Motivationen, an der Demonstration teilzunehmen, lösen mehr oder weniger starke Kontroversen aus, auch wenn es nicht schwer scheint, Kompromisse zu finden. Der Widerstand gegen Nationalismus und Rassismus, die Befürchtung sozialer Nachteile für die Bevölkerungen der DDR wie auch der Bundesrepublik, die Gefahr einer Destabilisierung der internationalen Lage, die Gewißheit, daß die "Dritte Welt" nur Verschlechterungen von den aktuellen europäischen Prozessen zu erwarten hat - all das ist erstmal Konsens, führt aber sofort zu Differenzen, wenn es um die Prioritäten geht. Ein Teil des Bündnisses stellt solche Aspekte in den Vordergrund, weil er der Meinung ist, es müsse inzwischen mehr um eine konkrete, bremsende Einflußnahme auf den Prozeß des "Zusammenwachsens" gehen als um die strikte Ablehnung jeder Form der Wiedervereinigung.

Die heftigsten Kontroversen löst die antifaschistische Motivation aus, obwohl sie natürlich von allen Gruppen geteilt wird. Alle verstehen eben etwas anderes unter Antifaschismus. Diese Kontroversen haben sich meist an dem Motto der Demonstration entzündet, das von der Radikalen Linken, die die Demo Ende Januar initiiert hatte, vorgeschlagen wurde: "Nie wieder Deutschland". Die Parole kombiniert die Ablehnung des neuen

Nationalismus mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus. Ohne daß es darüber eine Abstimmung gegeben hätte, läuft die Aktion unter diesem Titel. Die anderen haben ihn mehr oder weniger willig hingenommen und fingen dann allmählich an, selbst damit zu arbeiten. Kann man das so sagen? Ist das nicht mißverständlich? Darf man "die Leute so vor den Kopf stoßen"?

Es klingt zwar nach reichlich platter Dialektik, aber worüber am meisten gestritten wird, das verbindet die Kontrahenten in einem gewissen Sinn auch am stärksten. Viele traditionell denkenden und arbeitenden Linken haben ihre Situation im Betrieb vor Augen oder in der Gewerkschaft oder im Stadtteil. Oft genug haben sie erfahren, wie schnell sie isoliert werden konnten, wie leicht es dem politischen Gegner fiel, ihre mühsame Aufbauarbeit im Handumdrehen zu zerstören. Sie haben es damit zu tun, daß Kolleginnen und Kollegen, mit denen sie gemeinsam in Tarifrunden gekämpft haben oder die sie auf Mai-Demonstrationen mitnehmen konnten, jetzt "für Deutschland" sind, als sei es das Selbstverständlichste der Welt. Ihnen wird heute, vielleicht von Sozialdemokraten?, entgegnet "Hör doch auf mit dem Quatsch" oder "Wer will das noch hören", wenn sie vorsichtig versuchen, warnend an NS-Deutschland zu erinnern.

Diese Linken wissen am besten, was gemeint ist, wenn von Nationalismus die Rede ist. Paradoxerweise fällt es ihnen häufig am schwersten, schonungslos darüber zu reden. Sie wissen über beides bescheid: daß es schier aussichtslos scheint, die KollegInnen für "Nie wieder Deutschland" zu agitieren und daß dies trotzdem den Punkt benennt, um welchen es geht. In solchen Situationen neigen alle politischen Kräfte dazu, taktisch zu diskutieren, denn mit Taktik kennt man sich aus. Die Taktik empfiehlt, nicht den Kontakt zu den Menschen zu verlieren, die man gewinnen will - eher schon, ihnen auf ihrem Weg ein Stückchen zu folgen, obwohl man weiß, daß es die falsche Richtung ist. Dieses Experiment versuchte auch die alte KPD in ihrer Reaktion auf die Massen, die die NSDAP mobilisieren konnte. Es scheiterte.

Heute vertrauen manche auf die bekannte Regel, daß sich die Geschichte nicht wiederholt, es sei denn als Farce. Wie aber, wenn die Regel Ausnahmen hat und der deutsche Imperialismus eine davon ist? Dieser Streit geht um die Prognostik und ist daher kaum zu lösen. Wir müssen uns dem Problem anders nähern: Damit sich die Geschichte nicht wiederholt, muß die Möglichkeit einer Wiederholung eingeräumt werden. Damit ein Fortschritt möglich bleibt, damit die Lernfähigkeit der Menschen weiter behauptet werden kann, muß wenigstens die Linke ihre Lernfähigkeit unter Beweis stellen. Darum soll es kein linkes Experimentieren mehr mit der nationalen Frage in diesem Land geben, keine Verfassungsdebatte, keine Luftschlösser über die Umfunktionierung der Wiedervereinigung für alle möglichen fortschrittlichen Zwecke, keinen "gesamtdeutschen Kampf gegen Großdeutschland", wie Klaus Hartung einmal in der "taz" haarscharf vor der Wahrheit formulierte (diese hätte er erreicht, wenn er vom "großdeutschen Kampf gegen Großdeutschland" geschrieben hätte).

Die meisten Linken befinden sich im Widerstreit zwischen dem, was die Taktik rät, und dem, was das Gewissen rät. Vielleicht sollte man sich einmal ganz materialistisch vergegenwärtigen, daß das Gewissen ein wichtiges Stück humanes Wissen ist. Da die Zukunft ungewiß und die Gegenwart unübersichtlich ist, muß sich das Wissen zwangsläufig auf die Vergangenheit beziehen. Das Ge-Wissen über die Jahre 1933-45 reicht vollkommen aus: Nie wieder Deutschland.

Wer es ausspricht, weiß auch, was das zu bedeuten hat. Man gehört wieder einmal nicht dazu - noch bevor das neue Vaterland Realität geworden ist. Die PDS mag es noch nicht zur Kenntnis nehmen, wo sie doch glaubt, hierin noch ganz die Staatspartei SED, einen wesentlichen Teil davon geformt zu haben.

Die Demo am 12. Mai schreibt gewissermaßen das Vorwort zum ersten Verfassungsschutzbericht eines wiedervereinigten Deutschlands. Sie meldet den Anspruch der teilnehmenden Gruppen auf die künftigen Kapitel an und wird ihn garantiert auch durchsetzen. Das ist das sicherste Zeichen dafür, daß es eine Opposition gibt, auch wenn der ganze Bundestag die Nationalhymne singt und die ganze Volkskammer zum Gottesdienst erscheint.

Es gibt eine Opposition! Also ist noch nichts verloren ...

de.

# 5. Unsere "lieben Landsleute"... Über Flucht, Vertreibung und Einwanderung

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Osteuropa, Osteuropapolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:35

Seit 1988 wanderten über eine Million AussiedlerInnen aus Osteuropa und der Sowjetunion sowie ÜbersiedlerInnen aus der DDR in die BRD ein. Sie widerlegen damit ganz praktisch die regierungsamtliche Version, wonach die BRD "kein Einwanderungsland" sei. Die extrem hohen Zuwanderungen aus der DDR, Osteuropa und der Sowjetunion resultieren zum einen aus den liberalisierten Ausreisebestimmungen, die die transformierten Regimes in Osteuropa erließen oder noch erlassen werden (Sowjetunion) oder von der Bevölkerung erzwungen wurden (DDR). Und daß so viele Menschen in der BRD Aufnahme finden, ohne sofort wieder zurückgewiesen zu werden, wie das bei allen übrigen AusländerInnen der Fall wäre, verdanken die Aus- und ÜbersiedlerInnen einem spezifischen Einwanderungsprivileg: ihrer "deutschen Volkszugehörigkeit" oder ganz einfach ihrem "Bekenntnis zum deutschen Volkstum". Es handelt sich bei ihnen also um "unsere Landsleute", die bei uns "herzlich willkommen" seien, so der Kanzler. 68% der westdeutschen Bevölkerung denken offenbar ganz anders darüber. Sie betrachten vor allem die AussiedlerInnen aus Osteuropa und der Sowjetunion als AusländerInnen. So wie die Türken oder Tamilen auch. Sie sind bei uns ebenso unerwünscht. Und auch die ÜbersiedlerInnen aus der DDR sollten lieber drüben bleiben.

Infolge der kometenhaft angestiegenen Zuwanderungen, den damit verbundenen Problemen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und den daraus resultierenden sozialen Widersprüchen hat die Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, die Einwanderungen aus Osteuropa und der Sowjetunion zu begrenzen und die ÜbersiedlerInnen aus der DDR durch den Entzug gewisser Eingliederungsbeihilfen abzuschrecken. In diesem Beitrag sollen die Hintergründe der Einwanderungen und ihre rechtlichen wie historischen Dimensionen genauer beleuchtet werden.

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges flohen Millionen Deutscher aus den ehemaligen Ostgebieten des "Reiches", vor allem aus dem heutigen Polen und dem Norden der CSFR, in die heutige BRD und die DDR. Oder sie wurden aus jenen Gebieten vertrieben. Die Zahlen schwanken beträchtlich. Im allgemeinen wird eine Zahl von 12 Millionen Menschen angegeben. So beziffert de Zayas die Anzahl der Flüchtlinge und Vertriebenen auf 11,7 Millionen, davon entfallen auf die Gebiete des heutigen westlichen und nördlichen Polen rund 7 Millionen, auf die CSFR ("Sudetenland") 3 Millionen und aus den übrigen Staaten (Ungarn, Rumänien, Jugoslawien) etwa 1,8 Millionen (de Zayas 1987).

Andere Untersuchungen setzen die Zahlen der Flüchtlinge und Vertriebenen, die bis 1950 in die Gebiete der DDR und der BRD kamen oder kommen mußten, mit 8,1 Millionen erheblich niedriger an (Leciejewski 1990).

Relativ exakt sind die Zahlen für die Aus- und ÜbersiedlerInnen seit 1950. Bis 1988 kamen rund 1,6 Millionen AussiedlerInnen aus Osteuropa und der Sowjetunion. Bis zum Mauerbau am 13.8.1961 flüchteten 2,7 Millionen ÜbersiedlerInnen aus der DDR über die offiziellen Notaufnahmelager in die BRD. Hinzu kommen noch etwa eine Million Zuwanderer, die nicht registriert sind, weil sie direkt zu Bekannten oder Verwandten in die BRD zogen. Nach dem Mauerbau bis 1988 gelangten nochmals 616.000 ÜbersiedlerInnen entweder legal (über genehmigte Ausreiseanträge) oder durch Flucht in die BRD.

Im Jahre 1988 stieg die Zahl der AussiedlerInnen rapide an. Über 200.000 Menschen kamen unter Berufung auf ihre "Deutschstämmigkeit" vor allem aus Polen (140.000) und der Sowjetunion (47.500). Im letzten Jahr waren es bereits 377.000 AussiedlerInnen (darunter 250.000 aus Polen und 100.000 aus der Sowjetunion) sowie 340.000 ÜbersiedlerInnen aus der DDR, wobei die DDR-Bürger ihre Einwanderung in die BRD durch die Botschaftsbesetzungen in Budapest, Prag und Warschau erzwangen.

Die hohen Ausreisezahlen aus Polen resultieren aus den freieren Reisebestimmungen und der Anerkennung einer existierenden "deutschen Minderheit" seitens der polnischen Regierung, die lange Zeit bestritten wurde. Die Anerkennung dieser "deutschen Minderheit" erzwang die BRD seit der Transformation der polnischen Gesellschaft und deren Unterwerfung unter das Diktat des IWF und das Austerity-Programm seitens der imperialistischen Staaten. Die hohen Zuwanderungen liegen außerdem in der wirtschaftlichen und sozialen Misere Polens infolge der verordneten Schocktherapie beim Übergang zur Marktwirtschaft begründet. Ein

Beleg dafür ist, daß nicht nur Polen in die BRD einwandern, die sich auf ihre vermeintliche "Deutschstämmigkeit" berufen, sondern auch die Zahl der polnischen Flüchtlinge ohne deutschen Ahnen- und Blutsnachweis auf über 50.000 im letzten Jahr anstieg. Letzteren droht die Abschiebung, da es Fluchtgründe für ein marktwirtschaftlich und bürgerlich-demokratisch geläutertes System nach westdeutschem Ausländerrecht nicht gibt.

Auch die Sowjetunion hat ihre Ausreisebestimmungen gelockert. Für Mitte dieses Jahres soll eine weitere Liberalisierung erfolgen, und es gibt Schätzungen, wonach noch etwa 2 bis 5 Millionen "Deutschstämmige", darunter vor allem die sogenannten "Wolgadeutschen", in die BRD einwandern wollen. Rumänien wird bald nachziehen, so daß auch mit erhöhten Zuwanderungen der dortigen "Deutschstämmigen" aus dem Banat und Siebenbürgen zu rechnen ist.

Flucht und Vertreibung

Daß es Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung in großem Maße gegeben hat, kann nicht bestritten werden. Sofern es sich um Flucht handelte, fand diese hauptsächlich noch vor dem Ende des Krieges statt. Es handelte sich größtenteils um Menschen, die vor der Roten Armee flüchteten und im Schutze der sich zurückziehenden Wehrmacht in die Gebiete der heutigen DDR und der BRD gelangten.

Auf der anderen Seite wurde die Bevölkerung des ehemaligen "Reiches" vor allem aus Polen und der CSFR vertrieben. Die damaligen Provisorischen Regierungen Polens, Ungarns und der CSSR betrieben eine bewußte Vertreibungspolitik gegen die deutschen Minderheiten, die in diesen Ländern tatsächlich lebten, und gegen die Deutschen, die im Verlaufe der Siedlungsprogramme des deutschen Faschismus in diesen Ländern neu angesiedelt wurden. Dabei konnten sich diese Regierungen auf die nur allzu verständliche und berechtigte Wut und den Haß der jeweiligen Bevölkerung stützen, der sich angesichts der Verbrechen des deutschen Faschismus gegen die deutschen Minderheiten entlud.

Die Vertreibungen waren auch seitens der Alliierten durchaus erwünscht. Bereits 1943/44 hielten Churchill und die US-Administration ebenso wie die Sowjetunion die massenhafte Umsiedlung deutscher Minderheiten aus den ehemaligen Gebieten des "Reiches" für erforderlich; zum einen wegen der vorhersehbaren Spannungen und Übergriffe gegen die deutschen Minderheiten, zum anderen aus der berechtigten Befürchtung, daß deutsche Minderheiten über kurz oder lang wieder den willkommenen Anlaß für neuerliche "Anschluß"-Ambitionen liefern würden. Man wollte aus den Folgen des Ersten Weltkrieges lernen, in deren Verlauf sowohl Elsaß-Lothringen als auch das "Sudetenland" ans "Reich" angeschlossen wurden (1).

In den Konferenzen von Jalta (Februar 1945) und schließlich in Potsdam (August 1945) wurden die Umsiedlungen deutscher Bevölkerungsteile diskutiert. Die damaligen drei Siegermächte (USA, Großbritannien und die Sowjetunion) verständigten sich im Potsdamer Abkommen auf eine "ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile" (Punkt XIII. des Abkommens vom 2.8.1945). Darin heißt es wörtlich: "Die drei Regierungen (...) erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll".

Entgegen der land- oder stadtläufigen Meinung befürworteten also auch die damaligen beiden Westalliierten die Überführungen der deutschen Bevölkerung nachdrücklich. Ein Dissens trat allerdings über das Procedere auf; während die Vertreibungen längst real abliefen und die Sowjetunion diese tolerierte, plädierten die USA und Großbritannien für eine geordnete Überführung über mehrere Jahre verteilt, um die Ausgesiedelten einigermaßen adäquat in den damaligen deutschen Besatzungszonen unterbringen und versorgen zu können. Ausdrücklich wurden die Regierungen in der CSSR und Polen, sowie der Alliierte Kontrollrat in Ungarn "ersucht, (...) weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung einzustellen" (Potsdamer Abkommen). Daran hielten sich jedoch weder die polnische, noch die tschechoslowakische Regierung.

Erst ab 1946/47 konnte von halbwegs organisierten und kontrollierten Umsiedlungen gesprochen werden, in deren Verlauf etwa sechs Millionen Deutsche in die heutige DDR und die BRD repatriiert wurden. Die Zahl der bei Flucht oder Vertreibungen ums Leben gekommenen Deutschen wird mit rund zwei Millionen angegeben - die meisten starben durch Hunger, Erfrieren, Erschöpfung während der Flucht am Ende oder kurz nach dem Krieg (de Zayas 1987).

Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in die herrschenden Verhältnisse der BRD fiel mit dem Nachkriegsboom und Wiederaufbau zusammen, so daß die wirtschaftliche Eingliederung verhältnismäßig wenig Schwierigkeiten bereitete. Wenn heute rückblickend auf die große Eingliederungsleistung von rund zwölf Millionen Flüchtlingen und Umgesiedelten verwiesen wird, so trifft dies jedoch nur bedingt zu. Auch Ende der vierziger/Anfang der fünfziger Jahre sorgten die überfüllten Aufnahmelager für rassistische Ressentiments und auch gewaltsame Übergriffe der westdeutschen Bevölkerung gegenüber ihren lieben Brüdern und Schwestern aus dem Osten.

Deutsche und "sonstige Deutsche" ...

Nach wie vor unterscheidet das bundesdeutsche Recht zwischen deutschen Staatsangehörigen und deutschen Volkszugehörigen sowie den "Nichtdeutschen", also allen AusländerInnen.

Gemäß Artikel 116 (1) des Grundgesetzes ist ein Deutscher, "wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat".

Der Artikel 116 nimmt also sowohl Bezug auf die Reichsgrenzen von 1937, als auch auf Punkt XIII des Potsdamer Abkommens, wonach die in die BRD übergeführten deutschen Bevölkerungsminderheiten ("Flüchtlinge oder Vertriebene deutscher Volkszugehörigkeit") als "Deutsche" gelten.

Das Bundesvertriebenengesetz, verabschiedet 1953 und nivelliert 1971, präzisiert den Grundgesetzartikel dahingehend, daß die deutschen "Volkszugehörigen" nach ihrer jeweiligen Herkunft differenziert werden.

Demnach wird rechtlich unterschieden zwischen den Vertriebenen im allgemeinen, die nach dem "Gebietsstande vom 31.12.1937" ihren Wohnsitz infolge von Flucht und Vertreibung verloren hatten (§ 1). Hierunter fallen nicht nur die "deutschen Staatsangehörigen", sondern auch diejenigen "Volkszugehörigen", die erst durch die Rassengesetze zwangsweise zu Deutschen wurden. Das sind beispielsweise jene polnischen Staatsangehörigen, die der Wehrmacht beitreten mußten und zu diesem Zwecke über die "Volksliste 3" zu Deutschen umdefiniert wurden - nach rassistischen Kriterien (2).

Die westdeutsche Gesetzgebung hat den Begriff der Vertriebenen aber noch erheblich erweitert. So gelten als "Vertriebene auch" die sogenannten Umsiedler, also Deutsche des ehemaligen Reiches, die im Rahmen des faschistischen Siedlungsprogramms beispielsweise nach Polen umgesiedelt wurden.

Als eigentliche/r AussiedlerIn gilt jede Person "deutscher Staatsangehörigkeit oder deutscher Volkszugehörigkeit", die nach "Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen die zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien oder China verlassen hat oder verläßt" (§ 1 Abs. 2 Punkt 3 Bundesvertriebenengesetz).

Hier wird also ganz klar, daß zu "deutschen Volkszugehörigen" diejenigen definiert werden, die gar nicht mehr unmittelbar unter die Flucht- oder Vertreibungsmaßnahmen fallen. Damit wird allein begründet, daß die BRD sich als rechtmäßige Nachfolgerin des Dritten Reiches versteht und auch die nachfolgenden Generationen in den genannten Ländern als "deutsche Volkszugehörige" bezeichnet, um eine deutsche Minderheitenpolitik überhaupt begründen zu können.

Die Großmachtansprüche nehmen noch weiter zu, wenn mensch sich die gesetzliche Definition der sogenannten "Heimatvertriebenen" ansieht. Im § 2 des Vertriebenengesetzes wird als ein "einheitliches Vertreibungsgebiet" nicht nur das ehemalige Reich in den Grenzen von 1937, sondern darüber hinaus das Deutsche Reich vom 1.1.1914, die Österreich-Ungarische Monarchie, Polen, Estland, Lettland und Litauen ausgewiesen.

Und schließlich kennt das Gesetz im § 3 noch den "Sowjetzonenflüchtling"; ausdrücklich ausgeschlossen von diesem deutschen Privileg sind jedoch diejenigen, die dem "in der sowjetischen Besatzungszone (...) herrschenden System erheblich Vorschub geleistet" und/oder "die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland (...) bekämpft" haben.

KommunistInnen sind also "von der Anerkennung als Sowjetzonenflüchtling" ausdrücklich ausgeschlossen.

Infolge dieser Ausdifferenzierung erhalten die "Heimatvertriebenen" den Ausweis A, die sonstigen Vertriebenen den Ausweis B und die "Sowjetzonenflüchtlinge" den Ausweis C.

Wer nun in den Genuß der deutschen "Volkszugehörigkeit" kommt, bestimmt § 6 dieses Gesetzes: "Deutscher Volkszugehöriger (...) ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird".

Heutzutage können sich die Einwanderer mitnichten auf ihren Vertriebenenstatus, sondern nur auf den Aussiedler-Paragraphen stützen, wobei ihre Anerkennung als AussiedlerInnen häufig auf Basis der Akten und Karteikarten des "Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums" (Heinrich Himmler) - auch sprachlich ist für Kontinuität gesorgt - erfolgt. Bekanntlich legte dieses Amt nach völkischen und rassischen Kriterien ganze Karteien über etwaige "deutschstämmige" Polen an. Ganz oben standen die "Volksdeutschen", die sich "zum deutschen Volk bekennen". Ganz unten rangierten Menschen mit 25% deutscher Abstammung, die sich "noch in völkischer und nationaler Hinsicht bewähren müssen". Genau nach diesen Kriterien werden AussiedlerInnen auch heute noch geprüft. An das Westberliner Document Center richten die westdeutschen Behörden ihre Anfragen; "Volksdeutsche" werden als AussiedlerInnen anerkannt, 25%ige "Deutsche" fallen durch. Das bundesdeutsche Recht beruft sich ganz auf die Rassengesetze. Besonders makaber ist, daß in dieser Logik auch polnische Juden nicht als AussiedlerInnen anerkannt werden, die sich auf ihre deutsche Herkunft berufen, nicht jedoch ihre "Deutschstämmigkeit" nachweisen können.

Das Vertriebenengesetz ist also zum einen ein Rassengesetz und begründet gleichzeitig bundesdeutsche Gebietsansprüche, die weit über die Grenzen des "Reiches" hinausweisen. Man stelle sich vor, Spanien hätte eine ähnliche gesetzliche Konstruktion. Dann würden etwa die nachfolgenden Generationen aus dem US-Bundesstaat Florida im Falle ihres Bekenntnisses zum "Spanischtum" zu Spaniern umdefiniert. Das Vertriebenengesetz gehört demnach abgeschafft und der Artikel 116 GG dazu (3).

Dies gilt auch im immanenten Sinne, denn faktisch ist das Vertriebenengesetz ein AussiedlerInnengesetz. Denn weder besteht ein Vertreibungsdruck, noch können sich die nachfolgenden Generationen auf das "deutsche Volkstum" berufen. Was mit dem AussiedlerInnen-Paragraphen legitimiert wird, ist die legale Einwanderung. Nur dieses Wort nehmen die Herrschenden nicht in den Mund, weil sonst ihre Version vom Nicht-Einwanderungsland BRD in sich zusammenbrechen würde.

Einwanderer und Ausländer

Neben den ca. 14 Millionen Aus- und ÜbersiedlerInnen leben in der BRD rund 4,5 Millionen AusländerInnen. Bei letzteren handelt es sich zum überwiegenden Teil um die bis 1973 gezielt angeworbenen ArbeitsimmigrantInnen. Die Zahl der anerkannten Asylberechtigten, die seit 1953 in der BRD Zuflucht gefunden haben, beläuft sich auf etwa 150.000. Von ihnen leben derzeit noch rund 80.000 in diesem Land. Darüber hinaus werden noch etwa 270.000-300.000 sogenannte de-facto Flüchtlinge bei uns "geduldet"; dabei handelt es sich um Flüchtlinge, die durch das strenge Asylverfahrensraster fielen, aber aus "humanitären Gründen" nicht in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden dürfen. Daß dies in der Praxis jedoch laufend betrieben wird, ist bekannt.

Ebenso bekannt ist, daß alle AusländerInnen - mit Ausnahme der übrigen elf EG-Länder - dem geltenden Ausländerrecht unterliegen, das Ende April novelliert werden soll. Während unsere "Landsleute" bei uns "herzlich willkommen" geheißen wurden, gilt dies seit dem Anwerbestopp von 1973 nicht für AusländerInnen. Ebenso wenig für Flüchtlinge, deren Anerkennungsquote von 15% Mitte der achtziger Jahre auf ganze 5% im letzten Jahr sank. Das liegt selbstredend nicht daran, daß die Fluchtursachen beseitigt wären, sondern an der immer restriktiveren Anwendung des Ausländer- und Asylrechts.

Von den 4,5 Millionen ArbeitsimmigrantInnen leben rund 70% länger als acht Jahre in der BRD, aber nur rund 460.000 von ihnen besitzen den nach acht Jahren erwerbbaren stärksten Aufenthaltsstatus - die Aufenthaltsberechtigung. Alle übrigen AusländerInnen müssen, vor allem nach dem neuen Ausländergesetz, stets mit ihrer Ausweisung rechnen, wenn sie etwa von der Sozialhilfe leben oder keinen "ausreichenden Wohnraum" nachweisen können.

Daß AusländerInnen in rassistischer Weise selektiert werden und bei uns nichts zu suchen haben, wird im alten wie im neuen Ausländerrecht auch ausdrücklich begründet. Die "Integrationskraft" der BRD sei "nicht

unerschöpflich", heißt es, da für die BRD "umfangreiche anderweitige Aufnahmeverpflichtungen" bestünden. "An erster Stelle zu nennen ist die Verpflichtung zur Aufnahme von Deutschen. Die Erfüllung dieser verfassungsrechtlichen und historischen Pflicht (...) hat Vorrang vor der Überlegung, Ausländern einen Zuzug in das Bundesgebiet zu ermöglichen" (4).

Einwanderer und sog. "Ostblockflüchtlinge"

Von den 300.000 de-facto Flüchtlingen kommen ca. 150.000 aus den Ländern Osteuropas. Seit 1980 leben rund 10.000 Flüchtlinge aus diesen Ländern als anerkannte Asylberechtigte. Anders als tamilische, iranische oder kurdische Flüchtlinge, die dezidiert ihre Verfolgungsgründe darlegen müssen und dennoch, selbst im Falle der Foltergefahr, nicht anerkannt werden, galt für die sogenannten "Ostblockflüchtlinge" seit 1966 ein genereller Abschiebestopp. In dem Beschluß der Innenministerkonferenz vom 26.8.1966 heißt es: "Die besonderen Verhältnisse, die zur Zeit in den Ostblockstaaten herrschen, rechtfertigen es, die illegalen Zuwanderer aus diesen Staaten anders zu behandeln als die (...) Zuwanderer aus sonstigen Staaten (...) Auch wenn eine persönliche Verfolgung und damit ein Asyltatbestand nicht vorliegt, haben doch die meisten der illegalen Zuwanderer den verständlichen Wunsch, nicht mehr länger unter einem kommunistischen Regime (...) zu leben". Handelt es sich jedoch um Militärdiktaturen oder Staaten, in denen der Bürgerkrieg herrscht, dann ist der Wunsch der Flüchtlinge eben nicht "verständlich".

Die Transformationsprozesse in Osteuropa mit all ihren krisenhaften Begleiterscheinungen (wirtschaftliche und soziale Krise, Nationalitätenkonflikte) führen bereits jetzt zu einem stärkeren Anstieg von Flüchtlingen aus diesen Ländern in die BRD. Über die Hälfte aller AsylbewerberInnen, die in den letzten beiden Jahren bei uns Zuflucht suchten, kommen aus Osteuropa, vor allem aus Jugoslawien (Kosovo) und Polen. Wie schon gegenüber den Flüchtlingen aus Ländern der "Dritten Welt", die Anfang der achtziger Jahre Zuflucht suchten, wird nun auch gegenüber den sogenannten "Ostblockflüchtlingen" die Grenze dicht gemacht. Die Anerkennungsquote für polnische Asylbewerber lag im letzten Jahr bei 0,2%.

Am 14.4.1989 beschloß die Innenministerkonferenz die Aufhebung der oben zitierten Sonderregelung für AsylbewerberInnen aus Osteuropa mit dem Stichtag 1.5.89. Das heißt, daß alle AsylbewerberInnen, die nach diesem Stichtag bei uns Zuflucht suchen, wieder abgeschoben werden. Und seit dem 1.11.1989 müssen abgelehnte AsylbewerberInnen aus diesen Ländern unverzüglich wieder ausreisen und werden bei uns nicht mehr "geduldet". Prekär wird auch die Situation der rund 10.000 anerkannten Flüchtlinge. Ihnen droht, ebenso wie den de-facto Flüchtlingen, die Ausweisung, da die Fluchtgründe dank Marktwirtschaft und bürgerlicher Demokratie nun angeblich nicht mehr bestehen.

Je mehr also die Staaten Osteuropas in den Status von Dritte-Welt-Ländern geraten, desto mehr werden die Menschen, die aus diesen Ländern flüchten, den übrigen Flüchtlingen in zynischer Weise "gleichgestellt": ihr Zuzug wird begrenzt, ihr Asylbegehren abgelehnt, ihre Abschiebung steht bevor. Gemeinsames Haus Europa.

Völlig absurd: ein 24-jähriger polnischer Staatsbürger, der die BRD nur besuchen will, muß pro Tag Aufenthalt 50 DM nachweisen, oder Verwandte und Bekannte müssen sich für ihn verbürgen. Ein gleichaltriger polnischer Staatsbürger, dessen Großvater vielleicht der SS angehörte, findet wegen seines "Bekenntnisses zum deutschen Volkstum" als sogenannter Aussiedler Aufnahme. Doch das wird nicht so bleiben. Nun geht es auch den Aus-und Übersiedlern an den Kragen.

Die "lieben Landsleute" kontra "Deutschtümelei"

Binnen des Jahres 1988 wanderten über 200.000 AussiedlerInnen, vorwiegend aus Polen und der Sowjetunion, in die BRD ein. Die Bundesregierung betrachtete ihre Integration in die westdeutschen Verhältnisse als "nationale Aufgabe ersten Ranges" und hieß "unsere Landsleute herzlich willkommen", so der Kanzler. Teile der westdeutschen Bevölkerung, nach Umfragen sogar die übergroße Mehrheit, teilen diese Freude des Kanzlers ganz und gar nicht. Und die "Republikaner" halten sich in dieser Frage auffallend zurück.

Die AussiedlerInnen aus Polen und der Sowjetunion wurden nämlich gar nicht als "unsere Landsleute" wahrgenommen, sondern als AusländerInnen - wie die Türken, Tamilen oder Palästinenser. Die AussiedlerInnen wurden in Notaufnahmelagern, bei fortwährendem noch stärkerem Zuzug in Turnhallen, Bundeswehrkasernen oder Notcontainern untergebracht.

Nach ihrer Aufnahme und dem Prüfverfahren ("Bekenntnis zum deutschen Volkstum") drängten sie auf den Wohnungs- und Arbeitsmarkt in einer Zeit, in der der soziale Wohnungsbau bereits eingestellt war und hohe Arbeitslosigkeit herrscht. Die latent vorhandene Ausländerfeindlichkeit wendete sich auch gegen die AussiedlerInnen, die als Arbeits- und Wohnungsmarktkonkurrenten wahrgenommen wurden.

Die Fremdenfeindlichkeit wurde noch dadurch angeheizt, daß der westdeutschen Bevölkerung suggeriert wurde, die AussiedlerInnen würden bei uns soziale Vergünstigungen erhalten, bei der Wohnraumversorgung und Arbeitsplatzbeschaffung bevorzugt usw. Typisch dafür eine "Bild"-Schlagzeile: "Polnischer Ex-General kassiert 3.500 DM Rente". Da kocht Volkes Seele.

Die Bundesregierung stellte ihre Kampagne für unsere "lieben Landsleute" schleunigst ein, und Oskar Lafontaine wetterte gegen die "Deutschtümelei" des Kanzlers. Die Bürgermeister in den Hauptzuzugsgebieten, ob CDU, CSU oder SPD, weigerten sich, die im letzten Jahr einwandernden AussiedlerInnen bei sich aufzunehmen, da die Aufnahmekapazitäten erschöpft seien und ein weiterer Zuzug den "sozialen Frieden" gefährden würde.

Im Juni letzten Jahres schließlich beschloß der Bundestag bei Enthaltung der SPD, die Freizügigkeit für AussiedlerInnen zu begrenzen. Die Bundesländer wurden ermächtigt, die Einwanderer auf ihre Gemeinden zu verteilen. Die SPD scheiterte mit ihren Anträgen, eine Länderquotierung zu erreichen.

Im September letzten Jahres ging Innenminister Schäuble daran, die "Quellen von Neid und Mißgunst zu verstopfen". Im verabschiedeten "Eingliederungsanpassungsgesetz" erhalten arbeitslose AussiedlerInnen statt des Arbeitslosengeldes ein "Eingliederungsgeld" in Höhe von 928 DM für Ledige, bis zu 1.011 DM für Verheiratete - also eine materielle Schlechterstellung.

Dann folgte eine Änderung des Fremdrentengesetzes und damit auch der Bruch des westdeutsch-polnischen Rentenabkommens von 1975. So werden in Polen zum Beispiel sechs Jahre Kindererziehung bei der Rentenbemessung anerkannt und hier übernommen. Nun sollen die AussiedlerInnen ihre Rente nach dem "Exportmodell" erhalten, das heißt auf Basis der ihnen zustehenden Rente im Herkunftsland plus einem bundesdeutschen Kaufkraftzuschlag.

Noch im August 1989 plädierte der jetzige SPD-Kanzlerkandidat für einen "Aussiedlerstopp", da die Berufung der AussiedlerInnen auf ihre Vorfahren eine "Fiktion" sei. Die Aufnahme der DDR-ÜbersiedlerInnen jedoch bezeichnete er als eine "nationale Pflicht" - was er auch nicht lange durchhalten sollte (FR, 12.8.89).

Im Herbst kamen die ÜbersiedlerInnen aus der DDR. Im letzten Jahr allein 344.000, bis März dieses Jahres nochmals 155.000. Anfänglich waren sie noch willkommen. Je mehr sich jedoch der direkte Anschluß der DDR an die BRD abzeichnete und das alte Regime abtreten mußte, desto mehr richteten sich die Ressentiments der Westdeutschen nun auch gegen die lieben Brüder und Schwestern.

Es hat sich eben so etwas wie eine spezifische westdeutsche Identität, ein westdeutscher Nationalismus herausgebildet, der mit einem bewußtseinsmäßigen bornierten "Wohlstandschauvinismus" nur verkürzt beschrieben ist; die große Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung identifiziert sich in hohem Maße mit dem gesamten politischen und gesellschaftlichen System, begreift den "sozialen Frieden" als eine Errungenschaft, der durch nichts, aber auch gar nichts gefährdet werden dürfe. Und in dieser spießbürgerlichen, auf Erhalt und Bewahrung beruhenden Bewußtseinslage sind erst die Aus- und dann die ÜbersiedlerInnen Störenfriede, die die westdeutsche Ordnungsmentalität durcheinanderbringen.

Darüber hinaus ist es in den Aufnahmelagern bereits zu erheblichen Auseinandersetzungen zwischen Aus- und ÜbersiedlerInnen gekommen. Vor allem die DDR-Einwanderer betrachten ihre "deutschstämmigen" AussiedlerInnen aus Osteuropa, vornehmlich aus Polen, als lästige Konkurrenten, die sich hier nur einschleichen würden. Und Aus- und ÜbersiedlerInnen wiederum wenden sich, zum Teil aggressiv, gegen die übrigen AusländerInnen und Flüchtlinge, die keine Deutschen sind und daher in der BRD überhaupt nichts zu suchen hätten. So setzt sich der Rassismus, durch die westdeutsche Differenzierung nach Deutschen, "sonstigen Deutschen" und "Nichtdeutschen", rasterartig fort.

Nach den AussiedlerInnen nun auch noch Hunderttausende DDR-Einwanderer, die in Notaufnahmelagern und Turnhallen untergebracht werden mußten, nach Wohnungen und Arbeitsplätzen begehren.

Bundesregierung und die einzelnen Bundesländer reagierten sofort und übertrafen sich gegenseitig mit Maßnahmen gegen die Einwanderer aus dem Osten:

- der Hamburger Senat erschwert seit Beginn dieses Jahres die AussiedlerInnen-Anerkennung, da es "keinen Vertreibungsdruck" mehr gebe. Die Berufung der AussiedlerInnen auf die "Volksliste 3" wird nicht mehr anerkannt.

- Der Bremer Senat stellt ebenfalls keine Vertriebenenausweise für Polen, die sich auf die "Volksliste 3" berufen, aus. Davon sind ca. 40% der polnischen Einwanderer in Bremen betroffen.

- Das Späth-Ländle strich Aus- und ÜbersiedlerInnen einige Sonderleistungen wie die Umzugs- und Beförderungskosten, das Überbrückungsgeld, zinsgünstige Lastenausgleichsdarlehen seit dem 1.2.90. Den Leistungskürzungen schlossen sich die Länder Hessen und Bayern an.

Ende Januar beantragte die SPD-Fraktion im Bundestag das Auslaufen des Bundesvertriebenengesetzes. Der Antrag läuft allerdings auf eine "lex Polen" hinaus, da Einwanderer aus Rumänien und der Sowjetunion weiterhin Aufnahme in der BRD finden sollen. Bald darauf tat sich die SPD mit der Forderung nach Streichung sämtlicher staatlicher Transferleistungen und der Abschaffung der Notaufnahmeverfahren hervor. Die FDP warf der SPD daraufhin "Stammtischniveau" vor. Während die CDU die sozialdemokratischen Forderungen zum damaligen Zeitpunkt noch als Anbiederei an die REP und "Schönhuberei" kritisierte, beschloß die Bundesregierung nur wenige Wochen später, das Notaufnahmeverfahren ab 1.7.90 - im Zusammenhang mit der Einführung der Währungs- und Wirtschaftsunion - abzuschaffen.

Das hielt die Bundesregierung nicht durch: die Bundesländer votierten im Bundesrat dagegen und schlossen schon zum Teil die Notaufnahmelager in ihren Ländern vor dem 1.7.

Weitere Maßnahmen folgten. Bremen und das Saarland nehmen keine DDR-Einwanderer mehr auf. Sie erhalten bei ihrer Ankunft entweder eine Rückfahrkarte der Bundesbahn oder werden wie Obdachlose behandelt. Bayern will den DDR-Einwanderern die Sozialhilfe streichen. Die Bundesanstalt für Arbeit führte per Erlaß eine auch für Westdeutsche geltende 12-Wochen-Sperrfrist für den Bezug von Arbeitslosengeld ein.

Nordrhein-Westfalen, Bremen und das Saarland schafften das Notaufnahmeverfahren gänzlich ab, Ministerpräsident Späth will den DDR-Einwanderern lieber eine Rückkehrprämie zahlen. Inzwischen haben die Bundesländer nach und nach sämtliche "Eingliederungshilfen" auf Null zusammengestrichen.

In aller Eile beschloß die Bundesregierung, den Zuzug von AussiedlerInnen zumindest zu bremsen. Der nun nicht mehr bestehende "Vertreibungsdruck" müsse den heutigen Gegebenheiten angepaßt werden, heißt es. Demnach müssen die Aufnahmeverfahren und die Anerkennung als "deutsche Volkszugehörige" vor Einreise in die BRD in den Herkunftsländern - bei den westdeutschen Auslandsvertretungen - durchgeführt werden. Sind die Anerkennungsverfahren dort abgeschlossen, können die Bundesländer über ihre Verwaltungsgerichte diese Verfahren erneut prüfen lassen und damit den weiteren Zuzug regulieren.

Der Hintergrund all dieser genannten Maßnahmen ist, daß in diesem Jahr mit weiteren 1,5 bis 2 Millionen Einwanderern aus Osteuropa, der Sowjetunion und der DDR gerechnet wird. Ab Sommer dieses Jahres will die Sowjetunion ihre Ausreisebestimmungen weiter liberalisieren, auch in Rumänien ist mit ähnlichen Maßnahmen zu rechnen.

Inzwischen ist bereits die gesamte EG alarmiert. Die vier EG-Länder Frankreich, Belgien, Luxemburg und die Niederlande ließen das unterschriftsreife Schengener Abkommen mit der BRD platzen, das u.a. die Aufhebung der Grenzkontrollen vorsah. Die Staaten lehnten eine Einbeziehung der Visafreiheit der DDR ab, weil sie befürchteten, daß die DDR zum "Einfallstor" von Einwanderern in die BRD und die anderen EG-Staaten würde.

Der Vertriebenenstatus wackelt

Jahrzehntelang trommelten alle Bundesregierungen gegen die DDR und die übrigen osteuropäischen Staaten, für freiere Ausreisebestimmungen zu sorgen und "unsere Landsleute" heim ins Reich zu holen. Nun bricht sich der über die "deutsche Volkszugehörigkeit" definierte Großmachtanspruch an den Realitäten. Faktisch wird das Vertriebenengesetz unter dem Druck der hohen Einwanderungszahlen nach und nach unterlaufen. Die "deutschen Landsleute" waren nur so lange willkommen, so lange sie nicht kommen durften. Es ist nicht einmal mehr auszuschließen, daß das Vertriebenengesetz nach den heutigen Gegebenheiten modifiziert wird,

ohne allerdings den Kerngehalt zu beseitigen: den Anspruch der BRD auf "ihre" sogenannten "deutschen Volkszugehörigen". Unterhalb dieser Schwelle jedoch wird mit Leistungskürzungen und anderen abschreckenden Maßnahmen operiert, um die hohen Einwanderungszahlen aus der DDR und Osteuropa zu begrenzen.

SPD und Grüne haben bereits das Auslaufen bzw. die Abschaffung des Vertriebenengesetzes gefordert. Das allein reicht nicht aus, denn damit wäre der maßgebende Grundgesetz-Artikel 116 noch in Kraft, der die "deutschen Volkszugehörigen" in den Reichsgrenzen von 1937 definiert.

Neben der halbherzigen Forderung muß ferner gesehen werden, daß zumindest die SPD eine rechte Begründung liefert; ihr geht es in erster Linie um die innenpolitische "Schadensbegrenzung" infolge der hohen Einwanderungen.

Bedacht werden muß ferner die Kehrseite der Medaille, ohne dabei die völlig richtige Forderung nach Streichung dieser rassistischen Gesetzgebung auch nur irgendwie zu relativieren: alle osteuropäischen Menschen, die dann bei uns Zuflucht suchen oder immigrieren wollten, fielen dann unter das westdeutsche Ausländerrecht, dessen rassistischer Kern ebenso evident ist. In der Konsequenz wäre mit der Aufhebung aller anmaßenden Ansprüche auf die "deutschen Volkszugehörigen", die auf der anderen Seite die einzige Möglichkeit einer legalen Einwanderung für angeblich "deutschstämmige" Menschen aus Osteuropa ist, eine Situation herbeigeführt, in der auch sie dem Ausländerrecht unterworfen wären.

Damit würden die westdeutschen Grenzen nicht nur gegenüber AusländerInnen aus der Türkei und der "Dritten Welt", sondern auch gegenüber allen Menschen aus Osteuropa und der Sowjetunion dichtgemacht. Osteuropa wäre an diesem Punkt mit den Ländern der "Dritten Welt" gleichgestellt.

D./Westberlin

Anmerkungen:

1) So erklärte Churchill am 15.12.1944 vor dem britischen Unterhaus: "Es wird keine Mischung der (deutschen) Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie zum Beispiel im Fall von Elsaß-Lothringen. Reiner Tisch wird gemacht werden. Mich beunruhigt die Aussicht des Bevölkerungsaustauschs ebensowenig wie die großen Umsiedlungen (...)". (Nach: de Zayas, Alfred, Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, Frankfurt/Main 1987. Die Zayas ist ein amerikanischer Völkerrechtler).

2) Mit Wirkung vom 4.3.1941 stellten die Nazis systematisch Nachforschungen über etwaige "deutschstämmige" Polen an, die gegen ihren Willen registriert und bei positiv-rassistischer Entscheidung zu "Volksdeutschen" (Volksliste 3) wurden. Diese Liste machte die polnische Regierung nach dem Kriege im Einvernehmen der Betroffenen wieder rückgängig.

3) Der Artikel 116 GG könnte im Zusammenhang mit der deutschen Einheit aus einem ganz anderen Grunde zur Disposition stehen, wenn die BRD im Rahmen der "2+4-Gespräche" sowohl ihre Präambel als auch den Artikel 116 streichen oder modifizieren müßte. Dies wäre dann der Fall, wenn sich die BRD mit der DDR "begnügt" und auf die Wiederherstellung der Reichsgrenzen von 1937 verzichtete.

4) Bundesregierung, Entwurf für ein Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts, Bundestags-Drucksache 11/6321 vom 27.1.90

# 6. Exportschlager Bullenstaat

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:40

"Berater in Hülle und Fülle" brauche die "Innere Sicherheit" der DDR, erklärte der frischgebackene DSU-Innenminister Diestel - und kann sich vor bundesdeutschen Hilfsangeboten kaum retten. Der gerade als BKA-Chef pensionierte Heinrich Boge wurde als erster BRD-Spitzenbeamter nach Berlin/Hauptstadt entsandt; es folgt der baden-württembergische Polizeichef Alfred Stümper (zunächst tageweise, ab Juli in Vollzeit), weitere "Fachberater aus dem Bereich des Innenministeriums" und demnächst wohl eine große Zahl mittlerer und unterer Chargen. "In einem vertraulichen Gespräch mit Verfassungsschutz-Präsident Boeden, dem neuen BKA-Chef Zachert und Boge wurden Einzelheiten erörtert." (Welt/Bild, 19.4.)

Nette Geschichten über einen Göttinger Polizeiinspektor, der seinem DDR- Kollegen ein Funktelefon schickte, damit für Amtshilfeersuchen auf dem kleinen Dienstweg sich keiner mehr die Finger wund wählen muß, garnieren die knallharten Vorgaben, die in Bonn von Bundeskanzleramt, Innenministerium und BKA für die Gleichschaltung des Repressionsapparats auf DDR-Gebiet gemacht werden. Eine Sonderkonferenz im Justizministerium, an der Beamte des Innenministeriums, des BKA und Sicherheitsexperten der Länder teilnahmen, beriet schon am 6.12.89 über eine "Standortbestimmung" zu Fragen von Rechtshilfe und Strafverfolgung. Im Januar beratschlagten die Polizeichefs der Bundesländer über deutsch-deutsche Sonderkommissionen und Probleme der Geheimschützer. Die Besorgnis der DDR-Regierung, daß nach der Öffnung der Grenzen eine Welle von Rauschgift und Kriminalität auf das Land zurolle, wurde geschickt genutzt: Als es Anfang Januar zu ersten Gesprächen mit DDR-Ministerialbeamten kam, zogen die Bonner Unterhändler bereits ein fertig formuliertes Abkommen zur gemeinsamen Drogenbekämpfung aus der Tasche.

Für die BRD-Polizei ist die noch bestehende staatliche Souveränität der DDR nur noch ein lästiges und baldmöglichst zu beseitigendes Hindernis. Es müsse doch, forderte schon Anfang Dezember der Westberliner Polizeipräsident Schertz, "beispielsweise die Möglichkeit bestehen, daß bei der Bekämpfung des Drogenschmuggels Tatverdächtige auch in Ost-Berlin oder der DDR weiter observiert werden können, wie dies mit dem EG-Ausland gängige Praxis sei." (Tagesspiegel, 7.12.89)

Bescheiden und gar nicht anmaßend ...

Ein "riesiges Sicherheitsloch" durch den Fall der Mauer wurde konstatiert und dringend Vereinbarungen über das gesamte Paß- und Meldewesen, über die Zusammenarbeit von Einwohnermeldeämtern und Kraftfahrzeugzulassungsstellen gefordert. Die lang herbeigeflehte neue Reisefreiheit hat in der Tat Lücken in das für Polizeizwecke durchrationalisierte Netz der Bürgererfassung in der BRD gerissen. Durch eine Instrumentalisierung der DDR-Behörden will man nun an die dort gespeicherten Daten heran, um etwa den "Mißbrauch des westdeutschen Sozialsystems" zu verhindern. Über einen "Anschluß der DDR an unseren INPOL-Fahndungsdatenbestand bzw. das Schengener Informationssystem" wird laut nachgedacht. (Kriminalistik 3/90)

Im Zusammenhang mit den Paß- und Meldebestimmungen, aber weit darüber hinausgreifend, werden nachdrücklich Fragen des Asyl- und Ausländerrechts aufs Tapet gebracht. Rechtsbestimmungen und staatliche Organe der DDR sollen für die Durchsetzung der nationalchauvinistischen und ausländerfeindlichen BRD-Politik sorgen. Anpassung an die bundesdeutsche Visa-Politik wird eingefordert, und als die DDR sich erdreistete, mit der Türkei für Ende April die Abschaffung des Visumszwangs zu vereinbaren, waren die Reaktionen beinhart: Bonn sei nicht gewillt, dies hinzunehmen. Außenminister Genscher im vollen Bewußtsein seiner Macht: "Die Bundesregierung erwartet, daß diese Vereinbarung nicht angewandt wird." (taz, 4.4.) Die DDR beugte sich, das Abkommen wurde auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Schon bei den ersten Gesprächen im Januar hatten die DDR-Verantwortlichen versichert, daß Ausländer aus oder über die DDR "nur mit gültigen Einreisedokumenten" bundesdeutschen Boden betreten könnten. (Welt, 8.1.) Noch vor dem Anschluß der DDR sollen an der innerdeutschen Grenze die Paßkontrollen abgebaut, dafür aber "im Sinne des Schengener Abkommens die Kontrollen an den Außengrenzen Deutschlands verstärkt werden". (Welt, 19.4.)

Besonders viel anzudienen hat BRD-Innenminister Schäuble bekanntermaßen auf dem Gebiet der "Terrorismusbekämpfung". Hier sollen, ebenso wie in den Bereichen Rauschgift und organisierte Kriminalität, gemeinsame Arbeitsgruppen eingerichtet werden. Derzeit baut die DDR-Volkspolizei eigene

Antiterroreinheiten in Ostberlin und in den einzelnen DDR-Bezirken auf. Dabei bestehe "Interesse an den Erfahrungen der Bonner GSG- 9 Antiterror-Truppe". (FAZ, 31.3.)

Doch auch unterhalb dieser Ebene wird, vor allem seit dem Amtsantritt von DSU-Diestel, eifrig kooperiert, um die vordem so hochgelobte DDR- Basisbewegung zur Räson zu bringen. "Unangemeldete Demonstrationen mit radikalem Charakter solle es nicht mehr geben, sagte der Innenminister." (FAZ, 24.4.) Angesichts der befürchteten "1. Mai-Krawalle" in Kreuzberg trafen sich die Berliner Polizeichefs Ost und West, um "Details der Zusammenarbeit festzulegen". Auch ein Austausch von Beamten sei geplant. (Welt, 24.4.)

"Verfassungsschutz" statt Stasi

Ein naturgemäß sehr heikles Feld bildet der Aufbau von neuen Geheimdiensten in der DDR. Die Planungen des bundesdeutschen Verfassungsschutzes zur Einrichtung von fünf Landesämtern für Verfassungsschutz in den neuzuschaffenden DDR-Ländern haben erst einmal so viel böses Blut geschaffen, daß nun Vorstöße in diese Richtung mit einer gewissen Zurückhaltung vorgetragen werden. Wenn die DDR-Regierung es wünsche, seien die BRD-Behörden bereit, "fachliche, aber auch personelle Hilfestellung zu leisten". Vorstellbar sei, so der baden-württembergische Innenminister Schlee, "sowohl die Ausbildung von DDR-Kräften an der Schule für Verfassungsschutz in Wiesbaden als auch Abordnungen von Bediensteten der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern in die DDR". (Welt, 26.4.) Die neuzuschaffenden DDR-Geheimdienste sollten nicht durch die Übernahme von Stasi-Angehörigen belastet werden.

Natürlich wolle man sich nicht aufdrängen, aber auch der BND sei selbstverständlich bereit, nach einem Amtshilfe-Ersuchen der neuen DDR-Regierung bei der Aufklärung von Stasi-Vorwürfen gegen DDR-Politiker mitzuarbeiten. Interessant ist, daß schon jetzt der BND Hinweise über einzelne DDR-Politiker nicht etwa an deren Partei, sondern an die BRD-"Schwesterorganisation" liefert, die damit nach eigenem Kalkül verfahren kann. (Welt, 24.3.)

Großes Interesse besteht auf BRD-Seite an einem Zugriff auf die Stasi-Akten. Sie könnten nicht nur als Grundstock bei der Erfassung aller kritischen Geister in der Ex-DDR dienen, sondern sie böten darüber hinaus ein riesiges Reservoir von Material, mit dem DDR-Politiker aller Parteien beliebig entsprechend der übergeordneten bundesdeutschen Staatsinteressen unter Druck zu setzen wären. Im Fall Böhme wurde gerade der Abschuß eines Parteichefs mit Hilfe von angeblichen Stasiakten vorexerziert, der sich dem BRD-Kalkül nicht vollständig unterzuordnen bereit war.

Zwar dementierte Diestel heftig alle Pläne, die Stasi-Akten bundesdeutschen Geheimdiensten ausliefern zu wollen. Doch zugleich wandte er sich entschieden gegen eine Vernichtung der Akten und arbeitet an einer Entmachtung der Bürgerkomitees, die sich zur Untersuchung der Stasi-Aktivitäten vielerorts gebildet haben. Diese hätten - laut Diestel - "hervorragende Arbeit" geleistet. "Alle Entscheidungen aber seien künftig eindeutig im staatlichen Bereich angesiedelt." (Welt, 24.4.)

Institutionalisierung der Staatsschutzkooperation

Bei ihrem ersten Gespräch in Bonn vereinbarten Diestel und Schäuble, sich künftig mindestens einmal im Monat zu treffen. Diestel - und nach der Wiederherstellung der DDR-Länder auch seine künftigen Kollegen - werden in das zentrale Koordinierungsinstrument der BRD-Sicherheitspolitik, die Innenministerkonferenz, ab sofort fest eingebunden; am 5. Mai wird die erste gesamtdeutsche Innenministerkonferenz in Ostberlin stattfinden. Es geht dabei neben der konkreten Zusammenarbeit auch um den "Aufbau rechtsstaatlicher Verwaltungsstrukturen" und einen einheitlichen Öffentlichen Dienst. Insbesondere Stümper hat schon jetzt den Auftrag, in der DDR "neue, föderative Polizeistrukturen" nach BRD- Vorbild zu installieren. Die Entsendung Stümpers sei, so der IMK-Vorsitzende Schlee, ein "Vorgriff" auf eine gemeinsame Hilfsaktion der Länder, die der neuen Regierung in Ost-Berlin bald "ein koordiniertes Gesamtangebot" machen würden. Dazu gehören soll "die Anbindung der DDR an die auf Bundes- und Länderebene bestehenden Meldesysteme, die Fortbildung von Volkspolizisten auf Polizeischulen in der Bundesrepublik sowie weitere personelle und materielle Umstrukturierungshilfen." (Welt, 26.4.)

Polizeigewerkschaften: Transmissionsriemen für die BRD- Staatssicherheitsideologie

Als schwieriges Problem wurde in einem vertraulichen Schäuble-Papier zur Übernahme der DDR-Verwaltungen ausdrücklich - aufgrund von deren Funktion im SED-Staat - die Übernahme und

Integration der Volkspolizei bezeichnet. Aktuell allerdings macht man sich eher Sorgen um die Motivation der Truppe. "Es gilt", so die "Welt" (20.4.) in einem Kommentar zur Mission Boges, "einer großen Zahl gutwilliger, aber völlig verunsicherter (Volks-)Polizisten drüben deutlich zu machen, daß es auch in einem freiheitlichen Rechtsstaat wie der Bundesrepublik Gesetze gibt, für deren Einhaltung die Polizei sorgen muß." Das zielt auf eine Situation, in der die Vopo sich der kritischen Beobachtung durch die Bevölkerung sehr bewußt ist und entsprechend vorsichtig und zurückhaltend agiert. Zudem ist sie nie in nennenswertem Umfang als Bürgerkriegstruppe eingesetzt worden, so daß heute etwa der Vopo-Chef Generalmajor Wunderlich erklärt, auf Konflikte bei Kundgebungen sei man "personell und psychologisch nicht vorbereitet" (taz, 7.3.). Auch hier sollen die einschlägigen Erfahrungen von Leuten wie Boge oder Stümper Abhilfe schaffen.

In einer wichtigen Funktion für die Vermittlung von rechtsstaatlichem Bewußtsein in der Vopo sehen sich die bundesdeutschen Polizeigewerkschaften. Unter Anleitung der Deutschen Polizeigewerkschaft im Beamtenbund wurde Mitte April die "Deutsche Volkspolizeigewerkschaft" gegründet; knapp danach folgte die "Gewerkschaft der Volkspolizei", die von der DGB-Gewerkschaft der Polizei gesponsort wird. Die GdP hat zwei Büros in der DDR eingerichtet und einen Emissär ihres Bundesvorstands zu einer fünfwöchigen Rundreise in die DDR geschickt. Als Stichwortgeber für die Innenminister fordert die GdP die forcierte Ausrichtung der Volkspolizisten an der fdGO. "Alle DDR-Polizisten, die im vereinigten Deutschland im Polizeidienst bleiben wollen, werden sich einer gründlichen Nachschulung unterziehen müssen", erklärte der GdP-Vorsitzende Lutz. (taz, 17.4.) Sie müßten dabei, so Lutz mit unnachahmlicher Dreistigkeit weiter, nicht nur die für sie neuen Regeln und Gesetze lernen. "Sie müssen vor allem auch lernen, daß sich der Polizist in einem demokratischen Staat durch die Stärke des Wortes und nicht durch die Stärke seines Schlagstocks auszeichnet."

jo

# 7. Deutsche Einheit 1:1, 1:2...: Die einen zahlen den Preis, die anderen tragen die Kosten

Rubrik: DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:37

Am 2. Juli wird die DDR nicht mehr existieren. Wenn das Volk die frisch gedruckten Westscheinchen in den Händen hält, wandern auch die letzten Marx-Hunderter in die Salzstöcke zur Endlagerung oder auf die Trödelmärkte. So haben sie es in ihrer Mehrheit ja auch gewollt und gewählt.

Mit der DDR-Mark verschwindet auch die gesamte innere staatliche Verfaßtheit des Staates DDR. Staatsvertrag mit Währungs-/Wirtschaftsunion transformieren das Gebiet der DDR in Bundesländer der BRD.

Nur die äußeren Merkmale weisen die DDR noch für eine Zeitlang als völkerrechtliches Subjekt aus: sowjetische Streitkräfte, die Mitgliedschaft im Comecon und Warschauer Pakt. Und Markus Meckel erhält ein Plätzchen neben Genscher, Baker, Shewardnadse, Hurd und Dumas beim "2+4", wo man ihm auch den Entlassungstermin anvertrauen wird.

Das Bonner Übernahme-Angebot lautet 1:1 und 1:2. Die Währungsunion wäre nur noch durch den größten Postraub der Geschichte - über 14 Mrd. DM werden rübergeschafft - zu verzögern. Die neuen Scheine aus Frankfurt(Main) oder der Bundesdruckerei in Berlin(West) sollten nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Tausch für die Bevölkerung mindestens 1:2, für viele Betriebe 1:0 bedeutet.

Löhne und Gehälter also 1:1, aber "ohne Ausgleichszahlungen für Subventionsabbau und Preisreform in der DDR" und dem dezenten Hinweis auf die Bedeutung der Lohnpolitik "für die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe". Kaufkraftverluste von 20 bis 25%, so die (Ost)Berliner "Junge Welt", sind die Folge, wenn mit einem Schlage die 58 Mrd. Mark Subventionen wegfallen, dafür aber künftig Sozialversicherungsbeiträge, Lohn- und Einkommenssteuern sowie Verbrauchsteuern (Mehrwertsteuer) zu entrichten sind. Teuerungszuschläge bleiben somit auch den Betrieben erspart, um ihre Kosten niedrig zu halten. Aber mit Lohndrückerei allein lassen sich die Betriebe nicht sanieren, wenn ihre Waren der freien Weltmarktkonkurrenz ausgeliefert sind.

Der Hinweis auf die Lohnpolitik ist viel entscheidender als das 1:1-Verhältnis, denn Löhne sollen sich an der Produktivität orientieren. Und die liegt nur bei 30 bis 40% der BRD. Schließlich gibt es 1:1 nur für diejenigen, die überhaupt noch ihre Ware Arbeitskraft verkaufen können. Lothar Späth rechnet mit einem "Crash", mit "massiven Produktionsausfällen" und "hohen Arbeitsplatzverlusten". Dies sagte er nicht den DDR-Arbeitern, sondern hochkarätigen Managern in Stuttgart. Die enorm hohe industrielle Reservearmee führt ohnehin dazu, das Lohnniveau noch weiter nach unten zu drücken. Niedriglohnland DDR, aus Rimini wird nichts ... Die Bundesbank wollte genau andersherum verfahren, was auf ungefähr dasselbe hinausläuft. Erst Preisreform, dann Lohnerhöhungen, dann ein 2:1 Umtauschschnitt.

Zweitens sollen die Renten an das BRD-System "angepaßt" werden, 70% des durchschnittlichen Nettolohns nach 45 Beitragsjahren. Damit würden die Renten in D-Mark höher liegen als in Mark, nur in Einzelfällen wird DM gleich Mark gezahlt, falls die DM-Beträge unter den DDR-Beträgen liegen sollten. Wieder nur der scheele Blick auf die D-Mark. Nicht gesagt wird, wer überhaupt die Voraussetzung von 45 Beitragsjahren erfüllt, ob die Kindererziehungsjahre für Frauen anerkannt werden usw. Selbst wer runde 700 DM monatliche Rente erhält, muß in Armut leben, wenn die Kaufkraft durch hohe Preis- und Mietsteigerungen unter das bisherige DDR-Niveau sinkt.

Drittens sollen Sparguthaben, einschließlich vorhandenes Bargeld im Sparstrumpf, bis zu 4000 Mark 1:1 in DM getauscht werden, für den ganzen Rest gilt 1:2. Wie bei der Währungsreform in den Westzonen 1948 wird nach dem Motto "wer hat, dem wird gegeben" verfahren. Eine Aufschlüsselung der über 160 Mrd. Mark Sparguthaben ergibt, daß 35% der SparerInnen weniger als 500 Mark der DDR angelegt haben, 10% bis zu 1000. Insgesamt 70% aller Spareinlagen erreichen die 5000-Mark-Grenze. Eine 4-köpfige DDR-Familie dürfte also nur in Ausnahmefällen mit dem maximalen Umtauschbetrag von 16.000 DM rechnen, so daß größere Sparreserven für die Crash-Phase für die Mehrheit der Bevölkerung nicht zur Verfügung stehen. Lothar de Maizière will eine Erhöhung auf mindestens 5000 Mark in 1:1-Relation erreichen, um den Mittelstand und Kleingewerbetreibende zu befriedigen. Der panikartige Run der DDR-Bürger, durch Umverteilungen ihrer Sparguthaben einen möglichst guten Schnitt zu machen, wird vergeblich sein, denn die 4000 DM unterliegen

einer Stichtagsregelung (wahrscheinlich Ende 1989), um genau diese und andere Spekulationen auszuschließen.

Viertens werden die Schulden der Betriebe (242 Mrd. Mark) und im Wohnungsbau (108 Mrd. Mark) nicht gestrichen, sondern im Verhältnis 1:2 halbiert. Für die Betriebe bringt das wenig bis gar nichts, denn sie müssen für ihre Verbindlichkeiten demnächst Zinsen auf BRD- Niveau begleichen - oder gleich dicht machen. Auf die Forderungen der DDR- Staatsbank von einer Viertelbillion Mark oder 120 Mrd. Westmark muß Bonn Ausgleichsforderungen von rund 10 Mrd. DM jährlich - und das sind nur die Zinsen - begleichen.

Ähnlich die Lage auf dem Wohnungsmarkt. Selbst halbiert belaufen sich die Schulden auf 54 Mrd. DM, auf die ebenso hohe BRD-Zinsen von ca. 10% zu entrichten sind. Bei diesen Größenordnungen können Wohnungen nicht renoviert werden und Mieten nicht niedrig bleiben. Die ehemalige Wirtschaftsministerin Christa Luft (PDS) würde es schon für einen Erfolg halten, wenn sich angesichts dieser Ausgangslage die Mieten nur verdoppeln würden, zumal die Subventionen für den Wohnungsbau gestrichen werden.

Das Bonner "Angebot" würde unter privatrechtlichen Bedingungen als kriminell und sittenwidrig gelten. Daß das Kleingedruckte nicht gelesen wird, mag ja noch angehen. Aber daß die AngebotsempfängerInnen mit Ausnahme ihrer neuen Regierung nicht über die Folgen unterrichtet werden, hätte vor Eduard Zimmermann`s "Vorsicht Falle" keinen Bestand. Selbst die wirtschaftsliberale "Zeit" kommentiert, daß auf "absehbare Zeit viele Ostdeutsche in Armut leben werden" (Nr. 18-1990). Einig Vaterland mit West-Ost-Gefälle.

Der Preis der Einheit ...

Die BRD sei mit ihrem Angebot bis an das äußerste gegangen, die "Belastbarkeit sei erschöpft", meinte Theo Waigel, um "Nachbesserungen" von vornherein den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Nicht erschöpft, sondern gerade erst begonnen haben die hiesigen Diskussionen um die Kosten der deutschen Einheit. Lothar Späth rechnete den Managern wie Deutsche-Bank-Chef Koller oder Daimler-Chef Reuter auf dem Manager-Symposium vor, daß für die "Umstellungsphase" in der DDR rund 100 bis 150 Mrd. DM jährlich aufzubringen sein werden. Der Bundesfinanzminister spielte den Erstaunten, als er das DDR-Haushaltsdefizit auf 40 Mrd., im nächsten Jahr auf 60 Mrd. DM (der Zentralbankrat geht von 100 Mrd. DM aus) bezifferte. Steuererhöhungen kommen indes nicht in Frage, so Waigel. Bis zum 2. Dezember geht es auch anders. Die gute Konjunktur sorgt für Steuermehreinnahmen, die Bundesbank überwies 9 Mrd. DM Zins- und Spekulationsgewinne an den Staat.

Nun werden die Länder mit 20 Mrd. DM zur Kasse gebeten; sie sollten, genau wie der Bund, ihre Haushalte "umschichten", damit nur ja keiner auf die Idee kommt, so viele Kinderkrippen wie in der DDR installieren zu wollen. Waigel möchte das Umsatzsteueraufkommen zwischen Bund und Ländern im Verhältnis 65:35 auf 71:29 zugunsten der Bundeseinnahmen verändern, um so weitere 8 Mrd. DM zur Verfügung zu haben, wogegen sich die Länder wegen der Mindereinnahmen und höheren Defizite sträuben. Auch ein größerer Teil des Mehrwertsteueraufkommens (130 Mrd. DM) soll für die Einheit abgezweigt werden.

Diese Finanztricksereien werden jedoch nicht ausreichen; eine Kreditaufnahme des Bundes ist bereits eingeplant, und unisono rufen Kapital und Bundesbank zur strikten Lohnzurückhaltung auf. Doch die Einheit könnte noch weit mehr kosten. Nach Umstellung der Sparkonten und Löhne werden ca. 120 Mrd. DM "nachfragewirksam", die in Form der Befriedigung von Konsumbedürfnissen in die BRD zurückfließen und hierzulande auf eine boomende und ausgelastete Industrie stoßen. Wenn nur etwa 50 Mrd. DM hier wieder ausgegeben werden, rechnen die ängstlichen Bundesbanker mit Inflation - dem Gespenst der stabilitätsneurotischen Währungshüter. Und sie haben bereits angekündigt (vgl. "Wirtschaftswoche" 17-1990), notfalls die Konjunktur durch eine Erhöhung der Leitzinsen abzuwürgen. Den Preis dafür zahlen nicht nur die hiesigen Werktätigen, sondern auch ihre Kollegen in der EG und Österreich. Denn die dortigen Notenbanken müssen dem bundesdeutschen Zinsleithammel folgen und nachziehen, mit den gleichen Folgen.

Mensch sollte das "Angebot" eben wirklich sehr genau lesen. Es sei nämlich nicht nur getragen von der "Verantwortung" gegenüber den beiden deutschen Staaten, sondern auch der "Stabilität der D-Mark". Und letztere ist praktisch die "Vierte Gewalt" hierzulande.

D./Westberlin

# 8. KPD-Verbot gilt auch nach der Wiedervereinigung

Rubrik: Geschichte der Kommunisten; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:38

Die gegenwärtig geführte Debatte über den formalrechtlichen Weg der Unterwerfung der DDR nach Artikel 23 oder nach Artikel 146 des Grundgesetzes hat neben den bereits beschriebenen Auswirkungen des Untergangs der DDR (1) eine weitere, bislang wenig beachtete Konsequenz, die insbesondere die PDS noch teuer zu stehen kommen könnte. Das 1956 vom Bundesverfassungsgericht für das Gebiet der BRD ausgesprochene Verbot der KPD wird bei einem Anschluß der DDR nach Artikel 23 GG zukünftig für das gesamte, neue Großdeutschland gelten und sich auch auf das Territorium der dann ehemaligen DDR erstrecken. Betroffen davon werden alle politischen Organisationen in der jetzigen DDR sein, die in der Tradition der KPD stehen, sich darauf berufen oder als sogenannte Nachfolgeorganisationen gelten, auch wenn das Verbotsurteil ursprünglich nur bis zu einer Wiedervereinigung gelten sollte.

Das KPD-Verbot war 1956 "nur" für die Zeit bis zu einer eventuellen deutschen Wiedervereinigung ausgesprochen worden und das Bundesverfassungsgericht urteilte ausdrücklich: "Ein Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands steht der Wiederzulassung einer kommunistischen Partei im Falle gesamtdeutscher Wahlen rechtlich nicht entgegen" (2). Auch wenn seinerzeit niemand ernsthaft eine Wiedervereinigung in absehbarer Zukunft für möglich hielt, beinhaltete das Verbots-Urteil auf den ersten Blick doch die Aussicht, wenigstens "im Falle gesamtdeutscher Wahlen" mit einer KPD- Liste antreten zu können. Eine Hoffnung, die in kommunistischen Kreisen damals solange gehegt wurde, wie die SED sich noch zum Ziel eines vereinten Deutschlands bekannte.

Die CDU-geführte Bundesregierung hatte 1951 beim Bundesverfassungsgericht den Antrag gestellt, die Verfassungswidrigkeit der KPD festzustellen und die Partei aufzulösen, sowie die Schaffung von Ersatzorganisationen zu verbieten. Begründet wurde dies mit den Zielen und dem Verhalten der KPD, die darauf hinausliefen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung (FDGO) zu beseitigen und den Bestand der Bundesrepublik zu gefährden. Für die Erlangung ihrer Ziele, der Diktatur des Proletariats, mißbrauche die KPD den Gedanken der Wiedervereinigung. Kurz gesagt war die Bundesregierung schon damals der bis heute durchgängig vertretenen Ansicht, daß zum Schutze und mit der FDGO die Gegner derselben verboten und kriminalisiert werden müßten.

Die KPD stellte demgegenüber den Antrag, das Verbotsverfahren gegen sie unter anderem deshalb einzustellen, weil der im Grundgesetz vorrangige und hervorstechende Verfassungsgrundsatz der Wiedervereinigung Deutschlands eine Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD nicht erlaube. Auch wenn mensch gerade zu dieser Argumentation mehr als politische Zweifel haben kann, begründete die KPD ihren Antrag mit einer formal doch äußerst bestechenden Logik. Ein Verbot der KPD mache freie gesamtdeutsche Wahlen, die als eine notwendige Voraussetzung der Wiedervereinigung angesehen wurden, unmöglich. Freie Wahlen seien nicht möglich, wenn sich die KPD nach einem Verbot an solchen Wahlen nicht mehr beteiligen könne. Solange nun das Grundgesetz gelte und mit Hilfe des Grundgesetzes (Artikel 21 Absatz 2 GG, Verfassungswidrigkeit von Parteien) ein Verbot der KPD ausgesprochen werde, ließen sich freie, gesamtdeutsche Wahlen nicht mehr durchführen und eine Wiedervereinigung sei deshalb unmöglich. Regierung und Verwaltung seien nach dem einschlägigen Gesetz (3) an Urteile des Bundesverfassungsgerichts gebunden und könnten die KPD nicht wieder zulassen, um ihr die Teilnahme an Wahlen zu ermöglichen. Eine Aufhebung des Verbotsurteils könne nur durch ein verfassungsänderndes Gesetz erreicht werden, um Regierung und Behörden der BRD von der Bindung an Urteile des Bundesverfassungsgerichts zu befreien. Ein solches Aufhebungsgesetz sei aber unzulässig, da Gesetze immer allgemein zu fassen seien und zu gelten hätten und nicht zur Regelung von Einzelfällen erlassen werden dürften. Außerdem verletze ein Gesetz des Inhalts, daß die KPD zwar verfassungswidrig sei, aber für gesamtdeutsche Wahlen zugelassen werden könne, den Artikel 21 GG; denn die in diesem Artikel enthaltenen Merkmale der freiheitlich-demokratischen Grundordnung seien der Disposition des Gesetzgebers kraft Verfassung entzogen. Es dürfe nach dem Grundgesetz keine Gesetze geben, die den Grundsätzen des Grundgesetzes widersprächen (4). Es könne daher kein der Verfassung entsprechendes Gesetz geben, in dem nach einem Verbotsurteil festgestellt werde, die KPD sei zwar verfassungswidrig, aber wählbar.

Die streng grundgesetzkonforme Argumentationskette der KPD, die Wiedervereinigung sei oberstes Gebot des Grundgesetzes, ohne freie, gesamtdeutsche Wahlen aber keine Wiedervereinigung, freie Wahlen aber wiederum nicht ohne die KPD möglich, ein Verbot der Partei sei daher unmöglich, da dem Ziel der Wiedervereinigung widersprechend, brachte das Bundesverfassungsgericht in die Zwickmühle zwischen Anspruch, dem Wiedervereinigungsgebot Geltung zu verschaffen und Willen, die KPD zu verbieten.

"Mindeststandard freiheitlich- demokratischer Garantien"

Das Verbotsurteil bediente sich denn auch zum Thema "KPD-Verbot und die Bedeutung der Wiedervereinigung" einer trickreichen Begründung: Natürlich sei die Verwirklichung der Präambel des Grundgesetzes mit dem Wiedervereinigungsgebot "vordringliches nationales Ziel". Doch beschränke Artikel 146 GG "die Geltung des Grundgesetzes auf die Zeit bis zum Inkrafttreten einer (neuen gesamtdeutschen, Anm.d.Verf.) Verfassung". Die Argumentationskette der KPD wurde in der Weise aufgelöst, daß anläßlich der Wiedervereinigung das Grundgesetz schlicht hinfällig werde und dies nach Artikel 146 GG auch möglich sei.

Das Urteil liest sich dazu so: "Näherer Prüfung bedarf ... die Frage, ob das Verbot der KPD ... als rechtliches Hindernis der Wiedervereinigung anzusehen wäre, wenn Maßnahmen zur Vorbereitung der Wiedervereinigung, insbesondere etwa der Erlaß und die Durchführung eines Wahlgesetzes für gesamtdeutsche Wahlen, von den deutschen Verfassungsorganen selbständig zu treffen wären, ohne daß bindende Auflagen der Besatzungsmächte bestünden. Die Auffassung der KPD, daß in einem solchen Fall ein ihre Verfassungswidrigkeit feststellendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts eine unübersteigbare Schranke für die Zulassung der KPD zu solchen Wahlen sei und damit die Abhaltung solcher Wahlen, also auch die Wiedervereinigung selbst, unmöglich mache, ist nicht richtig. Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts würde vielmehr nur für den vom Grundgesetz zeitlich und sachlich beherrschten Raum wirken. Wird festgestellt, daß die KPD verfassungswidrig ist, so kann sie sich im so bestimmten Geltungsbereich des Grundgesetzes nicht mehr betätigen.

Die gesamtdeutschen Wahlen dienen aber der Vorbereitung eines Aktes des pouvoir constituant (verfassunggebende Versammlung, Anm.d.Verf.) des ganzen deutschen Volkes, der die Beschlußfassung über eine gesamtdeutsche Verfassung zum Gegenstand hat, also gerade nicht darüber entscheiden soll, ob die Ordnung des Grundgesetzes auch für Gesamtdeutschland fortbestehen oder durch eine andere Verfassungsordnung abgelöst werden soll. Die Legitimität (Rechtmäßigkeit) der gesamtdeutschen Verfassung kann nicht daran gemessen werden, ob sie in einem Verfahren zustande gekommen ist, das seine Legalität (Gesetzmäßigkeit) aus der Ordnung des Grundgesetzes herleitet. Vielmehr ist nach der in die Zukunft gerichteten Überleitungsnorm des Art. 146 GG die künftige gesamtdeutsche Verfassung schon dann ordnungsgemäß zustande gekommen, wenn sie ‚von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist'. Dies bedeutet, daß die Entscheidung des deutschen Volkes über eine gesamtdeutsche Verfassung frei von äußerem und innerem Zwang gefällt werden muß, und das heißt allerdings, daß ein gewisser Mindeststandard freiheitlich-demokratischer Garantien auch beim Zustandekommen der neuen gesamtdeutschen Verfassung zu wahren ist. Das in Art. 21 Abs. 2 GG zum Ausdruck kommende Prinzip, daß verfassungswidrige Parteien aus dem politischen Leben ausgeschlossen werden können, sowie der Grundsatz der Bindung aller staatlichen Organe an Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts sind jedoch diesem Mindeststandard nicht zuzurechnen. Es sind freiheitlich-demokratische, für die Dauer geschaffene Verfassungen denkbar und Wirklichkeit, die eine Verfassungsgerichtsbarkeit und die rechtliche Möglichkeit eines Parteiverbots nicht kennen. Ist dies aber so, so wäre es nicht gerechtfertigt, in den von Art. 146 GG gemeinten Mindeststandard freiheitlicher Garantien beim Zustandekommen der neuen gesamtdeutschen Verfassung die zwar dem Grundgesetz eigentümlichen, aber nicht vom Wesen einer freiheitlichen Ordnung schlechthin geforderten Grundsätze der Bindung an verfassungsgerichtliche Entscheidungen über den Ausschluß verfassungswidriger Parteien aus dem politischen Leben einzubeziehen. Dies bedeutet aber: für die gesetzgeberische Vorbereitung gesamtdeutscher Wahlen als Vorbereitungsakt zur Schaffung einer gesamtdeutschen Verfassung wäre eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, welche die KPD für verfassungswidrig er- klärt und auflöst, nicht hinderlich. Dem Erlaß eines Wahlgesetzes, das allen politischen Parteien die Teilnahme an gesamtdeutschen Wahlen ermöglicht, (...) würde also ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht entgegenstehen."

Gesamtdeutsche Wahlen mit der verbotenen KPD oder ihren Nachfolgeorganisationen wären mit Hilfe des Art. 146 GG anläßlich der Wiedervereinigung also möglich. Das Grundgesetz, auf dem das Verbot gründet, würde in dieser Hinsicht nicht mehr gelten.

Wie weitreichend das Verbotsurteil jedoch auch heute noch ist, zeigt sich daran, daß nach Art. 146 das Grundgesetz zwar rechtlich außer Kraft gesetzt würde, doch steht es gegenwärtig außer Frage, daß das Grundgesetz auch über diesen Weg der Wiedervereinigung als neue gesamtdeutsche Verfassung gelten soll. Die Aufhebung des KPD-Verbots bleibt danach nur eine theoretische Möglichkeit, sozusagen eine formale Utopie. Doch selbst diese theoretische Möglichkeit ist hinfällig, da sich aller Voraussicht nach die Wiedervereinigung gemäß Art. 23 GG, als reine Unterwerfung der DDR nach dem Willen beider deutscher Regierungen incl. der SPD in West und Ost, vollziehen wird. Mit Artikel 23 steht das Grundgesetz nicht einmal formalrechtlich zur Disposition, sondern gilt wie bisher weiter. Die Aufhebung des KPD-Verbots und die Teilnahme einer "kommunistischen Partei an gesamtdeutschen Wahlen" ist vor diesem Hintergrund mit Art. 23 GG juristisch ausgeschlossen. Es ist durchaus möglich, daß die PDS und andere linke, kommunistische Organisationen in der DDR in den nächsten Monaten eher über die Abwendung eines Verbotsantrages nachzudenken haben, als sich über bundesdeutsche Wahlumfragen zu freuen, die ihnen laut FAZ bei einer Teilnahme an Bundestagswahlen ca.5% der BRD-Stimmen in Aussicht stellen.

mar., Hamburg

Anmerkungen:

1) siehe AK 317, Seite 7

2) KPD-Urteil, abgedruckt in: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Band 5, Seite 85-393

3) § 31 Abs.1 Bundesverfassungsgerichtsgesetz

4) Artikel 79 Absatz 3 Grundgesetz

# 9. Der Vertrag, aus dem der Staat gemacht wird

Rubrik: DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:28

Die Bundesregierung hat zur Schaffung einer Währungsunion zum 1. Juli und einer Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft zu Anfang Mai zwischen BRD und DDR einen Staatsvertrag vorgelegt, der eher eine Kapitulationsurkunde darstellt. Der 50seitige Entwurf, dessen Geheimhaltung von der BRD- Opposition heftiger kritisiert wurde als sein Inhalt, wird vom Ministerpräsidenten der DDR als Verhandlungsgrundlage akzeptiert.

Im Vertragsentwurf wird ausgeführt, wie man sich in den Amtszimmern der Bundesregierung die Anwendung von Artikel 23 auf die DDR vorstellt. In der Präambel wird der Anschluß nach Artikel 23 ausdrücklich bekräftigt. Alles folgende ist eine Regelung der Anschlußmodalitäten. Der Vertrag benennt die wichtigsten Veränderungen, die von der DDR verlangt werden und liefert ein grobes Raster von Essentials, die ein moderner kapitalistischer Staat seiner Neuerwerbung zwingend vorschreibt, "wenn Du so werden willst wie ich". Insofern ist das Papier auch ein Dokument über den Charakter des BRD-Staates.

Der Vertragsentwurf beginnt mit der Benennung der klassischen Grundwerte des Kapitalismus: "Die soziale Marktwirtschaft wird bestimmt insbesondere durch Privateigentum, Leistungswettbewerb, freie Preisbildung und grundsätzlich volle Freizügigkeit von Arbeit, Gütern, Dienstleistungen und Kapital, freiem Außenwirtschaftsverkehr und einem ausgewogenen sozialem Sicherungssystem."

Unmittelbar folgend wird die DM als notwendiges allgemeines Äquivalent in einem funktionierenden Warenaustausch im geeinten Deutschland bestimmt: Die ersten Bundesgesetze, die die DDR zu übernehmen hat, das erste Stück Noch- Souveränität, das die DDR abgeben muß, sind die Währungs-, Münz-und Finanzhoheit. Der Bundesbank und den zuständigen Bundesbehörden wird das Recht eingeräumt, die ihnen nach BRD-Gesetz zustehenden Befugnisse auch in der DDR auszuüben. Erst nachdem solchermaßen die Geschäftsgrundlage geklärt ist, kommen die Menschheitswerte, das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen und sozialen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes (GG). Unvereinbar mit dem GG sind neben allem, was in der Verfassung der DDR mit dem Prädikat "sozialistisch" versehen war, namentlich die "Gewerkschaften als umfassende Klassenorganisation einer sozialistischen Gesellschaft". Damit entbehrt die gewerkschaftliche Tätigkeit in der DDR vorerst jeglicher Grundlage und der DGB hat mit seiner Ausladung des FDGB zum 1. Mai in Berlin bekräftigt, daß die alte Gewerkschaft erst einmal zerschlagen werden muß, bevor die feinen neuen Interessenvertretungen nach bundesdeutschem Muster in Aktion treten.

1 : 1 ? 1 : 0 !

Zur Realisierung der Währungsunion und zu den Modalitäten der Umstellung, insbesondere was den Tag der Umstellung angeht, trifft der Vertragsentwurf eine Reihe von Vorkehrungen, die das konkrete Umtauschverhältnis noch offen lassen. Die Bundesbank - auf Grundlage des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und der vom Zentralbankrat erlassenen Regelungen und Anordnungen - wird als oberste Sachwalterin der Währungsunion installiert; die Kreditinstitute der DDR verpflichten sich zur Zusammenarbeit. Die Rolle der DDR-Regierung beschränkt sich darauf, sich erstens beraten zu lassen und zweitens alle Änderungen des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank (also auch alle zukünftigen Änderungen) ohne Widerspruch zu übernehmen. Im Gegenzug verpflichtet sich die Bundesbank, der DDR "auf Verlangen Auskunft (zu geben), soweit Währungsfragen in der Deutschen Demokratischen Republik betroffen sind". Verhandlungsmasse gibt es in diesem Komplex nicht mehr - es sei denn, mensch billigt dem Gerangel um den Wechselkurs den Status eines offenen Handels zu. Eher ist die Entstehung des Staatsvertrags und seine nur bescheidene Publizität ein bestechendes Beispiel dafür, wie im Rampenlicht ein lautstarkes Gefecht inszeniert wird, während hinter der Bühne die Strukturen des Anschlußprozesses festgeschrieben werden.

Nur ein Aspekt der Währungsumstellung ist vereinzelt in Frage gestellt worden, nämlich ob denn allen Personen ein Recht auf Umtausch ihrer Sparguthaben zusteht. In der Bundestagsdebatte um die Regierungserklärung von Seiters am 27.4.90 gab der FDP-Vorsitzende Lambsdorff zu bedenken, daß zwar nicht alle SED-Mitglieder ihr Vermögen zu Unrecht erworben hätten, daß aber gewährleistet sein müsse, daß per Parteimitgliedschaft unrechtmäßig erworbenes Vermögen nicht oder jedenfalls nicht zum besten Kurs umgetauscht wird.

Bekenntnis zum Markt

Das Kapitel über die Wirtschaftsgemeinschaft enthält im wesentlichen Absichtsbekundungen und Selbstverpflichtungen der DDR auf die wirtschaftspolitischen Grundsätze der BRD. Der vertragliche Charakter reduziert sich auf den Satz: "Die Regierung der DDR wird ihre kurz-, mittel- und längerfristige gesamtwirtschaftliche Politik mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland abstimmen." Und das Pendant: "Die Bundesrepublik Deutschland wird die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über ihre Politik auf diesen Gebieten unterrichten." Das wäre an sich erschöpfend gewesen, dennoch werden zwischen zahlreichen "Die Regierung der DDR wird sicherstellen ..." und "Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß ..." die Herzstücke der kapitalistischen Wirtschaftsordnung noch mal zum Bekenntnis vorgelegt: Privatinitiative, Strukturwandel, Schaffung moderner Arbeitsplätze, freie Berufe, freie Tariflohnbildung, Bildung einer breiten Basis von kleinen bis mittleren Betrieben, Infrastruktur, Stabilität des Preisniveaus, Ausrichtung auf die EG und ein wenig Umweltschutz.

Die außenwirtschaftlichen Verpflichtungen der DDR sollen "unter Beachtung der Gegebenheiten der Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft und der Interessen der Beteiligten fortentwickelt" werden.

In einem Extraabschnitt zur Land- und Ernährungswirtschaft wird festgelegt, daß die Preise für Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Erzeugnisse dem Preisniveau der BRD anzupassen sind und das freie Verfügungs- und Nutzungsrecht über Grund und Boden zu gewährleisten ist. Wer verfolgt hat, mit welcher Dreistigkeit sich Großmärkte und Tourismusunternehmen in den vergangenen Wochen Pachtgrundstücke erschacherten und mit welch sehnsüchtigen Augen die bundesdeutsche ImmobilienhändlerInnen ihre Daimlers durch die mecklenburgische Seenplatte chauffierten, kann sich eine Vorstellung davon machen, welche Ausmaße von Bodenspekulation zu erwarten sind.

Streik und Aussperrung

Das Kapitel über die Bestimmungen zur Sozialgemeinschaft regelt das, was an der Marktwirtschaft gemeinhin als sozial bezeichnet wird. Ausdrücklich genannt werden das Streikrecht - selbstverständlich nur in tariflich regelbaren Fragen - und die "Abwehraussperrung". Letztere war in der von der Modrow-Regierung beschlossenen und vom Runden Tisch bekräftigten Sozialcharta verboten worden. Bislang ist dieser Widerspruch von allen Beteiligten unerwähnt geblieben. Überhaupt wird die freie Verhandelbarkeit der Löhne und Gehälter ja von den ganz gewieften KritikerInnen von taz bis FAZ in die Waagschale geworfen gegen das Dogma eines festen Wechselkurses. Daran ist soviel richtig, wie die Werktätigen der DDR bei jedem der in Frage stehenden Wechselkurse ohne Lohn- und Gehaltserhöhungen im Hemd dastehen werden. Wer allerdings bei der mickrigen Kampferfahrung des angegriffenen FDBG die Tarifkämpfe gegen die ausgekochten Arbeitgeberverbände der BRD führen soll, bei denen es wirklich um allerlei geht, steht in den Sternen.

Soziales: Die DDR verpflichtet sich ...

Das niedrige Lohnniveau wird komplettiert durch Subventionsabbau und höheren Sozialabgaben. Bislang bezahlte jedeR DDR-BürgerIn 10% seines Entgelts in die Sozialversicherung ein, die Bestandteil des Staatshaushalts war und vom FDGB verwaltet wurde. Leistungen aus der Sozialversicherung wurden nach einem (im Verhältnis zur BRD eingeschränkten) Äquivalenzprinzip gezahlt, d.h., die Höhe der individuellen Leistungen entsprach nur in etwa dem individuell entrichtetem Beitragsvolumen. Die Ren- tenverordnung der DDR sieht eine Spannbreite von 300 M Mindestrente bis 440 M Höchstrente vor, die durch besondere Betriebsrenten oder Beiträge zur freiwilligen Rentenversicherung bis auf 800 M maximal (Sonderregelungen für Angehörige der Intelligenz) erweitert werden kann. Die Durchschnittsrente bei der staatlichen Versicherung der DDR beträgt 357 M monatlich. (Die durchschnittliche Rentenhöhe in der BRD 1986: von Frauen/Gruppe der Arbeiterinnen: DM 926 bis Männer/Gruppe der Angestellten: DM 1.845,40 monatlich. Nun sollen die Renten in der DDR auf 70% des Nettodurchschnittslohns angehoben werden. Dieser liegt in der DDR bei 900 M bis 1.200 M. Die Renten würden also auf schlappe 630 bis 840 DM klettern. Höher würden sie nur, wenn der Nettodurchschnittsverdienst in der BRD und der DDR zugrundegelegt würde. Aber soweit geht die Einheit noch nicht... Erst einmal werden die Sozialversicherungsbeiträge von den DDR-üblichen 10% auf die BRD-üblichen Sätze angehoben. Das sind 9,4% für die Rentenversicherung, 4,3% für die Arbeitslosenversicherung und ca. 6,5% für die Krankenversicherung (wozu bekanntlich die im letzten Jahr eingeführte Eigenbeteiligung kommt). Und wenn sich die Jetzt-Noch-BürgerInnen der DDR von diesem 20%-Schock noch nicht ganz erholt haben, wird zum 1. Januar 1991 Einkommens- und Lohnsteuerrecht der

BRD eingeführt. Der Staatsvertrag überträgt der DDR-Regierung die undankbare Aufgabe, das Versicherungswesen neu zu gliedern und die notwendige soziale "Abfederung" zu organisieren. Aufgabe der BRD ist es, den Kapitalfluß in die DDR zu fördern, Aufgabe der DDR-Regierung ist, ihn nicht zu hemmen und die Überschwemmungsopfer zu betreuen.

Nach der Einigung auf ein Umtauschverhältnis von 1 : 1 hat sich die BRD-Regierung grundsätzlich gegen staatliche Zuschüsse zu Löhnen und Renten ausgesprochen. Stattdessen wird erwogen, von den Renten auch noch einen Beitrag zur Krankenversicherung der Rentner einzubehalten. Auch der Staatsvertrag stellt den umfangreichen Aufgaben für die DDR nur die Aussicht auf eine vorübergehende Anschubfinanzierung zur Deckung der "durch Beiträge und Staatszuschüsse nicht gedeckten Ausgaben" gegenüber.

Besondere Erwähnung findet im Vertragsentwurf ein Artikel Familie, in dem die DDR sich verpflichtet, Ehe und Familie unter besonderen Schutz zu stellen, bislang betriebliche Leistungen für Mütter und Kinder staatlich abzusichern, erwerbstätige Mütter den nicht erwerbstätigen Müttern gleichzustellen und das ungeborene Leben zu schützen. Wie weit das den bislang einzig gebliebenen großen Protestkundgebungen zum Erhalt der Kinderbetreuung geschuldet ist, oder ob die BRD-Häuptlinge da tatsächlich Konflikte mit der in der DDR selbstverständlichen und zu über 90% vorhandenen Frauenerwerbstätigkeit auf sich zukommen sehen, sei dahingestellt. Daß aber der Schutz des ungeborenen Lebens erwähnt wird, läßt schon vermuten, daß mann den Frauen auf jeden Fall vorschreiben will, wo ihr Platz in der Gesellschaft zu sein hat. Es wird noch einigermaßen spannend werden, wie die DDR-Frauen mit diesem Angriff auf ihre Rolle in der Gesellschaft umgehen werden, zumal z.B. die Rollenverteilung im Privatleben durchaus konservative Züge trägt.

Entstaatlichung

Der Staatsvertrages regelt in seinem letzten Kapitel die Entstaatlichung von Verkehrsbetrieben, Wohnungswesen, Wirtschaftsunternehmen und Sozialbereich. Er verbietet ausdrücklich die Subventionierung von Waren, Dienstleistungen und Mieten. Das bedeutet im wesentlichen einen Eingriff in den Staatshaushalt der DDR, was allerdings auch nicht anders gemeint ist, denn im ersten Satz heißt es: "Die DDR verpflichtet sich, ihren Haushalt den Haushaltsstrukturen der Bundesrepublik Deutschland anzupassen." Mit dem Inkrafttreten der Währungsunion übernimmt die DDR das Umsatzsteuerrecht der BRD; Einkommens- und Lohnsteuer sowie Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer werden zum 1. Januar 1991 eingeführt.

Staatsvertrag kontra Verfassung

Damit sind die Grundzüge der von der BRD in der DDR für nötig befundenen Veränderungen umrissen. Sie werden als so grundlegend verstanden, daß sie allen in der DDR geltenden Rechtsvorschriften einschließlich der Verfassung vorrangig sind. Das ist insofern logisch, als sie zum realsozialistischen Selbstverständnis der DDR-Verfassung in diametralem Widerspruch stehen. Andererseits wird durch die Abwertung der DDR-Verfassung die Sache der Vereinigung das Geschäft immer kleinerer Mehrheiten. War es nach der Volkskammerwahl noch das Anliegen aller, eine Zweidrittelmehrheit für verfassungsändernde Entscheidungen zu bekommen, so ist die DDR-Verfassung inzwischen so zur Bedeutungslosigkeit verkommen, daß ein Neuentwurf nicht einmal im Ausschuß der Volkskammer überhaupt nur diskutiert werden konnte. Der Entwurf zum Staatsvertrag steht damit einzigartig und völlig konkurrenzlos da. Die DDR-Regierung hat sich in Person von de Maizière wie auch durch eine überwältigende Volkskammermehrheit für die Kapitulationsurkunde als Verhandlungsgrundlage entschieden. Das scheint sogar die FDP überrascht zu haben, denn nachdem Lambsdorff letzte Woche noch von einem "Dokument der Unterwerfung" gesprochen hatte, korrigierte er sich im Bundestag und befand den Vertragsentwurf für brauchbar.

In der BRD wurde der Staatsvertrag in der Koalition ausgehandelt und gleichzeitig mit dem Beginn der Verhandlungen mit der DDR - einem ersten Vier-Augen-Gespräch zwischen Kohl und de Maizière - der Opposition und Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Und wie der FDP scheint es der SPD gegangen zu sein: Konnte sie sich zwar noch nicht zu einem Lob aufraffen, so war in der Däubler-Gmelin-Rede auch nicht mehr von Kritik an dem Entwurf die Rede.

Noch Widerspruch?

Gegen den Staatsvertrag sprach sich im Bundestag einzig Antje Vollmer aus, allerdings mit der bemerkenswerten Einleitung ihres Beitrages: "Die deutsche Einheit, das Entstehen eines neuen Deutschlands

war lange ein Traum der politischen Linken in diesem Land." Mit diesem Bekenntnis vorweg kritisierte sie den Staatsvertrag als "Kolonialrecht, geschrieben im Manchester von 1890" und forderte ebenso wie Däubler-Gmelin eine Volksabstimmung.

Warum bloß wird unter der deutschen Einheit alles mögliche verstanden und phantasiert, außer dem, was sie tatsächlich und real darstellt, nämlich die imperialistische Ausdehnung der BRD? Bei keinem anderen Land der Welt würden der Gefräßigkeit des BRD-Kapitals soviele wohlwollende Utopien entgegengebracht - außer vielleicht Polen? oder der Tschechoslowakei? Österreich?

Ein dunkler Schatten fällt zurück auf die Modrow-Regierung. Deren Bemühungen um eine "sanfte" Vereinigung sind gescheitert. Das Wort vom Einig Vaterland aus dem Mund der PDS war opportun in der Absicht, mit Hilfe der Sozialcharta und nun des Verfassungsentwurfes die Ausgangsbedingungen der DDR für den Vereinigungsprozeß zu verbessern. Das ist ganz offensichtlich fehlgeschlagen. Die GegnerInnen eines Beitritts gemäß Artikel 23, wie er im Staatsvertrag ausgeführt ist, sind in der absoluten Minderheit - in der Volkskammer jedenfalls. Dort ist es ihre Aufgabe, Sprachrohr derjenigen zu sein, die die Verlierer des Kapitulationsprozesses sind. Der Erfolg der Opposition wird allerdings davon abhängen, daß sie Selbstbewußtsein und Stärke auf der Straße und in den Betrieben zeigt. Die Auftritte der PDS in der Volkskammer geben Anlaß zu der Hoffnung, daß sie diese Aufgabe mit angehen will.

Cl./Hamburg

# 10. Anschluß mit Übergängen - DDR und "Europäische Gemeinschaft"

Rubrik: Westeuropa / EG allgemein; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:36

Die "deutsche Einheit" ist gelaufen - auch für die EG-Staaten. "Die Gemeinschaft teilt die Freude des deutschen Volkes ...", heißt es in einem verabschiedeten Papier der EG-Kommission, zu dem der EG-Sondergipfel in Dublin am 28. April seinen einmütigen Segen gab. Bis 1993 soll die dann bereits nicht mehr existente DDR das geltende Gemeinschaftsrecht in einem einig Deutschland übernommen haben, ohne dabei komplizierte Beitritts-Neuverhandlungen zwischen den elf EG-Ländern und dem territorial und wirtschaftlich gewachsenen Großdeutschland zu führen. Die Währungs- und Wirtschaftsunion zwischen der BRD und der DDR wird genau so akzeptiert wie der Anschluß über den Artikel 23 des Grundgesetzes. Nur um eines bitten die übrigen EG- Länder: die BRD möge sie doch besser über ihre Pläne "konsultieren". Und um Mißtrauen abzubauen, ist die Achse Bonn-Paris, der Motor der EG-Integration, neu frisiert worden. Mitterand und Kohl wollen nicht nur über die Wirtschafts-und Währungsunion der EG, sondern auch über das Ziel einer politischen Union auf zwei EG-"Regierungskonferenzen" noch in diesem Jahr sprechen, um den politisch-institutionellen Rahmen des bestehenden Euro-Supermarktes auszubauen.

Schon ohne DDR-Anschluß sticht die ökonomische und politische Stärke der BRD im Rahmen der EG hervor. Auf die BRD entfallen ein Viertel des Sozialprodukts, ein Viertel der EG-Ausfuhren und ein Drittel der Währungsreserven. Mit DDR wird aus dem Viertel ein Drittel; dann wird das Bruttosozialprodukt des "einig Vaterland" doppelt so hoch liegen wie das Frankreichs. Über die Brückenkopffunktion der DDR baut die BRD ihre ohnehin schon bestehende absolute Vormachtstellung im Osthandel weiter aus; zu den rund 30 Mrd. DM Ostexporten kommen 34 Mrd. DM der noch bestehenden DDR hinzu - fast die Hälfte des Osthandels der westlichen kapitalistischen Länder entfallen dann auf die BRD.

Zwar fordert die BRD die übrigen EG-Länder auf, nun kräftig in der DDR zu investieren, aber die Realität beschrieb ein italienischer Industrieller eher resigniert am Rande der Leipziger Messe: er müsse feststellen, daß "die Westdeutschen schon alles abgegrast hatten. Gegen die kommen wir einfach nicht an." (FR, 7.4.90)

Die DDR als "heimliches" EG-Mitglied

Bereits in den EWG-Gründungsverträgen von Rom (1957) wurde der DDR ein Sonderstatus zugebilligt, sie ist kein Ausland, sondern Teil der BRD. Die EWG und spätere EG haben also den "Wiedervereinigungs"-Anspruch der BRD immer anerkannt. Im EWG-Zusatzprotokoll "über den innerdeutschen Handel" wird der DDR Zollfreiheit bei der Warenausfuhr in die EG garantiert. Ausnahme und Ärgernis ist dabei der Dritthandel, wenn Warenexporte der DDR in die BRD und von dort aus weiter exportiert werden. Andererseits unterliegen die DDR-Warenexporte in die EG - wie der anderen RgW-Staaten auch - mengenmäßigen Beschränkungen (Kontingentierungen). Die EG veröffentlicht jährliche "Liberalisierungslisten" von Waren, die keinen Einfuhrbeschränkungen in irgendeinem EG- Land unterliegen und daher ein-/ausgeführt werden dürfen. Die DDR hat diese Kontingente in der Regel unterschritten.

Der besondere Status der DDR begünstigt diese bei ihren Exporten vor allem in die BRD im Rahmen des "innerdeutschen Handels", aus dem auch die BRD Nutzen zieht. Artikel 92 Absatz 2 c EWG-Vertrag erlaubt der BRD "zur Linderung der deutschen Teilung" ausdrücklich staatliche Beihilfen zu, die normalerweise verboten wären. So werden DDR-Importe in die BRD von der Umsatzsteuer ausgenommen, und den westdeutschen Importeuren winken steuerliche Erleichterungen.

Am 13.3.90 schloß die DDR ein Handels- und Kooperationsabkommen mit der EG nach dem Vorbild Polens und Ungarns ab. Danach entfallen nun diese EG-Importbeschränkungen, nicht aber die normalen EG-Zölle, die nach der Meistbegünstigungsklausel im Durchschnitt bei 5% liegen. Damit ist das Problem nicht gelöst, daß im Zuge der kapitalistischen Durchdringung der DDR westdeutsche Exporteure ihr baldiges "Billiglohnland" für preisgünstige EG-Exporte nutzen und sich damit Konkurrenzvorteile verschaffen können.

Konkret spielt der DDR-EG-Warenaustausch - ohne die BRD - nur eine marginale Rolle. Im Jahre 1988 lag der Umfang des Warenaustauschs bei insgesamt 5,4 Mrd. DM; in die restlichen elf EG- Länder führte die DDR nur

knapp 5% ihrer Gesamtexporte aus. Damit bestreitet die BRD allein 75% des EG-Handels mit der DDR (DIW-Wochenbericht 9-1990).

DDR: Anschluß an die BRD und an die EG

Neben der Anerkennung des "Wiedervereinigungs"vorbehalts durch die EWG in den Römischen Verträgen besitzt auch die sogenannte "Hallstein-Erklärung" vom 28.2.1957 völkerrechtlich-verbindlichen Charakter; diese besagt, daß "eine Überprüfung der Verträge" im Falle der "Wiedervereinigung Deutschlands stattfindet". Unter diese Verträge fällt nicht nur das EWG-Gründungsdokument, sondern auch die von EURATOM und Montanunion.

In Betracht käme theoretisch der Artikel 237 der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) vom 1.7.1987, dem nivellierten EG-Vertrag, nach dem eine Neuaufnahme eines Staates der einstimmigen Zustimmung bedarf. Darüber hatten die Rechtsgelehrten lange Zeit heftig gestritten; die einen argumentierten, mit dem "einig Vaterland" entstünde ein neues Völkerrechtssubjekt, die anderen, mit dem Anschluß der DDR an die BRD handele es sich nach wie vor um den gleichen, nur vergrößerten Staat BRD. Nach dem Anschluß nach Artikel 23 Grundgesetz sei eine völlige Neuverhandlung der EEA jedenfalls nicht erforderlich. Daß die Bundesregierung immer in diesem Sinne argumentierte, liegt auf der Hand, denn ein Beitritt mit Verhandlungen würde mindestens 18 Monate dauern, da die modifizierte EEA durch die nationalen Parlamente aller zwölf EG-Staaten neu ratifiziert werden müßte.

Daß EG-Kommissionspräsident Delors und alle anderen EG-Regierungen mit dem Anschluß der DDR an die BRD keine Verhandlungsprozedur über einen Neubeitritt der größeren BRD wollen, liegt vor allem - abgesehen von den juristischen Streitigkeiten - im dann eintretenden Verzögerungseffekt auf die Realisierung des Binnenmarkts `92 mit all seinen Implikationen. Es widerspräche auch der EG-Mehrheitsmeinung, die deutsche Einheit möglichst kontrolliert mit der weiteren EG-Integration zu verbinden, ja zu synchronisieren, um "deutsche Sonderwege" zu vermeiden.

Eine andere Option wäre der Beitritt einer völkerrechtlich selbständigen DDR gewesen. Im Herbst letzten Jahres gab es diesbezügliche Offerten seitens des EG-Präsidenten, und auch die Regierung Modrow favorisierte offenbar einen raschen EG-Beitritt, um sich aus der allzu einseitigen Umklammerung der BRD etwas zu lösen und der rein deutschen eine europäische Option entgegenzusetzen. Nun besteht seitens der EG eine Aufnahmesperre bis zum 1.1.1993, so für die beitrittswilligen Länder Österreich und die Türkei. Delors deklarierte die DDR eilig zum "Sonderfall" und wäre für einen schnellen DDR-Beitritt, doch die folgende Anschlußpolitik seitens der BRD und die Wahlen in der DDR haben diese Pläne obsolet werden lassen.

Die Mitgliedschaft der DDR im Comecon wäre noch kein Beitrittshindernis, wohl aber die im Warschauer Pakt. Darüber wird öffentlich kaum geredet, aber ein Austritt der DDR aus dem östlichen Militärbündnis wäre Voraussetzung.

Widersprüche

Seit Herbst letzten Jahres verging keine Außenministerkonferenz, kein Finanzministertreffen und kein Gipfel der EG, auf denen nicht die "deutsche Frage" im Zentrum stand.

Die elf EG-Staaten stimmten, wenn auch zähneknirschend, der deutschen Einheitsformel - "in dem das deutsche Volk seine Einheit durch freie Selbstbestimmung wiedererlangt" - zu, warnten aber vor "deutschen Sonderwegen". Frankreich war mehr als verstimmt, als Kohl im November seinen 10-Punkte-Plan ohne vorherige Konsultationen hinausposaunte. Die britische Regierung erklärte, die deutsche Einheit käme erst in zehn oder 15 Jahren, wenn die Reformprozesse in Osteuropa abgeschlossen seien.

Von Anbeginn koppelte Frankreich den Prozeß der deutschen "Wiedervereinigung" an den Prozeß der weiteren EG-Integration. Zustimmung zur deutschen Einheit nur dann, wenn die BRD sich nicht länger raschen Fortschritten bei der Schaffung einer EG-Wirtschafts- und Währungsunion und damit der Einbindung der DM widersetze. Wenn sich ein größeres Deutschland schon nicht verhindern ließe, so die Grundüberlegung, dann müsse dieser Staat eben stärker in den EG-Integrationsprozeß eingebunden werden. Und das zielt in erster Linie auf die faktische Leitwährung der EG, die D-Mark, ab, die Frankreich und andere EG-Länder in einer Währungsunion kontrolliert sehen möchten. Die BRD müsse also ihre wirtschafts- und währungspolitische Hegemonie über ihre Bundesbank im Rahmen eines europäischen Zentralbanksystems einbetten lassen.

Tatsächlich gab die BRD nach und stimmte auf dem Pariser EG-Gipfel einer diesbezüglichen Regierungskonferenz Ende dieses Jahres, wenn auch widerstrebend, zu.

Die EG-Kommission, vor allem der französische EG-Präsident Delors, plädierte noch im Januar dieses Jahres für einen vorherigen EG-Beitritt der DDR als "Sonderfall". Die Niederlande waren dagegen, weil man der DDR gegenüber anderen EG-Beitrittskandidaten (Österreich, Türkei) keine Vorzugsbehandlung einräumen dürfe. Die Aufnahme der DDR als 13. EG-Mitglied und als souveräner Staat hätte die deutsche Frage europäisiert und der BRD die alleinige Verfügungsgewalt ein Stück weit entrissen; zumindest hätte die EG das "Zusammenwachsen" politisch stärker beeinflussen können.

Diese Option wurde hinfällig, als DDR-Ministerpräsident Modrow im Februar das "Deutschland einig Vaterland" befürwortete, Kohl kurz darauf das "Angebot" einer Währungsunion an die DDR richtete und die DDR-Wahlen vorgezogen wurden.

Wiederum waren die übrigen EG-Regierungen vergrätzt darüber, daß Kohl seinen Währungsanschluß-Plan nicht vorher absprach und dieser obendrein die Anerkennung der polnischen Westgrenze verweigerte. Erst auf der EG-Außenministerkonferenz in Dublin (21.2.90) erzielte Genscher "volle Einmütigkeit", als er die Anerkennung der polnischen Westgrenze ebenso zusicherte wie die westdeutschen "Verpflichtungen" im Prozeß der EG-Integration. Beim Pochen auf ausführliche "Konsultationen" berufen sich die elf EG-Regierungen auf Artikel 30 EEA. Dieser besagt, daß sich die Mitgliedsländer in allen wichtigen außenpolitischen Fragen gegenseitig zu unterrichten hätten. Die BRD liest diesen Artikel anders. Für sie ist die DDR schlicht Inland und damit auch ein "innerdeutsches" Problem, in das ihr niemand hineinzureden habe. Diesen Standpunkt haben auch die ehemaligen vier Siegermächte im Rahmen der "4 plus 2"-Konferenzen hinnehmen müssen, wo es um die äußeren Rahmenbedingungen eines größeren Deutschland geht, während die BRD mit dem Prozeß der Einigung über die forcierte Anschlußpolitik (WWU; Anwendung Art. 23 GG) vollendete Tatsachen schafft, die dann nur noch geschluckt werden sollen.

Der wirtschaftliche und politische Koloß in Mitteleuropa verändert die Kräfteverhältnisse. In ersten Ansätzen suchen andere europäische Staaten nach regionalen Gegengewichten, nach neuen Gravitationszentren. Im Herbst letzten Jahres trafen die Außenminister Italiens, Österreichs, Ungarns und Jugoslawiens zusammen und vereinbarten engere Konsultationen, regelmäßige Zusammenkünfte und eine engere politische Zusammenarbeit.

Im April fand eine Konferenz in Bratislava zwischen der CSFR, Polen, Ungarn, Österreich, Jugoslawien und Italien statt, auf der sich über eine künftige Neuordnung Europas unterhalten wurde. Dort wurden verschiedene Modelle gehandelt: von einem skandinavischen Block, einer engeren Kooperation der Adrialänder und den Nachbarstaaten Österreich, CSFR, Ungarn und Polen war die Rede. Die zu spät oder zu kurz Gekommenen im innerimperialistischen Kräfteverhältnis auf dem europäischen Kontinent heißen heute eher Italien und Großbritannien, die Nummern 3 und 4 der westeuropäischen Hierarchie - nicht die BRD. Daß überhaupt solche Diskussionen stattfinden und auch reale Schritte zur möglichen Herausbildung regionaler Zentren unternommen werden, hängt unmittelbar mit der hegemonialen Rolle der BRD und den Transformationsprozessen in Osteuropa zusammen.

DDR und EG-Binnenmarkt ...

Für den Dubliner EG-Gipfel (28.4.90) legte die EG-Kommission einen Drei-Stufen-Plan zur "deutschen Frage" vor, der keine Änderung der Gemeinschaftsverträge nötig mache, wenn sich der Anschluß nach Artikel 23 GG vollzieht. Die erste Phase ("Interimsphase") bezieht sich auf die deutsch-deutsche WWU; dieser folgt die "Übergangsphase" mit der formalen Vereinigung im Rahmen der "4 plus 2"-Gespräche und der inneren Anschlußdynamik. Am Schluß steht die "endgültige Phase" Ende 1992, in der die bereits nicht mehr existierende DDR das Gemeinschaftsrecht in vollem Umfang zu übernehmen hätte. Die einzige "Auflage", die der BRD gemacht wird, ist die Forderung nach besseren Konsultationen über den Anschlußprozeß.

Dabei werden die Folgen des Anschlusses der DDR an die EG zwar heftig diskutiert, tauchen aber in den geglätteten Gipfel-Kommuniquès nicht auf. Zwar brauchen die Gemeinschaftsverträge nicht geändert zu werden, aber für die DDR wird es im sogenannten Sekundärrecht eine längere Übergangsphase - man spricht von fünf bis sieben Jahren - geben.

Heikelster Punkt dabei ist, daß alle EG-Staaten zur Aufpäppelung ihres dominanten deutschen Staates auch noch zur Kasse gebeten werden sollen. Von jährlich 3 bis 4 Mrd. DM aus dem EG- Haushalt ist die Rede. Der DDR stehen nämlich Zahlungen aus dem EG-Regional-, Sozial- und Strukturfonds zu, sofern das Bruttoinlandprodukt pro Kopf unterhalb von 75% des EG-Durchschnitts liegt. Der Osten eines angeschlossenen Deutschland wäre auch in dieser Hinsicht mit dem italienischen Mezzogiorno vergleichbar.

Bis 1993 sind für die ärmeren EG-Regionen über 120 Mrd. DM reserviert, die sich Italien, Portugal, Spanien, Irland und Griechenland im wesentlichen teilen. Die Förderung sogenannter strukturschwacher Regionen machten die genannten Staaten von ihrer Zustimmung zur EEA abhängig. Sie sind keineswegs bereit, Abstriche dieser Transfers zugunsten der BRD zu machen. Diese solle für die DDR gefälligst selbst aufkommen. Ähnlich argumentiert auch Großbritannien. Delors hingegen hält die Zuwendungen in der genannten Größenordnung für vertretbar und beruft sich auf das EG- Recht. Es steht also mal wieder eine turbulente Haushaltsdebatte vor der Tür.

Ein weiteres Problem ist, daß die DDR Zolleinnahmen und einen 1,4%igen Anteil der Mehrwertsteuer an die EG-Kassen abzuführen hätte. Eine Mehrwertsteuer gibt es in der DDR jedoch nicht, so daß die BRD einen geschätzten Betrag an die EG überweisen müßte. Bei den Zolleinnahmen verhält es sich ähnlich: die DDR wickelt ihren Außenhandel zu zwei Dritteln mit dem RgW ab, ist an langfristige Verträge gebunden und die Im- und Exporte werden nicht in Devisen abgerechnet. Obendrein verstößt dieser Außenhandel der DDR gegen das EG-Recht und ist verboten.

Für die DDR oder das Wirtschaftsgebiet der DDR wäre die sofortige Übernahme des EG-Sekundärrechts der sichere Ruin. Die EG-Trinkwasserverordnung beispielsweise, gegen die die BRD bereits verstößt, kann die DDR nicht erfüllen. Die Übernahme des Wettbewerbsrechts würde ihre Industrien in die Pleite treiben. Die Übernahme der EG-Agrarmarktordnung erfordert Verhandlungen über Milch- und andere Quoten, würde den LPG-Bauern zwar höhere Einnahmen bescheren, aber eine enorme Erhöhung der Verbraucherpreise bedeuten. Außerdem erwüchse den LPG-Bauern eine mächtige Konkurrenz aus Dänemark, den Niederlanden, Frankreich und der BRD sowieso, der sie nicht lange standhalten würden.

Diese genannten Beispiele zeigen, daß das Gebiet der DDR im Falle der formalen Auflösung dieses Staates in die BRD noch für etliche Jahre besonderen Übergangsregelungen unterliegt.

... und der Preis der BRD

Daß die EG den DDR-Anschluß an die BRD bereitwillig akzeptiert, hängt mit dem Einlenken der BRD auf die Regierungskonferenz über die WWU der EG kurz nach den Bundestagswahlen zusammen. Die erste Phase der WWU beginnt am 1.7.1990, wenn die Haushalts- und Wirtschaftspolitiken der EG-Länder einem zentralen Überwachungssystem unterliegen, um eine wirtschaftliche Konvergenz zu erreichen. Die EG-Kommission gibt dann Jahreswirtschaftsberichte über die Lage der einzelnen Länder heraus, auf deren Basis den Mitgliedern "Empfehlungen" über Lohnzuwächse, Preissteigerungsraten, Zinssätze usw. ausgesprochen werden, die (noch) nicht bindend sind. Gleichzeitig arbeiten die zwölf Zentralbanken der EG in einem gemeinsamen Sekretariat enger zusammen, um ihre Geld-, Währungs- und Zinspolitik abzustimmen. Faktisch wird dort jedoch nichts "abgestimmt", sondern im wesentlichen dem Kurs der dominanten westdeutschen Bundesbank und ihrem Stabilitätskurs gefolgt. Im Zuge der Zusammenarbeit sollen auch noch Portugal, Griechenland und Großbritannien dem seit 1978 bestehenden Europäischen Währungssystem beitreten.

Die geplante und beschlossene Regierungskonferenz soll das Procedere zur Schaffung einer europäischen Zentralbank in die Wege leiten, gegen die sich die BRD lange Zeit gesträubt hatte. Vorgesehen ist, das westdeutsche Notenbanksystem in den Grundzügen auf die EG zu übertragen. Die Zentralbank soll also formell von der Regierung unabhängig und föderativ gegliedert sein.

Und zehn Tage vor dem Dubliner Gipfel verständigten sich Kohl und Mitterand auf eine zweite Regierungskonferenz über das Vorantreiben der politischen Union, die mit einer weiteren Veränderung der EEA verbunden wäre. Unter anderem soll es künftig Mehrheitsentscheidungen (ohne Vetorecht) über Fragen des Steuer-und Umweltrechtes geben. Die britische Regierung verurteilte das Vorpreschen des wieder erweckten deutsch-französischen Motors als "im Ton anmaßend und selbstherrlich" und ist strikt gegen dieses Vorhaben. Kohl indes präsentiert sich als glühender Europäer, um die deutschen Extratouren, die für einigen Wirbel sorgten, in den Hintergrund zu schieben.

D./Westberlin

# 11. PDS - Sozialdemokratische Falle oder positive Herausforderung?

Rubrik: PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/pdszit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:pdszit

"Die PDS-Besonderheit, DDR-Partei der Verteidigung der sozialen Restbestände des niedergehenden Realsozialismus zu sein, macht noch keine sozialistische Perspektive aus. Ihre gesamtdeutsche Orientierung ebenso wie die linkssozialdemokratische Programmatik lassen durchaus eine andere, sozialdemokratische Entwicklung erwarten, wenn dem nicht weitergehende, emanzipatorische Ziele und soziale Bewegungen zugrundeliegen, die dies verhindern könnten.

Was von den DDR-spezifischen Besonderheiten der PDS läßt sich auf die BRD übertragen? Wo sind die gesellschaftlichen Bewegungen und Potentiale, die dem einen Sinn geben? Die Altlinke der BRD aus Linkssozialdemokraten und gescheiterten organisierten Kommunisten sowie grünen Halb-Realos dürfte dies doch wohl kaum sein? Was rechtfertigt in der heutigen gesellschaftlichen Situation eine Massenpartei mit Parlamentsbeteiligung? Gesellschaftlich ist die Situation grundverschieden von der, die zur Herausbildung der Grünen Anfang der achtziger Jahre geführt hat, die von sozialen Bewegungen getragen wurden. Und welchen spezifischen linken Beitrag soll der KB dabei leisten?

Das Setzen eines KB-Teils auf PDS erscheint mir als Ausdruck unserer gemeinsamen politischen Krise und Perspektivlosigkeit, als geradezu Panik-Reaktion."

***

"In einer sich neu gruppierenden deutschen Linken wird die PDS eine zentrale Rolle übernehmen müssen. Daß sie bei aller Stärke eine spezifische Regionalpartei der DDR ist und wohl auch ganz überwiegend bleiben wird, selbst wenn PDS-Strukturen in der BRD gebildet würden, ist nicht zu übersehen.

Auf der anderen Seite steht der PDS eine BRD-Linke gegenüber, die in ihrer Desolatheit und Desperatheit einen Tiefpunkt erreicht hat, dessen Grad von der PDS vielleicht noch gar nicht richtig begriffen worden ist.

Gerade dies macht es so schwer, eine zweckmäßige und realistische Antwort auf die Herausforderung durch die völlig neue Lage zu entwerfen. Eine selbstbewußte, mit einem Mindestmaß an Massenwirksamkeit agierende BRD-Linke, die der PDS als halbwegs gleichberechtigter Partner gegenübertreten, Ansprüche anmelden, alle denkbaren organisatorischen Optionen unbefangen und sachlich prüfen könnte, existiert nicht. Dies mobilisiert bei vielen BRD-Linken erst einmal starke Abgrenzungsängste, die bis zur Aggressivität oder zur künstlich aufrechterhaltenen Ignoranz führen. Das wiederum minimiert das ohnehin schmale Potential für Dialog und Kooperation mit der PDS auf ein nur noch mikroskopisches Ausmaß. Verringert entsprechend die Aussichten, innerhalb eines Bündnisses mit der PDS eigene politisch-theoretische Identität einzubringen und eventuell sogar als ‚Plattform' innerhalb der PDS (oder einer neu zu bildenden gesamtdeutschen Linkspartei) Autonomie zu wahren, gegen Null. Dennoch meine ich, daß genau diese Optionen diskutiert und gegebenenfalls ausgetestet werden müßten - was natürlich nicht zuletzt von der Reaktion und Bereitschaft der PDS abhängen würde."

***

Die "PDS-Frage" wird, noch bevor sie von der PDS selbst ausdrücklich und direkt gestellt worden ist, in Teilen der BRD-Linken bereits heiß und kontrovers diskutiert. Wir eröffnen die Debatte im AK mit zwei Beiträgen.

# 12. PDS - eine gesamtdeutsche sozialistische Massenpartei?

Rubrik: PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:42

Nicht nur LeserInnen, auch KB-Mitglieder dürften gestaunt haben, als sie von führenden Redaktionsmitgliedern des AK lesen konnten, daß mit der Wiedervereinigung "die Organisationsfrage für die Linke neu aufgeworfen werde" und dabei bereits den Kristallisationspunkt einer neuen Organisation mit "beachtlicher gesellschaftlicher Basis" erfuhren: die PDS (AK 317, S.37). Von "Ausstrahlung auf die Linke", "linker Umgruppierung", deren Gestaltung "auch vom Eingehen der westdeutschen Linken" abhänge, stand geschrieben. Plattform oder Strömung in der PDS ist die Option. Begründung für die PDS: "Primat der sozialen Frage" statt der Ökologie wie bei den Grünen. War's das? Wir werden sicher bald mehr erfahren. Wer aber ist diese ausstrahlende PDS?

Dies dürfte nicht einfach zu beschreiben sein, da die SED-Nachfolgerin PDS selber eine Partei in Bewegung und im Umbruch ist. Zu einigen Aspekten ihrer Entwicklung möchte ich Anmerkungen machen.

1. PDS-Anhänger, Mitgliedschaft und Wähler

Um die Jahreswende hatte die SED/PDS ihren Tiefpunkt erreicht, ihr vollständiger Zerfall wurde nach dem Austritt von Berghofer und Kollegen prognostiziert. Und das, obwohl im Dezember radikal ihre zweite Führungsgarde nach Honecker abgesetzt worden war und die personale (Gysi) und programmatische Runderneuerung begonnen hatte. Nach dem vermeintlichen Zwischenhoch der 250.000 auf der Antifa-Demo im Treptower Park am 3. Januar blies ihr in der Folge der Anti-Stasi-Sturm um die Ohren. Rund um ihren Parteitag Ende Februar hatte sich für die Partei der Wind gedreht. Hauptgrund dafür dürfte die aufgetretene Polarisierung innerhalb der DDR gewesen sein, die Kohl bewirkt hat. Seine Rückkehr von der Blitzreise zu Gorbatschow im Februar verband er mit der Bekanntgabe, die Sowjetunion gebe grünes Licht für die Vereinigung. "Der Schlüssel für die Vereinigung liegt in Bonn" (Teltschik). Damit zerstörte die Bundesregierung letzte Illusionen über eine eigenständige DDR in einer Konföderation, die Modrows eher verzweifelter Versuch, das "Zusammenwachsen" beider Staaten mit der Vertragsgemeinschaft zu besetzen, vielleicht noch erzeugt hatte. Die Behandlung Modrows bei seinem Bonn-Besuch Mitte Februar ("die mich unwillkürlich an die Art erinnerte, wie Hitler 1938 mit dem österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg umgegangen ist", so Sebastian Haffner), hat bei einer Minderheit in der DDR Empörung und offenkundig Stimmungsumschwung bewirkt. Die PDS wurde zum Kristallisationspunkt der Opposition, die an irgendeiner Form von DDR-Identität festhalten wollte. Bereits auf ihrem Parteitag am 24./25. Februar 1990 war dieser minderheitliche Umschwung zu spüren.

Da keine genauen neuen Zahlen der Parteientwicklung vorliegen, kann über die Zahl der Neueintritte in die PDS nicht viel gesagt werden. Ihre Vertreter betonen vor allem die große Zahl junger Leute, die sich in "PDS-Initiativgruppen" (Wahlkampfleiter André Brie) zusammengefunden hätten und der Partei Wahlkampfschwung gegeben haben. Legt man heute noch 600.000 Mitglieder zugrunde und zieht die Neueintritte ab, dann hat die PDS gegenüber der alten SED mehr als drei Viertel an Mitgliedern verloren. Neue aktive Leute, ein neuer, von der Vergangenheit wenig belasteter Führungskader repräsentieren einerseits die erneuerte PDS. Andererseits stand der alte, integre SED-Führer Hans Modrow für den älteren PDS-Stamm in der Partei und bei Wählern. Darüberhinaus gibt es nach Berichten eine Vielzahl von PDS-Mitgliedern, die aus verschiedensten Motiven der Partei die Stange halten: mit der Vergangenheit belastete, für die angesichts der gesellschaftlichen Stimmung die PDS der einzige Schutz bleibt; zahlreiche Sozialdemokraten, die zur SPD übertreten könnten, wenn diese ihre ehemalige SED-Mitglieder diskriminierenden Restriktionen aufgibt; schließlich eine große Zahl von Traditionsmitgliedern. Nach wie vor gibt es Abwanderungen, ist die letzliche Konstellation dieser Partei mit unterschiedlich motivierten Mitgliedern nicht klar.

Auch über die Motive für die Wahl der PDS gibt es nur unzureichend gesicherte Informationen. Drei Viertel der 1,8 Millionen (16,3%) PDS-Wähler sollen nie Mitglied der SED gewesen sein (Infas, was allerdings auch hieße, daß nicht alle heutigen Mitglieder die PDS gewählt haben, sonst hätte sie 2,4 Millionen Stimmen bekommen müssen). Bei den Wählern unter 40 hat sie etwas besser abgeschnitten als die anderen Parteien (Forschungsgruppe Wahlen), in der traditionellen Arbeiterklasse hat sie eine Abfuhr bekommen: 10% gegen

58% für die Allianz (Infas). Demgegenüber schnitt sie bei der sogenannten Intelligenz mit 26% überdurchschnittlich ab (Forschungsgruppe). Starkes PDS-Wahlmotiv eines großen Wähleranteils sollen die Opposition gegen die Vereinnahmung durch die BRD, soziale Ängste und der Wunsch nach relativer Eigenständigkeit der DDR gewesen sein (Infas).

Neben traditionellem Wahlverhalten stand die PDS maßgeblich für das knappe Viertel gegenüber der Wiedervereinigung skeptischer Bürger als alternative Oppositions- und Protestpartei zur Wahl. Interessant daran ist: diese Wähler haben sie mit großer Sicherheit nicht wegen ihrer Aussagen zur deutschen Einheit und zur Marktwirtschaft (siehe unten) gewählt. Was natürlich auch die Frage zuläßt, ob eine programmatisch gegenüber der Einheitswelle weniger nachgiebige PDS nicht auch von den Protestwählern gewählt worden wäre.

2. Sozialistische Marktwirtschaft

Verweisen die Motive für Mitgliedschaft und Wahl der PDS auf einen hohen Grad an möglicher Veränderung und Ausdifferenzierung unter anderen Bedingungen - die neue PDS als Produkt und Ausdruck der spezifischen DDR-Verhältnis- se -, so ist die Partei programmatisch weniger ambivalent. Zwei wesentliche Elemente prägen ihre Wirtschafts- und Sozialprogrammatik: Da ist einmal ein großer Block sozialer Forderungen zur Übernahme all jener spezifischen DDR-Leistungen in ein vereinigtes Deutschland, die vielen von Arbeitslosigkeit und Existenzangst geplagten Bürgern am Herzen liegen (Gysi: "Partei der sozialen Sicherheit"). Dies könnte sicher mehr Leute ansprechen als die PDS Wähler hat und hat erheblich ihren Wahlkampf und ihre Oppositionsrolle geprägt. Insoweit ist auch dieses ein DDR-Spezifikum, weil es den Prozeß der Abwehr gegen die kapitalistische Vereinnahme charakterisiert. Damit dürfte der PDS als DDR-Regionalpartei die Aufgabe einer sozialstaatlichen Regulierung des Rekapitalisierungsprozesses zufallen. Ohne starke Arbeiter- und soziale Bewegungen könnte ihre Rolle der der Nachkriegs-SPD der BRD vergleichbar werden. BRD-Linke, so auch zahlreiche AK-Autoren aus dem KB, setzen ihre Hoffnungen auf starke soziale Brüche als Quelle neuer Systemkonflikte und sozialistischer Politikentwicklung. Möglicherweise unterschätzen sie die Fähigkeit zur sozialen Steuerung und Integration solcher Prozesse, die der ökonomisch starke BRD-Kapitalismus bislang immer bewiesen hat. Unter anderen Umständen könnte in diesem Sozialstaats-Prozeß die Ost- SPD mit der PDS konkurrieren. Doch im Übergang dürfte die Große Koalition die SPD eher binden. Das in der sozialen Verteidigung zum Tragen kommende defensive Moment ist strategisch allerdings kaum auf die BRD übertragbar. Wenngleich die Krisenprognostik die gesamtdeutsche Umverteilung des Wiedervereinigungsprozesses als destabilisierenden Angriff auch auf das BRD-Sozialsystem wertet.

Der soziale Teil des Programms kontrastiert real (allerdings als Einheit gedacht) mit dem wirtschaftspolitischen, der - bezogen auf die Hoffnung einer eigenständigen DDR - eine sozialverpflichtete Modernisierung der DDR-Wirtschaft anstrebt. Kernpunkt ist dabei der Übergang zur Marktwirtschaft, der ausdrücklich ein hoher Rang eingeräumt wird, "weil sie einen raschen wissenschaftlich-technischen Fortschritt und eine hohe ökonomische Effektivität ermöglicht. Insofern ist sie das entscheidende Mittel, um hohe Leistungen zu stimulieren und auf effektive Weise Bedürfnisse der Produzenten und Konsumenten zu befriedigen und den wachsenden sozialen Ansprüchen zu genügen. (...) Das muß eine Marktwirtschaft sein mit ausgeprägter sozialer und ökologischer Zielstellung, die Leistung stimuliert und belohnt und wirtschaftliche Initiative in jeder Weise fördert." (Programm vom Februar 1990) Konzipiert ist dies als Gegenmodell zur bürokratischen Planwirtschaft. "Die generell notwendige Entfaltung der sozialistischen Warenproduktion, der Ware-Geld-Beziehung, des Wertgesetzes bilden einerseits den Kern der Reformkonzepte, die auf sozialistische Marktwirtschaft hinauslaufen", so hatten die Verfasser des "Umbauprogramms" von der Humboldt-Universität, die auch maßgeblich diesen Programmteil gestaltet haben, einen dritten Weg für eine alternative DDR-Entwicklung beschrieben. In allen realsozialistischen Staaten wird diese Diskussion geführt, in der Regel erweist sie sich als Übergang in die Opposition und den Sozialdemokratismus, besser linkssozialdemokratische Modelle der Steuerung des Kapitalismus. (Vergleiche auch Ungarn, das "Vaterland" der "sozialistischen Marktwirtschaft; interessant dürfte sein, wie die "KB-PDSler" diesen Punkt verarbeiten, nachdem noch vor wenigen Monaten gerade der Prozeß der ungarischen Kommunisten in dieser Zeitung verrissen worden ist.)

Die marktwirtschaftliche Programmpassage der PDS könnte wortgleich auch aus einem sozialdemokratischen Programm stammen. Der Unterschied liegt dabei nicht im Herangehen an die Marktwirtschaft, die zwangsläufig eine kapitalistische in der DDR werden wird, sondern in den sozialen Beständen der DDR wie

dem genossenschaftlichen Eigentum, der Bodenreform, sozialen Einrichtungen. Dominante Tendenz wird die soziale Marktwirtschaft des Kapitalismus werden, demgegenüber die Verteidigung der sozialen Restbestände in die Defensive geraten muß, weil auch der künftige DDR-Sozialstaat nach kapitalistischen Regeln organisiert werden wird.

Wirtschaftspolitisch scheint die PDS auf Perestroika festgelegt. Diesem Programm ist zwar mit dem Machtverlust und dem gebrochenen Einfluß der Sowjetunion der Boden entzogen, im Kern verweist es auch unter veränderten Bedingungen - die Wiederherstellung kapitalistischer Produktionsverhältnisse nach BRD-Modell in der DDR - auf eine linkssozialdemokratische Weiterentwicklung.

3. "Nationale Frage"

In der Wiedervereinigungspolitik hat die PDS einen dem Tempo der DDR-Entwicklung angepaßten Kurs von Nein über Jein zu Pro gemacht. Auf dem Dezemberparteitag gebrauchte Gysi noch Gorbatschows Formel vom "gemeinsamen europäischen Haus" zum "Abbau der Staatlichkeit in Europa", um "die Idee zur Schaffung eines neuen Einheitsstaates" als "widersinnig" zu bezeichnen, sie würde einer "friedlichen Entwicklung zuwiderlaufen." "Die Zweistaatlichkeit ist zum unverzichtbaren Garanten für Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa geworden". Gleichzeitig sprach er von "dem Vorhandensein tief verwurzelter nationaler Gemeinsamkeiten der Deutschen beider Staaten". Entsprechend erklärte der Parteitag seine Bereitschaft zur "Vertragsgemeinschaft mit der BRD" und seine Offenheit für "konföderative Strukturen" (8./9. und 16./17.12.89).

War die Ambivalenz hier bereits angelegt, kippte die PDS Ende Januar um. Modrow stellte kurz nach seinem Gorbatschow-Besuch am 1. Februar seinen Plan für "Deutschland einig Vaterland" - so die Überschrift - vor: Vertragsgemeinschaft als erste Stufe auf dem Weg zur Konföderation mit dem Ziel, "zu einem einheitliche Deutschland" zu kommen. Die Modalitäten - Absprache mit Nachbarn und Alliierten, militärische Neutralität - waren nur am Rande erwähnenswert. Relevanter war der Vorschlag einer Wirtschafts- und Währungsunion, die in der Realität die BRD-Dominanz begründet und den DDR-Untergang bedeutet. Daß Modrow hier nicht nur einen taktischen Fehler gemacht hat, sondern vom Bemühen getrieben war, auch ein Stück zur Gestaltung des neuen großen Deutschland beitragen zu wollen, erklärt er in seinem Rückblick selber. Bei seiner Begegnung mit Gorbatschow habe Übereinstimmung über die Schrittfolge seines Konzepts "Deutschland einig Vaterland" bestanden. Daß hinterher Kohl für sich reklamiert hat, den "Schlüssel zur deutschen Einheit" anschließend in Moskau abgeholt zu haben, kränkte Modrow tief: "Wenn dies die geschichtliche Wahrheit sein soll, bleibt nur zu ergänzen, daß wohl der vorhergehende deutsche Besucher diesen Schlüssel gefeilt haben muß." (siehe Modrows dreiteiligen Beitrag in Die Zeit, 13., 20. und 27.4.90)

Der Schritt Modrows wurde in gesamtdeutscher "nationaler Verantwortung" gemacht. Welch offene Flanke die PDS in der nationalen Frage hat, demonstrierte Gregor Gysi in seiner Eingangsrede auf dem Wahlparteitag. Mit der Ablehnung des "Sicherheitsmodells 2000" der PDS habe Kohl bekundet, daß ihm "die Mitgliedschaft der BRD in der NATO wichtiger ist als die Einheit Deutschlands". Das geeinte Deutschland in der NATO gehe aber nicht, weil es den sowjetischen Interessen und denen der europäischen Nachbarn widerspreche: "Bisher ist der Kanzler zu keiner einzigen politischen und militärischen Konzession um der deutschen Einheit willen bereit, (...) und das ist antinational".

Es gibt noch eine Reihe Beispiele, wo die PDS-Repräsentanten in die ihnen schon längst genommene staatstragende Rolle verfielen. Ob Verteidigungsminister Hoffmann - unwidersprochen - die Verschmelzung von Bundeswehr und NVA propagierte. Modrow und Gysi in großer Koalition die Neueröffnung der Volkskammer in der Kirche begehen oder Gysi ein Drittel seiner Rede zu De Maizieres Regierungserklärung auf Lob für dessen Integrität verwendet. Immer verweist dies darauf, daß sie gerne mitmachen wollte, wenn sie dürfte.

4. PDS und Sozialdemokratie

Anfang April hat die PDS Beobachterstatus bei der Sozialistischen Internationale beantragt, jener von der BRD-SPD beherrschten Vereinigung, die weltweit mit den Konservativen um die Vorherrschaft bei der Ausgestaltung des kapitalistischen Prozesses ringt und nach Kräften bemüht war und ist, kommunistische und revolutionäre Bewegungen und Organisationen zu bekämpfen oder zu befrieden. Die Chance auf Gewährung dieses Status dürfte gering, dennoch die PDS an einer Wiederholung der Annäherungsbemühungen kaum zu

hindern sein. Sie "tritt für ein partnerschaftliches Verhältnis zur Sozialdemokratie ein", heißt es in ihrem Programm. Gysi verbindet damit mehr als eine Floskel, sondern erhofft sich die Verdrängung der DDR-Sozialdemokratie durch Besetzung ihrer Begriffe: "In der Sozialdemokratie westlicher Länder wird in der Regel der Begriff ‚Soziale Demokratie' weitgehend identisch mit dem demokratischen Sozialismus verwandt. Bei der DDR-SPD scheint das mehr taktischer Natur zu sein, den Sozialismus-Begriff zu vermeiden, weil er zu stark diskreditiert ist. (...) namhafte Politiker der West-SPD haben die Ost-SPD aufgefordert, nicht der PDS diesen Begriff zu überlassen - wir haben ihn aber!" Zum Begriff gehört auch die Politik, da aber überwiegt noch das konkurrierende Element gegenüber der Ost-SPD, die sich am "Gedrängel und Gerangel in der Mitte der Parteienlandschaft" beteiligte, was der PDS den Platz für eine "entschieden linke sozialistische Partei" (ebenfalls Gysi) ließ. Die sozialdemokratische Option ist bei der PDS angelegt. Sie hat ihre Wurzeln noch in der alten SED, die als Staatspartei in der gemeinsamen Erklärung mit der BRD-SPD - "Kultur des Streits" 1987 - ganz im Sinne der Gorbatschowschen Außenpolitik die SPD als bevorzugten Partei für "Sicherheitspartnerschaft", den Dialog und den "friedlichen Wettbewerb der Gesellschaftssysteme" avisiert hatte.

5. PDS und BRD-Linke

Die bundesdeutsche linke steht vor einer "PDS-Debatte". Die Grünen verfolgen in ihrer Mehrheit eine strikte Abgrenzung, die im wesentlichen den staatstragenden Antikommunismus der BRD reproduziert. Diese Abgrenzung ist aber auch von der Angst um eine konkurrierende PDS-Kandidatur motiviert, sie könnte der krisengeschüttelten grünen Partei Wählerstimmen wegnehmen.

Positiver Bezug auf die PDS kommt vor allem aus dem Lager der ehemaligen DKP-ErneuerInnen (immerhin haben über 30.000 Leute die alte DKP verlassen, zahlreiche dürften eine neue Heimat suchen); aus den SoSt (Sozialistische Studiengruppen), die erneut - nach vergeblichem Anlauf bei den Grünen 1981/82 und anschließend bei der SPD - auf programmatische Verankerung ihrer weit entwickelten Vorstellungen von gesellschaftlicher Kontrolle und Steuerung hoffen. Zu beiden Gruppen hat die PDS gute Kontakte. Teile des Linken Forums der Grünen (Krieger/Reents/Stamm), denen die realpolitische Enge ihrer Partei die Luft nimmt, bemühen sich ebenfalls um Zusammenarbeit. Auch in der DKP wird die PDS-Option diskutiert und kündigt eine erneute Zerreißprobe an. Ähnliches steht dem KB bevor.

Gemeinsam ist allen die Hoffnung, die derzeitige - BRD-gesellschaftlich bedingte - Isolation durch den Schritt des Anschlusses an eine Massenpartei überwinden zu können. Bei ErneuerInnen und SoSt dürfte dies kaum verwundern. Die linken Grünen stehen unter dem Druck ihrer Parteirechten und haben nach einem ersten Vorstoß von Reents und Krieger zunächst den Kopf eingezogen, um auf bessere Zeiten zu warten.

Die PDS selber hat bislang überwiegend medienmäßige Vorstöße Richtung gesamtdeutscher Ausweitung gestartet und offenkundig mit Sondierungen in der BRD begonnen. Andre Brie wünscht sich, daß "die Linke stärker über einen Bewegungscharakter nachdenken muß; also über ein plurales Bündnis von Parteien und Bewegungen" (WOZ, 23.3.). Gysi hat dies - nach einem Bericht der UZ vom 27.4. - als eine neue Linke links von der Sozialdemokratie aus unterschiedlichen Strömungen ausgeführt, die über Bündelung in "ihren unterschiedlichen Strömungen politikfähig" gemacht werden könnte. Der DKP soll er die Möglichkeit der Teilnahme als "kommunistische Plattform" zu bedenken gegeben haben.

KB und PDS

Schwierig dürfte es auch für diejenigen aus dem linksradikalen KB werden, die seit kurzem auf PDS-gesamtdeutsch setzen und sich um offizielle PDS-Kontakte bemühen. Sie wiederbeleben ein altes, langgehegtes KB-Projekt, zur Herausbildung einer sozialistischen Partei mit Masseneinfluß, das von uns als gesellschaftlicher Fortschritt und notwendiger Schritt vor Entstehung einer einflußreicheren kommunistischen Organisation gewertet wurde. Aus dieser Sicht wurde 1979/80 die KB-Diskussion um die grüne Partei geführt, die zur Spaltung führte (siehe auch meinen Artikel zum KB-internen Streit in diesem ak). Im konkreten Fall scheint aber nichts von den ehemals gemeinsamen Ausgangspunkten mehr übereinzustimmen. Die PDS-Besonderheit, DDR-Partei der Verteidigung der sozialen Restbestände des niedergehenden Realsozialismus zu sein, macht noch keine sozialistische Perspektive aus. Ihre gesamtdeutsche Orientierung ebenso wie die linkssozialdemokratische Programmatik lassen durchaus eine andere, sozialdemokratische

Entwicklung erwarten, wenn dem nicht weitergehende, emanzipatorische Ziele und soziale Bewegungen zugrundeliegen, die dies verhindern könnten.

Was von den DDR-spezifischen Besonderheiten der PDS läßt sich auf die BRD übertragen? Wo sind die gesellschaftlichen Bewegungen und politischen Potentiale, die dem einen Sinn geben? Die aufgezählte Altlinke der BRD aus Linkssozialdemokraten und gescheiterten organisierten Kommunisten sowie grünen Halb-Realos dürfte dies doch wohl kaum sein? Was rechtfertigt in der heutigen gesellschaftlichen Situation eine Massenpartei mit Parlamentsbeteiligung? Gesellschaftlich ist die Situation grundverschieden von der, die zur Herausbildung der Grünen Anfang der achtziger Jahre geführt hat, die von sozialen Bewegungen getragen wurden. Und welchen spezifischen linken Beitrag soll der KB dabei leisten?

Das Setzen eines KB-Teils auf PDS erscheint mir als Ausdruck unserer gemeinsamen politischen Krise und Perspektivlosigkeit, als geradezu Panik-Reaktion. Auf die Genossen werden Debatten zukommen, "die Differenz von Kapitalismus und Marktwirtschaft" anzuerkennen (SoSt über die "Essentials einer linkssozialistischen Programmatik"), aber keine neue Massenbewegung für die es keinerlei Anzeichen gibt. Es ist tatsächlich die Zeit linker Umgruppierung. Ein Teil des KB sucht sie im Austausch mit den verbliebenen Radikalen Linken, ein anderer bei der PDS. Was soll das bloß werden?

hr.

# 13. Zu den Ergebnissen der Volkskammerwahl und zur Vorbereitung der Kommunalwahl, von André Brie/Parteivorstand der PDS

Rubrik: Wahlen; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:26

Auszüge aus einer Analyse von André Brie für das Präsidium der PDS

Im folgenden dokumentieren wir einen Auszug aus diesem Papier von A. Brie, das er für den Parteivorstand der PDS erarbeitet hat.

Zur Analyse des Wahlergebnisses:

Offensichtlich sind die Wahlen eine Entscheidung für Bonn, für die beispiellose Einmischung der BRD, für die D-Mark, für die kapitalistische Marktwirtschaft, gegen die "sozialistische" Praxis der SED und gegen die DDR gewesen. Ich glaube, wir sollten das so nüchtern einschätzen. Sie waren aber weniger eine parteipolitische Entscheidung, beträchtliche und sehr unterschiedliche Abweichungen bei den Kommunalwahlen sind denkbar und eher wahrscheinlich. Der Sieg der Allianz für Deutschland ist in erster Linie dort entschieden worden, wo, wie in den Südbezirken, eine Bündelung sozialer Problemlagen sich in den vergangenen 10 bis 15 Jahren entwickelt hat, die im Alltagsbewußtsein gleichgesetzt wird mit der 40jährigen Entwicklung des Sozialismus in der DDR. Ein Indikator dafür sind auch die durchweg überdurchschnittlich hohen Übersiedlerzahlen aus diesen Bezirken in die Bundesrepublik.

Eine soziologische Analyse der Antragsteller auf ständige Ausreise in die BRD bis zum Herbst 1989 belegte, daß die Ursachen in der Mehrzahl der Fälle in einem zunehmenden Auseinanderfallen von sich verändernden individuellen Bedürfnissen einerseits und den stagnierenden, sich teilweise rückläufig entwickelnden Realisierungsbedingungen für diese Bedürfnisse andererseits zu suchen waren. Ein Großteil der Bevölkerung, gerade in diesen Bezirken, äußerte eine wachsende Unzufriedenheit mit der Entwicklung in der DDR. 50% waren der Meinung, daß sich die Versorgung der Bevölkerung verschlechtert hat, 31,8%, daß sich die medizinische Betreuung verschlechtert hat, 28% hatten diese Meinung hinsichtlich der Gestaltung zwischenmenschlicher Beziehungen, 25,6% hinsichtlich der Effektivität der zentralen staatlichen Planung und Leitung und 20,1% hinsichtlich der Arbeits- und Lebensbedingungen. Hinzu kommt, daß gerade in den Südbezirken ein katastrophaler Verschleiß von Infrastruktur und baulicher Substanz, insbesondere der Grundfonds in der Industrie, zu verzeichnen war. Im Bezirk Karl-Marx-Stadt sind 38,6% der Grundmittel in der Industrie verschlissen, in Leipzig 36,8, in Halle 36,4, im Bezirk Dresden 35,2%, im Bezirk Neubrandenburg, um auch hier in diesem Zusammenhang auf das Nord-Süd-Gefälle deutlich zu verweisen, 21,6%. Ein besonderes Problem stellte die Situation in den Klein- und Mittelstädten, in den großstädtischen Altbaugebieten sowie in den Industriedörfern dar. Hier ist in besonderer Weise in den letzten 10 bis 20 Jahren die Lösung von Problemen vertagt worden bis zu ihrer zum Teil katastrophalen Zuspitzung hinsichtlich von Stadtentwicklung und Umweltpolitik. Verfallserscheinungen in der Bausubstanz über einen längeren Zeitraum, der zum Teil schlechte allgemeine Zustand von Siedlungen dieses Typs sind Ursachen einer verbreiteten Unzufriedenheit mit der Entwicklung des Wohnortes. 59% der Bürger in diesen Siedlungsräumen sind unzufrieden mit der allgemeinen Wohnungssituation im Wohnort; 54% mit der Entwicklung des Wohnortes in den letzten 10 Jahren. In solchen Städten halten fast die Hälfte der Befragten ihren Wohnort für unsauber, 26% für häßlich, 50% für langweilig.

Die Wahlargumentation der Allianz traf zusammengefaßt also auf Bürger, deren Lebensqualität besonders in den Südbezirken eingeschränkt wird durch akute Versorgungsprobleme, hohe Umweltbelastungen, akute Umweltschäden, verfallene Altbausubstanz und zum Teil unzumutbare Arbeitsbedingungen, zurückgebliebene Arbeitsinhalte. Hinzu kommt ein psychologisches Moment, das wir in unserer gesamten Parteiarbeit meiner Meinung nach außerordentlich ernst und sehr konkret berücksichtigen müssen. Dort, wo wie in den Südbezirken die politischen Fehlleistungen der SED besonders deutlich zu Tage treten, ist die Neigung stark ausgeprägt, deren Nachfolgeorganisation dadurch zu bestrafen, daß man sie aus allen Entscheidungspositionen abwählt. Das passiert am konsequentesten durch Wahl der Allianz. Damit wird

gleichzeitig eine Reinigung von eigener Schuld, eigener jahrelanger Mitläuferschuld vollzogen und ein Schuldverdrängungsprozeß legitimiert und zum Abschluß gebracht.

Ich denke, daß wir mit diesem Problem sensibel umgehen müssen. Es hat wenig Sinn, wenn wir angegriffen werden, Bürgern oder anderen Parteien vorzuwerfen, daß sie die eigene Vergangenheit verdrängen. Hier ist differenzierter zu argumentieren, aber schon auf dieses psychologische Problem deutlich hinzuweisen. Schließlich meine ich, daß in bestimmtem Maße zum Wahlsieg der Allianz auch beigetragen hat, daß gerade in diesen Problemgebieten, Klein- und Mittelstädten, Industriedörfern, Altbaugebieten, der Wahlkampf linker Kräfte ausgesprochen schwach war, einschließlich unserer eigenen Partei.

Der große Verlierer dieser Wahl ist eindeutig die SPD. Sie konnte außer in der Hauptstadt in keinem Bezirk die Stimmenmehrheit gewinnen, in einigen Bezirken und in einigen Stadtbezirken von Berlin blieb sie sogar hinter der PDS zurück. Für die Niederlage der SPD gibt es meiner Meinung nach eine Reihe von Gründen.

Erstens, in ihrem Bestreben sich gegenüber der PDS abzugrenzen, die den Begriff des demokratischen Sozialismus inhaltlich besetzt hat, positionierte sich die SPD-Ost so, daß konsequent linke Kräfte, denen am Erhalt der DDR lag, PDS oder andere linke Bewegungen wählten.

Zweitens, und vor allem das Lavieren der SPD zur Mitte, die kurzfristige Rücknahme des Versprechens schneller Vereinigung, nachdem sie ursprünglich auf die nationale Karte gesetzt hat, hat dazu geführt, daß sie auch bei den Kräften, die sie eigentlich ansprechen wollte, in der Mitte, bei Kräften, die auf antikommunistische Politik setzen usw., an Unterstützung verlor, diese sich auf den konsequenteren Vertreter derartiger Inhalte, nämlich auf die Allianz, orientierten.

Drittens. Das SPD-Programm war der Ungeduld und dem Instinkt eines beträchtlichen Teils der Wähler nicht gewachsen. Kohl hingegen erfüllte die Sehnsucht nach dem Geführtwerden, nach dem starken Mann, also konnte er anknüpfen an die alte Situation, in der DDR an den Wunsch nach Unterordnung und den Versuch, ein individuelles Schutzbedürfnis angesichts zu erwartender Unsicherheiten durch Hilfe von außen, durch Hilfe von anderen Kräften, zu realisieren. (...)

Fünftens. Es zeigt sich offensichtlich, daß in der DDR ein Klischee sich zu verfestigen scheint, das bereits in der BRD zu vermerken ist, nämlich die Überzeugung vieler Wähler, daß die Linken nicht wirtschaften können und notwendige Modernisierungsprogramme in der Gesellschaft sowie wirtschaftliche Prosperität am besten unter der Führung der Konservativen zu erreichen seien, während die Sozialdemokraten und Linken eher die Rolle des Korrektivs gegen zu starken Sozialabbau zugewiesen bekommen. Das ist natürlich auch ein Problem von ganz entscheidender Bedeutung für unsere Partei.

Und schließlich das frühzeitige und offensichtlich zu selbstbewußte Setzen auf Wahlslogans wie, alles klar, die Zukunft hat wieder einen Namen, war zu wenig durch Konzepte, insbesondere zu Wirtschafts- und Rechtsfragen gekennzeichnet.

Der zweite Verlierer sind die Bürgerbewegungen, die weitgehend ins Abseits geraten sind. Sie haben es offensichtlich nicht verstanden und konnten es angesichts der nicht vorhandenen politischen und rechtlichen Strukturen für Bürgerbewegungen wohl auch nicht verstehen, die große Unterstützung, die sie im Herbst 1989 gehabt haben, zu halten, zumal nach meiner Überzeugung diese Unterstützung des Herbstes 1989 eher auch instrumentaler Natur war, nicht auf die eigentliche Problematik dieser Bewegungen gerichtet war. Darüber hinaus, und auch das ist natürlich ein Problem, das wir berücksichtigen müssen, waren die programmatischen Aussagen dieser Parteien zu stark auf Intellektuelle zugeschnitten, sie entsprachen insgesamt nicht den Erwartungen der Mehrheit der Wähler hinsichtlich einer radikalen Verbesserung ihrer Lebenslage und der Möglichkeiten, sich zu verständigen.

# 14. "Unsere Partei stellt sich der Geschichte" - Antwort von Gregor Gysi auf die Regierungserklärung von de Maiziere

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:23

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich hatte eigentlich gehofft, Sie machen eine kurze Pause.

(Beifall bei PDS und SPD) Ich hätte sie irgendwie nötig gehabt. Und nachdem ich den Vertreter der DSU gehört habe, verstehe ich den ursprünglichen Beschluß der SPD, keinesfalls mit ihr zu koalieren, wirklich gut. Ich verstehe bloß nicht, wie man das ändern könnte.

(Beifall bei PDS) Zunächst, Herr Ministerpräsident, möchte ich Ihnen erklären, daß die Kürze meiner folgenden Ausführungen nichts mit einer Geringschätzung Ihrer Regierungserklärung oder gar Ihrer Person zu tun hat, sondern einzig und allein darauf zurückzuführen ist, daß mir das Präsidium keine längere Redezeit eingeräumt hat. Ich glaube, an dieser Stelle könnten wir wirklich einmal vom Bundestag lernen, in dem es undenkbar wäre, daß dem Vorsitzenden der Fraktion der stärksten Oppositionspartei die Redezeit zu einer Regierungserklärung nach einer Neuwahl auf 15 Minuten beschränkt wird.

(Vereinzelt Beifall, besonders bei PDS) (Zuruf eines Abgeordneten Bündnis 90/Grüne: Sehr richtig). In diesen Rahmen paßt es auch, daß eine von uns für heute ordnungsgemäß nach der Geschäftsordnung beantragte Aktuelle Stunde vom Präsidium abgelehnt wurde.

Herr Ministerpräsident! Sie werden bereits während Ihrer Erklärung bemerkt haben, daß es häufig auch Beifall von den Bänken der PDS gab, weil bestimmte humanistische, demokratische, rechtsstaatliche Positionen und Auffassungen zu internationalen Verpflichtungen geäußert wurden, die sich mit unseren Positionen decken. Im Unterschied zu dem Geschehen in anderen Parlamenten werden wir uns bemühen, den Sachstreit nur dort zu suchen, wo er auch angebracht ist. Soweit es Übereinstimmung gibt, werden wir keine Hemmungen haben, diese auch darzustellen.

Auf diese Art und Weise können wir in die Zukunft auch ein Stück mehr an politischer Kultur einbringen. Hier könnte dann der Bundestag von uns lernen.

(Heiterkeit und Beifall bei PDS) An der Wiege des ersten, in geheimen Wahlen frei gewählten Parlaments in der Geschichte der DDR stehen viele, vor allem die Teilnehmer der Volksbewegung vom Herbst 1989, die Sie ausdrücklich hervorgehoben haben, darunter nicht wenige, die heute Mitglied der PDS sind. Sind auch nicht alle Hoffnungen aufgegangen, die Wahl der neuen Volkskammer ist zweifellos der Verdienst dieser Volksbewegung.

Wir anerkennen, daß Sie die Teilnehmer des zentralen Runden Tisches und der anderen Runden Tische gewürdigt haben. Auch wir gehen davon aus, daß wir hier neue Erfahrungen in demokratischem und kulturvollem Miteinander sammeln konnten. Auch wir danken den Vertretern der Kirchen für ihren besonderen und bedeutenden Beitrag in dieser Zeit.

Für die Mitglieder unserer Partei wurde in diesem Prozeß besonders deutlich, wie sich christliche und sozialistische Ideale besonders stark ähneln.

(Bewegung bei CDU/DA und Beifall bei PDS) Sie müssen sich mal eingehend damit beschäftigen; dann werden sie das auch feststellen. Aber vielleicht ist es sogar besser, Sie lassen es.

(Beifall bei PDS) Herr Ministerpräsident! Wir stimmen mit Ihnen überein, daß die Regierung den Interessen aller Bürgerinnen und Bürger dieses Landes verpflichtet ist und eben nicht denen früherer Wahlkampfhelfer. Die PDS weiß um die Verantwortung der SED für die Geschichte des Landes. Sie trägt diese nicht allein, aber unsere Partei stellt sich der Geschichte, der antifaschistischen Herkunft ebenso wie stalinistischen Fehlentwicklungen.

Die Geschichte des Landes war widerspruchsvoll. Sie ist mit Sicherheit auch, aber nicht ausschließlich eine Kette von Fehlleistungen, Lug und Betrug. Es wäre unverantwortlich, ganze Generationen ins Abseits zu stellen.

Unsere Partei ist dabei, ihre und die Geschichte des Landes in all ihren Seiten differenziert aufzuarbeiten. Das ist nicht einfach. Viele Mitglieder der PDS erlebten und erleben auch in ihrer Partei eine Befreiung. Aber fast 1,9 Millionen Wähler haben uns als neue demokratische Partei legitimiert, eine Tatsache, die auch durch die Abgeordneten der Volkskammer respektiert werden sollte.

Und dem Abgeordneten der DSU, der gestern betonte, sich von uns in Fragen Demokratie nicht belehren lassen zu wollen, sei gesagt, wir haben nicht die Absicht, andere zu belehren. Wir lassen uns aber auch nicht den Mund verbieten, zumal wir unserem demokratischen Wählerauftrag verpflichtet sind.

(Beifall bei PDS) Wir stehen in einem Erneuerungsprozeß, der viel mehr ist als eine Wende. Und die Mehrzahl der ehemaligen SED-Mitglieder hat nicht PDS gewählt, während die Mehrzahl unserer Wähler nie Mitglied der SED war - zumindest laut Infas -, und wen die Ehemaligen gewählt haben, das entzieht sich unserer Kenntnis.

(Gelächter bei CDU/DA) Na, vielleicht wissen Sie es ja besser. Das ist schon denkbar.

Das Streben nach freier Selbstbestimmung des Volkes darf nicht durch Kolonialisierung, wie teilweise im Wahlkampf geschehen, erdrückt werden. Die Fraktion der PDS betrachtet es als große Verantwortung der Regierung, Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen des Volkes in die eigene Kraft zu stärken. Unsere Fraktion wird entschieden dafür wirken, Rechtsstaatlichkeit herzustellen und vielen Menschen Ängste vor Ausgrenzungen und undemokratischen Behandlungen zu nehmen. Wir sollten gemeinsam gegen Intoleranz, wo sie auch auftritt, angehen - auch, wenn sie hier im Hause auftritt.

Wir begrüßen Ihre Ausführungen, Herr Ministerpräsident, die Sie zu guter Nachbarschaft und zur Freundschaft mit den Völkern im Osten und im Westen und insbesondere zu denen der Sowjetunion gemacht haben. Wir begrüßen auch Ihre Feststellung, daß die Probleme der Dritten Welt in sozialer und ökologischer Hinsicht unvorstellbar größer sind als unsere eigenen Probleme und daß wir verpflichtet sind, einen Beitrag zu einer gerechten Weltwirtschaftsordnung zu leisten.

Wir begrüßen Ihre offensichtliche Absicht, eine souveräne Regierung der DDR zu leiten. Diesbezüglich werden Sie immer unsere Unterstützung haben. Diese Unterstützung und ein hoher Grad an Souveränität werden nötig sein, wenn man bedenkt, wie sehr das Interesse des Bundeskanzlers an den Wählern in der DDR nach dem 18. März 1990 nachgelassen hat. Dies wird auch in den Diskussionen zum Umtauschkurs im Rahmen einer Währungsunion besonders deutlich. Keinesfalls darf eine Situation eintreten, in der Sie nach dem 6. Mai, d.h. nach den Kommunalwahlen, gezwungen wären, einzuräumen, daß ein Kurs von 1 : 1 in den Verhandlungen mit der Regierung der BRD nicht durchsetzbar war.

Lassen Sie mich nun aus der Sicht der Opposition und daher kritisch zu einigen Aspekten der Regierungserklärung Stellung nehmen. Dabei geht es um Dinge, die nicht gesagt wurden oder bei denen die Ausführungen als ungenau bezeichnet werden müssen oder wir Widersprüche zur schriftlichen Vereinbarung der Koalitionspartner erkannten.

Wir gehen davon aus, daß die Frage der deutschen Einigung in der Regierungserklärung nicht ausreichend in den europäischen Einigungsprozeß eingeordnet worden ist. Die Völker Europas haben aber ein Recht darauf, keine Angst vor einem geeinten Deutschland zu haben. Durch ein neues Deutschland darf es auch keine Verschiebung im Kräfteverhältnis zwischen Ost und West geben. Für uns ist deshalb die Vorstellung unannehmbar, daß ein künftiges, größeres Deutschland der NATO angehört. Es muß nach unserer Auffassung entmilitärisiert sein.

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne) Damit entfällt auch die Zugehörigkeit zu militärischen Blöcken. Sicherlich sollte gleichzeitig die Auflösung der militärischen Blöcke angestrebt werden. Aber wenn dies nicht gelingt, darf von einem neuen Deutschland trotzdem keine militärische Gefahr mehr ausgehen. Eine hyperökonomische Hegemonie in Europa kann nicht noch durch eine militärische ergänzt werden. Und dafür ist nun einmal das sicherste Mittel eine international kontrollierte und garantierte Entmilitarisierung. Zu einem solchen Ziel haben Sie sich in Ihrer Regierungserklärung nicht bekannt. Sie haben aber davon gesprochen, daß Deutschland eine Brücke zwischen Ost und West darstellen soll. Mit einer solchen Formulierung können

wir uns identifizieren. Im Widerspruch dazu steht aber die Koalitionsvereinbarung, die für das neue Deutschland zumindest vorübergehend eine NATO-Mitgliedschaft vorsieht. Die Tatsache, daß Sie, Herr Ministerpräsident, sich zu dieser Frage nicht äußerten, kann deshalb nicht zwingend zu der Schlußfolgerung führen, daß Sie eine NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands ausschließen wollen. Dies wäre aber im Interesse der Sicherheit der europäischen Völker von grundlegender Bedeutung, und anders kann eine Brücke zwischen Ost und West durch Deutschland auch nicht gebildet werden.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Tatsache, daß Sie sich mit Ihrer Regierungserklärung zur Frage der Wehrpflicht nicht geäußert haben. Wir gehen nach wir vor davon aus, daß die Abschaffung der Wehrpflicht in der DDR noch im Jahre 1990 ein wichtiger Beitrag zur Entmilitarisierung wäre. Sie hätte auch Vorbildwirkung für adäquate gesetzgeberische Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutsch land. Da Sie sich dazu nicht äußerten, haben wir die Hoffnung, daß ein entsprechender Gesetzentwurf auch die Zustimmung der Koalitionsparteien finden wird. Ansonsten sollte sich die Regierung offen dazu bekennen, daß sie für die Beibehaltung der Wehrpflicht ist.

Keine Einigkeit werden wir in der Frage des Weges zur deutschen Einheit erzielen.

Namens der PDS-Fraktion erkläre ich, daß wir entschieden gegen einen Beitritt der DDR gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland eintreten. Ein solcher Schritt ist nach unserer Auffassung mit erheblichen politischen, juristischen und psychologischen Nachteilen verbunden. Zur Überwindung der Spaltung gehört, sich mit der Geschichte der Spaltung ausreichend zu beschäftigen. Diese Spaltung vollzog sich zu keinem Zeitpunkt als einseitiger Akt. Es ist unbestritten, daß auch die damalige Bundesregierung unter Kanzler Adenauer einen wesentliche Anteil daran hatte, der selbst erklärte, lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb zu wollen.

(Zuruf aus der CDU/DA-Fraktion: In Freiheit aber!)

Schon aus diesem Grunde ist es politisch gerechtfertigt, daß beide deutsche Staaten aufeinander zugehen und einen neuen Staat bilden, statt daß sich der eine Staat dem anderen einfach anschließt und damit auch unterordnet.

Juristisch sind die Nachteile ebenfalls erheblich. Natürlich können im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der DDR Bedingungen für einen Beitritt ausgehandelt werden. Diese Bedingungen kann aber nur die Regierung der DDR mit der Bundesregierung der BRD vereinbaren. Mit dem vollzogenen Beitritt ist dann die DDR und damit auch der Vertragspartner der Regierung der BRD untergegangen. Niemand könnte ein deutsches Parlament daran hindern, diese Bedingungen wieder aufzuheben.

Deshalb ist es unrichtig, wenn von Ihnen das Beispiel des Saarlandes benannt wird. Hier gab es am 23.10.1954 als Teil der Pariser Verträge ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der Regierung der Französischen Republik über das Saar-Statut. Darüber hinaus gab es am 27.10.1956 den Abschluß der sogenannten Luxemburger Staatsverträge durch die Außenminister der BRD, des Saarlandes und Frankreichs. Also auch nach Eingliederung des Saarlandes in die BRD blieb ein Vertragspartner übrig, der die Befugnis hatte, die Einhaltung der völkerrechtlichen Verträge durchzusetzen. Dieser Vertragspartner war Frankreich.

Im Falle eines Beitritts der DDR zur Bundesrepublik Deutschland gäbe es einen solchen Vertragspartner nicht. Damit stehen sämtliche vorher ausgehandelten Bedingungen auf sehr schwachen juristischen Füßen. Wir streben deshalb eine deutsche Einigung an, bei der ein neuer deutscher Staat entsteht, der nicht nur besser ist als die bisherige DDR, sondern auch besser als die heutige BRD. Dieses neue Völkerrechtssubjekt müßte die Rechtsnachfolge der DDR und der BRD antreten. Alle Vereinbarungen sollten völkerrechtlichen Charakter tragen. Dabei ist für uns klar, daß insbesondere die Eigentums- und Nutzungsrechte von Bürgern der DDR und der BRD so bestehen bleiben müssen, wie sie nach dem jeweils geltenden Recht des einen oder des anderen Landes wirksam zustande gekommen sind.

In einem solchen Prozeß wäre auch klar, daß die deutsche Einigung damit abgeschlossen ist und gegen niemanden in Zukunft mehr Gebietsansprüche durch Deutschland erhoben werden dürfen. Nicht zu unterschätzen in diesem Prozeß ist auch die psychologische Seite. Es macht einen Unterschied, ob unsere Bevölkerung beitritt und damit von der Bevölkerung der Bundesrepublik aufgenommen wird, und zwar in einer

irgendwie gearteten großzügigen Geste, und deshalb von Anfang an mit einem Minderwertigkeitsgefühl behaftet ist. Kritischen Äußerungen von ehemaligen DDR-Bürgern zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der größeren Bundesrepublik könnte immer mit dem Einwand begegnet werden, daß sie ja schließlich nicht hätten beitreten müssen, und wenn sie schon beigetreten sind, sich auch mit den gegebenen Verhältnissen abzufinden haben. Ein solcher psychologischer Nachteil muß unbedingt verhindert werden.

Angestrebt werden muß, daß die Bürger in beiden deutschen Staaten eine neue Identität finden. Wie aktuell dieses Problem ist, ergibt sich schon daraus, daß der Bundesregierung ein kompletter Entwurf eines Staatsvertrages zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vorliegt, bei dem sie offensichtlich den Standpunkt vertritt, daß unsere Regierung ihn im Prinzip zu akzeptieren hat. Dieser Vertrag nimmt aber unserer Regierung von vornherein so viele Souveränitätsrechte, daß das Regieren dann nur noch in einem äußerst engen Spielraum möglich ist.

Und wir haben doch auch Forderungen, und dabei denke ich nicht nur an Reparationsleistungen und Ausbildungskosten, sondern auch an die Tatsache, daß wir in erheblichen Umfang seit Januar 1990 Waren und Dienstleistungen subventionieren, die durch Bundesbürger und Westberliner in Anspruch genommen werden. Es wäre doch das Mindeste, daß die Bundesregierung das erstattet!

(Beifall vor allem bei PDS und Bündnis 90/Grüne) (Gelächter bei CDU/DA) Ja, wir denken eben nicht nur an die Interessen der Bundesregierung, wir denken ja auch noch ab und zu an die Interessen der Bürger der DDR.

(Beifall vor allem bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Wenn ich gestern hier immer wieder in der Diskussion gehört habe, daß allein entscheidend ist, in welchem Tempo die deutsche Einigung erzielt wird, dann muß ich darauf erwidern, daß entscheidend die Qualität eines solchen Prozesses ist. Denn jeder Fehler, der in diesem Einigungsprozeß begangen wird, kann sich für Jahre, wenn nicht für Jahrzehnte auf das Schicksal der Bürger in diesem Land und in der Bundesrepublik auswirken, gegebenenfalls auch auf das Schicksal anderer Völker Europas.

Herr Ministerpräsident! Bitte sorgen Sie dafür, daß die Bürgerinnen und Bürger der DDR eine Chance bekommen, in die deutsche Einigung mit aufrechter Haltung zu gehen, damit wir nicht auf Jahre den aufrechten Gang verlernen.

(Gelächter bei CDU/DA) (Beifall vor allem bei PDS und Bündnis 90/Grüne) (...)

# 15. Energiewende in der DDR oder Übernahme durch das BRD-Monopol? von Erika Romberg

Rubrik: Atom- und Energiepolitik; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:12

Seit Öffnung der Mauer wird immer deutlicher, daß in der DDR die energiepolitischen Weichen neu gestellt werden. Die Umweltzerstörung und die Luftbelastung der derzeitigen Energieversorgung erfordern Sanierung und Neubau von Energieanlagen und Maßnahmen, die die Umwelt sofort entlasten. Aufgrund der Vielzahl von überalterten Energieversorgungsanlagen hat die DDR zu entscheiden, wie sie mittel- und langfristig mit Energie versorgt werden soll. Dies ist weniger eine Frage des Brennstoffmix, der für die verschiedenen Energiebedürfnisse eingesetzt werden könnte.

In diesen Tagen wird geklärt, ob die großen Verbundgesellschaften der BRD, wie RWE und Preussen Elektra, in der DDR Versorgungsgebiete erhalten, ob die bisher bezirklich zuständigen Energiekombinate der DDR ihre Gebietsmonopole behalten sollen oder ob den Gemeinden und Städten eine eigene energiepolitische Hoheit in Form von Eigenbetrieben zugestanden wird. Diese Entscheidungen werden die künftige Struktur der "Energiewirtschaft" der DDR festschreiben.

Die bundesdeutsche Anti-AKW-Bewegung hat relativ früh nach Öffnung der Mauer die Zusammenarbeit mit DDR-AKW-GegnerInnen gesucht. Es fanden gemeinsame Demonstrationen in Gorleben gegen die Pilotkonditionierungsanlage und gegen das Endlager statt, sowie in Stendal gegen die dort in Bau befindlichen Atomreaktoren.

Große Teile der DDR-Bevölkerung lehnen die Atomkraft ab. Viele lassen sich nicht auf die schlechte Alternative Atomenergie oder Braunkohle ein. Ein Ausweg aus dieser Zwickmühle ist das große Energieeinsparpotential in allen Bereichen der Wirtschaft und der Haushalte. Das ist bekannt. In der DDR haben sich Energiewende-Gruppen gegründet, die eine demokratisch kontrollierbare, kommunale Energieversorgung durch-setzen wollen. Ihre Stärke ist heute mitentscheidend.

Für die Energiewende gibt es kaum Unterstützung seitens der bundesdeutschen Anti-AKW-Bewegung. Zum 4. Jahrestag nach Tschernobyl demonstrierten die Energiewende-Gruppen der DDR in Stendal allein.

Weg von der Braunkohle!

Ungefähr 70% des Primärenergiebedarfs zur Wärme- und Stromversorgung deckt die DDR mit Braunkohle. 320 Millionen Tonnen Braunkohle jährlich werden in der DDR im Tagebau gefördert. Die Abraumhalden entsprechen der fünffachen Menge - entsprechend groß sind die Umweltprobleme.

Zur Zeit werden in der DDR 85% der Stromerzeugung mit Braunkohle bewerkstelligt. Es wird geschätzt, daß jährlich ca. 5 Mio. Tonnen Schwefeldioxid ($SO_2$) aus Brikettfabriken, Kraftwerken und anderen Braunkohle-Betrieben emittiert werden. Es gibt keine kontinuierlichen Emissionsmessungen, und die Brennstoffdaten für die Berechnung der Luftbelastung wurden bisher geheimgehalten. Die Hälfte der DDR-Braunkohlekraftwerke sind älter als 20 Jahre. Nur bei den neueren Kohlekraftwerken soll die Nachrüstung von Rauchgasreinigungsanlagen möglich sein.

Die Bevölkerung und ganze Betriebsbelegschaften kritisieren die Umweltsituation und die Arbeitsbedingungen in der Industrie. In zahlreichen Fällen sind die Produktionsanlagen so alt, daß eine Sanierung nun auch angesichts der westdeutschen Konkurrenz nicht mehr lohnt. Bei der Karbidproduktion im Bunawerk bei Halle, der Herstellung von Viskose bei Wolfen, der Aluminiumproduktion bei Bitterfeld, der Kupferhütte Ilsenburg im Harz steht die Stillegung auf der Tagesordnung. Die 38 Schwelöfen in den Braunkohlebetrieben Espen-hain, Böhlen und Duben sollen ebenfalls geschlossen werden. Mit diesen Maßnahmen können im Raum Bitterfeld/Halle die Luftschadstoffe um ein Viertel reduziert werden (1).

Die DDR muß handeln. Spätestens mit ihrer Unterschrift unter die "Konvention über grenzüberschreitende Luftverschmutzung" der UN-Wirtschaftskommission hat sie sich verpflichtet, die Schwefeldioxid-Emissionen zu senken. Bis zum Jahr 1993 soll sie diese Schadstoffe auf 70% des Standes von 1980 (4,3 Mio. Tonnen $SO_2$) verringern (2).

"Hilfe" aus dem Westen

Die veraltete Wirtschafts- und Energieversorgungsstruktur der DDR beruht auf einen extrem hohen Energieverbrauch. Eine neue Versorgungsstruktur kann nur rentabel sein, wenn sie die kurz- und mittelfristig zu erwartenden Verbrauchssenkungen berücksichtigt. Durch die Stillegung von Industriebetrieben, durch Rationalisierungen im Gewerbe und durch Sanierung von Wohngebäuden kann in absehbarer Zeit der Bedarf an Braunkohle halbiert werden (3). Dieses immense Energiesparpotential ist auch der westdeutschen und der europäischen Energieversorgungs-und Kraftwerkswirtschaft bekannt.

Unter dem Motto "Hilfe zur Selbsthilfe" bieten sie Energiekonzepte und rationelle Energietechniken an. Die Akteure sind hier Atomstrom-Unternehmen wie die Preussen Elektra, die ein Heizkraftwerk in Greifswald errichten lassen möchte (4), oder der Konzern ABB, der der DDR mittelfristig den Bau kleiner atomarer Hochtemperaturreaktoren in Kraft- 1Wärme-Kopplung anbietet (3).

Seit Ende vergangenen Jahres will die BRD rund 2 Mrd. D-Mark für die Umweltentlastung in der DDR bereitstellen. Die finanzielle Förderung erfolgt in der Weise, daß sich die Bundesregierung bis zu 50% der Gesamtkosten, aber maximal bis zu der Höhe der Zulieferung aus der BRD beteiligt. Die Auszahlung des Förderbetrags erfolgt nicht an die DDR, sondern direkt an das westdeutsche Unternehmen (5).

Der bundesdeutschen Kraftwerksindustrie stehen wieder dicke Auftragsbücher ins Haus. Neue Entschwefelungsanlagen für das Braunkohlenkraftwerk Espenhain und das Heizwerk "Max Reimann" sollen im Bezirk Leipzig die SO2

-Emissionen um 80.000 Tonnen pro Jahr verringern. In Magdeburg soll ein Heizkraftwerk mit Wirbelschichtfeuerung die Luft von 11.000 Tonnen SO2 jährlich befreien (6). Drei neue Dampferzeuger auf Braunkohlenbasis bringen den chemischen Werken Buna in der DDR mit 50.000 Tonnen SO2 weniger eine deutliche Reduzierung der Umweltbelastung (3).

Die Dringlichkeit dieser Maßnahmen ist nicht von der Hand zu weisen. Die DDR könnte 70-80% dieser Arbeiten mit eigenen Kräften durchführen (3). Der Bereich Umwelttechnik könnte in der DDR viele Arbeitsplätze sichern, die durch die neue Konkurrenz mit der BRD vor allem im Bereich der Grundstoffindustrie verloren gehen. Stattdessen zeichnet sich ab, daß die westdeutsche Atom/Anlagenindustrie mit Hilfe der Bundesregierung den neuen DDR-Markt dominieren und die Arbeitslosigkeit in der DDR fördern wird.

Schnelle Strom- und Gaslieferungen

Kurzfristig sollen die Energie- und Umweltprobleme der DDR mit Strom-und Gaslieferungen aus Westdeutschland gelöst werden. Die Notwendigkeit, Braunkohle bei der Wärme-und Stromversorgung durch andere Energiearten und durch Energieeinsparung mit rationeller Energietechnik so bald wie möglich zu ersetzen, ist unstrittig. Hierbei sind zwei Vorgehensweisen möglich:

1. Ausweitung des Erdgasnetzes zur Wärmeerzeugung in möglichst vielen Heizungsanlagen und Lieferung von Strom aus zentralen Großkraftwerken (Gas-Atom-Linie)

2. weitestgehende Nutzung der Möglichkeiten für Fernwärmeversorgung, wobei die eingesetzte Energie gleichzeitig zur Wärme- und Stromerzeugung genutzt wird (Kraft-Wärme-Kopplung).

Die Gas-Atom-Linie verursacht den höheren Energieverbrauch und sichert den Energieversorgungsunternehmen den größeren Energieabsatz. Es zeichnet sich ab, daß diese Strategie auch in der DDR verfolgt werden wird. Wenn in der DDR ein flächendeckendes Erdgasnetz ausgebaut wird, wie es der Ruhrgas-Vorstand der DDR vorschlug (4), wird das Potential der Kraft-Wärme-Kopplung eingeschränkt. Wo ein Erdgasnetz liegt, entsteht kaum ein neues Fernwärme-Netz!

Desweiteren wird der anvisierte Verkauf von Strom zu Niedrigstpreisen (s.u.) zur Folge haben, daß Energiesparmaßnahmen und rationelle Energieverwendung weniger rentabel sind.

Stromtrassen die lohnendsten Investitionen der westdeutschen Atomwirtschaft

Die bundesdeutsche Energiewirtschaft hat mit den bezirklich organisierten Energiekombinaten schon zahlreiche Vereinbarungen über umfangreiche Gas- und Stromlieferungen getroffen.

Schon Anfang Oktober letzten Jahres nahm die Preussen Elektra das erste Teilstück der Stromtrasse Helmstedt - Magdeburg/Wolmirstedt - West-Berlin in Betrieb. Über diese insgesamt 260 km lange Leitung sollen ab 1992 bis zu 1 Milliarde Kilowattstunden (kWh) Strom jährlich in die DDR und 825 Millionen kWh Strom nach West-Berlin geliefert werden. Die Transportkapazität der neuen Leitung ist sehr viel größer als notwendig. Dies gilt umso mehr, je mehr der Energiebedarf durch Energiesparmaßnahmen abnehmen würde. Deshalb diskutieren der West-Berliner Senat, die BEWAG, der Ost-Berliner Magistrat und das Energiekombinat Berlin die Möglichkeit, freie Übertragungskapazitäten der neuen Stromtrasse für die Versorgung Ost-Berlins zu nutzen. Bis zu 1000 MW könnten hier zur Verfügung gestellt werden.

Auch die HEW in Hamburg ist nicht abgeneigt, für eine Ausweitung ihres Versorgungsgebietes in die DDR zu investieren. Auf Anregung der Hamburger CDU und des Energiesenators Kuhbier (SPD) beabsichtigen die HEW, Strom aus dem relativ nahe an der DDR-Grenze liegenden Atomkraftwerk Krümmel (Gesamtleistung 1260 MW) in die DDR zu liefern. Für einen Richtbetrieb sind Investitionen für eine neue Hochspannungsleitung zum DDR-Netz nötig. Schon heute wäre es möglich, Kernenergie-Nachtstrom nach Mecklenburg zu leiten, sagte Kuhbier (7).

Die westdeutschen AKW-Betreiber Preussen Elektra und Bayernwerk wollen gemeinsam mit den Energiekombinaten Braunkohle-, Kernkraftwerke, Verbundnetze Energie, Kraftwerksanlagenbau sowie mit der Intrac Handelsgesellschaft zwei GmbHs gründen (4). Dabei sollen die BRD- und die DDR-Seite jeweils zur Hälfte beteiligt sein. Es ist geplant, zwei Stromtrassen zu errichten, die eine von Oberfranken nach Thüringen und die andere in der Höhe von Kassel Richtung Erfurt.

Das RWE geht mit seinen Verhandlungen weiter. Statt "nur" Versorgungsgebiete in der DDR zu sichern, die ausschließlich von bestimmten westlichen Unternehmen beliefert werden sollen, strebt die RWE Gemeinschaftsunternehmen an, die den Energieerzeugungsbereich in der DDR abdecken (4). Das RWE ist bereits der größte Stromerzeuger in der BRD.

Kostendeckungsbeiträge für überdimensionierte BRD-AKWs

Die Überkapazitäten im Kraftwerkssektor der BRD können mit den beabsichtigten Stromlieferungen in die DDR verringert werden. In diesem Jahr könnte der DDR eine elektrische Leistungskapazität von 1500 MW zur Verfügung gestellt werden, im nächsten Jahr bereits das Dreifache in Höhe von 4500 MW (1 MW = 1000 kW). Prof. Grawe, Chef der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) hat ausgeführt, daß die Atomkraftwerke bei minimalen Kosten 24 Milliarden kWh Strom mehr produzieren könnten als heute (8). Diese Menge entspricht mehr als einem Fünftel des derzeitigen Stromverbrauchs der DDR. Um zu einer besseren Auslastung zu gelangen, würden sich die westdeutschen EVU (Energieversorgungsunternehmen) bereits mit einem Kostendeckungsbeitrag in Höhe der variablen (Brennstoff-) Kosten zufriedengeben. Diese niedrigen Strompreise werden dann aber die wirtschaftliche Ausschöpfung von Energie-Einsparpotentialen einschränken und den Aufbau einer Eigenerzeugung mit Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zu einem großen Teil unrentabel machen. Die Investitionskosten beispielsweise der Trasse Helmstedt-Berlin-Innenstadt in Höhe von bis zu 700 Mio DM, stehen dann nicht mehr zur Diskussion.

Ausgeliefert an die BRD?

Sebastian Pflugbeil, bis Anfang April 90 energiepolitisch versierter DDR-Minister ohne Geschäftsbereich, äußerte Ende März d.J. die Sorge, daß die energiepolitische Entwicklung in der DDR von der eigenen Regierung kaum noch zu beeinflussen sei, da Kombinatsdirektoren selbständig Verträge mit dem Westen abschlössen (9).

Die neue Regierung unter Lothar de Maiziere hat Steinberg von der CDU zum Umweltminister bestimmt. Über ihre künftige Energiepolitik wurde bis Ende April nicht mehr bekannt, als daß sie keine Entscheidung für oder gegen einen weiteren Ausbau von Atomkraftwerken in der DDR treffen wolle. Noch Ende Februar diesen Jahres hatte eine Regierungsvorlage des damaligen Ministers für Schwerindustrie eine Verdreifachung der Atomstromkapazitäten bis zur Jahrtausendwende vorgesehen. Hintergrund dieser "Entscheidung" könnte die Auffassung der Großen Koalition sein, sich lediglich als Übergangsregierung bis zur Auflösung der DDR in die BRD zu verstehen (10).

David gegen Goliath

Die Fakten werden derzeit von den Energiekombinaten geschaffen. Mit Hilfe der westdeutschen Energiewirtschaft wollen und können sie ihre Stellung als Versorgungsmonopolisten erhalten. Ein gesetzlicher Rahmen für die Energiewirtschaft der DDR existiert zwar noch nicht. Aber mit dem Ergebnis der DDR-Volkskammerwahl am 18.3.90 ist kaum eine andere Regelung als die Übernahme bundesdeutscher Energiegesetze zu erwarten. Mit dem Ergebnis vom 18. März bewege sich die Energiewirtschaft in Ost und West in gleicher Richtung auf dem gleichen Gleis. "Die Spannung ist raus", erklärte der Vertreter des Bundeswirtschaftsministerium beim Berliner Energierechtsgespräch am 22/23. März (4). Das käme den Energiekombinaten entgegen.

Heute allerdings sind die (Vor-)Verträge der Energiekombinate von der neuen Regierung noch nicht anerkannt. Offen ist, welche energiepolitischen Einfluß- und Entscheidungsmöglichkeiten die noch zu schaffende kommunale Selbstverwaltung erhalten wird. Nach der Kommunalwahl am 6. Mai wird eine Verwaltungsreform auf der politischen Tagesordnung stehen, bei der unter anderem auch die energiepolitische Verantwortung der Kommunen neu festgelegt werden wird.

In vielen Gemeinden, Kreisen und Städten sind bis zur Kommunalwahl am Runden Tisch Energiekonzepte diskutiert und Lösungen gesucht worden. Ein Leitgedanke der anstehenden energiepolitischen Entscheidungen ist die Erhaltung kommunaler Handlungsfreiräume gewesen.

In Leipzig zum Beispiel haben die Stadträte das Leipziger Energiekombinat zum kommunalen Eigentum der Stadt erklärt, um auf die Gestaltung der Leipziger Energieversorgung maßgeblichen Einfluß ausüben zu können (11). Anlaß dieser Entscheidung war der Versuch des Leipziger Energiekombinats, seine Position als Versorgungsmonopolist zu zementieren. Das Energiekombinat Leipzig wollte die Stadt verpflichten, in den kommenden 50 Jahren die Energieversorgung ausschließlich dem Energiekombinat zu überlassen. Ein Mitnutzungsrecht der Gas- und Stromleitungen sowie der Fernwärmerohre sollten nur jene Unternehmen erhalten, an denen das Energiekombinat zu 51% beteiligt ist. Diese Klausel zielte auf die angekündigte Zusammenarbeit des RWE mit dem Energiekombinat Leipzig. Sie beabsichtigen, Leipzig Strom aus derzeit unausgelasteten Kapazitäten der RWE und aus einem neu zu bauenden Kraftwerk zu verkaufen.

Diese Entscheidung der Stadträte Leipzigs konnte vorerst den Übernahmeeifer der westdeutschen überregionalen Energieversorgungsunternehmen bremsen. Unklar ist allerdings, ob die Übernahme von Energiekombinaten als Eigenbetrieb rechtlich abgesichert oder erschwert wird. In welche Richtung die energiepolitischen Weichen gestellt werden, ist noch nicht entschieden. Anstelle der zentral organisierten und übermächtigen Energiewirtschaft der DDR und der BRD kämpfen die Energiewende-Gruppen der DDR und auch oppositionelle Parteien für eine demokratisch kontrollierbare, an Energieeinsparung orientierte Energieversorgung ohne Atomkraft.

Je stärker diese Gruppen in diesen Tagen auftreten, um so eher wird der kommunalen Selbstverwaltung eigenständige Energiepolitik zugestanden und die Macht der zentralistischen Energiewirtschaft eingeschränkt.

Die Anti-AKW-Bewegung pennt

Im Unterschied zum Widerstand gegen Atomkraftwerke und Endlager in Ost und West nimmt die bundesdeutsche Anti-AKW-Bewegung an dieser Politik der Energiewende wenig teil.

Das ist auch in der BRD nicht anders. Im wesentlichen sind die Konzepte der Energiewende nur in den Institutionen, wie im Öko-Institut oder bei den Grünen verankert. Das reicht nicht aus, um in der BRD vor Ort die Energieprobleme auf den Punkt zu bringen. Es ist nötig, in der Auseinandesetzung mit der Klimakatastrophe beständig auf die Gefahren und ungelösten Problem der Atomenergienutzung hinzuweisen, denn an dieser Frage bröckelt der Widerstand gegen die Atomenergie. Jetzt rächt sich, daß die alternativen Konzepte der Energiewende in der BRD kaum Unterstützung von der Bewegung erfahren haben. Die AKW-GegnerInnen können sich eine Aufgabenteilung zwischen dem Kampf gegen Atomanlagen als Aufgabe des einen Teils der Widerstandsbewegung und dem Kampf für Alternativen zur herrschenden Atompolitik für den anderen Teil nicht leisten.

Die Atomenergie läßt sich zunehmend als ein Mittel zur Abwehr der Klimakatastrophe verkaufen. Sie erhält in der BRD wieder größere Zustimmung, wofür das Einschwenken der SPD auf den "Kohle-Kernenergie-Konsens" nur ein Indiz ist. Wenn in der Bundesrepublik die Anti-AKW-Bewegung die

derzeit stattfindenden gesellschaftlichen Prozesse verpennt, kann die westdeutsche Atomwirtschaft ungestört ihr Image als Klima- und Umweltschützer aufpolieren und den Anschluß der DDR betreiben. Die bundesdeutsche Anti-AKW-Bewegung ist gefordert, hiergegen Sturm zu laufen!

Anmerkungen:

1) Welt 15.2.90

2) Bonner Energiereport 2/90

3) FR 9.12.89

4) ZfK 4/90

5) ZfK 2/90

6) VDI-nachrichten 2.3.90

7) Welt 15.12.89

8) aus einem Schreiben von Prof. Grawe an NRW-Wirtschaftsminister Jochimsen vom 11.12.89

9) FR 31.3.90

10: Andererseits würde ein weiterer Zubau von Atomkraftwerken das Energieproblem nicht lösen können, weil neue Atomkraftwerke erst 1997 Strom erzeugen könnten. Außerdem wären sie zu teuer.

11) TAZ 11.4.90

# 16. Giftgasabtransport - nur noch ein Problem für "Unruhestifter"?

Rubrik: Chemische, Biologische Waffen; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:27

Von Juni bis September will die US-Army ihre chemischen Kampfstoffe aus dem Chemiewaffendepot Clausen im Pfälzer Wald abziehen. Die LKW-Kolonnen und Güterzüge mit der tödlichen Fracht werden durch die halbe Bundesrepublik rollen, um dann in Nordenham bei Bremerhaven auf Schiffe verladen zu werden.

Bislang konzentrierte sich der Protest gegen dieses Vorhaben auf die Region um die vermuteten oder tatsächlichen Depots in Rheinland-Pfalz. Aber auch in der Unterweserregion regt sich inzwischen der Widerstand.

Kohls Wahlkampfschlager

Pünktlich zum Bundestagswahlkampf will Kohl nicht nur melden "DDR ist unser", sondern auch "Tolle Abrüstungserfolge der Bundesregierung: Chemiewaffen sind weg, ersatzlos!". Der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Uelhoff bringt es auf den Punkt: "Der Abzug der C-Waffen aus der Bundesrepublik ist der zweite große abrüstungspolitische Erfolg dieser Bundesregierung nach dem INF-Vertrag. Darauf sind wir stolz, und das lassen wir uns von Ihnen nicht zerreden" (195. Sitzung, 9.2.90). Nur - mit dem "ersatzlos" ist das so eine Sache. Im US-Kongreß wurde am 1. Juli 89 der "Report of the Committees on Armed Services - House of Representatives" veröffentlicht. U.a. ist dort nachzulesen, daß der US-Verteidigungsminister verpflichtet wurde, "vor dem Abzug der Altbestände aus Europa sicherzustellen, daß zuvor ein entsprechender Vorrat an binären chemischen Waffen besteht" (UZ, 18.10.89).

Übung macht den Meister

Sie üben schon den Abtransport der Giftgaskampfstoffe aus dem US-Waffendepot im pfälzischen Clausen. Die FR (25.4.90) berichtete über Konvois von 77 Fahrzeugen, darunter 20 Tiefladern, die für den Transport der kampfgasgefüllten Container ab 18. Juni (taz, 5.4.90) um die halbe Welt, von Rheinland-Pfalz bis zum Johnston-Atoll, trainieren. Die Vorbereitung der "Aktion Lindwurm", so der Tarnname für den geplanten Abtransport der chemischen Waffen, sollte zeigen: Alles im Griff! Der Bundesgrenzschutz war dabei und Spezialfahrzeuge eines ABC-Abwehrbataillons der Bundeswehr; 500 Polizisten schützten übungsweise den Lindwurm von zum Teil 11 km Länge ... Wenn der Konvoi im Sommer dreißigmal die Strecke von Clausen über Zweibrücken und Neuenkirchen nach Miesau fährt, sollen 1.200 Mann die Fahrt sichern. Irgendwelche Probleme bei der Übung? Naja, der Polizeihubschrauber konnte zuerst wegen schlechten Wetters nicht starten und ... ach ja, der Konvoi mußte unvorhergesehenerweise halten, da sich "bei einem US-Militärlastwagen (...) ein Bolzen an der Verbindung zwischen Zugmaschine und Auflieger gelockert" hatte. (FR)

Warum soviel Aufwand?

In Clausen sollen 100.000 Artilleriegranaten gelagert sein, die zusammen über 400 Tonnen Nervengas vom Typ VX und Sarin enthalten. (taz, 5.4.90)

Beide Stoffe sind extrem gefährlich. Beispielsweise würde ein Liter VX theoretisch ausreichen, 1 Mio. Menschen zu töten und eine weitere Million lebensgefährlich zu vergiften. Während Sarin über die Atemwege aufgenommen wird, man sich also mit einer Gasmaske davor schützen könnte, wird VX über die Haut aufgenommen. Hier hilft nur noch der gasdichte Vollanzug mit autarker Luftversorgung! Die in Clausen gelagerten Granaten ergeben ein Ladegewicht von mehr als 7.000 Tonnen. Z.B. 108 Granaten mit einem Kaliber von 155 mm sollen in die amerikanischen Spezialcontainer verladen und bis in den Stillen Ozean transportiert werden. Schon eine einzige Granate würde für die Ermordung mehrerer tausend Menschen ausreichen.

Friedensbewegung nörgelt!

Statt sich glücklich zu preisen, daß die chemischen Waffen endlich abgezogen werden, zeigt sich die Friedensbewegung unzufrieden.

USA und UdSSR wollen 80% ihrer CWaffen abschaffen. Dies soll in einer bilateralen Vereinbarung festgehalten werden und am 30. Mai beim nächsten Gipfeltreffen von Busch und Gorbatschow unterzeichnet werden. (FR, 26.4.90) Die UdSSR folgt damit Bushs im September 89 vor der UNO gemachten Vorschlag. Die Friedensbewegung verdächtigt Bush hier der Hintergedanken: So hatte der US-Kongreß doch seine Zustimmung zur Produktion der neuen, für den Anwender verhältnismäßig ungefährlichen binären Giftgasgranaten von einer Vernichtung der alten, gefährlichen C-Waffen-Bestände abhängig gemacht. Binäre C-Waffen sind nicht Bestandteil der Vereinbarungen. Experten fragen sich, ob es sich bei binären Waffen überhaupt um chemische Waffen handelt, da doch jede Komponente für sich kein Giftgas ist! Wie angenehm!

Auch mit dem Abtransport des alten Giftgases ist die Friedensbewegung nicht zufrieden. Überall entlang der voraussichtlichen Transportstrecke gibt es Protest, so auch in Bremerhaven und Nor- denham. Waren bisher beide Orte als Umschlagplatz für den Seetransport im Gespräch, so ist es inzwischen raus: die Verschiffung findet über den für Munitionsumschlag bekannten Midgard-Hafen in Nordenham statt.

Der Friedensbewegung ist die Erklärung des Parlamentarischen Staatssekretärs Wimmer zuwenig, daß die Planung und Gesamtleitung des Abtransportes in der BRD in der Verantwortung der Bundesregierung liege. Es reicht ihr nicht, wenn Herr Wimmer an die "Sehr verehrte Frau Kollegin Terborg" (SPD) schreibt: "Die nach deutschem Recht vorgeschriebenen und für den Abtransport relevanten deutschen Sicherheitsstandards sind von den US-Streitkräften unmittelbar einzuhalten bzw. als Mindestbedarf zu beachten." Die Friedensbewegung fordert schlicht die Aussetzung der Transporte, bis die verschiedenen Varianten der chemischen Kampfstoffbeseitigung geprüft und die 100% sichere Methode gefunden wurde. Nicht mehr.

SPD will nicht herumeiern!

Im Herbst letzten Jahres antwortete der Bremerhavener Oberbürgermeister auf einen "Offenen Brief" der örtlichen Friedensinitiative zu Problemen des Abtransportes unter Berufung auf den Bremer Senat noch klar und deutlich: "Auf eine entsprechende Anfrage hat der Senat erklärt, daß er die Vorschriften für den Transport von Giftgasen für anwendbar, aber auch für ausreichend hält. Diese Auffassung teile ich." Als in diesem Jahr Hafensenator Kunick zu einer öffentlichen Fachtagung "Gegen die (un-)heimlichen Giftgastransporte!" des lokalen DGB eingeladen wurde, fiel die Antwort schon anders aus: Er könne leider an der Veranstaltung nicht teilnehmen, da die Bundesregierung alle beteiligten Regierungsstellen zur Geheimhaltung verpflichtet habe und der Bruch solcher Verpflichtungen strafrechtliche Konsequenzen hätte. "Diese Tatsache hat schon in der Vergangenheit dazu geführt, daß ich in der Fragestunde der Bürgerschaft nur ‚herumeiern` konnte, ein Zustand den ich nicht wiederholen möchte." Ansonsten teilt er dem staunenden Publikum noch freundlich mit: "Aus der Zeitung habe ich entnommen, daß die Verschiffung des amerikanischen Giftgases nach den USA angeblich über Nordenham stattfindet." Stoltenberg hat Kunicks Lesefrüchte inzwischen mit einer Pressekonferenz am 7. März bestätigt.

Die Nordenhamer SPD Bundestagsabgeordnete Terborg war begeistert von Stoltenberg: "Es ist das erste mal in der Geschichte der Bundesrepublik, daß genaue Angaben über Lagerung und Zustand der C-Waffen, Planung der Abtransporte, polizeiliches Schutzkonzept, Schutz der Bevölkerung und Umwelt sowie sorgfältige Planung und umfassende Vorbereitung gegeben wurden", heißt es in ihrer Presseerklärung. Und - ganz Staatsfrau - fügt sie hinzu: "So, nur so kann das notwendige Vertrauen der Bevölkerung gewonnen werden" (KZW, 8.3.90)

Ihr Vertrauen in Gottes Ohr. Pünktlich zu Ostern kam es bei der routinemäßigen Munitionsverladung im Nordenhamer Hafen zu einem Unfall mit 52 Geschützkartuschen. Während 39 dieser mit Sprengpulver gefüllten Granaten von der Wasserschutzpolizei wieder eingesammelt werden konnten, tauchte der Rest ersteinmal in der Weser unter. (NZ, 12./13.4.90)

Und die Grünen?

Der Bremerhavener Bürgerschaftsabgeordnete und Deputierte für Wirtschaft, Häfen, Schiffahrt und Verkehr, Manfred Schramm, sah Mitte Januar die ganze Problematik angesiedelt im Spannungsfeld "zwischen Sicherheitsanforderung und nationaler Souveränität". Für ihn ist es u.a. ein besonderer Transport, denn "... - er unterliegt der alleinigen Verantwortung amerikanischer, militärischer Behörden auf bundesrepublikanischem Gebiet - über Transportart, Sicherheitsanforderungen und Transportweg gibt es ein ‚Memorandum of

understanding`, bei dem das deutsche Recht ‚Beachtung finden soll`, ohne gültige Rechtsgrundlage für Transporte zu bilden ..."

Wie es sich für einen Abgeordneten gehört, ganz um das Wohl des deutschen Volkes besorgt, stellte er fest: "Die amerikanische Regierung ist der Verursacher dieses Problems. Aber die Bundesrepublik ist ein demokratischer Staat, sie kann die Verantwortung für den Abtransport übernehmen. Die bundesrepublikanische Bevölkerung hat sogar ein Recht darauf." Als wenn dadurch eine alte rostige Granate weniger gefährlich wäre! Entsprechend verantwortungsbewußt brachte er einen wichtigen Vorschlag in die Debatte um den Abtransport ein und gab zu bedenken, ob nicht die Giftfracht besser über den Bremerhavener Nordhafen zu leiten sei, weil in Bremerhaven mehr "Sachverstand und Erfahrung im Umschlag mit gefährlichen Gütern vorhanden sei" (NZ, 8.3.90). Mit solchen Grünen kann eigentlich nix mehr schiefgehen! Aber dieser Abgeordnete muß ja nicht repräsentativ sein.

Wie weiter?

Für Juni ist eine "umfassende" Aufklärung der Nordenhamer Bürger geplant. Es soll einen "Medientag" geben und am Abend desselben Tages soll eine öffentliche Bürgerversammlung stattfinden (KZW, 15.3.90). Es muß sich zeigen, ob die Friedens- und Umweltinitiativen aus dem Unterweserraum die Kraft haben, hier noch einmal deutlich ihre Meinung zu sagen: Das Giftgas bleibt liegen, bis 100%e Sicherheit garantiert werden kann, egal was es kostet, egal wie lange es dauert.

J., KB/Bremerhaven

# 17. All tid goode wind Neues zu den Atomtransporten mit dem Frachter Godewind

Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:21

Wilhelmshaven könnte sich in den nächsten Monaten zur neuen Atom-Drehscheibe der Bundesrepublik entwickeln. Künftig soll der Atomfrachter "Godewind" frische Brennelemente von den Siemens-Werken für schwedische Atomkraftwerke im niedersächsischen Wilhelmshaven an Bord nehmen.

Sah es zunächst so aus, daß die ersten Transporte noch Mitte April Richtung Schweden abgehen sollten, so ist nach neueren Informationen noch unklar, wann der erste Transport über Wilhelmshaven gehen wird. Nach Informationen aus der Landes-Hafenverwaltung in Wilhelmshaven ist ein Transportantrag für die Lieferung von frischen Brennelementen (vermutlich von der Deutschen Bundesbahn) beim Bundesamt für Strahlenschutz bereits gestellt. Als Absender der Lieferungen ist die Advanced Nuclear Fuels (ANF) in Lingen im Gespräch, die zu 100% der Siemens AG gehört.

Die Godewind transportierte in den vergangenen zwei Jahren im Auftrag der Siemens AG frische Brennelemente und sogenannte Reststoffe (Atommüll) nach Schweden und brachte auf dem Rückweg Urandioxidpulver für das Siemens-Brennelemente-Werk in Hanau mit. Bis Anfang 1988 waren diese Stoffe noch über die Lübecker Häfen nach Schweden verschifft worden und durch zahlreiche Demonstrationen und Blockaden dort verhindert worden. Seitdem werden diese Stoffe mit der Godewind über den Hamburger Hafen verschifft. Seit Anfang 1989 ist das Schiff im Hamburger Hafen von AtomkraftgegnerInnen mehrfach blockiert worden. Selbst Hamburgs Umweltminister Jörg Kuhbier (SPD) hat inzwischen die Godewind-Transporte als "unnötig" bezeichnet. Nicht etwa, weil sie dem Weiterbetrieb von Atomanlagen dienten. Er kritisierte vielmehr, daß bundesdeutsche Unternehmen Brennelemente über Hamburg nach Schweden exportieren und umgekehrt schwedische Unternehmen Brennelemente wiederum über Hamburg in die BRD transportieren würden. Die atomaren Transporte konnten zuletzt nur noch mit großem Polizeiaufgebot durchgeführt werden.

Zur Zeit bestehen noch drei Genehmigungen für Godewind-Transporte durch Hamburg. Zwei davon besitzt die Deutsche Bundesbahn für frische Brennelement-Lieferungen zu den schwedischen AKW Oskarsham und Forsmark. Die Lieferungen nach Oskarsham haben am 7. April dieses Jahres begonnen, als die Godewind 32 frische Brennelemente aus dem Siemens-Werk in Karlstein an Bord nahm. Die zwei LKWs der Spedition Thomsen gingen im Hafen von Varberg, südlich von Göteborg von Bord.

Sollten sich die geplanten Atomtransporte über Wilhelmshaven als weniger "störanfällig" zeigen, so wird damit gerechnet, daß weitere Atomtransporte nach Friesland verlegt werden. Um die radioaktive Fracht nach Schweden an den landeseigenen Kaianlagen in Wilhelmshaven an Bord der Godewind nehmen zu können, haben Mitarbeiter der "Wilhelmshavener Umschlags- und Verkehrsgesellschaft mbH & Co" (WUG) Anfang des Jahres nach Angaben aus der Landes-Hafenverwaltung Schulungslehrgänge beim Bundesamt für Materialprüfung in Berlin absolvieren müssen. Lediglich die Benennung der nach dem Atomgesetz vorgeschriebenen Strahlenschutzexperten des Unternehmens würden noch ausstehen. Ein für Gefahrgüter bei der WUG zuständiger Mitarbeiter konnte auf Anfrage diese Informationen jedoch nicht bestätigen. Bei den Lehrgängen wurden der Umgang mit radioaktiven Stoffen und die atomrechtlichen Bestimmungen geschult.

Als Umschlagort ist Wilhelmshaven aus Sicht der Atomunternehmen denkbar günstig. Der Landesteil der Hafenanlagen ist nur durch eine Schleuse zu erreichen, die zum Marine-Stützpunkt gehört. Sie ist direkt dem Verteidigungsministerium unterstellt und militärischer Schutzbereich. Militärposten kontrollieren diesen Bereich regelmäßig.

Willkommen sind die Atomtransporte jedoch auch in Wilhelmshaven nicht. Bereits im Spätherbst 1988 hatte sich der Stadtrat von Wilhelmshaven gegen solche risikoreichen Frachten gewandt.

Ob die Atomtransporte in Wilhelmshaven ungestörter als in Hamburg oder Lübeck laufen werden, bleibt abzuwarten. Schon einmal wurden die Atomunternehmen in Ostfriesland vom heftigen Widerstand überrascht, als sie die in Lübeck nicht mehr durchsetzbaren Transporte mit den plutoniumhaltigen abgebrann- ten Mischoxid-(MOX)-Brennelementen nach Emden verlegt hatten. Während Greenpeace per Schiff die

Hafenzufahrt in Emden versperrte, demonstrierten tausende von Menschen im Hafengelände und blockierten die Verschiffung der radioaktiven Fracht.

Godewind rammt Mais-Dampfer

Der Frachter Godewind ist ein Ro/Ro- Schiff. Das bedeutet, daß LKW-Transporte durch die geöffnete Heckklappe direkt auf das Schiff fahren können. Während der Atomtransporte mit der Godewind in Hamburg hat es mehrere Anlässe gegeben, die an der Sicherheit oder gar Zuverlässigkeit des Schiffes und der Verantwortlichen zweifeln lassen. Bei Kontrollen der Hamburger Umweltbehörde stellte sich heraus, daß notwendige Sicherheitspapiere, die bei einem Unfall für die Feuerwehr, aber auch für die Schiffsbesatzung zur Unfallbekämpfung dringend notwendig wären, nicht bei den Frachtpapieren waren. Inzwischen ist bei der Staatsanwaltschaft in Hanau auch eine Strafanzeige der Umweltbehörde anhängig. Der Vorwurf lautet, daß die Godewind in mehreren Fällen wesentlich mehr Urandioxidpulver transportierte, als es die Genehmigungen des Bundesamtes für Strahlenschutz erlaubten.

Doch auch in Unfälle ist die Godewind bereits verwickelt gewesen. Der letzte ereignete sich in der Ostsee am 15. März diesen Jahres in der Nähe der dänischen Insel Mön. Um 4.36 Uhr kollidierte die Godewind mit dem auf Zypern registrierten Schiff "Natalie", wobei die Godewind offenbar Schuld hatte. Die Natalie, beladen mit Mais, mußte mit einen Leck bis tief unter die Wasserlinie zunächst in Rostock notdürftig repariert werden. Bei der Weiterfahrt nach Kiel löste sich jedoch die über das Leck geschweißte Stahlplatte und nur mit Mühe konnte der Zielhafen erreicht werden. Die Godewind fuhr aus eigener Kraft zur HDW-Werft "Nobiskrug-Rendsburg" im Nord-Ostsee-Kanal. Hier zeigten sich mehrere Beulen und Löcher im Bug sowie ein eingedrückter Steven. Zwischen dem 17. und 19. März wurde allerdings nur eine Notreparatur durchgeführt. Anschließend brachte die Godewind das geladene Papier nach England. In diesem geflickten Zustand nahm die Godewind am 30. März schon wieder frische Brennelemente in Hamburg an Bord. Nach Angaben der Wasserschutzpolizei Rendsburg sollten die Schäden an der Godewind erst über Ostern in der Rendsburger Werft richtig repariert werden. Die Hamburger Umweltbehörde hat inzwischen die zuständige Genehmigungsbehörde, das Bundesamt für Strahlenschutz in Braunschweig von diesem Vorfall unterrichtet. Ob dies jedoch sozusagen amtlicherseits zu einem vorläufigen Stopp der Atomtransporte führen wird, kann bezweifelt werden.

Dirk Seifert

# 18. Der Traum von Großdeutschland - Die "deutsche Revolution" im Spiegel der neofaschistischen Presse

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Deutsche Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:05

Vor einem guten Jahr feierte der Neofaschismus im Schatten der großen Volksparteien seine Renaissance. Der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde bei Wahlen wurde u.a. mittels der Politik mit der "Deutschen Frage" mühelos möglich.

Heute - kurz vor dem Anschluß der DDR - erleben wir die teilweise Übernahme der faschistischen Inhalte in der "Deutschen Frage" durch die großen Volksparteien.

Hatte selbst ein "Stahlhelmer" wie Streibl von der CSU noch im September 1989 den "Gedanken an die Wiedervereinigung auf Eis" gelegt (FR, 28.9.89), so holen jetzt Christ- und Sozialdemokraten angesichts der Notwendigkeiten der Anschlußpolitik aus verstaubten Mottenkisten die nationalistischen Programme und Konzepte hervor, die stark an die Inhalte des Neonazismus und Revanchismus angelehnt sind und starten damit ihre "deutschlandpolitische Offensive".

Der Neonazismus reagiert darauf weitgehend hilf- und sprachlos. Mehr noch: Man entdeckt (zum Teil) die Gemeinsamkeit der Patrioten. Kohl und Brandt, die noch vor Monaten wütend als "Verzichtler" angegriffen wurden, werden heute entweder hochgelobt oder eifersüchtig beschuldigt, Inhalte kopiert zu haben.

Ein Profil rechts von der CDU/CSU und SPD können die Nazis kaum entwickeln, mögliche Bruchlinien, wie z.B. Neutralität statt Westbindung, kaum nach außen darstellen, was das relativ schlechte Abschneiden der REP bei den Wahlen und eine eher mickerige Mobilisierung bei Aufmärschen und Kundgebungen belegt.

Das Gefährliche an der gegenwärtigen Situation ist, daß bisherige Grundzüge des Neonazismus in der "Deutschen Frage" zur offiziellen Regierungspolitik geworden sind. Das der Neonazismus deshalb gegenwärtig ein Tal durchschreitet und seine Orientierungskrise erlebt, ist alles andere als beruhigend. Dies um so weniger, weil die Auflösung der Nachkriegsordnung und der Paktsysteme eine völlig neue Situation geschaffen hat und deshalb neue deutsche Sonderwege (auch im Rahmen eines "europäischen Sicherheitssystems") durchaus möglich machen, und weil hier die Gefahr besteht, daß wenn der Wiedervereinigungsprozeß gestoppt werden sollte, egal, ob von den westlichen Verbündeten oder der Bundesregierung, der Neonazismus einen beträchtlichen Aufschwung bekommen dürfte.

Wir werden in diesem Artikel die Positionen skizzieren, vor allem ihr Verhältnis zur CDU/CSU und SPD, ihre Neutralitäts- und Europakonzepte und ihre Ansätze zur strategischen Umorientierung.

Nazis zur CDU: Zwischen Euphorie und Nörgelei

Mit dem endgültigen Verschwinden der Unions-Modernisierer um Geißler und Süßmuth ins Privatleben bzw. auf Ehrenposten und dem Durchsetzen der Kohl-Linie seit der Übersiedlungswelle, spätestens jedoch seit dem Mauerdurchbruch, sind in der neofaschistischen Presse die Positionen zur Union durcheinandergewirbelt. Waren zuvor die Unionsparteien erklärter Feind, weil sie ihre Wendeversprechen nicht im Sinne der Rechten eingelöst hatten und in der Deutschlandpolitik eher die Fortsetzung sozial-liberaler Politik als die Stärkung revanchistischer Forderungen betrieben, sahen sich die neofaschistischen Gruppen nach dem 9.11.89 mit einem 10-Punkte-Plan konfrontiert, der ihrer eigenen Ideologie entstammt.

Dementsprechend waren und sind die Reaktionen aus diesen Gruppierungen. Glattweg begeistert ist die Deutsche Volksunion (DVU), die sich um die drei Massenzeitungen aus dem Verlag des Dr. Frey gruppiert. In der "National-Zeitung" heißt es über den "Kanzler der Einheit": "Eins steht fest: Die Regierung Kohl hat sich mit ihrem Wiedervereinigungsplan endlich von politischen Leerformeln verabschiedet. Sie hat einen Vorstoß gewagt und hinkt nicht länger hinter der Entwicklung her." (Deutsche National-Zeitung, 8.12.89)

Auch bezüglich der polnischen Westgrenze verteidigt die "National-Zeitung" Kohl gegen die Kritik von SPD und FDP: "Sehr richtig hat Kohl (...) darauf verwiesen, daß er selbstverständlich nicht für Gesamtdeutschland sprechen könne (...) Keine Regierung der Bundesrepublik Deutschland wäre rechtlich in der Lage, über

irgendein deutsches Gebiet oder irgendeine Grenze zu bestimmen, geschweige denn zu verzichten." (DNZ, 26.1.90)

Daß Kohl den "Anschlußzug" sicher steuert, ist für die "National-Zeitung" keine Frage: "Der Kanzler will den Königsweg einer ganz raschen Vereinigung über Artikel 23 des GG gehen, weil er erkannt hat, daß die Situation nicht unähnlich der Lage im Herbst 1870 vor Gründung des zweiten, des kleindeutschen Reiches ist: Jetzt ist das Eisen heiß, und jetzt kann es geschmiedet werden." (DNZ, 16.3.90)

Bei so viel Lob und bei so vielen inhaltlichen Gemeinsamkeiten ist es kein Wunder, daß die Propagandisten der DVU in der "National-Zeitung" bis an den Rand der Selbstaufgabe ihrer politischen Oppositionsrolle gehen. In einer Art Zwischenbilanz kann mensch lesen: "Wenn Kohl die Einheit vollendet, die die friedliche mitteldeutsche Revolution und die Weisheit Gorbatschows möglich gemacht haben, werden die Millionen Wähler, die die CDU/CSU wegen einstiger Verirrungen der Politik verlassen haben, spätestens bei der Bundestagswahl zurückströmen." (DNZ, 16.2.90)

Nichts von dieser Euphorie der DVU ist dagegen bei ihrem Bündnispartner NPD zu erkennen. Zwar wird betont, daß das Bündnis zur Bundestagswahl steht, aber die Verunsicherung ist deutlich spürbar. Verzweifelt und wenig erfolgreich versucht sie, ein deutschlandpolitisches Profil zu behaupten und zu entwickeln. Gerade was die Konföderation der beiden deutschen Staaten betrifft, besteht sie auf ihrem Urheberrecht: "Welche Entwicklung sich vollzogen hat, erhellt sich aus der Tatsache, daß der Bundeskanzler im Deutschen Bundestag mit seinem 10-Punkte-Programm für eine deutsche Konföderation ein Konzept der NPD vortrug! Denn so steht es seit 1982 in den programmatischen Leitlinien der Nationaldemokraten: Dort wird die Aufnahme von Verhandlungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Ziel, zunächst als den Bund deutscher Staaten die Konföderation Deutschland zu schaffen gefordert. "(...) wir können nicht klagen, wenn nun selbst der Bundeskanzler nationaldemokratische Gedanken vertritt!" (Deutsche Stimme, 1/90)

In der "Jungen Freiheit", einer den Republikanern nahestehenden Zeitung mit nationalrevolutionären Einsprengseln, konstatiert der deutschland-politische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eduard Lintner (CSU), daß "den Republikanern ein wichtiges Themenfeld mit der Deutschlandpolitik aus der Hand genommen worden (ist), der Kanzler hat mit seinem Deutschlandplan und klaren Worten die Offensive für die Unionsparteien zurückgewonnen." (Junge Freiheit, 1/90)

Republikaner-Chef Schönhuber bestätigt dies im Großen und Ganzen und gesteht im Gegensatz zur NPD und anderen ein, daß die Republikaner kaum etwas darüber Hinausgehendes anzubieten haben. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Ausgaben des "Republikaner" des letzten Vierteljahres das Gejammer über den Erfolg der "Kopisten" und der verzweifelte Versuch, sich zumindest noch in den eigenen Standardthemen "Überfremdung" und "Asylschwemme" von Bonn abzugrenzen. Auch die REP beanspruchen die geistigen Väter der Konföderation zu sein.

Aus dem gleichen politischen Spektrum kommend, aber inzwischen unter deutlich stärkerem nationalrevolutionären Einfluß stehend, kritisiert "Europa vorn" von vornherein die Westbindung der CDU/CSU: "Es ist schon sehr bitter, mitansehen zu müssen, wie zynisch weite Teile der Bonner Regierung (...) ihre Hauptaufgabe offensichtlich darin sehen, ein vereintes Deutschland für die westliche Wertegemeinschaft zu retten. Eine Bundesregierung ist, zumal dann, wenn sie mehrheitlich von der Union gestellt wird, eben doch nicht sehr viel mehr als institutionalisierter Landesverrat!" (Europa vorn, Nr. 6, S. 3)

Dies entspricht im wesentlichen der Hauptkritik an Kohl auch in anderen nationalrevolutionären Zeitungen. In den der NPD nahestehenden "Staatsbriefen", dem Hausorgan des nationalistischen Theoretikers Hans-Dietrich Sander, heißt es: "Hüten wir uns vor den Einbindungsversuchen durch Frankreich und England, die nur darauf abzielen, uns im gemeinsamen Haus Europa den Keller zuzuweisen." (Staatsbriefe, 2/90, S. 5)

Nazis zur SPD: Von "Brandt an die Wand" zum Kniefall vor Willy

Mit seiner Westberliner Rede und dem Stichwort für die Wiedervereiniger überhaupt - jenem Zusammenwachsen, was zusammengehört -, hat Willy Brandt im rechten Spektrum weit mehr umgestoßen, als es Kohl mit seiner Politik zu tun vermochte. Die DVU ließ sich sogar hinreißen, während des Wahlkampfes in der DDR zur Wahl aller Parteien, die für die Wiedervereinigung seien, aufzurufen, und damit auch explizit

zur Wahl der DDR-SPD. Wählbar wurde sie aufgrund der Brandtschen Politik. Deutsche Männer, Frey und Brandt rücken Schulter an Schulter, wenn es um das "teutsche Vaterland" geht, da tritt Trennendes aus der Vergangenheit zurück, oder wie es die "National-Zeitung" auszudrücken beliebt: "Man mag zu seiner Vergangenheit stehen, wie man will, niemand aber darf sich über die Bedeutung hinwegtäuschen, die die SPD als die große linke Volkspartei in Deutschland hat. Niemand darf daher unterschätzen, was es bedeutet, diese Partei auf den Weg gebracht zu haben, der als einziger ihrer Geschichte angemessen ist (...) Eine Partei allein kann das Werk der Einheit nur schwer vollbringen, den großen demokratischen Konsens hergestellt zu haben, ist Brandts Verdienst." (DNZ, 26.1.90)

Nichts charakterisiert treffender den politischen, erdrutschartigen Rechtsruck der SPD (und mit ihr weiter gesellschaftlicher Kreise) als dieses völkisch-vaterländische "Kompliment" von dem Presseorgan des Neonazismus schlechthin.

Diesem Kniefall der "Altrechten" schließt sich auch die nationalrevolutionäre "wir selbst" an: "Brandt war während der zurückliegenden Wochen in seiner sichtbaren Ergriffenheit und seinem klaren Bekenntnis zur Neuvereinigung Deutschlands einer der glaubwürdigsten Repräsentanten unserer Nation." (wir selbst, November/Dezember 1989, S. 3)

Und für die "Junge Freiheit" ist Brandt "in der SPD wieder zur bestimmenden Größe geworden. Es bleibt zu hoffen, daß er die Kraft hat, die SPD trotz der Schmudes, Schroeders und Lafontaines auf Wiedervereinigungskurs zu halten." (JF, 2/90, S. 3)

Und selbst "Nation und Europa" konstatiert in Anbetracht der neuen "Deutschen Welle" der SPD: "Welch ein Wandel!" (NE, 1/90, S. 26)

Die weitere programmatische Entwicklung der gesamten SPD wird vor allem vom nationalrevolutionären Flügel des Neonazismus für die Zukunft in Rechnung gestellt. Marcus Bauer legt seine strategischen Überlegungen in "Europa vorn" dar: "Zwar hat sich die SPD schon seit langem dem Westkurs der Union angepaßt, doch sprechen einige Aspekte dafür, daß für die nähere Zukunft nationalneutralistische Tendenzen innerhalb dieser Partei nicht auszuschließen sind." Als wichtigstes Argument führt er dabei an, daß es in der SPD "eine größere Bereitschaft und Fähigkeit" gab und gibt, "der NATO gegenüber eine distanziertere, kritischere Haltung einzunehmen". Außerdem setzt er auf "das Entstehen einer betont nationalen und neutralismusfreundlichen Sozialdemokratie in der DDR." Nach Bauer würden "schon vereinzelte Strömungen solcher Art innerhalb der SPD (...) die deutschlandpolitische Diskussion und das Meinungsbild in der BRD sehr in ‚unserem' Sinne ergänzen und beeinflussen." Unter bestimmten Bedingungen, gemeint ist hier vor allem eine schnelle Entwicklung hin zur "staatlichen Einheit Deutschlands", würde sich Bauer sogar einen Wahlsieg der SPD bei der anstehenden Bundestagswahl wünschen, denn: "Schon bald vielleicht brauchen wir eine Regierung, die zu einer pragmatischen und flexibleren Deutschlandpolitik fähig ist und bestehende Strukturen und Verpflichtungen in Frage stellen kann, ohne deswegen gleich in Widerspruch mit sich selbst oder gar in eine tiefgreifende Identitätskrise zu geraten." Und in diesem Fall - so Bauer - dürften "die Aussichten bei der SPD noch am günstigsten sein." (Europa vorn, Nr. 6, S. 16)

Nazis über Nato und EG

Diese klar neutralistische Position, für die Marcus Bauer seine Hoffnungen an die SPD knüpft, ist auch bei anderen Presseorganen und Gruppierungen der neonazistischen Szene tonangebend. In der selben Ausgabe von "Europa Vorn" führt Alain de Benoist, einer der führenden Theoretiker der europäischen Neuen Rechten aus, was er sich von den deutschen Entwicklungen erhofft und liefert damit gleichzeitig eine Kurzfassung der hinter der neu-rechten Neutralitätsforderung stehenden Ideologie: "Jegliche Veränderung des deutschen Zustandes bringt auf Dauer eine Veränderung des allgemeinen Zustandes von Europa mit sich. (...) Ich bin für die Wiedervereinigung Deutschlands, weil ich die Wiedervereinigung des ganzen europäischen Kontinents wünsche. Ich bin für die stufenweise Bildung eines neutralen Mitteleuropas, das ein wiedervereinigtes Deutschland einschließt und geeignet ist, nach Westen und Osten eine Dialektik zu entwickeln, die es Europa ermöglicht, sich als selbständige und unabhängige Macht einzurichten. (...) Wir treten aus der Logik Jaltas, als der Nachkriegszeit, heraus. Und damit ist alles möglich: Die Geschichte ist nun mal unbeständig und unvorhersehbar. Ich erwarte das Ende der Imperialismen und die Wiedergeburt der Völker." (Europa vorn, Nr. 6, S. 9)

In "Nation Europa" werden die einzigen Partner für die neu-rechte Neuordnung Europas genannt: "Wenn immer wieder die Russen als alleiniger Bösewicht und Verhinderer der deutschen Wiedervereinigung hingestellt werden, widerspricht dies den Tatsachen." (NE, 12/89, S. 10)

Begründet wird dies mit der historischen Entwicklung: Im "Rüstungswettlauf mit den USA verloren die Russen, je länger je mehr, an Gewicht." Dadurch kamen die Reformer um Gorbatschow an die Macht. Ihre Glasnost- und Perestroikapolitik setzte "im Vielvölkerstaat UdSSR Kräfte (frei) ..., die bis dahin niedergehalten werden konnten", nämlich das "Streben nach nationaler Eigenständigkeit", das von den Sowjetrepubliken auch auf die Randstaaten übergegriffen hat. "Selbst die Deutschen jenseits von Stacheldraht und Mauer begannen Hoffnung zu schöpfen. Sie nützten die Lücken im Zaun, den ihnen ihre Regierung gelassen hatte, zur ‚Abstimmung mit den Füßen'". (NE, 12/89, S. 8/9)

Für die NPD-nahe "Nation Europa" sind die "Russen" die "einzigen Partner, mit deren Hilfe unser vordringliches nationales Ziel der Verwirklichung einen Schritt näher gebracht werden könnte. Das Beispiel von Finnland und danach das Abkommen mit Österreich beweisen, zu welch großen Zugeständnissen die Russen sich bequemen können, sofern ihnen zugesichert werden kann, daß der Partner nicht allsogleich als aktives Mitglied in einer gegnerischen Koalition auftaucht." (ebenda, S. 10)

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Presseorganen des Neofaschismus in der Frage der Neutralität und dem Ausstieg aus dem Blockdenken, sind nur gradueller Art. Für sie alle ist das Verbleiben in der NATO hinderlich bei der Herstellung der deutschen Einheit, oder wie es der NPD-Parteivorsitzende Martin Mußgnug formulierte: "Wer heute sagt, das neuvereinigte Deutschland müsse der NATO angehören, will die Einheit verhindern oder ist ein politischer Esel." (Deutsche Stimme, 1/90, S. 2)

Bei den REP klingt das noch ein wenig unbestimmt. "Die Frage der Neutralität kann überflüssig werden, wenn es das Bedrohungspotential der beiden großen Militärblöcke nicht mehr gibt. Für die Republikaner gilt: Das Ziel der Wiedervereinigung ist vorrangig und höher zu bewerten als ein Verbleib der Bundesrepublik in der NATO. Die NATO ist nicht Staatsräson. Militärische Bündnisfreiheit setzt aber Sicherheitsvereinbarungen auf Gegenseitigkeit voraus und eigene Verteidigungsfähigkeit." (Der Republikaner 1/90, S. 5)

Die DVU setzt auch hier eher Pro-Unions-Linie fort und sieht - und damit steht sie auf der Rechten dann vollends allein da - Chancen in einer Fortentwicklung und Umorientierung der NATO: "Es ist doch das Problem von NATO und Warschauer Pakt, wenn auf dem Boden des einheitlichen Deutschland vorübergehend deutsche Streitkräfte stünden, die der Bundesregierung unterstehen und formell zwei Paktsysteme angehören. (...) Wenn sich die Bündnisgiganten USA und Sowjetunion nicht einigen können, ist das ihre Sache, aber kein Grund, mit der Wiedervereinigung zu warten. (...) Der nunmehr lautwerdende Vorschlag eines der vier wichtigsten Deutschland-Berater Gorbatschows, Valentin Koptzelzew, die Sowjetunion könne doch auch in die NATO eintreten, zeigt den sinnvollen Wandel dieser Organisation in eine Art politischen Club, es sei denn, es steckt die Absicht dahinter, diesen denkbaren Ost- West-Club zur Fesselung Deutschlands zu benützen." (DNZ, 30.3.90)

Daß die neutralistischen Vorstellungen kein neofaschistisches Sektierertum sind (sieht man mal von einigen Ausnahmen ab), sondern mittlerweile in durchaus realistischen Einschätzungen der weltpolitischen Großwetterlage ihre Begründung haben, so z.B. in der Beurteilung der Zerrüttung des politischen Systems der SU, der schwelenden Nationalitätenkonflikte usw., macht auch ihre Gefährlichkeit aus.

Auch in ihren Vorstellungen für ein neues Sicherheitssystem, sei es durch die Auflösung der Blöcke oder durch eine Umstrukturierung der NATO, finden sie ihre Diskussionspartner in den beiden großen Volksparteien. Vor allem das "europäische Sicherheitssystem", das durch die sicherheitspolitischen Diskussionen der SPD geistert und auch bei Grünen und der Friedensbewegung Anklang findet, bietet da viele Parallelen und Anknüpfungspunkte.

Antifaschismus-Kommission

KB Göttingen

# 19. Europa im Datennetz - Über die Vereinheitlichung von "innerer Sicherheit" und des technischen Standards

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:11

Der folgende Artikel von Thilo Weichert wird in der im Mai erscheinenden Broschüre "EUROPOL - Die Bullen greifen nach den Sternen: Europäische Gemeinschaft der Inneren Sicherheit" publiziert (Bestelladresse s. am Ende der Anmerkungen). Diese Broschüre, die von "Bürger kontrollieren die Polizei "(Bremen), "CILIP - Bürgerrechte und Polizei" (Berlin) und "Straßenmedizin - Mitteilungsblatt der Sanitätergruppen" (Hamburg) herausgegeben wird, enthält uz.a. Beträge zu TREVI und Schengen, zum Asylrecht in Westeuropa, dem Drogenkrieg des BKA, zur Strafrechtvereinheitlichung und westeuropäischer Zusammenarbeit bei der "Terrorismusbekämpfung" in Westeuropa, usw. Darüberhinaus werden die Schengener Verträge und Zusatzabkommen vollständig dokumentiert. Der Autor wie auch die Herausgeber haben uns den Artikel freundlicherweise zum Vorabdruck überlassen.

1. Datenverarbeitung in der Europäischen Gemeinschaft

In den Römischen Verträgen vereinbarten 1957 die Mitgliedsstaaten der damaligen Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft (EWG) unmißverständlich die Überwindung der nationalen Grenzen zugunsten einer supranationalen wirtschaftlichen und zunehmend auch quasi-staatlichen Einheit. Mit der Bildung des gemeinsamen Marktes der Europäischen Gemeinschaft (EG) ging zwangsläufig eine Internationalisierung der Informationsverarbeitung einher.

So wirbt heute eine Wirtschaftsauskunftei damit, sie erhalte on-line Wirtschaftsdaten aus 12 Ländern. Für die europäischen Kunden stelle sie 800000 Firmenprofile aus Deutschland und 8 Mio. aus den 12 EG-Ländern in 9 Sprachen direkt über PC jedem Interessenten direkt abrufbar zur Verfügung (1). Britische Unternehmen fügen im internationalen Maßstab "life-style-orientierte Kundenprofile" ihrer Auftraggeber zusammen, um gezielt Werbematerial anzubieten. Die Masse auslandsbezogener Auskünfte aus Kreditinformationssystemen nimmt spektakulär zu (2). Daten der Arbeitnehmer in der EG, denen die Freizügigkeit der Arbeitsplatzwahl garantiert ist, werden innerhalb der internationalen Konzerne, teilweise auch zwischen konkurrierenden Unternehmen ausgetauscht (3).

Bei internationalen Datenschiebereien steht der Staat nicht hinten an. Das Rentenreformgesetz läßt in § 148 III die on-line-Verbindung der verschiedenen nationalen Rentenversicherungsträger zu (4). Ähnlich bei der Steuerverwaltung: Um zumindest einen gewissen Überblick über die Kapitalbewegungen in der EG zu erhalten, bedarf es des systematischen Austausches zwischen den nationalen Finanzbehörden (5).

Auch die EG erhebt in zunehmendem Maße Daten, verarbeitet und übermittelt diese. Fast schon selbstverständlich ist, daß die EG ein DV-gestütztes Personalinformationssystem besitzt. Das Statistische Amt der EG in Luxemburg plant die Übermittlung von Informationen, die dem Statistikgeheimnis unterliegen, ohne jegliche Anonymisierungsgarantie (6).

Massiver als im Planungsbereich sind die Informationsbedürfnisse der EG im Leistungs- und Subventionsbereich. So ließ z.B. die EG vor dem Hintergrund der Milchgarantieverordnung von 1984 einen 19 Seiten dicken Fragebogen von den Landwirtschaftsbetrieben ausfüllen, der Fragen über Wohn-, Lebens- und Arbeitsverhältnisse enthält, von den Kalorien der Mahlzeiten bis zu den Ausgaben für Blumenschmuck, Unterwäsche und Kinobesuch (7).

Die EG sammelt nicht nur Daten, sie setzt auch die Eckpunkte für den Daten-und Informationsmarkt. Im "Grünbuch zur Telekommunikation" (8) steht unmißverständlich zu lesen, daß es das primäre Interesse der EG ist, eine möglichst effektive Nutzung der Informationstechnologien sicherzustellen, den Informationsmarkt auszubauen, gemeinsame Standards zu entwickeln und sonstige Wettbewerbshindernisse zu beseitigen (9). Diesen Zweck verfolgen eine Vielzahl von EG-Projekten mit geheimnisvollen Namen wie INSIS, ESPRIT, RACE, TEDIS oder STAR, welche zumeist ein Finanzvolumen in Milliarden-Höhe haben (10).

Seit langem gibt es bei der Kommission der EG eine "Generaldirektion Datenverarbeitung", die denselben Zielen verpflichtet ist. Mit Art. 24 der Europäischen Einheitlichen Akte (EEA) vom Juli 1987 wurden erstmals spezifische rechtliche Grundlagen für die Forschungs- und Technologiepolitik in den EWG-Vertrag eingefügt (11), was zur Folge hatte, daß die Kommission ihre Aktivitäten in Richtung auf einen gemeinsamen Informationsbinnenmarkt verstärkte (12).

Die EG betreibt selbst Informationssysteme, so seit 1970 die von allen Gemeinschaftsorganen gemeinsam genutzte Datenbank der automatischen Dokumentation des Gemeinschaftsrechts (CELEX) (13). Das 1980 in Betrieb genommene Euronet DIANE ist eine Einrichtung der Postverwaltungen der EG-Mitgliedsstaaten, welches Zugang zu weit über 300 internationalen Datenbanken gewährt (14). Außerdem gibt es eine Vielzahl von EG-eigenen, auch Privatleuten und Privatgesellschaften zur Verfügung stehenden Datenbanken (15).

Schon 1993 soll europaweit ein digitales dienstintegrierendes Kommunikationsnetz (ISDN) zur Verfügung stehen (16).

Um gegenüber den USA nicht den Anschluß zu verlieren, schreckt die EG nicht einmal davor zurück, die sensibelsten Personeninformationen des menschlichen Erbguts anzutasten. Mit dem 30-Mio.-Mark-Programm "Analyse des menschlichen Genoms" soll die DNA kartiert werden, zu Zwecken der "medizinischen Prävention" (17).

Besondere Erwähnung verdient schließlich die einzige quasi-polizeiliche Einheit der EG mit dem Namen UCLAF. Es handelt sich hierbei um eine internationale Einheit zur systematischen Bekämpfung des Betruges mit EG-Mitteln, die mit Beamten der Kommission der EG und speziellen Polizei-Einheiten der EG-Staaten besetzt ist (18).

2. Datenschutz in den EG- Staaten

Vor der Darstellung der Aktivitäten und Bestrebungen im "Sicherheitsbereich" soll erörtert werden, wie es allgemein innerhalb der EG und den Mitglieder-Staaten um den Datenschutz steht (19).

Schon auf nationaler Ebene sieht es weitgehend trübe aus. Generell wird behauptet, der Datenschutzstandard in der Bundesrepublik (BRD) und in Frankreich wäre am höchsten (20). Doch weit her ist es dort mit dem Datenschutz beileibe auch nicht (21).

In der BRD begann Hessen 1970 mit der Vorlage eines Landesdatenschutzgesetzes. Die anderen Länder zogen erheblich später nach, der Bund erst im Jahr 1977 (22). Diese Gesetze entsprechen aber schon lange nicht mehr dem aufgrund der technischen Entwicklung notwendigen Standard, wie ihn das BVerfG 1983 forderte (23). Auch die derzeit von der Bundesregierung vorgelegten Datenschutzgesetze laden durch ihre generalklauselartigen Regelungen die Exekutive geradezu zum Mißbrauch ein (24).

In Frankreich soll, nach einem Dekret von 1974, ein Gesetz von 1978 die Freiheitssphäre des Einzelnen schützen (25).

Die Niederlande haben in ihrem kürzlich verabschiedeten Datenschutzgesetz den Polizeibereich ausgenommen (26). Auch in Luxemburg fehlen entsprechende Regelungen (27).

In Italien sind bisher alle Versuche, gesetzliche Datenschutzregelungen zu verabschieden, gescheitert (28).

Dies gilt auch für Belgien (29).

Zwar sind in den modernen Verfassungen von Portugal und Spanien aufgrund der Erfahrungen mit Datenmißbrauch während der jahrzehntelangen Diktaturen Regelungen über die Verarbeitung personenbezogener Daten enthalten. Darüber hinausgehend gibt es aber auch hier nur Fehlanzeigen (30).

3. Internationaler Datenschutz

Auf internationaler Ebene sind Datenschutznormen bisher lediglich als unverbindliche Empfehlungen vorhanden. Dies gilt z.B. für die Leitlinien der OECD vom 23.9.1980 (31).

Dies gilt aber auch für die Regelungen des Europarats. Dort entstand nach längeren Vorarbeiten 1981 das "Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten" (32). Diese Konvention ist bis heute das einzige völkerrechtlich verbindliche Dokument auf dem Gebiet des

allgemeinen Datenschutzrechts. Es wurde bisher nur von neun Staaten ratifiziert, darunter den sechs EG-Staaten Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, Bundesrepublik (33), Spanien und Dänemark.

Das erste Problem bei dieser Konvention ist, daß sie keine einklagbaren Rechte für die Bürgerinnen und Bürger begründet, sondern die Staaten lediglich völkerrechtlich verpflichtet (34). Diese Verpflichtung wird von den Staaten folglich nicht sehr ernst genommen. So hat Spanien beispielsweise bis heute keine nationalen Normen erlassen (35). Zudem läßt sich die Konvention nicht auf detaillierte Aussagen über die Verarbeitungsvoraussetzungen ein, sondern formuliert allgemeine Grundsätze, die nicht unbedingt dem Persönlichkeitsschutz Vorrang einräumen, sondern beispielsweise dem grenzüberschreitenden Verkehr, dem "freien Fluß" von Personendaten (Art. 12 Abs. 2 DatSchK) (36).

4. EG-Datenschutz

Ist das Urteil über die nationalen und internationalen Bestrebungen zum Persönlichkeitsschutz schon negativ bis vernichten, so gilt dies in noch stärkerem Maße für die EG (37).

Zwar sind vom weitgehend kompetenzlosen Europäischen Parlament (EP) immer wieder Beteuerungen über die Bedeutung des Persönlichkeits-, konkret des Datenschutzes, zu vernehmen und das seit 1976. Am 8.5.1979 wurde sogar eine "Entschließung zum Schutz der Rechte des Einzelnen angesichts der fortschreitenden Entwicklung auf dem Gebiet der Datenverarbeitung" verabschiedet (38). Ansonsten üben die EG-Organe aber strikte Abstinenz. Das höchste der Aktivitäten war bisher die Empfehlung der Kommission an die EG-Mitglieder, die Datenschutzkonvention des Europarats zu unterzeichnen, immer wieder auf diese Konvention hinzuweisen oder gar zu erwägen, als EG selbst diesem Vertrag beizutreten (39).

Der Ministerrat hat sich bis heute lediglich darum bemüht, die reibungslose Nutzung der Kommunikationstechnologien zu ermöglichen (40). Ein 1985 geschaffenes "Legal Observatory" der EG, welches u.a. die Funktion hat, die Entwicklung des Datenschutzes in den Mitgliedsstaaten zu verfolgen, sieht seine vorrangige Aufgabe darin zu vermeiden, daß datenschutzrechtliche Regelungen wettbewerbs- oder markthemmend wirken könnten (41). Diese Überbetonung von reinen Wirtschaftsinteressen hat für den Datenschutz fatale Konsequenzen: Wegen des Vorrangs des Gemeinschaftsrechts, der vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) selbst im Bereich des Grundrechtsschutzes anerkannt wurde (42), haben eventuell restriktive nationale Datenschutznormen gegenüber dem EG-Recht keine Chance (43). Das "Europa der Bürger" war und ist eben ein Europa der Händler und nicht ein Europa der Menschenrechte (44).

Von unterschiedlicher Seite wurde wegen der gravierenden datenschutzrechtlichen Defizite ein eigenes EG-Datenschutzrecht und die Einrichtung einer europäischen Datenschutzkontrollinstanz gefordert (45). Dem aber wird entgegengehalten, die EG habe keine Kompetenzen in diesem Bereich. Begründet wird dies damit, der EWG-Vertrag weise keine datenschutzrechtliche Zuständigkeitszuweisung auf (46). Eine pure Schutzbehauptung: Geht es um wirtschaftliche Freizügigkeit, so waren Kompetenzmängel bisher fast nie ein Problem. Unbestrittenermaßen hätte die EG die Möglichkeit, Datenschutznormen als "Annex" kraft Sachzusammenhang bereichsspezifisch zu erlassen (47).

Welche Konsequenzen das unterschiedliche nationale Datenschutzrecht und das Fehlen von europäischen Datenschutznormen hat, sieht man bei der immer schamloser betriebenen "Flucht in Datenschutzoasen", d.h. der Verlegung der Datenverarbeitung in Länder, wo die geringsten Restriktionen bestehen (48). So verlagerte ein deutsches Sex-Waren-Unternehmen seine datenträchtige Marketing-Abteilung nach Italien; ein Frankfurter Adressenhändler verarbeitet sein Datenmaterial im datenschutzfreien Belgien (49). Diese "Flucht" wird nicht nur von Privatfirmen, sondern selbst von staatlichen Sicherheitsbehörden praktiziert: Es gibt Fälle von internationaler Telefonüberwachungen, bei denen die stärker rechtlich gebundenen Behörden ihre weniger eingeschränkten Nachbarämter darum bitten, die Leitung anzuzapfen.

Daß bei der grenzüberschreitenden Datenübermittlung bisher noch wenig handfeste Skandale bekannt wurden, liegt nicht daran, daß konkrete Mißbrauchsfälle nicht vorkommen. Vielmehr entzieht sich dieser Datentransfer völlig der Kenntnis der Betroffenen, der Kontrollbehörden und damit auch der Öffentlichkeit (50).

5. IKPO - Interpol

Eine besondere Gefährdung für das Persönlichkeitsrecht der Menschen innerhalb und außerhalb der EG stellt die informationelle Zusammenarbeit der europäischen Sicherheitsbehörden dar (51). Diese Zusammenarbeit

erfolgt auf verschiedenen Ebenen: Neben einer Vielzahl von inoffiziellen und geheimen Kooperationsformen, z.B. den "Clubs" (52), den bilateralen Kooperationen (polizeilicher kleiner Grenzverkehr) (53) und der Zusammenarbeit der regionalen Rauschgift-Arbeitsgruppen sind dies v.a.

- IKPO-Interpol (Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation),

- TREVI (Terrorisme, Radicalisme, Extremisme, Violence Internationale) und

- Schengen.

Interpol ist im wesentlichen nichts anderes als eine internationale Informations- und Kommunikationszentrale. Von den knapp 500 000 Nachrichten, die über Interpol zwischen den zentralen Polizeibehörden (Nationale Zentralbüros - NZB, für die BRD: Bundeskriminalamt - BKA) jährlich ausgetauscht werden, haben die Nachrichten aus Europa mit 80 % den Hauptanteil (davon wieder ca. 30% aus der BRD) (54). Der Schwerpunkt liegt in der Ausstrahlung von Personen- und Sachfahndungen, von Warnmeldungen, Täter- und Opferidentifizierungen sowie in der Auswertung von Arbeitsweisen (modus operandi) international aktiver Rechtsbrecher.

Der Datenaustausch erfolgt über ein eigenes Kurzwellennetz, welches dauernd technisch verbessert wird. Den höchsten Standard hat man innerhalb Europas erreicht, wo nicht mehr mit Morsefunk und einfachem Fernschreiber gearbeitet wird, sondern in zunehmendem Maße mit Telex, Teletex, Telefax, Telebild und on-line-Datenfernübertragung. 1989 wurde die Zentrale von Interpol von Paris - St.Cloud nach Lyon verlegt. In der neuen Zentrale steht ein zentrales elektronisches Rechenzentrum zur Verfügung mit Personen, Fall-, und Objektdateien, auf welche die NZBs direkten Zugriff haben sollen (Fichier Informatisé des Recherches - FIR) (55).

Lange Zeit war die Datenverarbeitung von Interpol überhaupt keiner Kontrolle unterworfen. Als erste Prüfungen durch die bundesdeutschen Datenschutzbehörden erfolgten, zeigte sich eine Vielzahl von Mängeln (56). Das Sitzstaatabkommen von 1984 sah dann die Einrichtung einer "internen Kontrolle" durch eine Kommission vor, in welche Polizeibeamte und nationale Datenschützer berufen werden sollten. Ob deren Arbeit wirksam ist, läßt sich schwer beurteilen, muß aber bezweifelt werden (57).

Wegen der Konzentrierung der Interpolarbeit in Europa, wegen der außerhalb Europas bestehenden technischen Defizite und der Unterschiedlichkeit der Regierungssysteme v.a. in der "Dritten Welt", entwickelte sich innerhalb von IKPO-Interpol eine europäische Tochter, das "Technisches Komitee" (TCE), aus der 1986 das Europäische Sekretariat (EuSec) hervorging (58).

Der Schwerpunkt informationeller Polizeikooperation verlagert sich immer mehr weg von IKPO-Interpol und hin zu Einrichtungen, die der EG lose angegliedert sind, ohne dort organisatorisch eingebunden zu sein (59). Diese Kooperation, z.B. bei TREVI und Schengen, ist daher ebensowenig dem Europäischen Gerichtshof oder dem EP veranwortlich wie die Interpol-Arbeit und hat den Vorteil größter Flexibilität, gleichgelagerter Regierungsinteressen und eines gemeinsamen hohen technischen Standards.

6. TREVI

Zwischen den TREVI-Staaten, die identisch sind mit den EG-Staaten, findet seit 1976 der Austausch von Personeninformationen statt (60). Das Schwergewicht lag zunächst im sogenannten Terrorismus-Bereich. Inzwischen wird neben dem europaweiten Sofort-Informationsaustausch nach "terroristischen Ereignissen" auch ein Austausch über "unerwünschte Ausländer aus Drittstaaten" praktiziert (61). Die Aktivitäten von TREVI weiteten sich immer weiter aus und umfassen heute praktisch alle Kriminalitätsbereiche, vor allem das, was mit dem Begriff "organisierte Kriminalität" zu umschreiben versucht wird. Es gibt Meldedienste zu Terrorismus, Drogenhandel, Waffenhandel, bewaffnetem Raub, Betrug, Menschenhandel, Erpressung, Entführung und zu Fußballkrawallen.

Die Arbeitsgruppe II von TREVI widmet sich in besonderem Maße der gemeinsamen technologischen Entwicklung, u.a. auf den Gebieten der Datenverarbeitung und des Datenaustausches. 1986 wurde der Aufbau eines eigenen "geschützten" grenzüberschreitenden Kommunikationssystems beschlossen, das 1987 betriebsbereit war.

Die erste demonstrative öffentliche Groß-Fahndungsaktion erfolgte anläßlich der Fußball-Europameisterschaft 1988 in der Bundesrepublik über ein TREVI-Informations- und Korrespondentennetz. In Kooperation mit den Fußballverbänden sammelten die Sicherheitsbehörden Informationen, z.B. über Kartenverkauf, Mannschaften, Baumaßnahmen in den Stadien und bisherige Erfahrungen mit Hooligans in Europa. Die EG-Partnerstaaten schalteten ihre Informationen über Stärke, Zusammensetzung, Reisewege und Reisezeiten der als gewalttätig eingeschätzten Fan-Gruppen zusammen. Nahezu perfekt und weit vor den Stadien konnten die Polizeibehörden dann zugreifen: durch Einreiseverweigerung, bei der polizeilichen Kontrolle und Begleitung der Fan-Gruppen, ja sogar beim Vorverkauf der Eintrittskarten für besonders brisante Spiele.

7. Schengen

Eine erste gesetzlich abgesicherte Normierung der polizeilichen Kooperation in Europa soll im Schengen-Zusatzabkommen erfolgen (62). Dieser Name ist verharmlosend: Der geplante Staatsvertrag (künftig Schengen II) ist nicht bloß ein Anhängsel des 1985 unterzeichneten Regierungsabkommens über die Reduzierung von Grenzkontrollen. Es handelt sich vielmehr um die erste vertragliche Basis einer europäischen zentralen Polizeibehörde namens "Europol", "Europäisches FBI" oder "Europäisches Kriminalamt" (EKA) (63).

Deren Kernstück wird zunächst das Schengen-Informationssystem (SIS) sein. Dabei handelt es sich um ein Computernetz zwischen den BeNeLux-Staaten, Frankreich und der BRD mit einer zentralen Recheneinheit in Straßburg. Als Kosten für deren Errichtung werden 3,1 Mio. DM genannt. Die Betriebskosten sind mit 1,5 Mio. DM pro Jahr veranschlagt. In der Anlaufphase sollen mit ca. 800 000 Personendatensätzen 15% der Kapazität ausgeschöpft werden. Über die Hälfte der Rechenkapazität sind für die Sachfahndung vorgesehen. Acht bis zwölf Zugriffe pro Sekunde sollen möglich sein (64). Die Zugriffsbefugnis aller Grenz- und Polizeibeamten, in festen Dienststellen wie im Streifendienst, ist vorgesehen, ähnlich dem bundesdeutsches Informationssystem der Polizei (INPOL) (65).

Ihr Interesse an einer Beteiligung am SIS haben bis heute, also vor Realisierung des Projekts, schon die EG-Länder Italien, Portugal und Spanien angemeldet. Nach Wegfall aller Grenzkontrollen in der EG soll aus dem SIS ein EIS (Europäisches Informationssystem) werden (66). Der SIS-Datenbestand soll parallel bei den Nationalen Zentralbüros (NZB) geführt und dauernd aktualisiert werden (Art. 93 Abs. 2 Schengen II). IKPO-Interpol hat Interesse an einer Standleitung zum SIS angemeldet.

Vorgesehen sind folgende Datenkategorien:

- Festnahme (Art. 96 Schengen II),

- Einreiseverweigerung (Art. 97 Schengen II),

- Vermißte, Gefahrenabwehr (Art. 98 Schengen II),

- Aufenthaltsermittlung (Art. 99 Schengen II) und

- verdeckte Registrierung, gezielte Kontrolle (Art. 100 Schengen II = Beobachtende Fahndung bzw. Polizeiliche Beobachtung) von Personen und Fahrzeugen.

Neben dieser Fahndungsdatei, deren Einrichtung ca. 2 Jahre dauern soll, sind schon weitere Euro-Polizeidateien in der Diskussion: Euro-ED-Datei, Haftdatei, Straftaten-/Straftäterdatei (67).

Die Voraussetzungen für eine internationale Ausschreibung sind denkbar vage formuliert. Selbst eine Beschränkung auf mutmaßlich internationale Sachverhalte erfolgte nicht explizit (Art. 95 Abs. 1 Schengen II) (68). Die Ausschreibungen orientieren sich ausschließlich am nationalen Recht, welches völlig unterschiedliche Rahmenbedingungen vorgibt. Bei der Euro-Befa (Art. 100 Schengen II) sind uferlose Generalklauseln vorgesehen (sog. vorbeugende Verbrechensbekämpfung: Gesamtbeurteilung des Betroffenen, Anhaltspunkte für die Planung schwerer Straftaten). Zu Zwecken der nationalen "Staatssicherheit" sind sogar die Geheimdienste zur Befa-Ausschreibung befugt (Art. 100 III Schengen II). Gespeichert werden bei dieser Beobachtungsmaßnahme Reisetag, -ziel und Begleitpersonen, das Fahrzeug, mitgeführte Sachen und gar "Umstände des Antreffens", also praktisch alles (69).

Die Beobachtende Fahndung wird schon auf nationaler Ebene zu Recht als verfassungswidrig und freiheitsbeschränkend kritisiert. Diese Kritik greift natürlich bei der größeren europäischen Tochter mit ihren

uferlosen Klauseln erst recht. Die in der Bundesrepublik vorgeschriebene Trennung von Polizei und Geheimdiensten wird nicht nur faktisch aufgehoben, sondern mit dem Schengener Staatsvertrag auch gesetzlich abgeschafft.

Gefährlich ist aber auch, daß nicht nur die Personen-, sondern auch die Sachfahndung exekutive Maßnahmen fremder Polizeien gegen einzelne Personen zur Folge haben kann (70).

Nicht weniger fragwürdig als die Maßnahmen selbst sind die geplanten Datenschutzbestimmungen, deren windige Formulierung oft erst beim dritten Lesen erkennbar ist: Zwar wird zunächst feierlich der Grundsatz beschworen, daß Daten nur für den Zweck verwendet werden dürfen, zu welchem sie erhoben wurden, doch wird dieses Zweckbindungsprinzip sogleich durch einen Verweis auf das jeweilige nationale Recht aufgehoben (Art. 103 V, 105 Schengen II). Die Auskunftsregelung ist wahrlich schlampig formuliert: Danach sollen die Datenschutzinstanzen nach nationalem Recht Auskunft über Speicherungen geben (Art. 110 I, 115 I Schengen II), obwohl nach nationalem Recht die Datenschutzinstanzen zur Auskunft überhaupt nicht berechtigt sind. Ein ähnlicher Widerspruch bei der Löschung: Es ist unerfindlich, weshalb gelöschte Daten im SIS-Zentralcomputer noch ein Jahr lang gespeichert werden dürfen (Art. 114 II Schengen II).

Weitreichend scheint die Rechtsschutzregelung zu sein (Art. 110 Schengen II), denn Klagemöglichkeiten in jedem beliebigen Land gewährleisten zunächst einen maximalen Rechtsschutz. Für die Auseinandersetzung mit den Sicherheitsbehörden ist dieser Rechtsschutz allerdings überall nur schwach oder überhaupt nicht entwickelt (71). Außerdem wird das Klageverfahren in der Schengenregelung durch ein merkwürdiges Abstimmungsverfahren (Art. 107 Schengen II) überlagert, welches im Ergebnis auf den evtl. geringeren nationalen Datenschutz-Standard des ausschreibenden Staates verweist.

Die Erfahrung mit den nationalen Fahndungssystemen zeigt schließlich, daß gerade bei den Fahndungsdateien der Rechtsschutz de facto völlig leerläuft. Welcher Mensch meldet sich schon, wenn er befürchtet, auf der Fahndungsliste zu stehen, um über die Speicherung Auskunft zu erhalten. Wahrscheinlicher als eine Löschung der Daten dürfte bei derartigen Rechtsschutzbegehren der Zugriff, die Verhaftung durch die Polizei sein.

Schlimm können sich die Ausschreibungen im SIS allemal auswirken: Diese entfalten eine Tatbestandswirkung für polizeiliche Maßnahmen (Festnahme, Kontrolle, Durchsuchung), die nicht direkt gerichtlich überprüft werden kann. So ist es für die verhaftende deutsche Polizei und das kontrollierende deutsche Gericht zunächst einmal egal, ob die Ausschreibung durch die belgische Polizei rechtmäßig und richtig war.

Datenverarbeitung gemäß dem Schengenvertrag beschränkt sich nicht auf das SIS. Da enthält z.B. der Art. 48 Schengen II eine allgemeine Amtshilfeverpflichtung der "nationalen Sicherheitsdienste", sprich Geheimdienste, ohne daß deren Zusammenarbeit irgendeinen Bezug zum Abbau der Binnen-Grenzkontrollen hätte. Über deren Zusammenarbeit ist fast überhaupt nichts bekannt und wird auch künftig wenig zu erfahren sein. Mit Hilfe des Rechts entstehen rechtsfreie Räume: uferloser Datenaustausch ohne jede Kontrolle (72).

Welcher "Zweckbindung" Polizeidaten generell unterworfen werden sollen, ergibt sich aus dem Vertrag mit erschreckender Klarheit: Auf Ersuchen werden Informationen grenzenlos austauschbar "im Interesse der vorbeugenden Bekämpfung und der Aufklärung von Straftaten", in als "dringend" deklarierten Fällen gar ohne Einschaltung von Justizbehörden (Art. 39 Schengen II) (73). Unaufgefordert, d.h. ohne Ersuchen wird alles mitgeteilt, was "für den Empfänger zur Unterstützung bei der Bekämpfung zukünftiger Straftaten, zur Verhütung einer Straftat oder zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung von Bedeutung sein" kann (Art. 46 I Schengen II) (74).

8. Schlußfolgerungen

Diese übersichtsartige Darstellung der Bestrebungen grenzüberschreitender Datenverarbeitung in Europa und der (fast nicht existenten) Bestrebungen zum Schutz des Persönlichkeitsrechts zeigt, daß der Datenschutz bisher zu keinem Zeitpunkt gegenüber dem Datenhunger von Wirtschaft und Verwaltung, speziell der Polizeiverwaltungen, eine Chance hatte (75).

Datenschutz wird als ein Hindernis für Markt und freie Entfaltung der Exekutive erlebt, welches mit allerlei juristischen und nichtjuristischen Tricks überwunden werden darf.

Dabei ist der Schutz vor dem Datenschutz redundant, d.h. mehrfach gesichert: Internationale Verpflichtungen sind nicht verpflichtend. EG-Recht ist nicht anwendbar, der Europäische Gerichtshof kann nicht angerufen werden. Nationales Recht wird umgangen. Ausnahmetatbestände zur Aufhebung informationeller Selbstbestimmung sind extensiv einsetzbar.

Zur rechtlich abgesicherten Entrechtung tritt die faktische: Die technische Kompliziertheit, die hier praktizierte Geheimhaltung und die praktische Unmöglichkeit der Informationsbeschaffung erlauben erst recht keinen tatsächlichen Zugriff auf die eigenen Daten.

Hier müßten Gegenstrategien ansetzen: Europaweite Verknüpfung der in diesem Bereich arbeitenden Bürgerrechtsorganisationen, Durchleuchtung der informationellen Strukturen in der EG, bei Verwaltung und Wirtschaft, Informationsaustausch darüber und Aufzeigen der damit verbundenen Gefahren für die Bürgerrechte gehören auf die politische Tagesordnung. Natürliche Bündnispartner sind Ausländer- und Asylinitiativen, Menschenrechtsgruppen (76) und Anwaltsorganisationen (77), nicht aber die Parteien bis hin zu den Sozialdemokraten (78), die Polizeigewerkschaften (79) oder gar die Industrie (80).

Dies muß einhergehen mit der politischen Forderung nach rechtlich abgesicherter Informationsfreiheit gegenüber den europäischen Institutionen (81). Nur so kann verhindert werden, daß sich die Wirtschaftsgemeinschaft zu einer Überwachungsgemeinschaft weiterentwickelt.

Thilo Weichert

Vorstandsmitglied der Deutschen Vereinigung für Datenschutz

Mitarbeiter bei den Zeitschriften "Geheim", "CILIP - Bürgerrechte & Polizei" und "Datenschutznachrichten"

Veröffentlichungen u.a.: Die heimliche unheimliche Behörde - Das Landesamt für Verfassungsschutz, Hrsg.: Die Grünen im Landtag Baden-Württemberg, Konrad-Adenauerstr. 3, 7 Stuttgart 1, 125 S., DM 5.-; Unvergeßliche Augenblicke - Datenschutznachrichten Sonderheft Videoüberwachung, Hrsg.: DVD e.V. Reuterstr. 44, 53 Bonn 1, DM 8.-

Anmerkungen:

1) Einwag RDV 1990, 1; vgl. die Beispiele in Der Spiegel 41/1989, 44, 47

2) Simitis RDV 1990, 5; vgl. Grüne im EP DANA 1/2-1990, 28

3) Wohlgemuth DANA 1/2-1990, 11ff m.w.N.; Gola Vortrag 13. DAFTA v. 16./17.11.1989 m.w.N.

4) Simitis RDV 1990, 6; DANA 1/2-1990, 23ff mit Anm. Büllesbach

5) Simitis RDV 1990, 6

6) 18. TB hessLfD S. 43f; 10. TB bawüLfD S. 9; Simitis RDV 1990, 8f

7) Simitis RDV 1990, 6

8) BTDrs. 11/930, BRDrs. 341/87

9) Simitis RDV 1990, 7; Boedicker DANA 1/2- 1990, 7, 8

10) dazu näher Riegel DSWR 1989, 39f

11) Art. 130f-q EWGV, BGBl. II 1986, 1102ff

12) Riegel DSWR 1989, 36, 41; Grünbuch BTDrs. 11/930, BRDrs. 341/87

13) Riegel DSWR 89, 37f

14) Riegel DSWR 1989, 38

15) Überblick bei Riegel DSWR 1989, 38

16) 10. TB bawüLfD S. 8; Simitis RDV 1990, 8; vgl. Boedicker DANA 1/2-1990, 9f; zum Datenschutz bei Telekommunikation in der EG Schulte-Braucks Vortrag 13. DAFTA v. 16.11.1989

17) TAZ 25.11.1988; EP-Sitzungsdokumente 18.1.1990 Serie C Dokument C3-10/90; Breyer: Bericht im Energie-Ausschuß: Genomanalyse, 1990

18) Fijnaut Vortrag 14. StVTag v. 24.3.1990 S. 8, 15; zum Problem Hamacher Deutsche Polizei 11/1989, 19ff

19) einen umfangreichen Überblick Stand 1984 gibt DANA 3/4-1984, 6ff m.w.N.

20) Riegel DSWR 1989, 37; Einwag RDV 1990, 3

21) Fuckner 14. StVTag Materialheft S. 50f

22) BDSG vom 27.1.1977, BGBl. I, 201ff

23) BVerfGE 65, 1ff = NJW 1984, 419ff

24) z.B. Geheimdienstgesetze Weichert DANA 5/5 1989, 7ff; Geiger DANA 5/6 1989, 12ff; siehe auch die jeweils aktuellen Kommentierungen in Bürgerrechte & Polizei (CILIP)

25) Simitis RDV 1990, 3; zum sog. Sicherheitsbereich Riegel CR 1987, 448f

26) vgl. Weichert CR 1990, 81 = DANA 1/2- 1990, 6

27) Fuckner 14. StVTag Materialheft S. 50

28) Simitis RDV 1990, 4 m.w.N.; Riegel CR 1987, 448

29) Simitis RDV 1990, 4 m.w.N.

30) Simitis RDV 1990, 4 m.w.N., 10

31) BAnz.v. 14.11.1981 Nr. 215

32) BGBl. II 1985, 539-550

33) 13.3.1985 BGBl. II, 538, 1134

34) Henke, Die Datenschutzkonvention des Europarats 1986, 57, 60

35) Einwag RDV 1990, 2; Simitis RDV 1990, 10; BfD DuD 1989, 117

36) Simitis RDV 1990, 10f; Riegel DSWR 1989, 65f

37) Boedicker DANA 1/2-1990, 8

38) ABl. C 140/34 = BTDrs. 8/2928; ABl. L 246/31 vom 29.3.1982 = BTDrs. 9/1516 m.w.N.; zuletzt Rechtsbeirat "Informationsmarkt" Mitteilungsblatt 88/1 S. 4; dazu Riegel DSWR 1989, 65

39) Riegel DSWR 1989, 66; Einwag RDV 1990, 2; Simitis RDV 1990, 4 (Fn. 9, 10), 10 (Fn. 49)

40) Simitis RDV 1990, 7f

41) Riegel DSWR 1989, 66

42) BVerfGE 73, 339 = EuGRZ 1987, 10 = NJW 1987, 577 (Solange II); vgl. BVerfGE 37, 271 = NJW 1974, 1697 (Solange I)

43) Riegel DSWR 1989, 66

44) Riegel DSWR 1989, 41, 68; Fauvet, Quelle Protection et quelle Europe, Expertises 1988, 339f; Der Spiegel 41/1989, 44, 47

45) 12. TB BfD Nr. 27.3 DANA 1/2-1990, 29; Vereinigung der Europäischen Demokratischen Anwälte DANA 1/2-1990, 27f; Konferenz der Datenschutzbeauftragten 26./27.10.1989

46) Karpenstein GS für Christoph Sasse 1981, 889ff

47) Riegel DSWR 1989, 67

48) Riegel DSWR 1989, 66; Wohlgemuth DANA 1/2-1990, 12ff m.w.N.; Simitis Der Spiegel 41/1989, 44

49) Der Spiegel 41/1989, 44

50) BfD DuD 1989, 117

51) vgl. dazu Riegel CR 1987, 311ff

52) Wiener, Berner und Berliner Club, vgl. dazu Weichert Geheim 1/1989, 19f m.w.N.

53) dazu Weichert Geheim 1/1989, 20f m.w.N.

54) Weichert Geheim 3/1988, 12 m.w.N.; Busch KJ 1990, 4

55) Weichert Geheim 3/1988, 13 m.w.N.

56) z.B. 5. TB BfD S. 92, 6. TB BfD S. 44f

57) dazu näher Weichert Geheim 3/1988, 13f m.w.N.; Riegel BayVBl. 1985, 139f; Riegel CR 1987, 616

58) Weichert Geheim 1/1989, 19 m.w.N.

59) dazu Fuckner 14. StVTag Materialheft S. 51; Weichert CR 1990, 66

60) vgl. dazu allgemein Weichert Forum Recht 3/1989, 22; Weichert Geheim 1/1989, 21 m.w.N.; Busch KJ 1990, 5f; Fijnaut Vortrag 14. StVTag S. 5f m.w.N.; Welter DP 1989, 210f

61) z.B. "Auf dem Weg zur europäischen `Antiterrorismusfront'" dpz 1/1990, 1

62) dazu allgemein Weichert Forum Recht 3/1989, 22f m.w.N.; Busch KJ 1990, 6ff; Busch Bürgerrechte & Polizei (CILIP) 33, 95-103; Fijnaut Vortrag 14. StVTag v. 24.3.1990 S. 6f m.w.N.

63) Der Spiegel 28/1989, 28; Weichert Forum Recht 3/1989, 21 m.w.N.; Schäuble Vortrag v. 16.11.1989 Den Haag, Pressedienst des BMI S. 15

64) Weichert CR 1990,63; zu den technischen Details ausführlich Schattenberg Schriftenreiche der PFA 3-4/1989, 20-33

65) Fuckner 14. StVTag Materialheft S. 50

66) wib 20/89 v. 15.11.1989 S. 10

67) Weichert CR 1990, 66 m.w.N.

68) Rosenbauer Terrorismus Informationsdienst 4/1989, 2

69) Fuckner 14. StVTag Materialheft S. 51

70) dazu näher Weichert CR 1990, 63f

71) Weichert CR 1990, 65

72) Riegel BayVBl. 1985, 138; Fuckner 14. StVTag Materialheft S. 50, 51

73) Fuckner 14. StVTag Materialheft S. 49, 51

74) Fuckner 14. StVTag Materialheft S. 49f, 51

75) vgl. SPD-Fraktion BTDrs. 11/5023

76) vgl. z.B. Memorandumder Internationalen Liga für Menschenrechte Berlin (West): EG 1993, Dez. 1989

77) EDA DANA 1/2-1990, 27f; Conseil des Barreaux de la Communauté Européenne v. 28.10.1989

78) z.B. Arbeitsgruppe Inneres der SPD-BT-Fraktion, Arbeitspapier vom 29.3.1990

79) z.B. GdP, UISP, dazu FR 23.9.1989

80) 13. DAFTA 16./17.11.1989 AK Europa

81) Gurlit ZRP 1989, 253; Europarat Rec. 854/1979

"EUROPOL - Die Bullen greifen nach den Sternen: Europäische Gemeinschaft der Inneren Sicherheit"; Auslieferung 20. mai 1990, 64 Seiten, Einzelexemplar 8.50 DM zuzgl. 1.50 DM P&V, ab 5 Exemplaren 5.95 zuzgl. P&V, Bezug: Straßenmedizin, c/o BI Umweltschutz Unterelbe, Hohenesch 63 (Hinterhaus), 2000 Hamburg 50.

# 20. Wenn Eisessen anklagerelevant wird Prozeß gegen Luitgard Hornstein

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:01

Am Dienstag, den 8. Mai (ausgerechnet am Tag der Befreiung vom Faschismus durch die alliierten Truppen) beginnt vor dem 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Stuttgart-Stammheim die erneute Hauptverhandlung gegen Luitgard Hornstein. Luitgard Hornstein war am 2.8.86 verhaftet und am 28.6.88 vom 5. Strafsenat des OLG Stuttgart wegen "mitgliedschaftlicher Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung in Tateinheit mit Urkundenfälschung und Mißbrauch von Ausweispapieren" zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren verurteilt worden, die sie am 1.8.90 abgesessen hätte. Dieses Urteil wurde auf die Revision der Bundesanwaltschaft (BAW) hin vom Bundesgerichtshof (BGH) aufgehoben. Ziel von BAW und BGH ist die Verurteilung von Luitgard Hornstein zu einer erheblich höheren Haftstrafe.

Die erneute Hauptverhandlung gegen Luitgard Hornstein ist Teil eines Gesamtverfahrens gegen mehrere Bewohnerinnen und Bewohner der Düsseldorfer Kiefernstraße und anderer DüsseldorferInnen, die zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung nicht mehr in der Kiefernstraße wohnten. Die BAW wirft ihnen vor, als eigenständige Gruppe bzw. als zeitweilige Mitglieder der RAF 1986 Anschläge auf die Firma Dornier in Immenstaad und möglicherweise auch auf das Bundesamt für den Verfassungsschutz (BfV) in Köln begangen zu haben. Je länger dieses Verfahren andauert umso offensichtlicher wird: Nichts spricht für diese Version.

Im Versuch, ihre schwindelerregenden Beweiskonstruktionen über die Zeit und durch die Einzelverfahren zu retten, haben Bundesgerichtshof, Bundesanwaltschaft, die OLG-Senate und das Bundeskriminalamt ein großes Durcheinander angerichtet, das die Neuverhandlung geschweige die erneute Verurteilung von Luitgard Hornstein von vornherein verbietet, und dessen Entwirrung nachzuvollziehen von der Leserschaft viel Geduld erfordert; auch eine Methode der Verfolgungsbehörden, sich der öffentlichen Kontrolle zu entziehen. Sie hoffen und vertrauen darauf, daß "das Volk" still-schweigend und stamm-heimlich mit ihnen darin einig geht: Damit absolute Ruhe einkehrt, zur Abschreckung der radikalen Opposition gehören einfach mehr Linksradikale für immer längere Zeiträume in die Isolationstrakte, gleichgültig, wie man sie hineinbekommt.

Diese Auffassung teilen wir nicht. Unser Ziel ist die Mobilisierung einer Öffentlichkeit, die sich lautstark vernehmen läßt: Luitgard Hornstein muß raus! Die Verfahren gegen die noch Einsitzenden müssen wieder aufgenommen werden!

Die ehrgeizigen Abteilungen des Staatsschutzes haben folgende Personen aus Düsseldorf ins Visier genommen:

Luitgard Hornstein, inhaftiert seit 2.8.86, verurteilt zu vier Jahren (BAW-Antrag: zwölf Jahre)

Christian Kluth, inhaftiert seit 2.8.86, verurteilt zu zehn Jahren (BAW-Antrag: zwölf Jahre)

Andrea Sievering, inhaftiert seit 18.12.87, verurteilt zu neun Jahren (BAW-Antrag: zwölf Jahre)

Rico Prauss, inhaftiert seit 18.12.87, verurteilt zu neun Jahren (BAW-Antrag: 12 Jahre)

Thomas Kilpper, inhaftiert seit 8.9.88, die Hauptverhandlung findet z.Zt. vor dem OLG Düsseldorf statt. Vorwurf: Er hätte die Leitung der ansonsten inhaftierten "kämpfenden Einheit" übernommen, über einen möglichen Anschlag nachgedacht usw. Er dient der BAW als Sprungbrett, weitere Leute aus Düsseldorf in irgendwelche "kämpfenden Einheiten" hineinzupressen, d.h. hinter den Mauern zu isolieren. Inzwischen erging der "rechtliche Hinweis", daß Thomas nicht wegen "Mitgliedschaft", sondern wegen "Unterstützung" verurteilt werden könne.

Rolf Hartung, inhaftiert ab 4.10.88; Haftentlassung am 28.6.89

Alle haben sich am Hungerstreik 1989 von politischen Gefangenen für ihre Zusammenlegung, für die Entlassung haftunfähiger Gefangener und für freie Kommunikationsmöglichkeiten beteiligt.

Aufstieg und Niedergang eines Gutachters

Wollte jemand zusammentragen, was seit dem 11.12.87 über den Schriftgutachter Ockelmann geschrieben wurde - es würde Bände füllen. An jenem Tage legte Herr Ockelmann in der Hauptverhandlung gegen Luitgard Hornstein und andere ein Gutachten vor, das die BAW eine Woche vorher telefonisch bei ihm in Auftrag gegeben hatte und das Andrea Sievering schwer belastete. Dieser Expertise verdanken sie und Eric Prauss ihre Verhaftung und Verurteilung sowie Christian Kluth den "rechtlichen Hinweis" des Senats, daß auch er wegen der Beteiligung am Anschlag auf Dornier verurteilt werden könne, was ebenfalls eintrat. Mit hundertprozentiger Sicherheit, so das Gutachten, habe Frau Sievering die drei Briefumschläge handschriftlich adressiert, in welchen die Bekennerschreiben zum Anschlag auf die zum Daimler-Benz-Kon- zern gehörende Rüstungsfirma Dornier in Immenstaad an Presseorgane verschickt worden sind. Die Schreiben waren am Tage des Anschlags, am 25.7.86 in Immenstaad aufgegeben worden. Demnach war also Andrea Sievering leiblich am 25.7.86 in Immenstaad anwesend. Dies ist der einzige räumlich-personelle Zusammenhang zwischen den verfolgten DüsseldorferInnen und der Bodenseegegend im fraglichen Zeitraum. Alle Versuche der BAW, weitere solche Zusammenhänge durch ZeugInnen herzustellen, die eine/n der Angeklagten gesehen haben sollten, schlugen fehl. Wer die eigentlichen Tatmittel, das zur Bombe umgebaute Fahrzeug, das Unkraut-Ex, die Flaschen für das explosive Gemisch, den Zünder besorgte und funktionstüchtig machte, blieb ungeklärt. Noch nicht einmal gegen die Käuferin bzw. den Käufer eines Weckers wurde ermittelt. Ob die als Gruppe, als "kämpfende Einheit" verfolgten DüsseldorferInnen tatsächlich-praktisch irgendetwas mit dem Anschlag auf Dornier zu tun haben, hängt also einzig und allein von dem Ockelmann-Gutachten ab.

Dieses Gutachten ist seit dem Verfahren gegen Rolf Hartung hinfällig. Es ist durch einen Obergutachter zu überprüfen: Die Anklageschrift gegen Rolf Hartung, der nach neun Monaten Untersuchungshaft freigelassen wurde und - einmalig in einem Verfahren nach § 129a StGB - pekuniäre "Entschädigung für zu Unrecht erlittene Haft" erhielt, basierte ausschließlich auf einem Schriftgutachten Ockelmanns. Rolf Hartung sei mit letzter Sicherheit der Urheber handschriftlicher Hinterlassenschaften an den Anschlagsorten Dornier und BfV. Bei Dornier war einige Mühe darauf verwendet worden auszuschließen, daß durch die Bombe (es entstand Sachschaden von ca 500.000 DM) ein Mensch verletzt oder getötet werde. U.a. waren drei kopierte Warnhinweisschilder aufgestellt worden, daß es demnächst zu einer Explosion kommen werde und das Werksgelände deshalb schleunigst zu verlassen sei. Diese Hinweise waren freihändig in runenartigen Großbuchstaben gemalt worden. In das beim BfV hinterlegte Bekennerschreiben hatte jemand einen handschriftlichen Zusatz aus ca. 15 Worten eingeflickt.

Über diese beiden Schriftproben lag eine Kurzexpertise der wissenschaftlichen Oberrätin beim BKA, Frau Wagner, vor, die allerdings von der BAW unterdrückt bzw. vom Gericht "übersehen" wurde. Es sagte aus, daß z.B. aus einer gemalten und kopierten Runenschrift eine Urheberin oder ein Urheber nicht herauslesbar sei. Wagner war aber nicht nur hier, sondern schon im vorher geschilderten Fall, in den Verfahren gegen Kluth, Sievering und Prauss, als Erstgutachterin bestellt worden. Die BKA-Angestellte hatte die "Tatschriften", mit denen besagte Briefumschläge adressiert worden waren, für "graphisch unergiebig" erklärt, und die Möglichkeit einer Urheberschaft durch Andrea Sievering am unteren Ende einer sechsteiligen Skala angesiedelt. Unzufrieden mit diesem Ergebnis bestellte die BAW als Zweitgutachter den gefälligen Herrn Ockelmann, gegen den zu jener Zeit ein Ausschlußverfahren aus dem Berufsverband der Schriftgutachter eingeleitet wurde, weil seine Methode unredlich, unwissenschaftlich sei. Ockelmann wurde von Gericht und BAW aufgebaut. Anträge der Verteidigung, den Vorsitzenden dieses Berufsverbandes als Obergutachter zu hören, wurden damals vom 5. Strafsenat des OLG Stammheim abgelehnt. Der Senat hatte sich durch die Lektüre eines Fachbuches selbst "sachkundig gemacht", so ließ er sich vernehmen. Er sähe keinen Grund an der Seriosität Ockelmanns zu zweifeln.

Und auch bei Rolf Hartung schien zunächst kein Durchkommen möglich. Ockelmann ließ, wie gesagt, auch hier zusammenwachsen, was für die BAW zusammengehörte - den Verhafteten und ein paar Buchstaben: Hartung war an beiden Anschlägen "hundertprozentig" durch "Schreibleistungen" und damit "maßgeblich beteiligt". Punktum.

Damit aber war der Bogen überspannt und es begann die Abbauphase "des Sachverständigen, an dessen wissenschaftlicher Qualifikation und Objektivität der Senat nicht zweifelt", so das OLG noch im April 1989 in der Urteilsbegründung gegen Prauss und Sievering. Auf mehrfaches, zunächst vergebliches Drängen des Verteidigers von Rolf Hartung und erst nachdem die "taz" berichtete, nahm das OLG die Existenz der Wagnerschen Kurzexpertise wahr, beauftragte einen Obergutachter, den baden-württembergischen

Schriftsachverständigen des Landeskriminalamts, Dr. Kai Nissen, und setzte - bei unveränderter "Beweislage" - gleichzeitig den Haftbefehl gegen Rolf Hartung außer Vollzug. Mit Erscheinen des Obergutachtens, wonach die Ockelmannschen Gutachten nicht nur "methodisch fehlerhaft" sondern auch "im Ergebnis falsch" sind, zog endlich auch die BAW die Anklage zurück. Rolf Hartung bekam seinen Personalausweis, mußte sich nicht mehr regelmäßig bei der Polizei melden und erhielt, wie gesagt, "Haftentschädigung". Für die laufenden Verfahren aber ist von der größten Bedeutung: Der Gutachter Ockelmann hat ausgedient. Die "taz" titelte am 29.11.89: "Nach der Demontage des Schriftsachverständigen Ockelmann steht die Bundesanwaltschaft völlig nackt da. Mehrere Stammheimer Urteile stehen zur Disposition." Denn: Es fehlt mit Ockelmann sowohl der Aufhänger wie auch jede Grundlage für die Behauptung, die inhaftierten DüsseldorferInnen hätten gemeinsam mit anderen den Anschlag auf Dornier durchgeführt. Der Vorwurf schwebt frei. Das ist die eine Seite.

Andrerseits liegen der Beschluß des BGH über die Revision der BAW und ein neuer Haftbefehl des zuständigen 4. Strafsenats gegen Luitgard Hornstein vor, wonach sie ohne weitere tatsächliche Beweisaufnahme allein aufgrund der in ihrem ersten Urteil festgestellten "Lebenstatsachen" wegen Beteiligung an dem Anschlag auf Dornier zu verurteilen ist. Ockelmann wird in diesen Schriftsätzen gar nicht erst erwähnt.

Der BGH-Beschluß zur Revision der BAW

Am 2.8.86 wurde Luitgard Hornstein in einer Rüsselsheimer Eisdiele verhaftet. Mit am Tisch saßen Christian Kluth, ein in Düsseldorf gemeldeter und wohnhafter Linksradikaler, und Eva Haule, erklärtes Mitglied des aus der Illegalität heraus operierenden Kollektivs RAF.

Diese gemeinsame Verhaftung, ermöglicht durch eine Denunziation aus dem "Volk", paßte der BAW wunderbar in ihren Kram. Was eigentlich nur zeigt, daß die RAF in der Illegalität nicht völlig isoliert ist, daß ihre Mitglieder anscheinend punktuellen Kontakt zu legal lebenden Menschen aus der Widerstands-Szene unterhalten, daß die Diskussionen über gemeinsam interessierende Themen nicht nur Papierform besitzen, bewies für die BAW viel mehr.

In dem Bestreben, möglichst viele Menschen mit dem Vorwurf "Mitgliedschaft in der RAF" konfrontieren, bespitzeln, verfolgen zu können, hatte sie schon länger das Organisationsmodell einer angeblichen Gesamt-RAF konstruiert und propagiert, die aus mehreren Ebenen bestehe: Den Kommandos, den kämpfenden Einheiten aus illegalen Militanten (die lange Zeiträume in der Illegalität verbringen, bevor sie Aktionen wie gegen Dornier oder das BfV unternehmen), den politischen Gefangenen, den legalen Mitgliedern, welche u.a. Gefangene betreuen. Um die Sache zu vereinfachen, wirbelt die BAW die von ihr erfundenen Ebenen der Gesamt-RAF auch gerne durcheinander, so daß die illegalen Militanten mit den legalen Mitgliedern zu einer einzigen Ebene verschmelzen.

Das Merkwürdige dieser großen und durch die BAW beliebig vergrößerbaren Organisation, daß nämlich ihre Ebenen nicht durch definierte oder definierbare Strukturen - eine Satzung, Wahlen usw. - sondern allein durch unverbindliche Diskussionen, also ideell, zusammengehalten werden sollen, glaubte die BAW schon des öfteren, aber bisher wenig erfolgreich durch aufgeblasene Behauptungen öffentlichkeitswirksam unter den Teppich kehren zu können: Uli Winterhalter habe das Narkosemittel "Ketanest" für die RAF bevorratet, Andrea Sievering habe Briefumschläge für eine kämpfende Einheit beschriftet - an den Haaren herbeigezogen.

Die gemeinsame Verhaftung nun wurde in die beabsichtigte Richtung weidlich ausgeschlachtet. Sie sollte die Existenz von Befehls- oder Weisungsstrukturen beweisen. Am Ende reichte sie aus, um Luitgard Hornstein wegen "Mitgliedschaft in der RAF" zu verurteilen. Für ihre Beteiligung am Anschlag auf Dornier fand der Senat keinen Anhaltspunkt. Alles was gegen sie ermittelt wurde, steht in direktem Zusammenhang mit der Vorbereitung auf das Treffen mit Eva Haule (die DüsseldorferInnen haben sich einige Tage vor dem Treffen der möglichen Observation entzogen, Luitgard Hornstein z.B. hat sich in einer Jugendherberge mit einem am 8.7. gestohlenen Personalausweis angemeldet) oder bezeugt, daß sie sich mit Fragen auseinandersetzte, die auf die eine oder andere Weise jede/n Linke/n beschäftigen: Was bedeutet die Entwicklung der Firma Daimler-Benz zum umsatzstärksten Rüstungskonzern Europas? Was folgt aus der Entwicklung Europas zu einer einheitlichen Hegemonialmacht unter bundesdeutscher Führung? Wie könnte ein gesellschaftliches Verhältnis, das Kapital, beseitigt werden, welches millionenfach Hunger verursacht, welches Krieg verursacht? Was ist gegen die Isolationstrakte zu tun? Wie können wir unser Leben organisieren, so daß der Widerspruch gegen die Verhältnisse überhaupt noch möglich ist und sich äußern kann?

Die Anklageschrift gegen Thomas Kilpper, gegen den z.Zt. in Düsseldorf verhandelt wird, begründet den Vorwurf der "Mitgliedschaft in der RAF" ausschließlich mit solchen "Lebenstatsachen". Keine "Tat", kein "Tatbeitrag", kein "Hilfsdienst", nur "Überlegungen". Inzwischen erging gegen Thomas Kilpper der "rechtliche Hinweis", daß er möglicherweise nicht wegen "Mitgliedschaft" sondern wegen "Unterstützung" verurteilt werden könnte. Bei Luitgard Hornstein reichten die "Lebenstatsachen", wie gesagt, zur Verurteilung wegen "Mitgliedschaft" aus. Dieses Urteil - bis zum 30.12.86 lag die Höchststrafe für "Mitgliedschaft" noch bei fünf Jahren Haft, Luiti hat vier Jahre bekommen - reicht aber der BAW nicht aus. In ihrer Revisionsbegründung forderte sie die zusätzliche Verurteilung wegen Anschlagsbeteiligung Dornier und die erneute Beweisaufnahme zu diesem Punkt. Nicht nötig, meint zur letzteren Forderung der BGH. Die im Urteil gegen Luitgard Hornstein festgestellten Lebensumstände einer Linken begründen in seinen Augen nicht nur ihre "Mitgliedschaft" sondern gleichzeitig ihre Anschlagsbeteiligung. Nach der Logik des BGH-Beschlusses zur Revision der BAW gegen das Hornstein-Urteil ist die weitere oder erneute Erhebung tatsächlicher Beweise nicht nötig. Sie wäre ja auch fatal für die Verfolgungs- und Verurteilungsbehörden, ergäbe sie doch, daß die ganze Düsseldorfer Gruppe aus den Knästen zu entlassen ist.

Die Situation ist paradox: Einerseits hat der BGH, dessen Urteil wenige Tage vor dem Obergutachten Nissens erging, dem "erkennenden Senat" die Verurteilung Luitgard Hornsteins wegen Anschlagsbeteiligung vorgeschrieben. Andrerseits ist den vorgängigen und z.T. rechtskräftigen Urteilen, deren "Tatsachenfeststellungen" den Stoff für die zu erwartenden langatmigen "Gerichtskundigkeitserklärungen" abgeben, durch das Nissen-Gutachten der Boden entzogen. Die Verteidigung wird zu kämpfen haben, wenn sie die vorurteilsfreie Beweisaufnahme einklagen und durchsetzen will. Ohne öffentliche Unterstützung kann ihr dies kaum gelingen.

Die Anschläge auf Dornier und auf das Verfassungsschutz-Hauptamt wurden - ausweislich der Anklageschrift gegen Rolf Hartung (ein zugegeben schlechter Ausweis) - von der gleichen Gruppe unternommen. Z.B. seien die Bekennerschreiben auf der selben Schreibmaschine getippt worden. Rolf Hartung war die einzige Person gewesen, die in den Augen der BAW beides vereinigte: Mitglied der Düsseldorfer Gruppe und Beteiligter an dem Anschlag in Köln zu sein. Nachden die Vorwürfe gegen ihn fallen gelassen werden mußten, fehlt trotz intensiver Bemühungen der Ermittler jeder Bezug zwischen den inhaftierten DüsseldorferInnen und dem Anschlag auf das BfV. Wenn demnach davon auszugehen ist, daß die DüsseldorferInnen mit diesem Anschlag tatsächlich-praktisch nichts zu tun haben, so folgt, daß auch der Anschlag am Bodensee nicht auf ihr Konto geht.

Mit der Anklageschrift gegen Rolf Hartung hat die BAW nicht nur den Ockelmann überstrapaziert. Sie hat auch auf die geschilderte Weise ein zusätzliches Argument gegen ihre Konstruktion beigetragen.

"Arbeit am Bekennerbrief"?

In der Nacht auf den 16.7.86 wurde Christian Kluth von zwei Zivilbeamten "zufällig kontrolliert". Er kam, so steht es in den Urteilen, aus der Wohnung von Eric Prauss und Luitgard Hornstein in der Kiefernstraße und war auf dem Nachhauseweg in seine 1,5 km entfernt liegende Wohnung, wo sich an diesem Tag Andrea Sievering aufhielt. Andrea Sievering hat später angeblich Briefumschläge beschriftet. Bei Luitgard Hornstein führt keine Spur an den Bodensee, weshalb ihr die Verurteilung wegen Dornier bisher erspart blieb. Aber bei Prauss und Kluth, da war noch was. Die haben nämlich das Bekennerschreiben verfaßt. Und das geht so: Die beiden beamteten Nachtschwärmer - hier ist der Grund zu suchen, warum sich die Leute gelegentlich und insbesondere kurz vor einem Treffen mit Eva Haule konspirativ verhalten - fanden bei Christian Kluth eine handgeschriebene Parole, die in der damaligen Diskussion weit verbreitet war. Ockelmann erkannte in Eric Prauss "eindeutig" den Schreiber der ca. zehn Zeilen, und der 5. Strafsenat des OLG Stuttgart fand heraus, daß die Parole (nicht handschriftlich aber ansonsten ähnlich) auch auf den Bekennerschreiben zu den Anschlägen auf das BfV und Dornier zu finden ist. Außerdem führte Chris Kluth "13 Blatt" Diskussionspapiere mit sich, die ähnliche Thesen abhandelten wie das vierseitige Bekennerschreiben zum Anschlag Dornier. Und mehr noch: Der Christian Kluth abgenommene Text zeige "unzweideutig die Absicht seiner Verfasser, einen konkreten Anschlag (das Ding jetzt) durchzuführen" (Urteilsbegründung gegen Sievering/Prauss). Auch die Fundstelle ist zitiert. Dort lesen wir: "Das Ding jetzt mit der konkreten Bestimmung ist ja nen Punkt, um das prakt. produktiv zu machen, umzusetzen. Nach dem Sommer ist das jetzt unbedingt Sache" (Kursiv durch d.V.). Unterstellt, es seien an dieser Stelle Überlegungen über die Notwendigkeit von Anschlägen oder eines Anschlags angestellt worden: Dann gewiß nicht über den Anschlag auf Dornier. Denn der fand am 25.7. statt,

unzweifelhaft einem Hochsommertag. Die betreffende Stelle findet sich im Urteil unter der Überschrift: "Der Sprengstoffanschlag auf Dornier."

Die ganze Episode der Durchsuchung von Christian Kluth beweist nur auf's Neue, was nie bestritten wurde. Die inhaftierten DüsseldorferInnen haben im Zeitraum ihrer Festnahme an einer Diskussion teilgenommen, die bundesweit von Linksradikalen geführt wurde. Als Indiz für ihre Beteiligung am Anschlag Dornier gibt sie nichts her.

Warum wir die Unhaltbarkeit eines "Indizes" aufzeigen, mit dem Luitgard Hornstein nie in Zusammenhang gebracht wurde? Nun, der BGH-Beschluß vom Ende diesen Jahres zählt die Bekanntschaft von Luitgard Hornstein mit Leuten, die in den Augen der Staatsschutzsenate Dornier angegriffen haben, zu den "Lebenstatsachen", die sie als "Mittäterin" ausweisen. Es reicht im real existierenden Rechtsstaat nicht aus, die Einführung der Kontaktschuld zurückzuweisen. Wir sind gezwungen, darüberhinaus den ganzen Schmarren neu aufzurollen, der bei Chris, Andrea und Rico zur Verurteilung wegen Anschlagsbeteiligung führte. Nicht nur Luitgard Hornstein muß raus. Sie ist die erste. Danach müssen alle wegen Dornier verurteilten entlassen werden. Wir fordern die Wiederaufnahme der Verfahren.

Struktur-Irrgarten

Das Urteil des 5. Strafsenats gegen Christian Kluth ist rechtskräftig. Die ca. 100 Seiten starke Revision der Verteidigung wurde durch den BGH verworfen. Die in der Revisionsbegründung aufgeworfene Problematik des Schriftsachverständigen Ockelmann (betr. Dornier) löst der BGH, indem er sie ignoriert. Und die Kritik an der Ebenen-Konstruktion der BAW (betr. "Mitgliedschaft") umgeht er, indem er darauf verweist, daß Chris und auch Luitgard nicht unbedingt wegen Mitgliedschaft in der RAF sondern auch wegen Mitgliedschaft in einer "organisatorisch anders zusammengesetzten terroristischen Vereinigung" (BGH) hätten verurteilt werden können. Der BGH-Beschluß umfaßt eine ganze Seite.

Damit ist schon wieder Paradoxes "gerichtsbekannt": Christian Kluth und Luitgard Hornstein, gegen die in der Hauptverhandlung ein entsprechender "rechtlicher Hinweis" erging, gehören womöglich einer "organisatorisch anders zusammengesetzten" Vereinigung an als Rico und Andrea, in deren Verhandlung vor dem gleichen Senat ein solcher Hinweis nicht erging. Und doch sollen alle vier eine und dieselbe Aktion, den Anschlag auf Dornier, unternommen haben. Die Inkonsistenz von Konstruktionen, die die Wirklichkeit verkehrt abbilden, damit sie für den Staatsschutz griffig wird, ist notwendig. Inzwischen scheint sie an allen Ecken des Verfahrens gegen die DüsseldorferInnen durch.

Knastkampf = "RAF im Knast"

Außer durch die Behauptung, Luitgard Hornstein, sei am Anschlag auf Dornier beteiligt gewesen, versucht die BAW noch auf einem zweiten Wege ihre Verurteilung zu weiteren Jahren Knast durchzusetzen. In ihren Augen gehören politische Gefangene zur RAF, solange sie sich nicht "läutern". Luitgard Hornstein hat Briefkontakte zu anderen radikalen Linken drinnen und draußen. Die Zensoren können an ihren Briefen ablesen, daß sie sich nach wie vor weder mit den herrschenden Verhältnissen, noch mit ihrem Verfahren, noch mit ihren Haftbedingungen abgefunden hat. Sie schreibt z.B.: "für mich selbst ist es sehr schwer aus dieser situation der isolation heraus nach 3 1/2 Jahren den prozeß zu führen, ohne die möglichkeit intensiver diskussion. jedes konzentrierte arbeiten unter diesen bedingungen ist schwer, und es wird nur noch einmal mehr deutlich, warum sie uns als u-häftlinge unter keinen umständen zusammen lassen. wir könnten dann ja die prozesse so führen, wie es eigentlich notwendig wäre. weißt du, zu den bedingungen hier kommt auch die ständige behinderung der vorbereitung durch diverse dinge, wie die kontrolle und das anhalten von verteidigerpost. das geht so weit, daß selbst anträge aus dem protokoll des letzten verfahrens, die die verteidigung also wir gestellt haben, angehalten werden, mit der behauptung, das sei keine verteidigerpost."

Gegen solche Haftbedingungen hat sich Luitgard Hornstein, wie Christian Kluth, Andrea Sievering, Eric Prauss, Rolf Hartung, Thomas Kilpper, am Hungerstreik 1989 für ihre Zusammenlegung mit Gleichgesinnten in großen Gruppen, für die Entlassung haftunfähiger Gefangener, für die Möglichkeit an der politischen Diskussion teilnehmen zu können, beteiligt. In den Augen der BAW ist u.a. dies die fortgesetzte "mitgliedschaftliche Beteiligung an der RAF". Wenn es ihr gelingt, auf diesem Wege die erneute Verurteilung Luitis zu erreichen, so hätte dies Auswirkungen für alle politischen Gefangenen. Bisher ist noch kein Gericht

dem entsprechenden Ansinnen der BAW gefolgt. Die Öffentlichkeit hat auch diesen Aspekt des Prozesses gegen Luitgard Hornstein im Auge zu behalten.

Luitgard Hornstein wurde bei Erscheinen dieses Artikels von der U-Haftanstalt Hamburg nach Stammheim verlegt. Wir befürchten, daß die demütigenden Schikanen in Stammheim zunehmen werden. Insbesondere wäre nicht einzusehen, daß sich Luitgard Hornstein vor und nach Besuchen den bediensteten Voyeuren der Stasi nackt zeigen müßte. Sie wird sich gegen derartiges wehren und hat unsere Unterstützung. Das Nacktausziehen einer ohnehin isolierten Gefangenen vor bzw. nach Besuchen, die durch die Trennscheibe behindert sind, hat nur einen Zweck: Demütigung.

Freilassung-Wiederaufnahme

Luitgard Hornstein hat eine Biographie, die hunderte von Linken mit ihr teilen. Sie war an einer bundesweiten Diskussion beteiligt, an der sich Hunderte und auch die Mitglieder des Kollektivs RAF beteiligten. Sie wurde mit Christian Kluth verhaftet, dessen damalige Mitbewohnerin Andrea Sievering angeblich Briefumschläge beschriftet hat. Sie wurde gemeinsam mit Eva Haule, einem erklärten Mitglied der RAF, verhaftet. Und sie saß gemeinsam mit dieser auf der gleichen Anklagebank. Dafür wurde sie wegen "Mitgliedschaft in der RAF" zu vier Jahren Trakt verurteilt. Die damalige Höchststrafe lag bei fünf Jahren. Sie liegt jetzt bei zehn Jahren. Weil Luitgard Hornstein zwischenzeitlich nicht "abgeschworen" hat, sondern auch im Knast weiter für ihre Interessen kämpfte, will die BAW mit Unterstützung des BGH die 10 Jahre voll machen.

Als Hebel möchte sie den Anschlag auf Dornier benutzen, mit dem Luitgard Hornstein durch die oben aufgezählten Lebensumstände, die schon zur Verurteilung wegen "Mitgliedschaft" führten, in Verbindung gebracht werden soll. Dagegen fordern wir die tatsächliche Beweisaufnahme. Sie wird erbringen, daß Luitgard Hornstein nicht mit der praktischen Ausführung und Vorbereitung des Anschlags auf Dornier in Zusammenhang zu bringen ist. Außerdem wird sie ergeben, daß der einzige "gerichtsbekannte" räumlich-personelle Zusammenhang zwischen der Düsseldorfer Gruppe und dem Ort des Anschlags sich ins Nichts auflöst, da BAW und Gericht ihn durch einen Gutachter herstellen ließen, dessen "Methodik" als Kaffeesatz-Leserei zu bezeichnen ist.

Die Bundesanwaltschaft hatte in den letzten Monaten einige Schlappen zu verzeichnen. Der Versuch, mit Hilfe ihres Ebenen-Modells der RAF und den Kunstwörtern "subjektive Tatseite" bzw. "Lebenstatsachen" tief in die Widerstandsszene einzudringen und einzelne einzulochen, ist z.B. in Stuttgart völlig gescheitert. Uli Winterhalter verließ den Stammheimer Gerichtssaal (nach neun Monaten U-Haft) als "freier Mann". Die in Stuttgart gegen sechs weitere GenossInnen laufenden Verfahren wegen "Mitgliedschaft in der RAF" sind zum größten Teil eingestellt. Und auch in dem Verfahren gegen Thomas Kilpper erging vor kurzem der rechtliche Hinweis, daß er statt wegen "Mitgliedschaft..." auch wegen "Unterstützung" verurteilt werden könne. Auch ihm wird vor allem das Diskutieren und Nachdenken, seine Art zu leben, vorgeworfen. Wir haben zu verhindern, daß derlei gerichtsverwertbar ist. Die Organisierung einer Diskussion kann weder an sich strafbar sein noch kann sie - wie bei Luitgard Hornstein vorgesehen - als Indiz für Anschlagsbeteiligung dienen.

Kiefernstraße = "Terror-Nest"

Die gemeinsame Verhaftung von Luiti und Chris aus der Kiefernstraße mit Eva Haule hatte eine massive Pressehetze zur Folge. Die Kiefernstraße, in der die beiden wohnten, wurde als "Terroristennest", als "Zentrum der Terroristen in der BRD", als "Hauptquartier der RAF" bezeichnet. Mindestens 30 Personen seien zum "unmittelbaren Umfeld der RAF" zu rechnen, es habe im Laufe der letzten drei Jahre kaum einen Anschlag der RAF gegeben, an dem nicht Bewohner der Kiefernstraße beteiligt gewesen seien usw. Die Kiefernstraße war damit zum Hauptmittel der Staatsschützer geworden, um die abstruse "Ebenen-Theorie" der BAW propagandistisch festzuklopfen. Darüberhinaus diente die Hetze der örtlichen CDU. Sie erzwang Mietverträge, die verhindern sollten, daß die AnwohnerInnen ihr Zusammenleben allzu unabhängig von staatlichem Zugriff organisierten.

Die Betroffenen reagierten allzu lange nicht auf die staatlichen Angriffe. Zum einen wurden sie nicht ernst genommen. Andrerseits aber führten sie zu einer regelrechten Lähmung. Die Angriffe wurden verdrängt und konnten untergründig die beabsichtigte Wirkung umso ungestörter entfalten. Am 8.9.88, am gleichen Tag wie Uli Winterhalter, wurde nach Luiti, Chris, Andrea und Rico der nächste, nämlich Thomas Kilpper, geholt. Dies verstärkte zunächst die Lähmung. Was monatelang als Damoklesschwert über der Straße gehangen hatte,

war eingetreten. Erst als am 4.10.88 auch noch Rolf Hartung direkt von der Straße weg verhaftet wurde, änderte sich die Stimmung. Es reichte nun. Es wurde eine Demonstration organisiert, deren Parolen das ausdrückten: Schluß mit den Verhaftungen! Schluß mit den Staatsschutzlügen!

Fehler korrigieren!

In dem bisherigen Verfahren gegen Luiti, Chris, Andrea und Rico haben wir Fehler gemacht. Wir haben es versäumt, die Methoden und Absichten der diversen Abteilungen des Staatsschutzes öffentlich zu kritisieren und anzugreifen. Im ersten Info zum Prozess gegen Thomas Kilpper schreibt die Düsseldorfer Prozessgruppe, daß das Vorgehen bei Fritz Storim, Ingrid Strobl, Uli Winterhalter als Schritte in die richtige Richtung gesehen werden. Wenn wir still halten, gehen sie immer weiter vor. Freilich garantiert unser Eingreifen nicht, daß die Gerichte nicht nach dem Motto handeln: Augen zu und durch. Wir haben dies bei Ingrid Strobl gesehen. Aber der Preis, den die Herrschenden für eine Verurteilung zu zahlen haben, den können wir hoch schrauben. Das ist unser hilfsweises Ziel.

Prozeßgruppe für Luitgard Hornstein

Spendenkonten:

Bunte Hilfe Stuttgart:

Postgiroamt Stuttgart,

BLZ60010070, Kto.-Nr.:37242-702.

Rechtshilfekonto Düsseldorf:

Wüstenrot Bank AG,

BLZ60420000, Kto.-Nr.:9600074706.

# 21. Antwort von Eva Haule an die AG Kommunikation Frankfurt/M.

*(Der offene Brief der AG war im Angehörigen-Info 37 und im ak 316 abgedruckt)*

Rubrik: Autonome; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:33

liebe leute!

ich habe euren brief und will gleich antworten.

"absage an eine diskussion, die noch gar nicht begonnen hat" - nein, da habt ihr uns falsch verstanden.

wir haben gesagt, daß wir, soweit die bedingungen es zulassen, uns an den auseinandersetzungen beteiligen, und das tun wir auch. es ist aber etwas ganz anderes, ob wir das als einzelne machen müssen oder aus einer lage, wie sie von uns gebraucht wird und die für die diskussion auch einfach notwendig ist: zl, freie kommunikation.

das muß klar sein, und obwohl ihr sagt, ihr seht das, glaube ich, daß ihr ziemlich abstrakt rangeht.

es geht uns nicht um "gemeinsamen standpunkt", es geht um unser leben. wie wir leben und politik entwickeln wollen: kollektiv - das ist fundamental für uns, es ist unsere entscheidung, und die lassen wir nicht los. wir bestehen drauf, als gruppe an der diskussion teilzunehmen.

und wenn leute draußen sagen, sie wollen die diskussion mit uns, dann geht das auf keinen fall losgelöst von praktischen initiativen, vom konkreten kampf für die dafür notwendigen bedingungen. wir machen genau keine trennung zwischen diskussion und (neuer) mobilisierung für die zl.

aber es ist auch noch mehr.

ich finde das arg weit weg von der realen situation, wie ihr redet. ihr macht euch die materialität der notwendigkeit einer realen veränderung unserer situation nicht bewußt.

vielleicht ist das zu viel, aber versucht mal, euch das so klarzumachen, wie es ist: daß die meisten von uns seit fünf, sechs, zehn jahren überhaupt mit niemand von uns reden konnten und kaum mit anderen genossInnen.

die vier frauen in lübeck sind seit 72, 75, 78 im knast und hatten nie die möglichkeit, mit jemand von uns zu reden, der danach noch draußen war. (sie und ich hatten auch noch schreibverbot bis letztes jahr! aber schreiben über die zensur, wie sie ist, ist sowieso keine "lösung".) also was heißt "gemeinsamer standpunkt". wir sind und bleiben ein kollektiv, und anders machen wir keine politik. davon gehen wir nicht runter.

und sagt ihr zu rolf heißler, der seit zehn jahren und heute immer noch total isoliert in straubing ist, er soll zu diesem oder jenem "thema" der debatte einen beitrag schreiben?

euer vorschlag, daß wir aus der jetzigen situation - vereinzelt und also auch ohne möglichkeit, überhaupt mal zusammen über unsere eigene "geschichte" und ihre verschiedenen etappen zu sprechen (irmgard wurde 72 verhaftet, ich war von 84-86 bei der raf, eine ganz andere "epoche") - uns an der aktuellen diskussion beteiligen sollen, läuft drauf raus, uns vorzuschlagen, objekt auf dem linken polit-markt (der meinungen, ansichten) zu sein. das geht nicht, das machen wir nicht.

ich meine nicht, daß ihr das so im kopf habt, aber es läuft praktisch drauf raus.

und natürlich steht für uns das weiterkommen in richtung zl/freie kommunikation und freiheit im zentrum unserer überlegungen, auch unserer beziehungen zu leuten draußen.

wir können nicht von unserer situation abstrahieren.

die auswirkungen der isolation - das ist kein "gefühl" nur, genausowenig wie der hunger der menschen im süden ein "gefühl der brotlosigkeit" ist. es ist materiell.

nach jahren isolation geht es um unsere wiederherstellung - wieder reden, konzentriert arbeiten, grade und zusammenhängend denken und formulieren lernen - alles das.

die isolation ist ein permanenter physischer und psychischer angriff, und wir müssen alle erst wieder "ganz" und "gesund" werden.

das geht nur, wenn wir zusammen sind in großen gruppen.

das, womit sie uns jetzt kommen - "normalisierung", vielleicht minigrüppchen oder mal eine stunde hofgang zusammen -, kann die jahre vorher nicht aufwiegen. das ist genauso materiell.

auch wenn es so ist, daß jede/r von uns ihre/seine identität selbst unter extremsten bedingungen bewahren kann - und das ist so, das haben wir erfahren und erfahren es noch, sie konnten uns in den 20 jahren mit allen ihren maßnahmen nicht zerbrechen und auch politisch nicht liquidieren, und das werden sie auch nicht schaffen -, so ist es doch eine permanente reduktion, und der widerspruch ist ständig da, als einzelne in die diskussion einsteigen ist absolut keine lösung, auch inhaltlich einfach nicht, weil es nie mehr als einzelne bruchstücke sein könnten.

es muß ein "einheitlicher" prozeß sein - ohne diskussion geht keine neue mobilisierung, das wissen wir, aber ohne praktische initiativen für eine veränderung unserer situation geht auch keine diskussion.

wie seht ihr das?

wir wollten übrigens schon im letzten herbst einen längeren beitrag für die auseinandersetzungen in den "arbeiterkampf" bringen. das waren auszüge aus meinen prozeßtexten (in stammheim 88), die uns weiter wichtig sind. der ak hat das abgelehnt, sei nicht aktuell und nichts konkretes zur debatte des "radikale-linke"-kreises.

und jetzt bringen sie geisslers brief und sagen uns, wir dürfen darauf antworten und kriegen raum im ak dafür. wie nett, was? Nein, wir bestehen drauf, als kollektiv und mit den inhalten, die uns wichtig sind, in der diskussion zu sein.

gisel hatte euch schon vor längerem ausrichten lassen, daß sie gern besuche mit einem oder zwei von euch machen würde. das ist wohl nie bei euch angekommen.

wir finden das immer noch gut, und wenn ihr wollt, schreibt uns, wer von euch kommen will. wir können ja keine besuche zusammen machen, und ich habe alle termine für die nächsten monate schon verplant, deshalb geht es nur mit gisel allein. aber das sind trotzdem wir.

laßt was von euch hören.

26.2.

Kurz nachdem uns Eva ihre Antwort an die Frankfurter zugeschickt hatte, kam noch ein Brief von ihr an uns, den wir hier im Anschluß abdrucken:

18.4.

Hallo Ihr!

Jetzt muß ich noch was hinterherschieben - ich hatte Euch doch meine Antwort an die "AG Kommunikation" geschickt, weil ihr Brief an uns im Info und im ak abgedruckt war. Und wir haben uns schon gefragt, warum nichts zurückkommt von den Leuten. Jetzt stellt sich raus: die AG gibt's nicht mehr, hat sich aufgelöst!

Der Brief an uns war wohl der letzte Akt. Ich kapier daran, - wie an vielem aus der "Linken" - , daß es noch gar nichts bedeutet, wenn Leute sagen: "Diskussion" mit uns. Kann sein, es stellt sich dann schnell raus, daß es ein Blender ist, ne Blase. Und das heißt einfach, daß wir, wenn das so kommt, "wir wollen mit Euch die Diskussion", sofort den Finger auf den Punkt legen müssen: Was tun die Leute wirklich dafür, und was tun sie eigentlich überhaupt.

Das wissen wir ja schon lange, es bringt uns keinen Schritt weiter, wenn da nicht einmal ein Gedanke kommt für den möglichen Weg zur Erreichung der ZL/freien Kommunikation.

Wozu denn dann reden, "diskutieren".

In den allgemeinen linken Jammer steigen wir nicht ein, so einen Luxus können wir uns nicht leisten ... keine/r kann das, die/der wirklich weiter will.

Und uns schreiben oder sagen (wie bei der Kundgebung in Schwalmstadt die Autonomen), daß ihnen nichts einfällt, daß sie nicht weiter wissen und sich schon damit abgefunden haben, für die nächsten Jahre im jetzigen Zustand zu verharren -

das ist überflüssig wie ein Kropf. Denn das sehen wir ja!

Viel wichtiger ist es jetzt, überall die Menschen zu suchen, die Schritte nach vorne machen wollen. Auch mit uns, für unsere ZL und Freiheit.

Ich find's trotzdem gut, wenn ihr meine Antwort an die "AG" abdruckt, damit ihr Brief nicht so stehenbleibt.

Vielleicht zusammen mit dem hier.

Wir sind froh, daß es zu Spanien ein neues Anpacken gibt, wie Ihr das im letzten Info gesagt habt. Und heute der Aufruf in der taz!

Liebe Grüße von uns

Eva

# 22. "... aber die Antworten immer schon parat" - eine Antwort aus der Hafenstraße auf Christian Geißlers "Dissonanzen" (ak 316)

Rubrik: Autonome; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:29

eine antwort von uns, ein paar menschen aus der hafenstraße, auf den schrieb von christian geißler im februar-ak, auf seine 'dissonanzen der klärung' und auf den teil der altgewordenen linken, die das schon immer wußten, daß die rote armee fraktion und die gefangenen aus der raf ernstzunehmende irre sind. naja, und wir, die u.a. auch militant kämpfen für ihre ziele. also die, die "karstadtentglasungen" (aus dissonanzen..) begehen (ab und zu trifft's dann auch mal die deutsche bank), und als straighte fighterinnen vermeintliche erklärungen von gefangenen 'besitzen', naja für christian geissler sind wir eh nur anhängsel, gesichts- und geschichtslose schwarze blöcke. integrierbar in nichts. nö. nicht in diesen staat und in diese systemparteien, sind sie nun grün, gelb, weiß oder orange. und auch nicht in christian geißlers herumreisende, labernde und am gleichesten kommunistischen fleißigen bienen, die, nach monatelangen diskussionen leuchtende augen kriegen, wenn der handwerksmeister sagt, daß er auch gegen die multis ist. womit wir nichts gegen die handwerksmeister sagen, sondern, daß es immer noch stimmt, daß "das sein das bewußtsein bestimmt". und solange es hier, in dieser imperialistischen metropole keine 'massen'hafte revolutionäre gegenmacht - über eine lange zeit sich behauptend - gibt, ist das kapitalistische system das die meisten menschen beherrschende system, ihre unabänderliche wirklichkeit - gottgewollt sozusagen.

also, die raf, die gefangenen, wir und überhaupt alle, die mit den kämpfen sympathisieren und ihre hoffnungen und ihre großen und kleinen träume nicht aufgegeben haben und nicht aufgeben wollen - sollen aufhören. aufgeben, kapitulieren sagt christian geißler. so schlimm ist das hier alles nicht, da kann mann ganz gut (über)leben. so hinterm deich, in dieser fernen dorfidylle - die zwanziger jahre lassen grüssen. wie wär's denn mal mit steilshoop (hamburger stadtrandghetto). da, wo 50% der menschen arbeitslos sind und die pusher mit der droge die jungen typen an die fixe bringen und als junkies dann nur noch 'wolf unter wölfen' sind. da kriegt jede 5. familie sozi (wahrscheinlich aber sind das viel mehr). tja, da ist es dann nicht mehr so heimelig. da würde christian geißler das hab und gut unterm arsch weggezockt werden. nix mit proletenidylle. und die kiddies fressen da nicht nur schokolade, sondern ziehn sich ne plastiktüte übern kopf, um sich mal für einen moment ein geileres gefühl anzuschnüffeln, gegen dieses sterbende lebensgefühl, was normal ist, alltag, normalzustand.

achja, das ist schon zum kotzen, wenn da einer kommt und schon alles weiß. da kennt einer das leben, die menschen, die geschichte, 20 jahre bewaffneter kampf, sich selbst, den malermeister, die hafenstraße... und weiß doch ganz viel überhaupt nicht und will es so genau auch gar nicht wissen.

'kamalatta', 'dissonanzen der klärung' und der ak-artikel ist abschiedsliteratur, ist literatur für die innere emigration. sie hat mit der wirklichen geschichte, unserer geschichte, die von menschen durchkämpft und durchlitten, die gelebt wurde, nur äußerlich was zu tun. christian geißler kennt uns nicht wirklich, dem namen nach einzelne von uns. weiß von einigen die entwicklung, aus welchen politischen oder anderen zusammenhängen sie kommen. und mehr auch nicht und will das auch schon ganz lange nicht mehr wissen. da wird in diesen ganzen schriftlichen sachen über menschen geredet. über das, was mann offiziell hört und sieht was diese menschen tun. da wird beurteilt, gewertet, abgewertet, gemutmaßt und unterstellt, sich's maul zerrissen und gejammert. alles "keine basisprozesse" undso.

in diesen ganzen kämpfen, unseren kämpfen, die wir da überall geführt haben: rekrutenvereidigung in bremen, brokdorf, krefeld, anti-reagan-demo in berlin, gorleben, der kampf für die zusammenlegung... haben wir immer auch für das weiterkämpfen gelernt. mal schlecht, mal recht, mal richtig gut, mal richtig spitzenmäßig wie unser kampf 'hafenstraße bleibt'. und auch immer wieder scheiße, viele fehler, doofe fehler, politische unreife von einzelnen, von vielen. und immer wieder viel altes, beknacktes, begrenztes in unseren revolten, in unserem suchen. aber eben wir lernen dadrin uns, den anderen menschen, die vielen unterschiedlichen menschen kennen. und die wirklichkeit, die realität dieser bundesrepublik deutschland. wir suchen in den kämpfen uns und das, was wir haben müssen für uns, um zu leben gegen das gelebtwerden. wir suchen danach, wie das hier gehen kann, mit veränderung, umwälzung, revolution, front - jetzt und nicht irgendwann.

jaja schon klar, auch wir gehen nicht davon aus, daß die, die gesamte gesellschaft umfassende revolution vor der tür steht. wie schwer und langwierig das hier ist, ist uns immer wieder bewußt, hammerhart. nur, da gibt es für uns auch erfahrungen, die von möglichkeiten sprechen und erfahrungen, die keine alltagsfliegen sind.

so 'nen kleinen vorgeschmack haben wir hier gehabt. was das sein kann, wenn wie 87, während der wiederbesetzung, quer durch alle voneinander getrennt gehaltenen bevölkerungsgruppen - viele menschen uns glück wünschten, in diesem ungleichen machtverhältnis. und tierisch viele viel dafür getan haben, vor und hinter den barrikaden - 'hafenstraße bleibt'. und wir haben da nicht nur unsere häuser mit uns dadrin gewonnen. sondern auch das: wenn sich viele in einem kampf wiedererkennen können menschliches leben, träume und bedürfnisse - daß dann viele tausend nicht aufzuhalten sind zur hafenstraße zu kommen und zu demonstrieren, auch wenn zig-tausend bundesgrenzschützer und polizisten ein demonstrationsverbot durchsetzen wollen. wir alle wollen, daß die menschen in diesen häusern bleiben.

ein beispiel.

da gibt's auch viele leisere - liebevolle - kleinere beispiele in dieser barrikadenwoche und überhaupt, seitdem es diese häuser mit den menschen drin schon gibt. viele eigentlich ganz einfache, die warmmachen und wo wir wissen, daß auch in unserer momentanen unkenntlichkeit uns viele glück wünschen für unser leben hier. auch das sind erfahrungen, die wir auf unserem weiteren weg mitnehmen.

in den sachen von christian geißler werden fragen nach dem, was war, was ist und wie weiter aufgeworfen, die auch unsere fragen sind. aber aufgeworfen nur, um sie der raf, den gefangenen und uns hinzuschmeissen. es sind scheinfragen. da tut einer so, als hätte er wirkliche fragen und hat die antworten aber schon parat. christian geißler hat sie schon, er ist damit fertig und sagt, die grundlage einer weiteren zusammenarbeit kann nur sein, wenn ihr mit dem kampf aufhört, die waffen einmottet, eure anhänger hören dann schon von selber auf. mal ganz abgesehen davon, daß da nicht ein einzelner bestimmen kann, was grundlage sein muß, kann so ein ansinnen niemals eine grundlage sein, in keiner zusammenarbeit, in keinem bündnis auf unserer seite.

schon ne abgefahrene vorstellung, wir hätten während der wiederbesetzung als voraussetzung von allen verlangt, sie sollten erstmal aus ihren parteien austreten und sie müssten, statt zb. flugblätter zu verteilen ausschließlich mit militanten mitteln den kampf führen. hier würden heute yuppie-wohnungen stehen und unser lebenszusammenhang als größenwahnsinniger haufen in die widerstandsgeschichte eingegangen sein. wir haben uns hier aber durchgesetzt. erstmal, schon klar. unser kampf hier war sozusagen ein lehrstück dafür, wie das laufen kann, daß wir uns hier durchsetzen. unsere interessen gegen die interessen von denen da oben, für unsere sachen, für das, was wir hier brauchen.

grundlage für uns war unsere entschlossenheit für 'wir bleiben'. dafür haben wir die häuser verbarrikadiert und uns auf eine militante auseinandersetzung vorbereitet, die niemand von uns wollte, von der wir aber wußten, daß sie zu führen notwendig ist, wenn wir gewinnen wollten. und das wollten wir, die häuser. das wußten auch alle. und das wurde auch so verstanden und akzeptiert. unser kampf war in den häusern. und der kampf aller anderen menschen, außerhalb der häuser, der von vielen mit der gleichen entschlossenheit geführt wurde, waren tausend unterschiedliche initiativen: demos, flugblätter, veranstaltungen, unterschriften sammeln, fahrwachen organisieren, pressekonferenzen machen, transparente aufhängen, mit menschen reden, barrikaden bauen, die militante verteidigung organisieren. eben tausend verschiedene sachen, die gemacht werden mußten, die notwendig waren. das war auch jedem menschen klar. unsere militanz ein entscheidenes mittel, aber nie selbstzweck und unser bündnis beispielhaft.

in diesem bündnis gab es keine ideologischen debatten, keine abstrakten gewalt- oder parteidiskussionen. unsere diskussionen waren praxisorientiert. wir alle hatten ein gemeinsames anliegen. und wir wußten auch alle aus der eigenen geschichte, daß es luxus ist, sich die unterschiede als gegensätze um die ohren zu knallen. die eigene 'wahrheit' allen anderen überzustülpen. wir hatten das gar nicht nötig. weil wir die 'wahrheiten', die notwendigkeiten, wie was zu machen ist, in den tatsachen, den realitäten gesucht haben. wir haben uns in unserer unterschiedlichkeit ernstgenommen. entscheidend war nicht woher jemand kam, sondern das stück weg, das wir gemeinsam zurücklegen wollten. da gab's viele 'wir's' und 'ich's'. und ein 'wir' und 'uns' hatten wir da nicht so schnell auf den lippen - das waren wir erst, nachdem wir schon ein schönes stück praxis hinter uns hatten. und das sagen wir gegen dieses öde, gleichmacherische "wir" und "uns", wo so ein 'schweigende-mehrheit' gefühl rüberkommt, wie das von christian geißler benutzt wird. zum einzigen zweck

unterschiedliche realitäten und entscheidungen zu verdecken. dieser reflex des im sumpf steckengebliebenen, alles mit sich runterzuziehen.

"... wir draußen hier sind nämlich gar nicht unten sondern mittendrin in der scheiße..." (dissonanzen s. 55), sagt christian geißler. das wird für ihn wohl stimmen. für uns stimmt das nicht. das ist so diese 'wir-sitzen-alle-im-gleichen-boot'-mentalität. sitzen wir eben genau so nicht. christian geißler sitzt da in seinem boot und wir sind woanders.

und wir sind eben auch nicht alle "gleich". gleich an allen ist, daß alle hier den systemstempel aufgedrückt gekriegt haben. das verknotete päckchen kapitalistischer strukturen und werte, das hier erstmal alle mit sich rumschleppen. und das in zig verschiedenen variationen. weiblich und männlich, oben und unten. und da geht dann irgendwann mal die suche los, nach sich, nach einem anderen leben.

für die meisten menschen endet diese suche früh. weil ihnen alle möglichkeiten genommen werden, das dafür notwendige handwerkszeug sich zu erobern. die macht des kapitalismus und seiner ideologien ist in allem gegenwärtig und immer und überall tönt es: 'du kannst hier nichts ändern, jeder kampf ist sinnlos, sie sind übermächtig, es endet immer in niederlagen'.

und da gibt es dann welche, die den aufbruch wagen, weil sie das zumindest schon mal wissen, daß sie was zu gewinnen haben. ein fitzelchen vielleicht nur in der erinnerung, sich gegen das oben/ untensystem mal durchgesetzt zu haben. gegen das familiensystem, gegen das schul- u. arbeitssystem, gegen das mann/frau-system. und von da aus dann weiter mit diesem fitzelchen erlebte stärke, der ahnung von sich tief unten und dem bedürfnis nach befreiung. in der weiteren suche immer wieder auch auf die schnauze fallen, in die depression, drogen, in den selbsthaß... und aber auch wieder aufzustehen.

und hier, hafenstraße, da hatten wir das mal richtig in der hand, daß es möglich ist, ganz materiell ihnen was abzutrotzen. aufbruch, unser aufbruch und einer von vielen und einer von unten.

das können wir so sagen, daß da im winter 86 (die 'spalierdemo' am 20. 12.), danach die aktionen am 'tag X' und die phase der wiederbesetzung 87 - die jahre unserer revolten und kämpfe seit 1980 auf den punkt gekommen ist. sozusagen eine lange entwicklung auf ihrem höhepunkt zusammengefasst hat. und da gehört die krefelder demo gegen den ussa bush, wackersdorf, brokdorf genauso zu wie 83 die friedensbewegung, die boykottbewegung gegen die volkszählung, die hungerstreiks der gefangenen, die angriffe der raf, der kämpfenden einheiten. die massenhafte spontane mobilisierung gegen die bombardierung libyens durch die us-armee, tschernobyl.. zig geschichten in denen ein prozeß sichtbar wird.

ein einschnitt in dieser entwicklung, also wo es für uns materiell wurde, daß sich überall in all den großen und kleinen scenes, in den parteien, organisationen was am verändern war. das war für uns hier in hamburg die libyen-demo. am nachmittag, nachdem die ussa morgens libyen bombardiert hatte, waren tausende auf der straße, spontaner wie da gehts gar nicht. aus allen linken zusammenhängen. und als aus der demo heraus eine us-bank militant angegriffen wurde, gab's fast nur zustimmende gesichter. von menschen, die mit der abtrennung unseres blocks in bremerhaven 83 noch einverstanden waren. wir waren damals störfaktoren, gehörten nicht dazu. die ausgrenzung - von oben verordnet - funktionierte damals noch.

die erfahrungen mitte der 80er waren wichtig für viele von uns. brokdorf, kleve, 'hher kessel', die demo danach. alles erfahrungen einer einheit, eines bündnisses, das sich am entwickeln war zu einer bewußten, organisierten zusammenarbeit. das konnten wir damals fühlen, sehen, anfassen. das sind tatsachen. und wenn die situation jetzt auch wieder eine andere ist (und welche das ist, da sind wir dabei das rauszufinden) sind diese erfahrungen teil unserer geschichte, die wir nicht loszulassen gedenken.

es ist hier alles sicher viel zu kurz - angetippt - aber es ist die richtung, um die es uns geht. ausgehend von unseren kampferfahrungen - und die schließen fehler, kritik und selbstkritik, falsche einschätzungen, niederlagen und die kleineren und größeren siege natürlich mit ein - wollen wir die diskussion um das, was war, was ist und wie weiter. und da lassen wir nicht von 'außen oben' betrachtend über unsere geschichte, unsere erfahrungen, unsere vergangenen und zukünftigen kämpfe verfügen, wie es christian geißler tut, und vor ihm - und sicher werden da auch noch andere männer folgen - das schon andere versucht haben.

"... und das kann zu dieser stunde die eine internationale zusammenbruchsstunde ist nur heißen die langandauernde vielsprachige genossenarbeit und genossinnenarbeit zu vielen hin mit vielen nichts da wird

mal eben aus paar schwarzen blocks gestampft nichts da mal eben streng durch paar panzerlimousinen gepustet nichts da angeberei..." (dissonanzen s. 50)

wir fragen uns natürlich, wie da immer wieder welche darauf verfallen, über andere bestimmen zu wollen, was andere bestimmte menschen immer tun sollen. in einem vorgesteckten rahmen und immer entlang, den von oben gesetzten normen. und das auch gegen das wissen, daß so ein diener des götzen profit, wie herrhausen zb., der gesetz und ordnung von oben für unten gemacht hat - über millionen menschen verfügte ob und wie sie leben sollten oder nicht. die aktion gegen herrhausen hat viele herzen erreicht und im positiven sinn 'erschüttert', auch wenn davon danach und jetzt wenig sichtbar geworden ist. in den reihen da oben hat's auch was 'erschüttert'. nach herrhausen und in der situation jetzt, den globalen veränderungen, in denen alte werte und orientierungen grundsätzlich infrage gestellt sind, an der realität auf ihren wirklichen gebrauchswert geprüft werden und das neue, was und wie wir was für uns brauchen noch nicht so richtig in sicht. darein ist dieses geheimdienstprodukt 'kiechle' plaziert. mit ner erklärung, die vom outfit und vom inhalt mit dem ziel landwirtschaftsminister suggerieren soll, daß die raf politisch nicht mehr ernstzunehmen ist. neben der kappe, sozusagen, kopflos. solche gefährlichen schwachsinnigkeiten in dieser 'erklärung' zu kiechle wie "forcierter aktionismus" oder daß durch fehlgeschlagene aktionen am "meisten gelernt wird", sollen provozieren was generalbundesanwalt rebmann jüngst drohend gefordert hat: niemand soll eine diskussion mit der raf und den gefangenen führen, solange die sich nicht vom bewaffneten kampf distanzieren. 1972 war es die 'trinkwasserverseuchung' durch die raf, dann 'bomben auf fußballstadien, kaufhäuser, schulen, kindergärten' oder, daß die raf im besitz von senfgas sei, statt der westlichen armeen, die solches zeug horten. 1990 - nach herrhausen - kommt die psychologische kriegsführung mit diesem kiechlemann.

und es trifft auf unserer seite auf die situation, daß wir uns insgesamt, also alle die das auch wollen, noch nicht in die lage versetzt haben, die auseinandersetzung, die diskussion für das zusammen kämpfen auch wirklich zu führen, praktisch, politisch, ganz real. das ist schwierig, auch weil wir eine dafür notwendige bedingung, die zusammenlegung der gefangenen und darüberhinaus ihre freiheit, nicht erreicht haben. dem entspricht hier draussen unsere eigene zersplitterung, wiedervereinzelung mit all ihren harten folgen. aus dem mit 'vielen unterschiedlichen menschen', also die 'entdeckungsreise', ist wieder das 'unter sich' geblieben. wir wollen das verändern und das ist auch der grund, warum wir hier was zu dem ak-teil und den 'dissonanzen...' von christian geißler sagen. wir lassen uns die grundlage so einer kommunikation von niemandem diktieren. christian geißler und mit ihm wahrscheinlich noch ein paar andere (und auch wenns viele wären, würds nicht richtiger werden) wollen diese auseinandersetzung auch gar nicht. weil, wenn die raf nicht die waffen niederlegt und die gefangenen sich nicht von sich selbst distanzieren und wir nicht, wenn es angesagt ist, vom barrikadenbauen , gibt es für ihn keine grundlage.

"... und wenn ihr aber also auch in zukunft euren schritt in den klassenkämpfen auf tod und leben ohne uns entscheidet dann seid ihr entschieden ohne uns..."(dissonanzen s. 64) "... die neue entscheidung jetzt ohne waffen erklärt das öffentlich..."(dissonanzen s. 91)

was wir von christian geißler zurückweisen, ist nicht, daß niemand uns oder andere kritisieren oder was gemacht wird infrage stellen 'darf', wenn z.b. kein sinn in ner bestimmten situation im barrikadenbauen gesehen wird. das ist nicht unser problem und wars von uns hier aus auch eigentlich nie (naja, mit einer klitzekleinen ausnahme). darüber können und wollen wir reden. und die menschen, die mit uns zusammengearbeitet haben und es noch tun, wissen das auch. und das wissen wir auch von den gefangenen aus der raf und aus dem widerstand, mit denen wir diskutieren, daß das kein problem ist.

wir wissen auch , daß teile eigener gefühle und gedanken in den sachen von christian geißler wiederzufinden sind, daß es viele verschiedene gründe dafür gibt, wie zb. gemachte erfahrungen, scheißerfahrungen, wenig bis nichts zu wissen von der geschichte der kämpfe in den letzten 20 jahren oder der mangel von fehlender authentischer vermittlung von den verschiedenen kämpfen. auch falsche vorstellungen davon, distanz oder mystifizierungen. wir kennen das und können das nachvollziehen. weil wir, die wir das hier sagen, jede und jeder einzelne von uns unsere ureigenste geschichte und erfahrungen haben. mit auf's und ab's, kritik an allem möglichen, reissenden widersprüchen, abstrakten ansprüchen, tausend fragen, eigenen oder von anderen übernommenen antworten, wahrheiten. es ist für jede und für jeden von uns mal mehr, mal weniger, mal länger, mal kürzer ein auch quälender prozeß gewesen und ist es auch immer wieder. da geht nichts mal eben so locker. wir sagen hier etwas aus auch erlittenen erfahrungen. und wir sagen hier aber auch was, von dem wir hier gemeinsam ausgehen:

aus unserer verbundenheit mit allen, die, ganz gleich wo und wie sie das tun - um und für sich, und um und mit anderen menschen - für ein anderes, an den menschen orientiertes leben kämpfen.

wir wollen mit allen, die sich und uns ernstnehmen, also das, was wir sind und wollen akzeptieren, eine offene, solidarische diskussion und kommunikation mit dem ziel, uns gegen diese imperialistische systemmaschine durchzusetzen - und sie letztendlich zu besiegen - zusammen kämpfen

einige menschen aus der hafenstraße, 24. april 90

# 23. Leben in Moskau: Tauschwirtschaft statt Perestroika von Hannes Hofbauer

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:13

Die emotionalsten Debatten über das sogenannte "Defizit", also den Mangel an täglichen Bedarfsgütern und insbesondere an Lebensmitteln, werden am vollgedeckten Tisch geführt. Je leerer die Geschäfte, desto gefinkelter werden die Methoden und Umwege, doch noch zu seiner Butter aufs Brot zu kommen. Fern der Alternativen Plan oder Markt kämpfen die sowjetischen Haushalte in einer Tausch- und Naturalwirtschaft, die schwerlich dynamisierbar scheint.

Es gibt keine Samovars. Was nicht heißt, daß keiner dieser typisch russischen Teekessel zu bekommen ist.

Margarete, eine deutsche Studentin, wollte nach Abschluß ihres halbjährigen Studienaufenthaltes an der Moskauer MGU-Universität einen jener hübsch bemalten Samovars mit nach Hause nehmen, der das Teewasser stundenlang warm hält und als Zierde in jedes Wohnzimmereck paßt. In den Moskauer Geschäften war keiner zu sehen. Der private Kunstmarkt am Rande der Stadt ist zwar für Bilder, Madrioschkas und allerlei Krimskrams eine Fundgrube, wirkliche Gebrauchsgegenstände stehen indes dort nicht zum Verkauf.

Margarete entschloß sich, ihre beste russische Kollegin nach einem Samovar zu fragen. Schon nach einer Woche hatte diese den Bekannten eines Bekannten ausfindig gemacht, der in einer Samovarfabrik im Norden Moskaus arbeitete. Der könnte den gewünschten Artikel besorgen, als Gegengabe wünsche er sich ein Paar Adidas-Schuhe für sich und seine Frau, Größe 43 oder 38. Margarete war dem Samovar nun schon in greifbare Nähe gerückt. Ihr neues Problem hieß: Sportschuhe. Das eigene Schuhwerk war zwar weder von der gewünschten, prestigeträchtigen Firma, noch paßte es mit der angegebenen Größe zusammen, aber sie würde sich umhören unter den zahlreichen ausländischen Kollegen und Kolleginnen. Bald war eine englische Studentin gefunden, die im benachbarten Heim wohnte. Wofür Margarete die 38er Adidas bräuchte, wollte die junge Kollegin wissen. Im Tausch gegen einen Samovar? Das klang auch für die Engländerin verlockend. Wie, wenn sie ihre beiden Paar Sportschuhe abgäbe und dafür ebenfalls so einen Teekessel bekommen könnte? Die Rückfrage beim Bekannten des Bekannten der russischen Kollegin war positiv. Und drei Wochen nach der Aufnahme der Gespräche war das Geschäft perfekt. Der Samovar-Arbeiter bekam zwei Paar Adidas-Sportschuhe - Größe 38 - für seine Frau, die englische Studentin den einen und Margarete - als Vermittlungsprovision - den anderen Samovar. Jede/r in Moskau weiß es. Es gibt keine Samovars.

Es gibt nichts zu essen

Die Geschäfte sind leer. Der alte Moskauer Witz, in dem eine Hausfrau im Gemüseladen fragt, ob es denn hier kein Fleisch gäbe und die Antwort bekommt: Bei uns gibt's kein Gemüse, kein Fleisch gibt's nebenan - dieser Witz war niemals in den letzten Jahrzehnten so wahr wie heute. Und dennoch: Die Moskauer Kühlschränke und Vorratskammern sind nicht leerer als die unsrigen.

Was der Unterschied sei zwischen Kapitalismus und Kommunismus, will mein Tischnachbar im Restaurant des Moskauer Klubs der Filmschaffenden von mir wissen. Nun? Im Kapitalismus sind die Geschäfte voll und die Eßtische leer, im Kommunismus ist das umgekehrt. Die sechsköpfige Runde lacht und greift zur Vorspeise: Fisch in Aspik, Räucherlachs und zarte Rindszunge mit Apfelkren. "Im Normalfall ist es fast unmöglich, einen Tisch in diesem Club-Restaurant zu bekommen, aber mein Freund hat das arrangieren können." Es scheint, als ob niemand von den fast 100 Gästen auf den Normalfall zurückgreifen müßte. Freunde und Bekannte zu haben, ist in Moskau noch um vieles wichtiger als anderswo. Ohne Vitamin "B" - wie "Beziehungen" - läuft hier gar nichts. Und mit Beziehungen kann man sich sogar noch ein Fläschchen vom trockenen grusinischen Weißwein um 2,50 Rubel aus dem Restaurant mit nach Hause nehmen.

80 Rubel im Monat

Auf 80 bis 120 Rubel pro Monat kommt ein/e Rentner/in in der Sowjetunion - ohne, meist illegale, Nebeneinkünfte. Schwarz getauscht macht das ca. 100.- ÖS oder 15,- DM, womit das wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen West und Ost mathematisch genau beschrieben wäre. "48 Millionen Sowjetbürger", so der liberale Moskauer Reformökonom Iosif Lahmann, "leben zur Zeit mit weniger als 80 Rubel im Monat;" unter ihnen all diejenigen, die nicht die erforderliche 25-jährige Arbeitszeit nachweisen können, die sie

pensionsberechtigt macht. Nichtpensionierte Proletarier/innen verdienen etwas mehr. Der Vizedirektor des Statistischen Zentralamtes Goskomstat, Illietsch Goriev, kramt in seinen Aufzeichnungen: "Drei Prozent der arbeitenden Bevölkerung erhalten weniger als 100 Rubel im Monat, das sind vor allem Leute im Gesundheitswesen, Teilschichtarbeiter und diverse Fabrikwächter, aber auch Sekretärinnen. Ein Drittel der Beschäftigten wird zwischen 100 und 200 Rubel entlohnt, ein weiteres Drittel bis zu 300; alles, was darüber liegt, ist bereits ein sehr guter Verdienst."

Sibirische Erdölarbeiter z.B. können bis zu 900 Rubel pro Monat aus ihrer Lohntüte nehmen, ein Kolchosedirektor fürstliche 1.200. Der durchschnittliche Nettoverdienst liegt jedenfalls knapp über 200 Rubel.

Genauso wie die Löhne, werden auch die Preise von zentralen Planungsstellen unionsweit festgelegt, außer im neu entstehenden privaten Sektor, der meist mit dem Kürzel "Genossenschaft" beschrieben wird. Die täglich benötigten Lebensmittel wie Milch, Margarine bzw. Butter, Brot, Zucker, Mehl etc. sind für Kopekenbeträge in staatlichen Einzelhandelsgeschäften erhältlich, zumindest meistens. Das Moskauer Wirtschaftsforschungsinstitut hat festgestellt, daß 1989 von 1200 erfaßten Warengruppen nur ca. 200 regelmäßig zu beziehen waren. Zur Mangelware gehören auch Obst und frisches Gemüse, Fleisch, Bier und Wein. Dafür müssen längere Einkaufsschlangen in Kauf genommen werden. Das Fleisch beispielsweise ist dann zwar relativ billig (2-3 Rubel pro Kilo), aber oft fett und qualitativ minderwertig. Will man gutes Fleisch kaufen, dann muß man sich schon in spezielle sogenannte Kooperativen-Geschäfte bequemen, wo für 5-8 Rubel pro Kilo Kotelett und Schweineschulter zu haben sind. Wenn's auch dort nichts mehr gibt und man die vegetarische, meist gemüsearme Kost schon satt hat, dann bleibt nur noch der sogenannte Kolchosmarkt, wo man bei "freien Preisen" um bis zu 15 Rubel je Kilo jederzeit das beste Stück Fleisch kaufen kann.

"Die 120 Mrd. Rubel jährliche Subvention", so die radikal-liberale Ökonomin Larissa Pijaschewa, "werden hauptsächlich für Lebensmittel, Brennstoffe, Transport und Wohnungen ausgegeben. Möglich ist das nur wegen der Überbesteuerung der Preise für Kleidung, Haushaltsgeräte und Alkohol." Ein Anzug z.B. kostet mindestens einen durchschnittlichen Monatslohn, Schuhe sind entweder untragbar oder - bei besserer Qualität meist aus Jugoslawien oder der CSFR - horrend teuer.

"75% unserer Bürger leben in relativer Armut", empört sich Professor Hasbulatow vom Institut für Nationalökonomie und seit den letzten Wahlen Delegierter zum Russischen Sowjet."Der Staat gibt den Arbeitern nur 20% von dem, was sie erarbeitet haben. Wenn wir die Löhne künstlich so niedrig halten, ist es auch unzulässig, die Preise für Gebrauchsgüter zu erhöhen. Daher müssen wir langsam Preise und Löhne an das Weltmarktniveau heranführen." Hasbulatow wünscht sich die Einstellung des "absurden Subventionswesens". "In Wahrheit sind die Lebensmittelpreise bei uns nicht billiger, sondern teurer als z.B. in London oder Wien. In der UdSSR geben die Leute 50- 60% ihres Lohns für Essen und Trinken aus. Das ist ein krasses Mißverhältnis."

Die Wohnungen dagegen sind - von jedem Standpunkt aus betrachtet - billig. "Normal beträgt die Miete drei Prozent des Lohnes", rechnet Natalja Afonikowa vom Moskauer Sozialamt aus. "Für eine Zwei-Zimmer-Wohnung mit 30 qm zahlt eine Kleinfamilie 12 Rubel im Monat - inklusive Strom." Eine gleichzeitige Liberalisierung der subventionierten Lebensmittelpreise und der Mieten würde eine soziale Explosion bedeuten, ist sich auch Professor Hasbulatow sicher. Deswegen schlägt er eine "schrittweise, regulierte Liberalisierung der Preise" vor. Die Rentner/innen jedenfalls haben Angst vor der Marktwirtschaft.

Deformierte Planwirtschaft

"Im Westen heißt es, daß wir eine Planwirtschaft haben. Das stimmt ganz sicher nicht. Wir kennen nur Befehle aus Moskau", äußert sich Valentina Janischewskaja vom Institut für Finanzwesen abschätzig über das wirtschaftliche System, das als "Kommandowirtschaft" in westliche wie östliche Analysen eingegangen ist. Der Funktionsmechanismus war (und ist) tatsächlich ein völlig deformierter.

Berühmt ist das Beispiel der Seife geworden, das im vorigen Jahr zum großen Bergarbeiterstreik geführt hat. Bereits Ende der 70er Jahre kam es zu Waschmittel-"Defiziten" - wie es im russischen Jargon heißt -, weil das sowjetunionweit einzige Werk, welches einen bestimmten notwendigen Verdicker für Seifen produzierte, mittelfristig ausgefallen war. Damals hamsterten Hausfrauen so lange Seife, bis sich das Defizitgerücht zur Wirklichkeit entpuppte. Als dann ein Jahr später die entsprechende Fabrik ihre Produktion wieder aufnahm und tonnenweise Seife in die Läden kam, füllten sich die Lagerhallen, ohne daß eine Nachfrage entstand - man

hatte ja genug Seife in der Vorratskammer. So drosselte nach einigen Jahren die amtlich zuständige Stelle die Seifenproduktion - nur scheinbar folgerichtig. Denn inzwischen waren die hauseigenen Seifenvorräte aufgebraucht und die Hausfrauen leerten im Nu die Ladenregale. Bis dann im Herbst 1989 selbst für die Bergarbeiter kein Stück Seife mehr zu haben war.

Die prestoikawilligen Fachleute stehen heute einer sowjetischen Bevölkerung gegenüber, die Wirtschaft großenteils als Natural- und Tauschwirtschaft kennt. "75% aller Moskauer/innen", so Nationalökonom Hasbulatow, "kaufen Waren, auch wenn sie sie nicht brauchen, zum Tausch und für den Vorrat." Tauchen also beispielsweise spezielle Werkzeuge in den Geschäften auf, so sind sie sofort vergriffen. Jeder kennt einen Bekannten, der wieder einen Bekannten kennt, der einen Freund hat, der ... vielleicht am anderen Ende der Stadt zufällig ein Produkt ergattert hat, das man selbst brauchen kann. Das Tausch- und Naturalsystem, das von der Verwaltung des Defizits lebt, entwickelt im Konsumenten ganz andere Fähigkeiten, als wir sie aus der Überflußgesellschaft gewohnt sind. Die Einführung marktwirtschaftlicher Kriterien greift da - vorerst - zu kurz.

Drei verschiedene Arten von Markt

Mangelwirtschaft plus Perestroika führt zwangsläufig zu einer fortgesetzten Teilung des Marktes. Für Lebensmittel z.B. kennt die geübte Moskauer Hausfrau drei grundsätzlich verschiedene Einkaufsmöglichkeiten, auch wenn sie davon nur eine als "Markt" bezeichnet.

Die staatlichen Läden, meist kleine Supermärkte, haben feste Einzelhandelspreise. Länger haltbare Waren wie Zucker, Mehl und Reis sind in unscheinbaren braunen Papiersäcken verpackt und wie alle übrigen Produkte in diesen Geschäften aus der Kolchoswirtschaft. Butter, Margarine, Fett, Essig, manchmal Öl, bulgarische Fruchtsäfte, Fisch- und Gemüsekonserven - soweit das Repertoire eines Staatsladens am späten Nachmittag.

Ein zweiter Vertriebsweg von Lebensmitteln geht durch den sogenannten kooperativen Handel, der nichts mit den neugegründeten Genossenschaften zu tun hat. In eigenen Geschäften werden meist diejenigen Produkte aus den Kolchosen abgesetzt, die nach der Abgabe der Planmenge an die Staatsläden übrigbleiben. Auch hier sind die Preise stabil, aber ca. doppelt so hoch wie im "normalen" Geschäft. Eine Besonderheit stellen dann noch diverse, kürzlich eröffnete Sozialläden dar, die für Bedürftige auf Empfehlung des Sozialamtes gewisse Konsumgüter um die Hälfte des üblichen Preises abgeben. In manchen Großbetrieben wiederum gibt es eigene Lebensmittelverteilstellen, die für Betriebsangehörige billig und ohne Schlange zu stehen, Waren bereithalten.

Die dritte und expandierende Möglichkeit, zu seiner Butter aufs Brot zu kommen, ist der sogenannte "Kolchosmarkt". 60 solcher Märkte existieren zur Zeit in Moskau und machen einen Umsatz von ca. drei Prozent aller verkauften Nahrungsmittel aus. Auf diesen Kolchosmärkten - sie heißen so, weil dort der Kolchosbauer seine privat produzierten Lebensmittel absetzt - verkaufen die Produzenten ihre Waren selbst - nach freier Preisvereinbarung. "Die Qualität ist dort besser, aber die Preise drei- bis fünfmal so hoch wie im Staatsgeschäft", weiß Tamara Strogowa vom Statistischen Zentralamt zu berichten. Und: "Die Kolchosmärkte öffnen dem Spekulantentum Tür und Tor."

Tatsächlich ist es längst nicht mehr so, daß der kleine Bauer am Rischki Rynok, dem größten und bekanntesten dieser freien Märkte, unbehelligt sein Gemüse oder sein Fleisch feilbieten kann. In der Regel wird er von einer ortsansässigen Mafia dazu gezwungen, "Standgebühr" zu bezahlen, oder er erhält das "Angebot", seine Waren en gros einem Zwischenhändler zu vermachen, was zwar verboten, seinen Nerven und seiner Gesundheit aber weitaus zuträglicher ist. "Am Kolchosmarkt beginnt die Schattenwirtschaft", meint ein Blumenzüchter, der noch seine eigenen Blumen verkauft.

Schattenwirtschaft

Die Kellnerin des Restaurants in der Moskauer Innenstadt verdient 150,- Rubel im Monat. Der Koch nicht viel mehr. Ob zehn oder fünfzehn Stangen Wurst aufgeschnitten und serviert werden, interessiert eigentlich niemand. Fleisch, Käse, Wein, Mineralwasser ... die Restaurantzuteilung funktioniert. Und das Personal stockt seinen kargen Monatslohn mit eßbaren Naturalien auf.

"Bis zu 300 Anverwandte und Freunde des Personals partizipieren von einem mittelgroßen Restaurantbetrieb", vermutet ein Journalistenkollege. "Das Abzweigen von staatlichem Eigentum gehört zur Schattenwirtschaft. Diese Art von Umverteilung hat es immer schon gegeben", meint die Ökonomin Larissa Pijaschewa. Kellner

und Köche versorgen sich und die Ihren mit Eßbarem, Tankwarte haben Zugriff auf Benzin, Sekretärinnen auf Büromaterial, Bibliothekare auf Bücher. "Nur diejenigen, die nichts zu stehlen haben, stehlen nichts", beantwortet Pijaschewa meine zweifelnden Blicke. Illietsch Goriev vom Statistischen Zentralamt schätzt, daß etwas mehr als 10% des Bruttonationalproduktes in der Schattenwirtschaft "erarbeitet" wird. Andere, inoffizielle Schätzungen liegen weit höher: bei 25-30%.

In einer Ökonomie, die fast ausschließlich verstaatlicht funktioniert, ist die Trennlinie zwischen Privatwirtschaft und Diebstahl kaum zu ziehen. Zwar produzieren seit 1988 Genossenschaften legal Waren in freier Preisbildung, die Zuteilung der Rohstoffe indes läuft über staatliche Kanäle. Und wer diese kennt, weiß, daß darauf kein Privatbetrieb gegründet werden kann.

Also besorgen sich die sogenannten Genossenschaften, über die meist ein größerer staatlicher Betrieb schützend die bürgende Hand hält, ihre Vorprodukte über andere Kanäle. Plantechnisch nicht existente Rohstoffe werden so zum Ausgangspunkt privater Erzeugung. Das Wort Diebstahl ist schon deswegen verpönt, weil alle Reformökonomen davon ausgehen, daß, was dem Staat gehört, niemandem gehört, und was niemandem gehört, kann man auch nicht stehlen.

Die beteiligten Personen an so gestalteter Schattenwirtschaft sind idealtypisch: Der Parteifunktionär aus dem zuständigen Ministerium, der den Transfer der Waren aus staatlicher in private, sprich genossenschaftliche Obhut übersieht und dafür Entschädigung erhält; die zwei, drei Chefs der Genossenschaft, die im Westen Kapitalisten genannt werden; die gut entlohnten, nur mit ihrer Arbeitskraft an der Genossenschaft beteiligten Stammarbeiter und die schlecht bezahlten, jederzeit kündbaren Hilfsarbeiter.

Die Verzahnung von korrupter Bürokratie und privatwirtschaftlichem Genossenschaftswesen gebiert republikenweit eine Wirtschaftsmafia, die gleichzeitig von den Möglichkeiten der wirtschaftlichen Umgestaltung profitiert und den alten Bürokratenapparat zur Absicherung ihrer Geschäfte braucht. Eine ausweglose Situation.

Die Krise überwinden, aber wie?

"Das wahre Reformmodell ist das deutsche ökonomische Nachkriegswunder oder das Prinzip von Margret Thatcher", meint Larissa Pijaschwea und reiht sich damit in jede Reformfront ein, die im Westen - nicht zu Unrecht - radikal genannt wird. "Wir brauchen keine Plan-, Preis- und Lohnkomitees mehr, alle Branchenministerien müssen weg. Die Privatisierung muß plötzlich passieren. Jeder Sowjetbürger bekommt einen gleichhohen Scheck als Äquivalent des Staatseigentums, um damit Teile der Volkswirtschaft kaufen zu können.". Bei einer solchen Privatisierung - so ist zu befürchten - bleiben alle diejenigen übrig, die nicht mehr als so einen Scheck bekommen, der de facto ein Schuldtitel ist. Diejenigen aber, die beizeiten Devisen, Gold und Juwelen - illegal, versteht sich - auf die Seite geschafft haben, werden sich die Rosinen aus dem Volkswirtschaftskuchen herauspicken können.

Igor Saslawski, ebenfalls radikaler Ökonom vom Forschungsinstitut für Arbeit, beklagt sich über die Hemmnisse, die seiner Meinung nach einer raschen Privatisierung im Wege stehen. "Wir bauen zwar zur Zeit an einem Marktmodell, aber ohne Arbeitsmarkt ist das lächerlich. Jeder Mensch muß das Recht haben, selbst über seine Arbeitskraft zu verfügen", umschreibt er mit anderen Worten den herbeigesehnten Tatbestand, daß jeder Mensch das Recht haben sollte, über anderer Leute Arbeit zu verfügen.

Der Verwirrnisse gibt es viele. Und die ökonomischen Probleme sind wahrhaftig so überbordend, daß Lösungen, die eine halbwegs gesicherte Lebensgrundlage für die Bürger/innen der Sowjetunion garantieren würden, einfach nicht anzubieten sind.

Auch das wirtschaftlich-restriktive, deflationistische Modell von Juri Sawinski, Dozent an der Moskauer Finanzhochschule, scheint wenig realistisch. Im Gegensatz zur populären radikal-liberalen Wirtschaftsdoktrin fordert Sawinski die Beseitigung von Spekulationseinkünften aus der Schattenwirtschaft mittels einer restriktiven Währungsreform. "Wir brauchen einen neuen Rubel mit dem Ziel, das illegal erwirtschaftete Geld zu konfiszieren. Nur wer offiziell erarbeitete Einkünfte nachweisen kann, dem wird sein alter Rubel in den neuen im Verhältnis 1:1 umgetauscht. Nach meinen Berechnungen wird dieses inflationshemmende Modell 30 Mrd. der ca. 100 Mrd. im Umlauf befindlichen Rubel konfiszieren. Außer den 8% der Bevölkerung, die

nichterarbeitete Einkünfte aus Spekulationsgeschäften haben", so hofft Sawinski, "müßten alle dieses System zur drastischen Reduzierung der Geldmenge begrüßen."

Was er dabei vergißt, ist die Tatsache, daß die illegal erwirtschafteten Milliarden schon längst - auch - in Devisen, Gold und Juwelen umgetauscht sind und somit seine Geldverknappungspolitik vermutlich die Falschen treffen würde. Liberal oder restriktiv, die Exponenten der verschiedenen ökonomischen Schulen in der Sowjetunion haben eines gemeinsam: Sie wollen den wirtschaftlichen Umbau per Gesetz beschließen, sie glauben seit Generationen an das Primat des Politischen über die Wirtschaft. Diese jedoch folgt einer eigenen und - das steht zu befürchten - für die Sowjetunion als sich zunehmend peripherisierender Ökonomie, einer grausamen und brutalen Gesetzmäßigkeit.

Hannes Hofbauer

# 24. Thatcherismus und neue Armut in Polen von Sabine Roisch, MdL DIE GRÜNEN, Hannover

Rubrik: Polen · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:18

Die polnische Regierung bemüht sich mit einem monetaristischen Wirtschaftsprogramm verzweifelt um den Ausverkauf der noch staatlichen Wirtschaft an in- und ausländische Kapitalisten, doch niemand möchte oder kann die Kombinate erwerben. Im Land fehlt das nötige Kapital, ausländische Anleger, allen voran aus der BRD, zeigen sich - allemal nach dem November `89 - uninteressiert. Anders als Ungarn und die Tschechoslowakei, die nach engerer politischer Zusammenarbeit mit westlichen Ländern in den Dunstkreis der EG eintreten dürfen, soll Polen das Niedriglohnland von morgen im Herzen Mitteleuropas werden. Nachdem Polen als Vorreiter der ökonomischen und politischen Unterhöhlung des RGW seinen Dienst getan hat - Stichwort Jumbo-Kredit und Solidarnocz-Finanzierung - und jegliche linke Alternative im Land zerschlagen ist, wurden die mit großer Öffentlichkeit gestarteten Hilfsprogramme stillschweigend eingemottet. Der niedrige Lebensstandard in Polen liegt geradezu im Interesse der westlichen Industrieländer, garantiert er doch auf Dauer billige Löhne. Die "Segnungen des Kapitalismus" werden für Polen ferne Hoffnung am Horizont bleiben. In den folgenden Artikel flossen Erfahrungen einer einwöchigen Reise nach Polen ein, in deren Rahmen Gespräche mit VertreterInnen verschiedener sozialer Institutionen, dem Sozialministerium, Abgeordneten des Sejm, dem polnischen Unternehmerverband u.a. geführt wurden.

"Wir müssen das effektiv verkaufen, was wir anzubieten haben, den niedrigen Preis unserer Arbeitskräfte. Im mexikanischen Grenzgebiet müssen US-Firmen 160 bis 200 Dollar im Monat für mexikanische Arbeiter ausgeben. Ein polnischer Arbeiter, besser ausgebildet und an intensive Arbeit gewöhnt, kostet nur 100 bis 120 Dollar im Monat." Das Beispiel Korea hat der Krakauer Industrieverein, bislang einziger polnischer Unternehmerverband, für Polen im Auge, die "gewaltige Erhöhung der Wirtschaftskraft bei geringen Löhnen und trotz geringer Kaufkraft." Der Verein fordert "volle Freiheit für Auslandsinvestitionen und den uneingeschränkten Erwerb von Immobilien durch Ausländer", stolz verweist der Präsident des Vereins auf den jetzt durchgesetzten 100%igen Profittransfer für ausländische Unternehmen. Ob der Verein dabei nicht fürchtet, daß die aufkeimende polnische Privatindustrie den Konkurrenzkampf mit westlichen Großkonzernen verlieren könne? Nein, da sei man optimistisch und hoffe auf den "guten Willen" westlicher Konzerne.

Doch auch den Industrieverein plagen Sorgen. Die Privatisierung der Industrie komme nicht voran. Die meisten im Industrieverein Zusammengeschlossenen sind Unternehmer in spe, denn es fehlen ihnen Kapital und entsprechende Erfahrungen in der Leitung privater Unternehmen.

Polen ist nach wie vor überwiegend ein nichtkapitalistisches Land, die Industrie ist noch zu 90% in Staatsbesitz. Die Bemühungen von Regierungsseite, die staatlichen Konzerne durch Zerlegung in Aktiengesellschaften zu zerschlagen, sind bislang fehlgeschlagen. Es gibt im Lande nicht ausreichend Kapital zur privaten Übernahme, ausländische Kapitalbesitzer zeigen bislang wenig Neigung, die großen Kombinate mit veraltetem Maschinenpark und ökologischen Problemen, gegen die sich auch in Polen Widerstand regt, aufzukaufen. Doch auch für Firmenneugründungen fehlt das Geld, Regierung und Industrieverein sind sich einig, daß diese Mittel nur aus dem Ausland kommen können. Die Solidarnocs geht von einer Größenordnung von 10 Mrd. Dollar benötigten ausländischen Kapitals zum Aufbau der Wirtschaft aus, doch mehr als ca. 1 Milliarde war Polen den westlichen Geldgebern bislang nicht wert. Vom IWF wurden Polen 700 Mio. angeboten, bei der Weltbank liegen 300 Mio. an Projektkrediten bereit. Aus Washington kommen 115 Mio. Dollar Wirtschaftshilfe, von Bonn wurden ursprünglich 7 Mrd. erwartet - stattdessen liegt der Schwerpunkt Bonner "Hilfe" bei Hermes-Bürgschaften für bundesdeutsche Unternehmen, die in Polen investieren sowie in der Finanzierung von Fachleuten, die Ratschläge für die "Umgestaltung" der Wirtschaft erteilen sollen. Doch selbst von den mit der BRD vereinbarten Ausbildungsprogrammen und Joint Ventures ist bis heute praktisch nichts realisiert, seit Ende letzten Jahres erhält der Industrieverein auf Briefe keine Antworten mehr.

Nachdem noch die PVAP-Regierung 1986 auf Druck der Weltbank und der Hauptgläubigerländer, allen voran der BRD, ausländische Unternehmen mit Gewinntransfer und niedrigen Steuersätzen umwarb, westliche Staatschefs, allen voran die BRD, sich mit Hilfs- und Kreditversprechen die Klinke in die Hand gaben, zeichnet sich jetzt ab, daß die Menschen in Polen die Kosten des bitteren Übergangs zum Kapitalismus alleine tragen sollen.

Spaltung der Arbeiterbewegung

Auf unsere Frage nach den sozialen Folgen der Wirtschaftsumwälzung wird uns vom Vereinspräsidenten freundlich beschieden, sie seien der Preis für die Veränderungen, außerdem könne jeder, der auf seine Arbeitslosenunterstützung verzichte, Kredite für eine eigene Unternehmensgründung bekommen, that's America. Der drohende Arbeitsplatzverlust sei unterm Strich eine "positive Entwicklung." Ende letzten Jahres hätten die Menschen noch um ihre Arbeitsbedingungen gekämpft, hier sei eine Wende eingetreten. Die Arbeitslosigkeit habe sie diszipliniert, sie hätten aufgehört, höhere Löhne zu fordern, Krankheitsmeldungen und Abwesenheit seien um 50% zurückgegangen.

Gegen den Wirtschaftskurs der Regierung Mazowiecki stellen sich heute vor allem die Arbeiterräte in den Fabriken. Doch die Organisation der Arbeiterselbstverwaltung spielt auf der politischen Bühne praktisch keine Rolle, ihre Stärke liegt beim Kampf gegen die konkreten Verschlechterungen in den Betrieben. Am Widerstand der Arbeiterräte gegen sinkende Löhne und eine Intensivierung der Arbeit scheiterten bereits angebahnte Joint-Ventures.

Die polnische Arbeiterklasse ist heute gespalten und weitgehend ruhiggestellt. Ganz im Sinne der neuen polnischen Bourgeoisie verhält sich die Mehrheit des gewerkschaftlichen Flügels von Solidarnosc, sie beklagt das zu langsame Voranschreiten der Privatisierung, nur eine (bislang?) noch kleine Minderheit stellt sich gegen die Lösung der Wirtschaftskrise auf Kosten der ArbeiterInnen. Die Polnische Sozialistische Partei (PPS-RD) enthüllte im Mai letzten Jahres ein Geheimabkommen zwischen der Regierung Jaruzelski und der Solidarnosc, in der diese als "Belohnung" für ihre Legalisierung auf Streiks verzichtete. (1) Auch der bislang noch stärkste ehemals offizielle Gewerkschaftsverband OPZZ verhält sich ruhig, nicht zuletzt aufgrund der Einbindung der ehemaligen PVAP ins Solidarnocz Kabinett.

Der Thatcherismus an der Macht

Die Versuche einer wirtschaftlichen Liberalisierung gehen nicht auf die jetzige Regierung zurück. Nach der Lockerung des Kriegsrechtes beschloß der X. Parteitag der PVAP unter Abstimmung mit der Weltbank im Sommer '86 die Einführung der "sozialistischen Marktwirtschaft", was den Abbau der Subventionen für Lebensmittel und Wohnungen und die Eigenverantwortung der Betriebe nach sich zog. Zweiter Teil des Programmes war die Begleichung der horrenden Auslandsschulden von 47,5 Mrd. Dollar, auf die bereits 50,6 Mrd. Dollar (teils gezahlter) Zinsen aufgeschlagen waren. (2) Beim Referendum 1987 über dieses "Reformpaket" erteilte die Mehrzahl der Stimmberechtigten (16 von 27 Mio.) dem Sparkurs auf Kosten der Bevölkerung eine Absage, aus der aber nichts folgte. Ein zweites "Reformpaket" wurde nach Massenstreiks im Sommer '88 am Runden Tisch zwischen der damaligen Regierung und der Solidarnocs ausgehandelt. Solidarnocs kam im folgenden die Rolle zu, die von der PVAP politisch nicht mehr durchsetzbare Anpassung des Landes an den kapitalistischen Weltmarkt durchzusetzen.

Motor der Etablierung einer neoliberalen Form des Kapitalismus in Polen ist der jetzige Vizepremier und Finanzminister Balcerowicz, nach eigenem Bekenntnis überzeugter Monetarist mit Studienjahren in New York und bei der Friedrich-Ebert-Stiftung. Er schlug dem Parlament im Dezember 89 eine "Schocktherapie" für das Land vor, die, wäre es nach Walesa gegangen, über Sondervollmachten für die Regierung am Parlament vorbei in Kraft gesetzt worden wäre - Fingerzeig für die Art, wie er das Land im Falle seiner Präsidentschaft zu regieren gedenkt. Kernstück des Gesetzespaket ist die Abwertung des Zloty bei gleichzeitigen strikten Lohnbeschränkungen und einer Verteuerung der Kredite. Trotz der durch den Abbau der Subventionen und zusätzlich inflationsbedingt steigenden Preise werden Lohnerhöhungen mit hohen Strafsteuern geahndet. Die Subventionen für die Industrie, die Bauern und zur Verbilligung lebensnotwendiger Güter wurden auf Anraten des IWF von zuletzt 32% auf 14% gekürzt, was neben den Folgen für Industriebetriebe und Bevölkerung auch Tausende von Nebenerwerbs- und Kleinbauern in die Arbeitslosigkeit treiben wird. Balcerowicz hatte die Folgen des Programmes offen angekündigt: Es werde eine vorübergehende Senkung des Lebensstandards, Arbeitslosigkeit sowie weitere Preissteigerungen geben. Im Januar, auf der Höhe der Inflation, sanken die Realeinkommen um 40%, ein weiteres Absinken um 25% wird für dieses Jahr erwartet.

Auch einen teilweisen Zusammenbruch der staatlichen Industrie schließt Balcerowicz nicht aus. "Eine restriktive Geldpolitik muß finanzielle Schwierigkeiten in den Betrieben zur Folge haben, das war vorraussehbar und geplant. Vielen Firmen droht die Pleite." Schon jetzt konnten die verteuerten Transport- und

Energiekosten nicht vollständig auf die Preise von Industrieprodukten umgelegt werden, Verteuerungen und Absatzstockungen zwangen viele Betriebe zu Entlassungen. 260.000 Arbeitslose soll es Ende März bereits gegeben haben (3), das Sozialministerium geht längerfristig von 1 Mio. aus.

Vorübergehende Armut?

700 Menschen holen sich in den drei kirchlichen Armenküchen Krakaus täglich ihre einzige warme Mahlzeit - mit der bürgerlichen Regierung hielten auch sie wieder Einzug in Polen. Ein ausreichendes Einkommen haben heute nur noch 40% der Menschen, 30% der Polen leben mit dem Existenzminimum, weitere 30% können sich selbst nicht mehr mit dem Nötigsten versorgen. 1,9 Mio. Zloty ist derzeit als Minimum für eine Familie mit zwei Kindern angesetzt. In den Fabriken erreichen die Arbeiter noch ein annäherndes Einkommen, die Direktorin eines Blindeninternates kommt mit 650.000 Zloty noch nicht einmal auf die Hälfte, zudem konnten die Gehälter im öffentlichen Dienstleistungsbereich Anfang des Jahres einige Wochen nicht ausgezahlt werden. Das Warenangebot in den Läden ist vor allem deshalb ausreichend, weil bei einem Haushaltskostenanteil von 75% für Lebensmittel selbst Menschen mit "ausreichendem" Einkommen an den Grundnahrungsmitteln sparen müssen. Nach der Freigabe der Lebensmittelpreise im August '89 kam es infolge der Explosion der Mehlpreise zur Vervielfachung des Brotpreises, ein Kilo Käse kostete danach das sechsfache, selbst Milch und Magerquark, traditionell beliebte und billige Grundnahrungsmittel, sind unerschwinglich teuer geworden. Die polnischen Rentner, die meisten schon immer arm, nagen buchstäblich am Hungertuch.

Für Jacek Kuron, einst kämpferischer Oppositioneller, Krimi- Autor und, wie er uns versicherte, Texter von mindestens 2 polnischen Schlagern, sind die Zeiten vorbei, wo die Menschen eine Versorgung durch den Staat erwarten können. Als Sozialminister hat er jeden Donnerstag Abend zur besten Sendezeit eine Stunde lang Gelegenheit, den Menschen Mut zuzureden und Hoffnungen zu machen. Dann sitzt er im offenen Hemd in seiner ärmlichen Küche, predigt Eigeninitiative und fordert die Zuschauer auf, die staatlicherseits nicht mehr bezahlten Sozialleistungen wie Schul-und Kindergartenspeisungen selbst zu organisieren.

Die Arbeit sei sehr schwer, meint Kuron, denn mit den wirtschaftlichen Umwälzungen sei eine qualitativ neue Armut entstanden. Er stellt sich hinter den fast 100%en Rückzug des Staates aus den sozialen Dienstleistungen, strikte Einsparungen in diesem Bereich seien die einzige Möglichkeit, der Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen. In einer Zeit, in der 60% der Menschen im Lande kaum noch das Notwendigste haben, soll die Armenversorgung privatisiert werden. Kuron träumt von "einem Netz billiger kleiner Banken, Nahrungsmittelgeschäfte, Billigrestaurants und Geschäften für gebrauchte Kleidung", die aus Spenden westlicher Länder kommen soll. Aufgebaut werden sollen diese Geschäfte von sozial engagierten Menschen, doch das Projekt ist über zwei, drei Geschäfte, um deren Aufbau Kuron sich persönlich kümmerte, nicht hinausgekommen. Kurons Hoffnung auf eine Verbesserung der sozialen Lage in zwei, drei Jahren ist allgegenwärtig, doch ob es bei den angekündigten "vorübergehenden sozialen Härten" bleiben wird, muß angezweifelt werden. Abzusehen ist vielmehr eine lang anhaltende Wirtschaftskrise, die große Teile der bestehenden Industrie nicht überlebt und, mangels finanzieller Ressourcen, statt dem Aufbau eines prosperierenden Privatkapitalismus mühsam überlebende Kleinbetriebe. Zwei zentrale Hoffnungen der Regierung Mazowiecki, auf die auch das Regierungsprogramm baut, der "gute Wille" westlicher Konzerne und finanzielle Hilfen westlicher Staaten, allen voran der Bundesregierung, sind spärlich geblieben und nach dem November '89 weitgehend eingestellt worden. Die polnische Gesellschaft wird langfristig in eine kleine Schicht von Arbeitsplatzbesitzern, eine noch kleinere Schicht neuer Produktionsmittelbesitzer und das große Heer verarmter Arbeitsloser, Rentner, verschuldeter oder ehemaliger Bauern gespalten sein. Die Zustimmung zur Regierung Mazowiecki ist noch groß, nicht zuletzt wegen der Begrenzung der Inflation, doch mit sinkender Tendenz. Die Beliebtheit der Regierung ist von 83% im letzten November auf 49% im März gefallen, das Vertrauen zu Balcerowicz sank im gleichen Zeitraum von 40 auf 21%. Noch können die Herrschenden auf die Zustimmung der Menschen setzen, doch, so Mazowiecki: "Es besteht die Gefahr, daß die Illusion entsteht, mit diesen Opfern wäre es alles getan. Auf die Frage (ob langfristiger Entbehrungen in Kauf genommen werden müßten - Anm. SR) zu antworten fällt schwer, denn die Polen wurden oft betrogen." Signal für eine erwartete Zuspitzung der Lage ist die Ankündigung von Walesas Präsidentschaftskandidatur für den Fall einer "Zwangssituation", der "Bedrohung des Landes durch Anarchie", mit der, so die FAZ, nur Walesa fertig werden könne. (FAZ 18.4.90)

Anmerkungen:

1) vgl. Inprekorr 1/90

2) vgl. Inprekorr 1/90

3) vgl. taz, 26.4.90

# 25. "Wir haßten die Araber nicht - wir ignoierten sie" Interview mit Tikwa Parnass/altern.Infocenter

*Interview mit Tikwa Parnass vom Alternativen Informationszentrum (Jerusalem)*

Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:02

Mit Tikwa Parnass, Direktorin des Alternativen Informationszentrums (1) in Jerusalem und Mitglied von Matzpen (2), sprachen wir über die Schaffung eines säkular-demokratischen binationalen Staates in Israel/Palästina, über den derzeitigen Stand der Linken und Protestbewegung und über das Leben als Antizionistin in einer zionistischen Gesellschaft.

Tikwa Parnass wurde 1929 in Australien geboren. Ihre in Palästina geborenen Eltern kehrten mit ihr 1931 nach Palästina zurück. Von 1951-55 war sie Sekretär der Mapam. In den USA studierte sie von 1969-72 Soziologie. Bis 1987 war sie Dozentin an verschiedenen israelischen Universitäten. Seit dem Beginn der 80er Jahre ist Tikwa Parnass in der Protestbewegung aktiv, 1985 trat sie in die Revolutionäre Kommunistische Liga - Matzpen ein.

Die Forderung "Zwei Staaten für zwei Nationen" wird von Matzpen abgelehnt.

Die Hauptforderung der Intifada ist natürlich die Beendung der Besetzung und die Schaffung einer palästinensischen Souveränität auf jedem Gebiet, das vom israelischen Staat befreit ist. Und natürlich unterstützen wir die Anerkennung der PLO als des einzigen Repräsentanten des palästinensischen Volkes. Aber die Intifada hat eine Art von Paradox hervorgebracht: Auf der einen Seite hat sie die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates an der Seite Israels auf die Tagesordnung gesetzt: auf der anderen Seite hat sie die wirkliche Natur des Konflikts enthüllt. Dieser Konflikt ist kein Konflikt über Grenzen. Und keine Teilung und keine Errichtung von Grenzen kann diesen Konflikt lösen.

Die Entwicklung in ganz Palästina zeigt, daß das Zwei-Staaten-Modell keine wirkliche Lösung sein kann. Leute von der politischen Mitte, Akademiker von den Universitäten, Experten in Institutionen der militärischen und der Staatssicherheit verweisen mehr und mehr auf die neue Natur des Konflikts: die totale Konfrontation zwischen zwei Bevölkerungsgruppen. Die Intifada hat damit die Definition des Konflikts als eines arabisch-israelischen Konflikts beendet. Dieser Konflikt ist jetzt konzentriert auf den Kampf der Palästinenser für Befreiung.

Linke

Der Fehler der israelischen Linken ist, daß sie weiterhin die Zwei-Staaten-Lösung propagiert, die Teilung zugunsten der Sicherheit des Staates Israel; und indem sie die Teilung propagiert, kehrt sie das tatsächliche Problem unter den Teppich. Die Linke verstärkt die Ängste der jüdischen Israelis anstatt mutig zu sein und zu sagen: die einzige wirkliche Lösung für den Konflikt sind Koexistenz und gleiche Rechte für Palästinenser und jüdische Israelis. Als positiver Traum, als Ideal müßten sie mit dieser besonderen Botschaft vor die Massen treten.

Ich spreche nicht davon, daß man jetzt mit dem ganzen Programm für einen Staat vor die Massen treten sollte. Ich spreche davon, daß jetzt gesagt werden müßte: die palästinensischen Flüchtlinge haben ihr Heimatland nicht vergessen; zwanzig Prozent der israelischen Gesellschaft sind Palästinenser.

Wir glauben, daß die israelische Gesellschaft objektive Interessen hat, den zionistischen Staat und sein Besatzungsregime zu zerbrechen. Die Unterdrückung der Palästinenser, die Benachteiligung der orientalischen Juden und die Vorenthaltung gesetzlich gesicherter demokratischer Rechte und Gleichheit richtet sich ebenso gegen die israelischen Juden insgesamt. Die Vorenthaltung einer Verfassung ist nicht zufällig, denn eine tatsächliche Gleichheit vor dem Gesetz für palästinensische wie jüdische Israelis würde die Bildung politischer Organisationen der palästinensischen Bevölkerung auf nationaler Basis erlauben sowie das ganze System religiöser Gesetze, die gegen demokratische Rechte, gegen die Gleichheit der Frau usw. sind, beseitigen. Deshalb ist es nicht in unserem Interesse als Israelis, noch die Ängste vor der Koexistenz zu verstärken; wir müssen vielmehr die Bedeutung des Lebens in einer freien Gesellschaft auch für uns Israelis betonen. Aber die Linke tut es nicht.

Wir von Matzpen sind dagegen der Auffassung, daß unser Publikum die israelische Bevölkerung ist. Es gibt die Möglichkeit, sie gegen den Zionismus zu mobilisieren, das heißt: für die Abschaffung eines ganzen Systems diskriminierender Institutionen.

Mit der Propagierung eines binationalen Staates wird aber auch Konzept des jüdischen Staates aufgehoben und die Eigenschaft der Juden als Volk in Frage gestellt.

All diese akademischen, semantischen, ideologischen Fragen - sind wir ein Volk oder kein Volk ... es interessiert uns überhaupt nicht. Uns interessiert es, die israelischen Massen zu mobilisieren. Diese Mobilsierung erfordert die Anerkennung des Selbstverständnisses der israelischen Massen und die Bereitstellung einer Perspektive für deren Identität im Rahmen einer zukünftigen Lösung eines säkular-demokratischen binationalen Staates. Wir versuchen nun, mit Abna al-Balad (3) und anderen eine Bewegung aufzubauen. Aber nicht Grenzen sind das Thema dieser Bewegung, sondern Demokratie, ein säkularer Staat - und sei es innerhalb der 67er-Grenzen. Wir fügen das Konzept der Binationalität hinzu, weil wir sagen: Volk oder nicht Volk - das ist kein Problem, wenn man Israelis gegen die zionistischen Institutionen, gegen die Diskriminierung mobilisiert und ihnen sagt, daß in diesem neuen Staat ihre kulturellen, ethnischen und nationalen Bestrebungen anerkannt sein werden.

Nur wenige der jüdischen Israelis haben aus dem bisherigen Konfliktverlauf den Schluß gezogen, daß allein die Koexistenz der beiden Völker eine tatsächliche Lösung sei. Welche gesellschaftlichen Kräfte propagieren heute in Israel eine solche Lösung?

Abn al-Balad und Matzpen, aber es sind nicht nur diese beiden.

Seit etwa einem Jahr haben sich zwei Kategorien von Protestgruppen entwickelt: die ideologisch motivierten und die Grassroot-Gruppen (4). Die ideologisch motivierten Gruppen - die traditionelle Linke, Rakach, Schassi, Progressive Friedensliste (5) - arbeiten nach demselben Modell wie zur Zeit des Libanon-Krieges. Sie wollen die Protestbewegung kontrollieren; sie betonen fortwährend das detaillierte Programm der "Zwei Staaten für zwei Nationen"-Lösung, die internationale Friedenskonferenz und so weiter. Sie sehen sich selbst als eine Art erzieherischer Protestbewegung anstatt als aktive Gruppen. Und sie betonen, daß die israelische Front und palästinensische Front getrennt seien; sie kontrollieren die Leute, die emotional in die besetzten Gebiete gehen und mit den Palästinensern zusammenarbeiten oder sogar dort demonstrieren wollen.

Wir hatten einen langen Streit, weil diese Gruppen dachten, wir seien gegen diese Art von Protestbewegung, weil wir gegen zwei Staaten sind. Nein! Wir nehmen auch an Protestgruppen teil, die dieses Programm haben. Das ist nicht das Problem. Unser Streit ging aus von der Frage: Wie kann man mehr Leute mobilisieren für Solidarität und Aktivität? Im Ergebnis ist der ideologisch motivierte Teil der Protestbewegung zusammengebrochen, die Grassroot-Gruppen ohne Programm blühen auf. Es sind Gruppen von Psychologen, Ärzten, Frauen; Gruppen, die solidarisch mit den Palästinensern einen Aspekt der Besetzung angreifen.

Jesch Gwul (6) zum Beispiel hat vor einigen Monaten ein Flugblatt zur Solidarität mit Beit Sahur (7) veröffentlicht, mit dem Volkskomitee in Beit Sahur! Sie sind einen weiten Weg gegangen.

Die Grassroot-Bewegung mobilisiert nicht deshalb zum Protest, weil sie irgendeine Idee für eine Lösung haben, sondern weil sie sich solidarisch fühlt, weil sie die Wut hat. Die Teilnehmer dieser Bewegung fühlen sich besser in Gruppen wie "Frauen unterstützen politische Gefangene", "Jugend gegen Besatzung", "Schriftsteller gegen die Besatzung". Ohne jeden Zusammenhang mit der traditionellen Linken üben sie Solidarität an der Basis.

Auch "Frieden Jetzt" hat einen langen Weg zurückgelegt, bis dieser Verband die PLO als Repräsentanten des palästinensischen Volkes anerkannt und für die Bildung eines palästinensischen Staates eingetreten ist. Aber "Frieden Jetzt" ist eine typisch zionistische Bewegung, die ihre Haltung damit rationalisiert und rechtfertigt, den Charakter des jüdischen Staates zu erhalten und zu sichern. Und die Bindung an diesen Staat steht für sie über allem.

Vor einigen Monaten organisierte "Frieden Jetzt" in Zusammenarbeit mit den Palästinensern in den besetzten Gebieten einen "Tag des Friedens". Die Palästinenser bestanden darauf, diese Veranstaltung "Solidaritäts-Tag" zu nennen. "Frieden Jetzt" bestand auf der Formulierung "Tag des Friedens" und setzte sich durch. In einem Zeitungsinterview sagten führende Kräfte von "Frieden Jetzt", die Palästinenser hätten von

ihnen Solidari- tätsarbeit aus emotionalen Gründen erwartet. Sie erwarteten von ihnen, wenn es Schwierigkeiten und Zusammenstöße mit der Armee und Unterdrückung gebe, daß sie zu ihnen kommen und ihre Gefühle ausdrücken würden - Gefühle der Solidarität, in Konfrontation mit dem Militär. Das könnten sie nicht tun. Denn dieser Konflikt sei ein nationaler Konflikt, und ihre Verpflichtung dem israelischen Staat gegenüber stehe an erster Stelle. Auf diese Weise unterdrückten sie mit dem, was sie ihre politische Haltung nennen, ihre natürliche, emotionale Solidarität, die bei so vielen Israelis und in den Grassroot-Gruppen vorzufinden ist. Dabei hat "Frieden Jetzt" die größten Möglichkeiten, Leute zu mobilisieren.

Und dann gibt es da diese typisch paternalistische israelische Solidarität. Als Parlamentarier von der Bürgerrechtspartei (8) und andere aus Anlaß des ersten Jahrestages der Zusammenarbeit nach Beita (9) kamen, sagten sie zu den Einwohnern: Nehmt diese Transparente da weg, die Parolen sind zu radikal. Und sie wurden mit Steinwürfen vertrieben ...!

Diese Unsensibilität ist so typisch, der Gedanke, daß sie einen Dialog (10) führen, daß sie als Repräsentanten des israelischen Staates, des israelischen Regimes, dem sie in erster Linie verbunden sind, kommen, ist so tiefverwurzelt in ihnen. Aber wo immer es wirkliche Basis-Solidarität gibt, sehen wir uns am richtigen Platz und es macht nichts, ob sie über zwei Staaten reden oder was sonst.

Frauen

Frauen sind seit Beginn der Intifada ein besonders wichtiger Teil dieser Grasroot-Bewegung geworden. Sie sind der militanteste und am besten koordinierte Teil der Protestbewegung. Militant in dem Sinne, daß sie mit palästinensischen Frauenorganisationen zusammenarbeiten, nicht nur individuell. Militant in dem Sinne, daß sie die Möglichkeit haben, Tausende von Frauen zu mobilisieren, ohne sich selbst an ein detailliertes Programm zu binden. Dies ist der neue Wendepunkt in der Protestbewegung in Israel.

Es gibt Mitglieder der Gruppe "Frauen unterstützen politische Gefangene", die noch vor einem Jahr auf keiner Demonstration waren. Die Protestbewegung der Frauen wird von niemandem kontrolliert - nicht von Matzpen, nicht von der Kommunistischen Partei, nicht von der Progressiven Friedensliste. Es ist die tägliche Aktivität, die die Frauen mobilisiert. Sie sind jetzt gegen die Besatzung insgesamt. Sie sind solidarisch mit den Palästinensern ohne irgendeinem Zusammenhang mit einer Ideologie oder einem Programm. Sie haben ihre Aktivitäten aufgenommen, ohne zuvor eine Organisation gegründet zu haben mit genauen Bestimmungen, wer wen repräsentieren darf und wer wieviele Stimmen hat - wie es beim alten Koordinationsmodell zwischen Organisationen der Fall war. Und jetzt ist diese Bewegung die am meisten etablierte. Sie ist in der israelischen öffentlichkeit präsent und in der Presse.

Die Frauenorganisationen haben sich zu einer Koalition "Frauen für den Frieden" zusamengeschlossen, aber die Jerusalemer Gruppe von "Frauen in Schwarz" entschied, daß sie nicht als Gruppe dieser Koalition beitreten wird, weil viele von ihnen, anders als in den anderen Gruppen, eher konservativ eingestellt sind.

Die Frauenbewegung in Israel schlief während der letzten zehn Jahre. An der Frage, was die Frauenbewegung mit dem nationalen Konflikt zu tun hat, spaltete sich die Bewegung zwischen einerseits den Linken und Antizionisten und andererseits den anderen Kräften. Die Mehrheit war der Auffassung, daß es keine Verbindung zwischen Feminismus und israelisch-palästinensischem Konflikt in dem Sinne gebe, daß gegen das Besatzungsregime gekämpft werden müsse. Zehn Jahre später begann der Frauenprotest auf Grund der Brutalität des Militärs. Die tägliche Selbstentwürdigung der israelischen Armee half ihnen, sich von dem weiblichen Unterlegenheitskomplex im Vergleich mit dem männlichen militärischen Ethos der tapferen Verteidigungsarmee (11) zu befreien. Die "heroischen Taten" der Armee, die sich auch gegen Frauen und Kinder richten, läßt sie nun in ihrer Eigenschaft als Frauen auftreten, wenn auch noch nicht mit vollem Bewußtsein.

Es ist alles nur ein Anfang - aber die Frauen in der Frauenbewegung werden mehr und mehr realisieren, daß der Kampf für Frauenrechte mit dem Widerstand gegen die Besatzung verbunden ist. Wenn israelische, wenn israelisch-zionistische Frauen sich mit PalästinenserInnen treffen, sind das Verständnis und die Empfindsamkeit, nicht über heikle Themen zu sprechen, nur mit der Solidarität von Frauen über und neben nationalen Fragen zu erklären. (12)

Antizionismus

Du lebst als Antizionistin in einer fast rein zionistischen Gesellschaft. Was bedeutet das für dein tägliches Leben, für deine politische Arbeit?

Ich bin ein typisches Beispiel der 48er-Generation. Ich wuchs auf in Palästina vor 1948. Wir haßten die Araber nicht, wir ignorierten sie - es gab sie nicht.

Bevor meine Mutter vor einem Jahr starb gab sie mir meine Briefe zurück, die ich nach Hause geschrieben hatte. Darunter ist ein Brief vom 30. Oktober 1948. Ich war Mitglied der Palmach (13) schrieb heim von den Hügeln Jerusalems und ich schrieb in der Tankstelle eines Abdul Hamid Soundso, die in Hatuw, am alten Weg zwischen Jerusalem und Tel Aviv lag. Und ich erwähnte nicht einmal, daß ich diese Zeilen auf dem Briefpapier von jemandem schrieb, der einige Tage, bevor wir kamen, geflohen war. Ich erwähnte es nicht einmal, ich schrieb über die Hügel und die wundervolle Aussicht. (Ich las Marx und Engels und Lenin, ich war schon Sozialistin.) Und dann schrieb ich, daß wir heute auf dem Weg Hunderte von Frauen getroffen hätten, hungernde palästinensische Frauen und Kinder. Punkt. Ohne weiter darauf einzugehen. Und dann erzählte ich von zwei amerikanischen Freiwilligen, die als Späher auf dem Weg Palästinenser getroffen hatten, die sie baten, in ihr Dorf zurückkehren zu dürfen - nur wenige Tage nachdem sie geflohen waren. Am Abend, so heißt es weiter in meinem Brief, schimpften diese Amerikaner, daß wir nicht das Recht auf einen eigenen Staat hätten, wenn wir nicht für seine Einwohner sorgen würden. Das kommentierte ich mit den Worten: Lieber Vater, liebe Mutter, ich habe genug und bin müde von diesen amerikanischen Philantropen - ich sagte nicht Humanisten - und erzählte dann weiter in meinem Brief von einem Film mit Esther Williams, den ich in Jerusalem gesehen hatte.

Ich war das Produkt einer langen Periode der Dehumanisierung von Palästinensern. Wenn wir in der Grundschule Aufsätze schrieben, dann hieß es in ihnen: "Wir kamen hierher um aufzubauen und sie zerstören; wir kamen hierher um zu pflanzen und sie entwurzelten." Wir fragten niemals: warum? Es war ein stillschweigendes Abkommen - niemals fragen warum.

Meine Tochter, die Mitte der 60er in die Schule kam, stand vor ähnlichen Problemen. Zuhause und in der Schule: es waren zwei verschiedene Welten für sie. Als Schülerin in der Grundschule reagierte sie so darauf, daß sie zwischen sich und der zionistischen Propaganda, die in der Schule sehr stark ist - durch den Tora-Unterricht (14) und dergleichen - eine Wand errichtete.

Es war 1969 als ich mit ihr zu einem großen Fest in die Schule ging. Dort wurde gesungen: "Wir kehren zurück zum Grab von Rachel." Und meine Tochter fragte: "Worüber singen sie da?" Ich antwortete: "Siwan! Du lernst Tora fünf Tage in der Woche! Du hast in der Tora gelernt!" Sie ignorierte diesen Unterricht völlig und war sehr durcheinander. Auf der einen Seite erzog ich sie entsprechend meinen Werten, auf der anderen Seite wollte ich, daß sie in der Schule akzeptiert wird. Als sie in der dritten Klasse war, sollte sie einem Jungen oder Mädchen in der Diaspora zu Chanukka (15) schreiben. Sie kam wütend in die Küche und fragte: "Was soll ich ihm schreiben? Was habe ich mit ihm zu tun?" Schreib ihm, sagte ich, über Chanukka. Und sie begann: "Ich sitze neben den Kerzen und sehe Juda Makabi (16) und er erzählt mir von der Tapferkeit der Juden." Dann gab sie diesen Gedanken auf und fuhr fort: "Chanukka hat mein Vater mich in den Zoo mitgenommen." Nach zwei Sätzen war sie müde und sauer - das ganze Thema bedeutete ihr nichts.

In Israel Antizionist zu sein, ist heute nicht illegitim. Matzpen steht im Zentrum der nicht-radikalen Protestbewegung, obwohl jeder unsere Auffassungen kennt. Man vertraut uns, weil wir keine Sektierer sind. Und solange die Protestbewegung demokratisch ist und ihr hauptsächlicher Inhalt wirkliche Aktivität ist, sind wir in ihr vertreten. In der ganzen Gesellschaft ist Antizionismus - vor allem seit Beginn der Intifada - nicht illegitim.

Mit einem Taxifahrer kann ich allerdings nicht über die Besetzung, über Antizionismus reden. Ich spreche hier über Änderungen im Friedenslager, die sich ausweiten und in das Zentrum eindringen. Ein Beispiel: die Frauen, die in Jerusalem politische Gefangene unterstützen - die Gruppe hat kein Programm und führt keine politischen Diskussionen - wurden von einem palästinensischen Journalisten interviewt. Nach dem Gespräch über die Aktivitäten fragte er nach den Auffassungen über Zionismus, Besetzung usw. Und die Frauen, die nicht aus der traditionellen Linken kamen und die nie zuvor auf einer Demonstration waren, antworteten: Es hängt davon ab, was du unter Zionismus verstehst - verstehst du unter Zionismus Diskriminierung? Wenn ja, dann sind wir mit dem Zionismus nicht einverstanden.

Als Michael Warschawski vor drei Jahren unter der Beschuldigung, mit der PFLP zusammenzuarbeiten, verhaftet und das Alternative Informationszentrum geschlossen wurde, sagten Liberale wie die Bürgerrechtspartei und die anderen Friedensgruppen, sogar die Kommunistische Partei: Wer weiß, was Warschawski mit den Palästinensern gemacht hat; lassen wir das Gericht entscheiden - denn er ist Antizionist. Jetzt als er zu 30 Monaten Haft verurteilt wurde, unterzeichneten Universitätsprofessoren einen Protest, ohne überhaupt nach der Urteilsbegründung zu fragen. Zugleich mit der zunehmenden Delegitimierung der Fundamente des Regimes - der Armee, des Rechtssystems, usw. - ist es mehr und mehr legitim, Antizionist zu sein; populär ist diese politische Position allerdings überhaupt nicht.

Als Antizionist muß man die israelische Gesellschaft verstehen, wenn man fragt: Wo sind die Massen, warum gehen sie nicht auf die Straße? Man muß verstehen, wie tiefverwurzelt die Identifikation mit dem Staat und seinen Zielen ist. - Ich war zum Beispiel Sekretär der Mapam (17) in der Knesset und verließ diese Partei Mitte der 50er Jahre, um in die Kommunistische Partei einzutreten, was aber nach dem 20. Parteitag der KPdSU nicht mehr in Frage kam. Aber noch bis vor rund zehn Jahren habe ich den Unabhängigkeitstag (18) gefeiert. Die Lösung von der Identifikation mit dem Zionismus ist, auch wenn man ideologisch bewußt ist, ein sehr langer und schwieriger Prozeß.

Das ist der Grund, daß wir innerhalb der Linken sagen: Beginnt nicht mit der Ideologie, beginnt mit der Mobilisierung der Leute mit Aktionen.

Das Gespräch wurde geführt von K. und re., Hamburg

Anmerkungen

(1) Das "Alternative Information Centre" in Westjerusalem (Israel) gibt seit 1984 u.a. das Informationsbulletin "News from Within" heraus, in dem über die Vorgänge in den besetzten Gebieten und die Protestbewegung in Israel berichtet wird. Das AIC dient Auslandskorrespondenten als wichtige Informationsquelle. Im Zentrum arbeiten jüdische Israelis und Palästinenser zusammen. (S.a. ak 313, S. 25)

(2) 1962 gegründete antizionistisch-sozialistische Organisation, Sektion der IV. Internationale. (In ak 295, S. 26 ist das Positionspapier "Der zweite palästinensische Volksaufstand und die demokratische Lösung für Palästina" von der Revolutionären Kommunistischen Liga - Matzpen dokumentiert; s.a. Jakob Taut, Judenfrage und Zionismus. Frankfurt: isp, 1986)

(3) "Söhne des Bodens" - palästinensische marxistische Organisation in Israel, die sich als Teil der palästinensischen Nationalbewegung versteht und die Rechte und Interessen der israelischen PalästinenserInnen vertritt. Der Hauptunterschied zur Kommunistischen Partei Israels besteht darin, daß sie den Staat Israel ablehnt und das Recht jüdischen Israelis auf nationale Selbstbestimmung bestreitet. (S.a. ak 317, S. 39)

(4) Hierzulande würden diese "Graswurzel-Gruppen" wohl als (Bürger-)Initiativen oder Basisgruppen bezeichnet werden.

(5) rakach, Kommunistische Partei Israels, bestimmender Teil der in der Knesset vertretenen Demokratischen Front für Frieden und Gleichheit (chadasch); schasi, kleine marxistische Gruppe, in kritischer Distanz zur UdSSR; Progressive Friedensliste, in der Knesset vertreten, wird in der BRD-Presse gemeinhin als "arabische Partei" bezeichnet, tatsächlich arbeiten in ihr jüdische und palästinensische Israelis für eine Zwei-Staaten-Lösung zusammen.

(6) "jesch gwul" bedeutet sowohl "Es gibt eine Grenze" (nämlich die 67er Grenze) als auch "Das Maß ist voll". Organisation von Wehrdienstpflichtigen und Reservisten, die den Dienst in den besetzten Gebieten verweigern. Teil des radikalen Flügels der Protestbewegung. (S. ak 295, S. 25 f.)

(7) In Beit Sahur (Westbank) wurde ein anderthalbjähriger Steuerboykott durchgekämpft. (S. ak 315, S. 18 f.)

(8) Radikaldemokratische Partei, in der Knesset vertreten. Ihre parlamentarischen Vertreter haben wertvolle Arbeit bei der Aufdeckung von Menschenrechtsverletzungen geleistet. Politisch dem "Frieden Jetzt"-Dachverband zuzurechnen.

(9) Im April 1988 wurde im Verlauf einer Siedlerprovokation gegen das palästinensische Dorf Beita auch ein Siedlermädchen erschossen - und zwar von einem der Siedler selbst. Ungeachtetdessen wurden umgehend vom israelischen Militär mehr als ein Dutzend Häuser des Dorfes zerstört und Verhaftungen vorgenommen. (S. ausführlich Lutz van Dick, Aufstand im Gelobten Land. Hamburg: Junius, 1989, S. 17-66)

(10) Dieser "Dialog" wird insbesondere von palästinensischer Seite deshalb kritisiert, weil er, nachdem er anfangs seinen Wert gehabt hat, nunmehr schon seit geraumer Zeit zum Ritual und zur Ersatzhandlung - zum Ersatz für eine solidarische Zusammenarbeit - geworden ist. (S. u.a. Azmy Bishara in: Palästina Bulletin, Nr. 41/1989)

(11) zwa hagana leisrael (Zahal), hebr. - Armee zur Verteidigung Israels

(12) Über die Teilnahme von jüdischen und palästinensischen Frauen an der israelischen Protestbewegung bzw. der palästinensischen Nationalbewegung informieren ausführlich: new outlook, June/July 1989 (Schwerpunktthema: "Women in Action"), Bezug über New Outlook, 9 Gordon Street, 63458 Tel Aviv, Israel; und: Palästina, Nr. 2, 1990 (Schwerpunktthema: Frauen in der Intifada). In linken Buchhandlungen erhältlich oder über Informationsstelle Palästina, August-Bier-Straße 33, 5300 Bonn 1

(13) "Kampftruppe" der hagana (jüdische Selbstschutzorganisation im Untergrund zur Zeit des britischen Palästinamandats), 1941 zur Abwehr einer deutschen oder italienischen Invasion in Palästina gebildet. Zur Zeit des sog. Unabhängigkeitskrieges Israels Elite-Truppe der hagana, 1948 aufgelöst und in die reguläre israelische Armee integriert.

(14) tora, hebr., die Lehre - Bezeichung des Pentateuch, der fünf Bücher Mose

(15) chanukka, hebr., Einweihung - achttägiges Lichtfest zur Erinnerung an die Neuweihe des z.Zt. der syrischen Religionsverfolgung entweihten Tempels in Jerusalem 165 v.u.Z. und die Kämpfe der Makkabäer, die zur Erringung der religiösen Freiheit und nationalen Selbständigkeit des jüdischen Volkes führten.

(16) Führer der Juden gegen die Religionsverfolgung durch den syrischen König Antiochus IV (s.a. Anm. 15)

(17) mifleget poalim meuchedet, hebr. - Vereinigte Arbeiterpartei. Zionistisch-sozialistische Partei, 1948 aus der Verschmelzung zweier anderer Parteien hervorgegangen. Die mapam verfolgte in den ersten Jahren eine pro-sowjetische Linie, die jedoch nach Stalins Tod 1954 aufgegeben wurde. Eine pro-sowjetische Gruppe, die im selben Jahre die mapam verließ, schloß sich der israelischen KP (seinerzeit: maki) an.

(18) Gedenktag an die Ausrufung des Staates Israel 1948 im (nach hierzulande üblichem Kalender) April oder Mai.

# 26. "Green Fields" - Intifada als Kulisse Eine Filmbesprechung

Rubrik: Israel / Palästina; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:25

Als den ersten Film zur Intifada preist der Produzent den israelischen Film Green Fields von Isaac Zepel Yeshurun an. Tatsächlich sind jedoch schon etliche Filme zum Thema in Israel und anderen Ländern produziert worden. (1) Die Intifada ist in Green Fields nur Kulisse für den Konflikt dreier Generationen Israeli.

Die Geschichte wird rückblickend aus der Sicht des jungen Rami erzählt, der gerade Militärdienst leistet. Zusammen mit seiner Freundin, seinem in die USA ausgewanderten Vater, dessen Frau und seinen Großeltern fährt er zu einer militärischen Zeremonie in die Westbank.

Sie lassen sich von einem Siedler in dessen Wagen mitnehmen und geraten in einem Dorf in einen "Hinterhalt": vor ihnen ein paar brennende Reifen, hinter ihnen Steine werfende Jugendliche. Obwohl die Barrikade leicht wegzuräumen wäre, zwingt der Fahrer mit seiner Maschinenpistole einen Jugendlichen, die Barrikade zu beseitigen. Als Ramis Freundin helfen will, hält der Siedler sie mit Gewalt davon ab. Der Junge wird zur Weiterfahrt an das Auto gebunden, dabei gerät es außer Kontrolle und prallt gegen eine Wand.

Sie überreden daraufhin den Fahrer eines zufällig vorbeikommenden Militär-Krankenwagens, sie mitzunehmen. Völlig verängstigt rast er aus dem Dorf heraus und verirrt sich auf dem Land. Sie steigen aus dem Auto, erklimmen einen Berg, um sich zu orientieren. Währenddessen zünden Jugendliche das zurückgelassene Auto an. Sie marschieren zu Fuß zur nächsten Straße, dort stellt der Vater einen Jeep mit zwei Palästinensern, zwingt sie zum Aussteigen. Anfangs noch selbstsicher, werden sie zunehmend ängstlich. Am Ende erschießt der Vater einen der Palästinenser ohne ersichtlichen Anlaß.

Offensichtlich eine Geschichte ohne Sinn und Verstand - oder?

Konflikt dreier Generationen

Im Mittelpunkt des Films steht die Auseinandersetzung zwischen den drei Generationen der Familie, stellvertretend für drei Generationen Israelis. Der Großvater, er steht für die Gründergeneration, fragt den Vater ständig, ob er nun endlich in Israel bleibe. Der Vater ist hin und her gerissen. Er will zurück in die USA, ihm ist aber auch sehr an der Existenz Israels gelegen. Rami, der Sohn, ist mit einer völlig angespannten aggressiven Umwelt konfrontiert, mit der er nicht umzugehen weiß. Zwischen der Aggressivität seines Vaters, dem Verständnis für den Großvater und seinen Zweifeln am Sinn der Gewalttätigkeit verhält er sich widersprüchlich. Er fühlt sich verantwortlich und zugleich dieser Verantwortung nicht gewachsen.

Zu diesen Hauptpersonen kommen der Siedler, im Alter zwischen Vater und Sohn, der mit äußerster Aggressivität auf die palästinensischen Jugendlichen reagiert und der Fahrer der Militär-Ambulanz, der völlig verängstigt ist und jeder Gewalt aus dem Weg gehen will. Die Frauen spielen nur am Rande eine Rolle in dem Konflikt, wirken ausgleichend und schlichtend.

Die eigentliche Spielhandlung wird durch die rückblickenden Kommentare Ramis aus dem Off ergänzt. Er reflektiert sein Verhalten, versucht sich die extreme Zuspitzung der Ereignisse zu erklären. Auch diese Ebene des Films bezieht sich in erster Linie auf die Auseinandersetzung zwischen den Generationen - die Intifada ist hier nur der Aufhänger dieser Debatte.

Im Werbeblatt für den Film heißt es hingegen vollmundig: "Zusammen werden die Juden und Araber die Mauer einstürzen lassen". Der Regisseur selbst ist da bescheidener. Auf der Pressekonferenz in Westberlin sagte er: "Ich bin kein politischer Mensch. Ich will nicht über den Film diskutieren, ich mache einfach Filme."

Yeshurun wollte kein generelles Schuldbekenntnis aller Israelis abgeben. "Ich bin kein Araber, ich mache keinen Film für Araber. (...) Ich habe in der Armee Dinge getan, die ich nicht gerne tue, aber es gibt keinen anderen Weg (...) Ich fühle mich schuldig wenn ich so etwas tue, subjektiv." Alle Militärdienstleistenden, die den Film gesehen haben, würden darauf gleich reagieren: "Sie hassen das was der Film zeigt, weil sie diese Situation täglich durchleben. Sie wollen ihn nicht sehen."

Dies sei insgesamt eine Haltung der Israelis. Alle Informationen stünden ihnen zur Verfügung, aber "sie wollen nichts wissen".

Olafo kb-frischzelle

Anmerkung:

1) Siehe zum Beispiel: Intifada - Auf dem Weg nach Palästina von Robert Krieg, besprochen in AK 309

# 27. "Wir sind doch alle Türken" Allparteienkoalition gegen kurdische Identität

Rubrik: PKK; Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:24

Tagelang beherrschten Spekulationen über eine neuerliche Verhängung des Kriegsrechts die innenpolitische Diskussion der Türkei. Aufgeschreckt durch den Ausbruch der Massenkämpfe in Kurdistan überschlugen sich militärische und politische Gipfeltreffen. Schließlich verriet der pensionierte Putschgeneral und Mitglied des "Nationalen Sicherheitsrats" Recep Ergün der Zeitung "Cumhuriyet", daß eine (offene) Verhängung des Kriegsrechts vom Ausland nicht gut aufgenommen würde und daher "derzeit nicht sinnvoll" sei. Die Anfang April gefällten Beschlüsse gehen allerdings in einigen Punkten sogar über das Kriegsrecht hinaus: Massendeportationen und totale Pressezensur, nochmalige Aufstockung von "Spezialteams" und "Dorfmilizen" sowie eine Verbannung mißliebiger Personen stehen an.

Das Gebiet des "Ausnahmezustandgouverneurs" wurde auf sämtliche kurdische Provinzen ausgedehnt, seine Machtbefugnisse sind nahezu unbeschränkt. Die Oppositionsparteien kritisieren die Regierung nur in Details, sind jedoch prinzipiell auf eine noch härtere Gangart gegen die kurdische Nationalbewegung vereinheitlicht.

Inzwischen wurden weitere Truppen verlegt. Regierungsstellen melden "militärische Erfolge" und sprechen von 30 getöteten PKKlern sowie zahlreichen Verhafteten. Was sich in dem Gebiet tatsächlich abspielt, ist nicht bekannt, da große Teile des Aufstandsgebietes abgesperrt und für Journalisten nicht zugänglich sind. Die Bevölkerung in Kurdistan befürchtet weitere Grausamkeiten und Massaker des Militärs und ruft die europäische Öffentlichkeit zur Unterstützung auf. Für den 1. Mai werden in der gesamten Türkei weitere Zusammenstöße erwartet.

Ganz offensichtlich war die türkische Regierung vom Ausbruch der kurdischen Intifada überrascht, zehn Tage lang gab es überhaupt keine Stellungnahme. Lediglich Innenminister Aksu machte "Provokateure von außen" für die Ereignisse verantwortlich. Schließlich beschwor Staatspräsident Özal in einer dramatischen Fernsehansprache die gefährliche Situation, mit der die Türkei konfrontiert sei und rief die Bürger des Landes zur "nationalen Einheit" auf, um die "drohende Spaltung des Vaterlandes" zu verhindern.

Eilig wurde eine gemeinsame Kommission aller im Parlament vertretenen Parteien in die Aufstandsgebiete geflogen, die vor Ort ohne jeden Kontakt mit der Bevölkerung von militärischen Eskorten mit den dortigen Regierungs- und Militärstellen zusammengebracht wurde. Zurück in Ankara berichteten sie brav, was man ihnen auf Video gezeigt und ins Gewissen diktiert hatte: "Der Staat ist funktionslos... Wir waren für Stunden belagert. Vor unseren Augen schrie das Volk "Es lebe Apo` Nieder mit der Türkei! Uns standen die Haare zu Berge! ... 80% der Bevölkerung ist für einen unabhängigen Staat Kurdistan. Die Bevölkerung unterstützt die PKK. Alles ist vorbei!"

Zusammenkünfte militärischer und politischer Spitzen häuften sich. Am 28. März fand eine außerordentliche Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats, dem Gremium der ehemaligen Militärjunta von 1980, mit den Verteidigungs- und Innenministern unter Vorsitz von Staatspräsident Özal statt. Im Anschluß daran berief Özal die Führer der Opposition und seinen Ministerpräsidenten zu einem außerordentlichen Allparteiengipfel. Ein entsprechendes Treffen hatte letztmalig im Juli 1980 - 2 Monate vor dem Militärputsch getagt. Die härtere Gangart und Option einer militärischen Lösung wurde vereinbart. Acht Tage später beschließt das Kabinett in einer "Verfügung mit Gesetzeskraft", die ohne parlamentarische Beratung in Kraft trat, was ihm der Nationale Sicherheitsrat diktiert hatte.

Ermächtigungsgesetz

Mit diesem Erlaß werden die Kompetenzen des 1987 als Statthalter für die kurdischen Provinzen eingesetzten "Ausnahmezustandsgouverneurs" Hayri Kozakcioglu total. "Sein Gebiet" wurde um drei Provinzen erweitert, er damit zum "unbeschränkten Herrscher über Kurdistan" ernannt. Aufgrund seiner Befugnisse zur Pressezensur und Verbannung mißliebiger Personen wird der Erlaß in der liberalen Presse als SS-Erlaß (S-ürgün = Verbannung und S-ansür = Zensur bezeichnet). Außerdem wurden eine nochmalige Aufstockung von "Sonderkommandos" und Dorfmilizen sowie eine Vollstreckung der Todesurteile verurteilter PKKler angekündigt.

Die meisten Verfügungen des "SS-Gesetzes" zielen auf die als "Sympathisanten" eingestufte, aktive kurdische Bevölkerung und auf die Presse. Das Strafmaß für "Separatismuspropaganda" und "Unterstützung von Separatisten" wurde auf das Doppelte erhöht, sämtliche Formen des aktiven (nicht-bewaffneten) Widerstands, Streiks, Ladenschließungen etc., wie sie in den März- und Aprilwochen massenfach praktiziert wurden, mit drakonischen Strafen belegt. Mißliebige Personen können auf Anweisung des "Supergouverneurs" aus der Region verbannt werden. Bereits im vergangenen Jahr war der Rechtsanwalt und ehemalige SHP-Vorsitzende von Siirt, Zübeyir Aydar, der Menschenrechtsverletzungen durch Militärs an die Öffentlichkeit gebracht hatte, für mehrere Monate verbannt worden. Diese Maßnahme war in der türkischen Öffentlichkeit auf massive Kritik gestoßen. Neben einer Forcierung der Massendeportationen sollen diese gezielten Verbannungen nun offensichtlich in großem Stile angewandt werden. Zynisch heißt es im Erlaß, die Verbannungsstrafe dürfe nicht länger dauern, als der Ausnahmezustand: Seit Ausrufung der türkischen Republik 1923, herrscht in Kurdistan fast ununterbrochen der Ausnahmezustand! Außerdem können unbequeme Beamte, Dorfvorsteher, Bürgermeister etc. die sich für ihre Gemeinde einsetzen, wie das in den letzten Jahren zunehmend geschieht, ihres Amtes enthoben werden. All diese Strafmaßnahmen können willkürlich vom Ausnahmezustandsgouverneur verhängt werden und sind juristisch nicht anfechtbar.

Ausschaltung der Presse

Über Presseveröffentlichungen waren in den letzten Jahren zunehmend die bestialischen Terrormaßnahmen der Militärs in Kurdistan an die Öffentlichkeit und ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Damit soll endgültig Schluß sein. Auf einer Versammlung des Presserats hatte der "Supergouverneur" Kozakcioglu die Journalisten wegen ihrer zu starken "Objektivität" kritisiert. Das "nationale Interesse" stünde höher als ihre beruflichen Ambitionen. Er verlangte eine Berichterstattung über "unseren Kampf" in Kurdistan, die sich die Sportberichterstattung bei Nationalspielen als Beispiel nimmt! Um die Presse bezüglich Kurdistan "auf Linie" zu trimmen, hatte Staatspräsident Özal im Anschluß an den "Parteiengipfel" Herausgeber und Chefredakteure der großen türkischen Zeitungen zu einem speziellen Pressegipfel beordert.

Mit dem SS-Erlaß werden sämtliche Veröffentlichungen, die nach Auffassung des Supergouverneurs die Ruhe und Ordnung in den kurdischen Gebieten gefährden könnten, oder über Kurdistan "falsch" berichten, verboten und mit unbezahlbaren Geldstrafen belegt. Gleichfalls wurde das Strafmaß für Beleidigung und Beleidigung von staatlichen Stellen und Repräsentanten drastisch erhöht. Eine Kritik an der Regierung oder ein Bericht über schießwütige oder folternde Polizisten wird somit gleich doppelt verboten. Die staatliche Radio-und Fernsehanstalt TRT wird ausdrücklich verpflichtet, ihre Kurdistanberichterstattung mit dem Innenministerium bzw. dem Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrat abzustimmen!

Die Wirkung der Maßnahmen war prompt: Seit dem 10. April ist in der gesamten türkischen Presse (außer Regierungsmeldungen) kein Wort mehr zu Kurdistan zu lesen. Selbst Artikel so angesehener Journalisten wie M. Ali Birand fallen der Zensur zum Opfer. Die Presse hat offensichtlich sogar Angst, reine Nachrichten zu bringen. So war über die Eröffnung des Verfahrens gegen Ismail Besikci in der Presse kein Wort zu finden!

Da der SS-Erlaß nicht nur Verleger und Redakteure, sondern auch die Druckereien mit Schließung bedroht, sind seit dem 10. April (Datum der Veröffentlichung des Erlaß) keine linken Zeitschriften mehr erschienen, auch das auflagenstarke Wochenmagazin 2000e dogru findet keine Druckerei. Betroffen sind bisher rund 20 Zeitungen und Zeitschriften. Für diese Maßnahme, die ja die Kompetenz des "Ausnahmezustandsgouverneurs" als "oberste Zensurinstanz der Türkei" faktisch auf die gesamte Türkei ausdehnt, wurde der Erlaß noch einmal überarbeitet und nach 5 Tagen durch eine weitere "Verfügung mit Gesetzeskraft" ergänzt.

Diese Zensurmaßnahmen sollen nicht nur die aktuelle Berichterstattung, sondern vor allem die politische Diskussion über Kurdistan, die im letzten Jahre die Kolumnen und Kommentare der liberaleren Presse beherrschte, unterbinden. Nach wie vor ist die "unteilbare Einheit des Vaterlandes" nationaler Konsens in der Türkei. Doch nach Jahren erfolglosem Krieg in Kurdistan hatten Journalisten und Persönlichkeiten unterschiedlicher Strömungen gefordert, das Kind endlich beim Namen zu nennen. Man könne nicht leugnen, daß es Kurden gibt. Einige setzten sich für die Freigabe der kurdischen Sprache ein. In linken Kreisen wurde erstmals begonnen, auch ernsthaft über die Kurdistanfrage nachzudenken. Diese Diskussion soll unterbunden werden.

Anfang März wurde der verantwortliche Redakteur der 2000e dogru festgenommen und angeklagt. Er hatte in einem Aufsatz "Lösung für das Kurdenproblem" wirkliche Verhandlungen (mit den Kurden) und eine Art Staatenföderation vorgeschlagen. In derselben Woche wurde der bekannte Soziologe und Autor Ismail Besikci wegen seines Buches "Multilaterale Kolonie Kurdistan" verhaftet, die Auflage des Buches beschlagnahmt und für ihn eine Strafe zwischen 7,5 und15 Jahren Haft gefordert. Besikci, der als erster und einziger Wissenschaftlerin der Türkei seit Jahren zum Thema Kurdistan arbeitet, hat bereits mehr als 10 Jahre in Haft verbracht und war erst 1988 entlassen worden.

Nationaler Konsens

Gegen die kurdische Nation stehen alle türkischen Parlamentsparteien fest zusammen. Nach Beginn der Massenkämpfe im März hatte der Vorsitzende der sozialdemokratischen SHP, Inönü, die Bildung einer Allparteienkoalition als "Regierung der nationalen Versöhnung" vorgeschlagen. Militärische Schläge gegen Kurden, wie 1987 die Bombardierung kurdischer Dörfer im Nordirak durch die türkische Luftwaffe, waren im türkischen Parlament mit stehenden Ovationen gefeiert worden.

Nach Veröffentlichung des SS-Erlasses in der türkischen Presse geben sich die Oppositionsführer nun überrascht: das sei nicht abgesprochen worden, Verbannung und Zensur seien "nicht zeitgemäß", im übrigen müsse so ein Erlaß vom Parlament verabschiedet werden. Von der Sache her stimmen sie dem vereinheitlichten Kurs, "gegen die Separatisten" jedoch zu. Demirel setzt sich explizit dafür ein, Polizisten, Soldaten (und Henkern) die Angst davor zu nehmen, sie könnten wegen der Tötung von Menschen zur Rechenschaft gezogen werden: "Mach deine Arbeit, wir fragen nicht"

Die Kritik aus liberalen und demokratischen Kreisen der Türkei richtet sich in erster Linie gegen die Art des Erlasses (Erlaß als ein nicht parlamentarisch verabschiedetes Gesetz) und inhaltlich gegen die Pressezensur, durch welche die in den letzten Jahren im Westen erreichten Lockerungen gefährdet sind. Nachdem Spekulationen über einen möglicherweise bevorstehenden Putsch die letzten Monate beherrschten, ist die Hauptbefürchtung der "Demokraten" im Westen der Türkei, die Geschehnisse in Kurdistan könnten sich auf die Situation im Westen auswirken und zum Vorwand für einen Putsch dienen. Die Situation in Kurdistan selbst fällt bei dieser Kritik völlig außer Acht.

Militärische Lösung

Seit über sechs Jahren führt die Türkei einen kaum verdeckten Krieg gegen die kurdische Unabhängigkeitsbewegung, bei dem bereits bisher sämtliche Register der Aufstandsbekämpfung und Contra-Guerilla Anwendung fanden. Opfer war in erster Linie die kurdische Bevölkerung. Während die Stärke der Guerilla zunahm, rächte sich die Armee für ihre Mißerfolge mit immer schweinischeren Brutalitäten an der Zivilbevölkerung. Da kämpferische kurdische Organisationen, vor allem die PKK, inzwischen über eine breite Massenbasis verfügen, wie die Aufstände der letzten Wochen zeigen, kalkuliert das Beharren auf einer militärischen Lösung ganz offensichtlich auch größere Massaker ein. Um sich hierfür der Rückendeckung aller türkischen Parteien zu versichern, wurde der Allparteiengipfel einberufen. (Normalerweise herrscht Turgut Özal nach dem Prinzip "l'etat, c'est moi")

Mit der Ausschaltung der Presse und der möglichen Verbannung von "Störenfrieden" wie Rechtsanwälten, Bürgermeistern, Menschenrechtsvereinen etc. wollen sich Regierung und Militär freie Hand schaffen. Erinnert sei daran, daß die Türkei bei den Kurdenaufständen in den 20er und 30er Jahren zehntausende Kurden niedermetzelte und Hundertausende deportierte. Die Verbrechen von damals sind bis heute nur völlig unzureichend aufgedeckt. Als sich im Sommer letzten Jahres die Bewohner mehrerer Dörfer gegen die befohlene Deportation wehrten, drohten türkische Militärs unverhohlen mit dem Einsatz chemischer Waffen "wie in Halebje". Eine 1986 erlassene Richtlinie des Generalstabs sieht den Einsatz von C-Waffen gegen "Separatisten" ausdrücklich vor.

Wie nach jeder Niederlage leiteten die türkischen Militärs Anfang April größere militärische Aktionen ein und präsentierten in der Presse ihre angeblichen "Erfolge". In einer Auseinandersetzung bei Beytüssebap sollen 27 Guerilleros getötet und viele weitere festgenommen worden sein. (In der Vergangenheit wurden häufig Bauern oder Hirten erschossen, um "Erfolge" vorzuweisen.) Was sich in dem Gebiet tatsächlich abspielt, ist nicht bekannt, da die Presse ausschließlich Regierungsmeldungen bringt und die gesamte Region länger als eine Woche hermetisch abgeriegelt war. Nicht nur Journalisten, auch Beamten, Lehrern und Ingenieuren, die in

dem Gebiet beschäftigt sind, wurde der Zutritt verwehrt. Militärkonvois und Kampfflugzeuge wurden in die Region geschickt. In den kommenden Wochen und Monaten (konkret am 1. Mai) sind weitere Auseinandersetzungen zu erwarten.

"Wir brauchen die Unterstützung Europas"

Auffällig und erschreckend ist, daß die europäische, insbesondere die bundesdeutsche Presse, nur äußerst spärlich über die Ereignisse in Kurdistan berichtet. Ein Antrag "grüner" Bundestagsabgeordneter auf eine Sondersitzung des Auswärtigen Ausschusses nach Erlaß des "Ermächtigungsgesetzes" in der Türkei wurde abgelehnt. Auf Befragen der"taz" erklärte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes ausdrücklich, dies sei "eine innertürkische Angelegenheit", in die man sich nicht einmischen könne. Es gäbe aber Hoffnungen, daß die "Bemühungen um eine Verbesserung der Menschenrechtssituation nicht zurückgeworfen werden." In die Planspiele des türkischen Generalstabs für mögliche "Vergeltungsschläge" gegen Kurden (oder Syrien !) wird das Desinteresse Westeuropas sehr wohl als "günstiger Faktor" einbezogen!

Demgegenüber hofft die kurdische Bevölkerung auf die Unterstützung der europäischen Öffentlichkeit und ist nach der erfolgten Ausschaltung der kritischen Öffentlichkeit in der Türkei auch dringend darauf angewiesen. Milena Ergin berichtet: "Überall wo ich als einzige Ausländerin auftauche, stecken mir die Leute Zettel oder sogar besprochene Kassetten zu. Der Inhalt ist immer der gleiche: "Von der Türkei erwarten wir nichts mehr. Die einzigen Vertreter des türkischen Staates sind die Panzer auf der Straße und die Todesschwadrone. Die Türkei hat uns den Sonderkommandos ausgeliefert. Aber wir erwarten von Europa, daß es uns unterstützt. Sagen Sie es allen, daß es die Kurden gibt und daß sie ihre Rechte wollen. Wir werden kämpfen, aber wir brauchen Unterstützung."

nm, Hamburg

# 28. Jetzt Verhandlungen statt Dialog? Die Dialogpolitik der FMLN: Die Verhandlungsrunde in Genf (April 1990)

Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:08

Auf Vermittlung des UNO-Generalsekretärs Javier Pérez de Cuéllar trafen sich Delegationen der ultrarechten Regierung El Salvadors und der Befreiungsbewegung "Farabundo Marti" (FMLN) am 3. und 4. April in Genf. Nach zweitägigen Unterredungen unterzeichneten sie ein sieben Punkte umfassendes Dokument, in dem sie sich zur Aufnahme von Verhandlungen verpflichteten, um so der politischen Lösung des bewaffneten Konfliktes näherzukommen.

Am 3. Mai wird ein weiteres Treffen stattfinden, wobei erstmals auch VertreterInnen von Parteien und Massenorganisationen an der Vorbereitung der Unterredung beteiligt sein werden.

Die bisherigen fünf Dialogrunden, ausführlich analysiert in ak 312 (November 1989) und ak 314 (Januar 1990), blieben ergebnislos, weil die Regierungen unter Duarte und Cristiani sich mit Unterstützung der US-Regierung jeweils weigerten, auf die konkreten Vorschläge der FMLN/FDR einzugehen. Sie forderten die Waffenniederlegung der Revolutionäre, Punkt. So blieb es jeweils beim Dialog, folgenlosen Gesprächen, wirkliche Verhandlungen über die Lösung des Konfliktes fanden nicht statt.

Die erfolgreiche Novemberoffensive der FMLN, die US-Intervention in Panamá, die Wahlniederlage der Sandinisten und der Niedergang des RgW haben die Voraussetzungen für die sechste Gesprächsrunde in Genf verändert. Die neuen Rahmenbedingungen bedürfen einer ebenso sorgsamen Analyse, wie das verabschiedete Kommuniqué selbst.

Die November-Offensive der FMLN

Die salvadorianische Befreiungsbewegung startete am 11. November 1989 die bedeutendste Offensive ihrer Geschichte. Diese Angriffswelle, das wichtigste Ereignis im Jahre 1989, war die militärische Antwort auf die wesentlich verschärfte Repression der ultrarechten Regierung gegen die legalen Massenorganisationen, die sich in einer Serie von Verhaftungen, Entführungen, Morden und Bombenanschlägen geäußert hatte. Die FMLN reagierte aber nicht nur auf die Übergriffe der Gegenseite sondern versuchte mit dem massiven Angriff auch, die politische Blockade der festgefahrenen Unterredungen zwischen Regierung und Guerilla aufzubrechen und "die Regierung Cristiani zu einer Verhandlungslösung zu bewegen". (1)

Die ARENA-Regierung hatte zwar schon zweimal Delegationen nach México D.F. (September 1989) und nach San José/ Costa Rica (Oktober 1989) zu Unterredungen entsandt, war aber jeweils auf die flexiblen Verhandlungsangebote der Befreiungsbewegung gar nicht eingegangen. Diese Taktik, lediglich unverbindliche Gespräche zu führen und nur um formale Fragen (Tagesordnung, wie/wo/wann finden wieder Gespräche statt) zu verhandeln, hatte zum Ziel, der Regierung des Großgrundbesitzers Cristiani international ein konziliantes Image zu verschaffen.

Dem Christdemokraten Duarte war es mit derselben Taktik jahrelang gelungen, sich international als "friedenswilliger Präsident" zu präsentieren, wobei er genauso wenig auf die inhaltlichen Vorschläge der FMLN einging wie die ultrarechte ARENA-Regierung, welche den Christdemokraten im Juni 1989 ablöste. Das friedenswillige Image ist für die jeweiligen Regimes von entscheidender Bedeutung, um von der scharfen Verfolgung der Opposition abzulenken und bei den Verbündeten in den USA und Europa die nötige Wirtschafts- und Militärhilfe für die Fortführung des Krieges loszueisen. Das Kriegsziel: die militärische Vernichtung der revolutionären Bewegung.

Im Verlauf der Novemberoffensive gelang es der Befreiungsbewegung, den Krieg in alle großen Städte des Landes zu tragen, die Hauptstadt San Salvador eingeschlossen. Es gelang den Guerillas der FMLN, überall Stadtteile zu besetzen und mehrere Tage lang zu halten. Die Befreiungsbewegung zog sich zurück, nachdem die Luftwaffe massive Bombardements durchführte, denen die Zivilbevölkerung in den besetzten Stadtteile schutzlos ausgeliefert war.

Militärisch gesehen war die Offensive der FMLN sehr erfolgreich, obwohl sie selbst 401 Gefallene zu beklagen hatte, darunter einige Spitzenkader. Es gelang nicht nur, der Armee 2455 Tote und Verletzte beizubringen, 27

Hubschrauber oder Flugzeuge zu beschädigen bzw. zu zerstören, 51 gepanzerte Fahrzeuge außer Gefecht zu setzen und 352 Kriegswaffen zu erbeuten, entscheidend war, daß es glückte, bis hinter die letzte Verteidigungslinie des Feindes vorzudringen, die Hauptstadt San Salvador. (2)

Die Armee wurde klar in die Defensive gedrängt. Sie mußte in der Hauptstadt ihre Elitebataillone einsetzen und gab vorübergehend weite Zonen auf dem Land auf. Es wurde deutlich, daß Armee und US-Berater die Guerilla weit unterschätzt und die Stärke der Armee weit überschätzt hatten. Die USA sind in El Salvador mit ihrer "Kriegführung niedriger Intensität" gescheitert, weil sie das wichtigste Grundprinzip dieser Strategie, in die Offensive zu gehen, nicht umsetzen konnten. (3)

Die Offensive bewies, daß die militärische Veto-Macht der FMLN trotz der ständig weiterlaufenden US-Hilfe nicht nur ungebrochen ist, sondern im Vergleich zu den Vorjahren sogar noch zugenommen hat.

Der damit verbundene indirekte politische Effekt ist noch bedeutender. Sowohl den US-Kriegsplanern als auch Teilen der salvadorianischen Armeeführung wurde klar, daß die Befreiungsbewegung militärisch nicht zu besiegen ist. Zu diesem Ergebnis kam beispielsweise auch der Chef des US-Südkommandos (SOUTHCOM) in Panamá, General Maxwell R. Thurman, der vor einem Kongreßausschuß sagte: Die "Regierung kann die marxistischen Rebellen nicht besiegen, die einzige Möglichkeit die Feindseligkeiten zu beenden, liegt in Verhandlungen." (4)

Die Armee nahm die Angriffe zum Vorwand, um die offen arbeitende Volksbewegung in die Illegalität abzudrängen. Sie durchsuchte und zerstörte 12 Büros verschiedener legal arbeitender Organisationen, die sie zu "terroristischen Vereinigungen" erklärte, besetzte die "Nationale Universität" (UES), schaltete die Medien gleich und verfolgte die Führungskader der Massenbewegung. ARENA dekretierte den Ausnahmezustand und peitschte ein "Anti-Terrorismus-Gesetz" durch das Parlament, das die bürgerlichen Freiheiten nahezu auf Null reduziert.

Die Führungs- und Organisationsstrukturen der Basisorganisationen blieben jedoch intakt, wenn auch teilweise neue Leute in veränderten Formen agieren. (5) Es gelang den Repressionsorganen aber, die Mitglieder der Massenorganisationen zunächst einzuschüchtern. Mittlerweile treten die Organisationen wieder an die Öffentlichkeit und bauen die Büros neu auf. Die "Nationale Universität" (UES) ist seit dem 13. März wieder geöffnet. Der Gewerkschaftsdachverband UNTS berief im Februar eine Friedenskonferenz ein und am 24. März, dem 10. Todestag von Erzbischof Romero, führten mehrere tausend Personen in San Salvador einen Trauermarsch durch. Seit dem 2. April befinden sich über 100 politische Gefangene in sechs Gefängnissen im unbefristeten Hungerstreik, um eine Generalamnestie für die politischen Gefangenen zu erkämpfen. Die Rückkehr von Flüchtlingen in ihre Heimatdörfer, die in aller Regel in den Gebieten unter Kontrolle der FMLN liegen, geht weiter. (6)

Dennoch bleibt als Bilanz, daß die mühsam aufgebaute legale Massenbewegung einen empfindlichen Rückschlag hinnehmen mußte, insofern sie über Monate hinweg erheblich an Mobilisierungsfähigkeit eingebüßt hat. Dieser Rückschlag, der politische Preis der Offensive, ist jedoch weder von der Anzahl der Opfer, noch vom Grad der Zerschlagung der Organisationen her mit der Situation von 1980-1983 vergleichbar, als es dem Regime gelang, mit massivem Terror die revolutionäre Massenbewegung nahezu auszulöschen.

Die Greueltaten, die sich die Armee im Zusammenhang mit der Guerilla-Offensive an der Zivilbevölkerung zuschulden kommen ließ, vor allem das Massaker an den sechs Jesuitenpatres der "Zentralamerikanischen Universität" (UCA), verdeutlichten in der internationalen Öffentlichkeit den wahren Charakter der ARENA-Regierung und vertieften dessen politische Isolation. Vor allem innerhalb der US-Kirchen und in Teilen der nordamerikanischen und europäischen Medien nahm die Kritik am Präsidenten Cristiani zu, beispielsweise bei der "Frankfurter Rundschau", bei der er nun nicht mehr als "gemäßigt", sondern als rechtsradikal gilt. Sogar die politischen Verbündeten der ARENA-Killer sahen sich gezwungen, gewisse Korrekturen vorzunehmen, wie etwa die Debatte und die halbherzigen Beschlüsse um die BRD-Entwicklungshilfe zeigen.

Verschärfte Widersprüche im Land

Die Novemberoffensive hat die sozialen und politischen Widersprüche in El Salvador erneut verschärft. Für die große Bevölkerungsmehrheit hat sich die Lage weiter verschlechtert.

- Beispiel Menschenrechte: die Situation bleibt alarmierend, der ARENA-Staat verletzt die in der Verfassung verankerten Bürgerrechte weiterhin massiv. Insgesamt wurden allein von Januar bis März des Jahres 333 Zivilisten von den Streitkräften ermordet und 250 willkürlich verhaftet, wie die unabhängige Menschenrechtskommission CDHES bekanntgab. (7) Dabei sind besonders der Mord an dem bekannten sozialdemokratischen Oppositionspolitiker Héctor Oqueli (12.1.1990) und das Massaker an sechs zurückgekehrten Flüchtlingen, unter ihnen vier Kinder, in Corral de Piedra/Chalatenango (11.2.1990) hervorzuheben. Vor kurzem, am 21. April, fiel der Universitätsprofessor Randolfo Tejada einem Bombenanschlag zum Opfer, für den die Armee verantwortlich gemacht wird. Die Praxis des "Verschwindenlassens" und der Folter dauern an.

- Beispiel Agrarreformen: die ohnehin bereits 1983 unterbrochene, schüchterne Landverteilung wird versucht rückgängig zu machen. Der "pathologische Killer D'Aubuisson" sucht Kooperativen heim und läßt ihm genehme Leute ans Ruder hieven. Die Kooperativen sind nahezu alle vollständig verschuldet und Morde an Kooperativisten nehmen zu.

- Beispiel Arbeitsplätze: in einer Reihe von öffentlichen Unternehmen gibt es Massenentlassungen, beispielsweise 861 Leute aus dem Landwirtschaftsministerium im Januar 90. Die Arbeitslosigkeit liegt bei knapp 50%, dazu kommen die Unterbeschäftigten. Außer vagen Plänen und Versprechungen hat die Regierung nichts anzubieten.

- Beispiel Preiserhöhungen der Grundbedarfsartikel: Wasser gibt es in der Hauptstadt nur 1-2 Stunden pro Tag, der Stromausfall beträgt bis zu 70% täglich. Gleichzeitig wurden die Preise bereits, bzw. sollen um bis zu 60% angehoben werden. Dasselbe gilt für die Buspreise.

Aber auch innerhalb der herrschenden Klasse und zwischen der Oligarchie des Landes und den US-Beratern deuten sich Widersprüche an, weil es der Regierung Cristiani nicht gelang, ihre Wahlversprechen (Sanierung der Wirtschaft, Reduzierung des Haushaltsdefizits, Beendigung des Krieges) zu erfüllen. (8)

- Beispiel Aufhebung des staatlichen Zucker- und Kaffeemonopols: Am 30.9.89 wurden die Handelsmonopole des Staates für die zwei wichtigsten Güter des Landes (65% der Exporterlöse), 1980 per Dekret geschaffen, für verfassungswidrig erklärt. Die Banken werden ebenfalls wieder reprivatisiert, gelangen also wieder unter die Kontrolle der Oligarchie. Damit ist die USA, welche mittels der Christdemokratie die Verstaatlichungen gegen die dominierenden Großgrundbesitzer durchsetzen ließ, mit ihrer Politik des "Aufbaus eines modernen kapitalistischen Sektors" gescheitert.

- Beispiel Zollreduzierung und Währungsabwertung: Zwischen der Industriellenvereinigung ASI der Kaffeexportierenden Oligarchie und der Regierung Cristiani ist ein heftiger Streit über die Zoll- und Währungspolitik entbrannt. Die Währungsabwertung und der Abbau von Importzöllen schädigen die Industrie und bevorteilen die "harte Oligarchie".

Als Resümee bleibt festzuhalten, daß nicht mehr nur von Seiten der oppositionellen Volksbewegung und verstärkt von der Hierarchie der katholischen Kirche ernsthafte Verhandlungen gefordert werden, sondern mittlerweile auch von der Industriellenvereinigung ASI. Das Gewicht der politischen Kräfte, die in El Salvador wirkliche Verhandlungen mit der FMLN verlangen, hat nach der Offensive noch einmal zugenommen. Innenpolitisch können sich Regierung und Armeeführung dieser Forderung kaum mehr entziehen. Sie müssen mindestens den Anschein von Verhandlungsbereitschaft signalisieren. Dabei geraten sie ins Kreuzfeuer der Kritik, wenn sie wie bisher lediglich die Waffenniederlegung der Aufständischen erwarten und selbst keinerlei Zugeständnisse machen. Die Frage ist nicht mehr, ob weitere Verhandlungen stattfinden, sondern unter welchen Voraussetzungen, mit welchen Teilnehmern und auf welcher inhaltlichen Grundlage.

Neue internationale Rahmenbedingungen

Während sich die innenpolitische Kräftekonstellation zugunsten der Revolutionäre El Salvadors verschoben hat, ist die internationale Lage für sie ungünstiger denn je.

Der Niedergang des RgW bedeutet für alle Länder und revolutionären Bewegungen der "3. Welt", daß es bis auf weiteres keine reale wirtschaftliche Alternative zum kapitalistischen Weltmarkt mehr gibt. Die Ausrichtung des Außenhandels auf den RgW und die Aushandlung günstiger "politischer Preise" wird nicht mehr möglich sein. Dies konnten zwar auch bisher nur wenige Länder (v.a. Kuba) durchsetzen. Jedoch überstand

beispielsweise Nicaragua, wenn auch schwer angeschlagen, nur mit Hilfe der Lieferung von strategischen Gütern aus dem RgW (Erdöl, Fahrzeuge, Maschinen etc.) und der Umleitung eines Teils ihrer Exporte in die realsozialistischen Länder die Folgen der US-Wirtschaftsblockade. Dies wird in Zukunft jeder theoretisch denkbaren revolutionären Regierung El Salvadors unmöglich sein. Die noch in der leeren Hülle RgW zusammengeschlossenen Länder, in zunehmendem Maß auch die UdSSR, verlangen jetzt in Devisen zu begleichende Weltmarktpreise für ihre Lieferungen; Kompensationsgeschäfte (Ware gegen Ware) entfallen. Die ehemaligen RgW-Länder schränken ihre Aufbauhilfe in Ländern mit revolutionärer Orientierung ein bzw. beenden sie völlig. Die westeuropäischen Länder lenken ihre Ressourcen, die ohnehin nie reichlich flossen, nach Osteuropa um.

Der wirtschaftliche Spielraum für die im Krieg zerstörte Ökonomie El Salvadors ist mithin minimal. Die Revolutionäre El Salvadors sind also noch mehr als die Sandinisten gezwungen, wirtschaftliche Modelle zu suchen, die ihnen weder den totalen US-Wirtschaftsboykott noch die weitgehende Blockade der nationalen Unternehmer bescheren. Dabei ist der politische gewinnbare Verteilungsspielraum im Vergleich zu Nicaragua sogar noch geringer. Denn für eine Agrarreform, das Herzstück einer massenorientierten Wirtschaftsreform, kann der dafür nötige Grund und Boden nicht einem allseits unbeliebten Diktator entrissen werden, sondern muß in mühsamen Kämpfen einer hochorganisierten und wirtschaftlich mächtigen Klasse von höchst reaktionären Großgrundbesitzern abgerungen werden, die in der Regierungspartei ARENA eine gutorganisierte politische Interessenvertretung hat. Nach dem Zusammenbruch des "sozialistischen Weltsystems" wird jede revolutionäre Regierung und Bewegung der "3. Welt" in hohem Maße wirtschaftlich erpreßbar sein.

Die Revolutionäre El Salvadors, aber auch die anderer Länder, haben infolge der Umbrüche in Osteuropa wichtige "strategische Verbündete" in politischer und militärischer Hinsicht verloren. Deren Unterstützung mag zwar immer auf deren Eigeninteressen ausgerichtet, wankelmütig, bescheiden und widersprüchlich gewesen sein, aber allein die Existenz des realsozialistischen Blocks und dessen Konkurrenz mit den imperialistischen Staaten schuf politische Freiräume, welche die revolutionären Bewegungen ausnützen konnten. Dies wird nun weitestgehend entfallen, wobei die UdSSR noch minimale Reste von Unterstützung leistet. Damit stehen die Länder der "3. Welt" und die Befreiungsbewegungen den imperialistischen Staaten weitgehend auf sich allein gestellt gegenüber. Dies verengt deren politische Spielräume und erhöht den Druck zu Kompromis- sen. (9)

Panamá, Nicaragua etc.

Während die osteuropäischen Länder zum neuen alten Expansionsgebiet der westeuropäischen imperialistischen Mächte, besonders der BRD, auserkoren sind, machen die USA in Lateinamerika wieder auf Weltpolizist. Für "freedom & democracy" gegen "Narco-Terroristen und kommunistische Guerillas", so der offizielle Diskurs.

Die US-Intervention in Panamá vom Dezember vergangenen Jahres ist das deutlichste Beispiel dafür. Diese verbrecherische und alle internationalen Rechtsgrundsätze verachtende Aktion wurde international nur schüchtern verurteilt, bzw. sogar gerechtfertigt. Daß die US- Army hunderte oder gar tausende Zivilisten massakrierte war und ist kein Thema. Und daß die USA mit den Politikern, die im Land selbst ihren Angriff unterstützten, schon heute Schlitten fahren, fällt hierzulande nur Spezialisten auf. Dieser erfolgreiche Coup erhöht das Interventionsrisiko in ganz Mittel- und Lateinamerika, wenngleich der Administration Bush bewußt ist, daß die Befreiungsbewegungen Mittelamerikas nicht mal so eben unterzupflügen sind, wie die Streitkräfte Panamas.

Im Namen des Anti-Drogen-Kampfes verstärken die USA ihren interventionistischen Druck in Lateinamerika. Die Entsendung der Kriegsschiffe vor die Küsten Kolumbiens ist bekannt.

Das neueste, politisch und militärisch weitaus gefährlichere Vorhaben: Die nordamerikanischen Streitkräfte wollen im Urwald Perus, im Gebiet des Alto Huallaga, einen Militärstützpunkt errichten. "Wie ein Mitarbeiter der US-Botschaft in Lima mitteilte, sollen dort amerikanische Militärs peruanische Soldaten im Dschungelkrieg gegen Guerilleros und Drogenhändler unterweisen", schrieb die "Süddeutsche Zeitung" lapidar (SZ, 23.4.1190). In diesem Gebiet wird in der Tat Koka angebaut. Aber viel wichtiger: hier hat "Sendero Luminoso", der dem peruanischen Staat einen gnadenlosen militärischen Kampf liefert aber auch massiv linke AktivistInnen anderer Organisationen liquidiert, eines seiner Operationsgebiete. Die US-Base wird mitten in

einem der heißesten Kriegsgebiete Perus errichtet. Bereits im vergangenen April griff der "Sendero Luminoso" diesen im Aufbau befindlichen Stützpunkt an. Weitere militärische Auseinandersetzungen sind vorauszusehen. Dabei ist anzunehmen, daß es auch zu direkten Kämpfen zwischen Nordamerikanern und dem "Sendero Luminoso" kommen wird. Dies scheint von den USA auch intendiert, denn sonst würden sie ihr Camp in einer "sicheren Zone" und nicht in einem "heißen Kriegsgebiet" aufbauen. Hier wird unter dem Deckmantel der Drogenbekämpfung eine weitere militärischen Einmischung vorbereitet, die von ihrem Umfang und Qualität her weder mit Grenada noch mit Panamá vergleichbar sein dürfte.

In Nicaragua haben die USA mit der Contra nicht den militärischen Erfolg gehabt, den sie sich bei deren Gründung einst erhofft hatten. Dennoch hat die durch den Contra-Krieg mitverursachte Wirtschaftsmisere und die Kriegsmüdigkeit entscheidend zum Wahlsieg der politischen Contra, der UNO, beigetragen. Die Wahlniederlage der Sandinisten hat zweifellos negative Auswirkungen auf die revolutionären Bewegungen El Salvadors und Guatemalas, jedoch nicht ausschließlich:

- Zwar haben FMLN und die URNG Guatemalas mit den Sandinisten zusammengearbeitet, aber die These von einer weitgehenden oder gar völligen Abhängigkeit geht an den Tatsachen vorbei. Diese Bewegungen schöpfen ihre Kraft in allererster Linie aus ihrer Massenverankerung und nicht aus externer Unterstützung.

- Die Situation in Nicaragua hat sich nicht um 180 Grad gedreht, den Sandinisten verbleiben erhebliche Machtpotentiale. Was die logistische Unterstützung der benachbarten Befreiungsbewegungen anging, so wurde sie, sofern sie überhaupt stattfand, auch schon in der Vergangenheit geheim abgewickelt. Dies ist weiterhin möglich, wenngleich die technisch-praktischen Bedingungen dafür nun komplizierter sind.

- Am Negativsten schlägt die politische Niederlage der revolutionären Partei an den Urnen zu Buche, erschwert durch den rapiden Niedergang des "Sozialismus" in Osteuropa.

- Positiv ist für die FMLN die Tatsache, daß die Sandinisten gegenüber der Opposition zu weitgehenden Konzessionen bereit waren und äußerst saubere Wahlen durchgeführt haben. Die FMLN kann die Regierung Cristiani an diesem Beispiel messen.

- Noch höher ist vielleicht der Gewinn an Glaubwürdigkeit zu werten, weil die Revolutionäre Nicaraguas aller Welt praktisch bewiesen haben, daß sie ihre demokratischen Versprechungen auch in die Tat umsetzen.

- Schließlich steigt der Druck auf Cristiani, nun auch "seinen Krieg" zu beenden, nachdem in Nicaragua eine Übereinkunft zwischen FSLN und UNO möglich war. (10)

Das düstere außenpolitische Gesamtbild wird durch die jüngsten Wahlsiege von überaus konservativen Kandidaten in Costa Rica und Honduras abgerundet, ähnliches droht in Guatemala. Von weiteren Esquipulas-Nachfolgetreffen können also die FMLN und die URNG keine Unterstützung für ihre Positionen erwarten.

Die Gesprächsrunde in Genf (April 1990)

In dieser komplizierten Kräftekonstellation von innenpolitischer Stärkung bei gleichzeitiger internationaler Schwächung der Guerilla, das Umgekehrte gilt für die ultrarechte ARENA-Regierung, fand das Treffen zwischen Regierung und FMLN in Genf statt, das lediglich dazu diente, die eigentlichen Verhandlungen vorzubereiten.

Die FMLN ebnete den Weg dafür, als sie in einem vielbeachteten Kommuniqué vom 13. März eine "Geste für den Dialog" bekanntgab. Sie verzichtet fortan auf Sabotagemaßnahmen gegen öffentliche Verkehrsmittel, Telefoneinrichtungen und Einkaufszentren und verspricht die Einstellung der Attentate gegen öffentliche Beamte und Zivilpersonen. (11) Die genannten Aktionen brachten der FMLN zwar militärische Vorteile ein, stießen jedoch auf Kritik in der Bevölkerung. Ana Guadelupe Martinez erklärte in Genf, daß für die FMLN die erneute politische Legitimierung des bewaffneten Kampfes derzeit wichtiger ist, als die durch diese Selbstbeschränkung entstehenden militärischen Nachteile. Die Befreiungsbewegung hat auf ihre wirtschaftliche Hauptwaffe, die Sabotage der Stromversorgung, ohnehin nicht verzichtet.

Bereits im Vorfeld der Zusammenkunft in Genf konnte die Befreiungsbewegung einige wichtige diplomatische Punktsiege verbuchen:

- Die Regierung forderte die FMLN zunächst auf, einem Waffenstillstand zuzustimmen bevor überhaupt ein Treffen zustandekommen könne. Die FMLN will das Regime jedoch unter Druck halten und knüpfte deshalb an die Einhaltung eines Waffenstillstandes verschiedene Bedingungen. Die Regierung ließ ihre Position fallen.

- Die Regierung wollte den UNO-Generalsekretär, der von der FMLN als aktiver Vermittler vorgeschlagen wurde, lediglich als kompetenzlosen passiven Beobachter dulden. Die FMLN verspricht sich von der aktiven Vermittlung des UNO-Generalsekretärs, daß die ARENA-Regierung dadurch gezwungen wird, ernsthaft zu verhandeln und nicht wie bisher lediglich folgenlose Statements abzugeben. Die FMLN setzte sich auch an diesem Punkt durch.

- Schließlich forderte die FMLN, daß bei der politischen Lösung des Konflikts auch die politischen Parteien und sozialen Organisationen im Sinne eines "Nationalen Dialogs" beteiligt sein sollten. Dies konnte zwar für Genf noch nicht durchgesetzt werden, deutet sich aber für weitere Verhandlungsrunden an.

Nach zweitägigen Beratungen unter Vermittlung des UNO-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar und dem UNO-Sonderbeauftragten für Mittelamerika, Alvaro de Soto, unterzeichneten beide Delegationen ein gemeinsames, sieben Punkte umfassendes Dokument. Sie verpflichten sich darin, unter Vermittlung des UNO-Generalsekretärs einen Verhandlungsprozeß zu vereinbaren, um "innerhalb der kürzest möglichen Frist das endgültige Ende des bewaffneten Kampfes zu erreichen." Die Delegationen verpflichteten sich auch, die Verhandlungen nicht abzubrechen. Die wichtigsten Punkte der Übereinkunft:

- Lösung des bewaffneten Konfliktes auf politischem Wege, Demokratisierung und Einhaltung der Menschenrechte. In einem ersten Schritt sollen die Kampfhandlungen und Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung eingestellt werden. Danach, wenn dies durch den Sicherheitsrat der UNO bestätigt ist, müssen in einem zweiten Schritt die Bedingungen zur politischen Wiedereingliederung der FMLN festgelegt werden.

- Der UNO-Generalsekretär fungiert als Vermittler. Es wird auf höchster Ebene verhandelt, entweder direkt oder indirekt durch Einzelberatungen jeweils mit Pérez de Cuéllar.

- Es wird strikte Vertraulichkeit festgelegt. Nur der Generalsekretär berichtet in der Öffentlichkeit.

- Soziale und politische Organisationen können zur Mitwirkung eingeladen werden, wenn beide Seiten zustimmen.

- Der UNO-Generalsekretär kann Kontakt zu allen Seiten aufnehmen, um die Verhandlungen zu fördern. (12)

Ort und Zeit weiterer Unterredungen wurden nicht bekanntgegeben. Aber nach einer Meldung der "Süddeutschen Zeitung" soll die nächste Runde am 3. Mai in Venezuela oder in Mittelamerika, jedoch nicht in El Salvador stattfinden. (SZ, 20.4.1990)

"Auf zwei Beinen gehen"

Die FMLN setzt ihre Politik fort, "auf zwei Beinen zu gehen". Sie selbst geht nicht davon aus, daß eine Friedensvereinbarung schnell geschlossen werden kann. Ana Guadelupe Martinez, Beteiligte an den jüngsten Unterredungen, kündigte auch bereits weitere militärische Aktivitäten an, "denn es ist vor allem auf dem politisch-militärischen Gebiet noch viel zu tun, damit die Armee überzeugt werden kann, daß sie nicht die zentrale Macht im Land ist. Es gibt keinen Anlaß zu glauben, daß diese Übereinkunft zu einer Abschwächung des Krieges führt. Ganz im Gegenteil, die Armee wird versuchen, uns unter Druck zu setzen. Diese Vereinbarung kann nicht sofort den Frieden bringen, sondern eher eine Zunahme der militärischen Konfrontation bis zu einem endgültigen Abkommen." (13)

Wie lange es dauern wird, bis ein Ende des Krieges erreichbar ist, hängt letztendlich auch von der Politik der Bush-Administration ab. Sollte sie angesichts des RgW-Niedergangs, Panamá etc. doch weiter auf den militärischen Sieg setzen, so wird der Konflikt noch lange andauern. Sollte sich jedoch im US-Kongreß angesichts der geringen Erfolgsaussichten eines derartigen Kurses bei den Haushaltsberatungen eine auf politische Lösungen drängende, "gemäßigte Linie" durchsetzen, wie sie von den Senatoren Edward Kennedy, John Kerry und anderen mittels verschiedener Gesetzesentwürfe vorgetragen wurde, so wäre eine Kürzung bzw. Konditionierung der US-Wirtschafts- und Militärhilfe die Folge. Dies wäre für die Verhandlungen nützlich. Seit dem 24. Januar wird in Washington darum gestritten, ob und unter welchen Bedingungen wie von Bush

beantragt 91,4 Mio US- Dollar Militärhilfe und 284 Mio US- Dollar Wirtschaftshilfe für das im Oktober beginnende Haushaltsjahr 1991 verabschiedet werden. (14)

Al., KB-Nürnberg

Anmerkungen

1) Radio Venceremos (Hg), Nationales militärisches Manöver der FMLN, Köln/Berlin 12. November 1989, S. 1

2) Zahlen nach "Botschaft der FMLN-Generalkommandantur zum Jahresende", El Salvador, 31. 12.1989

3) Diese Einschätzung basiert auf den Thesen des Oppositionspolitikers Rubén Zamora, Generalsekretär der "Christlichsozialen Volksbewegung" (MPSC), einer der führenden Köpfe der mit der FMLN verbündeten FDR. "Lehren aus der Offensive der FMLN ziehen", Interview in der "tageszeitung", Berlin 4.4.1990, S.9

4) New York Times, 9.2.1990

5) Siehe: Ila Nr. 132, Bonn Februar 1990, S. 26

6) Siehe: FMLN (Hg), Venceremos Nr.4, Bonn März 1990, S.3

7) Zahlen nach "Süddeutsche Zeitung", München 20.4.1990

8) Die Argumentation folgt: El Salvador: Neoliberale Wirtschaftspolitik - Der Konsens der Herrschenden bröckelt, in: Lateinamerika Nachrichten Nr. 190, Berlin März 1990, S. 13-19

9) Siehe: Veränderte Weltlage, in: ILA Nr. 133, Bonn März 1990, S. 33f

10) Siehe: Salvador Samayoa, Die FMLN nach der Wahlniederlage der FSLN, in: FMLN (Hg), Venceremos, Nr.4, a.a.O, S.4

11) Siehe: Lateinamerika Nachrichten Nr. 191, Berlin April 1990, S.7

12) Nach dem gemeinsamen Protokoll, das am 4. April 1990 in Genf der Presse vorgelegt wurde.

13) Radio Venceremos (Hg), Köln/Berlin 15.4.1990

14) Zahlen nach: Mosquito Nr.2, Zürich März 1990, S. 29

# 29. Erklärung von Pérez de Cuéllar (Generalsekretär der UNO) zum Verhandlungsprozeß zwischen der Regierung und der FMLN

Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:15

Aufgrund der Anfrage der zentralamerikanischen Präsidenten und im Rahmen des Mandats, das der Sicherheitsrat mir von Amts wegen mit der Resolution 637 vom 27. Juli 1989 anvertraut hat, habe ich Beratungen mit der salvadorianischen Regierung und der FMLN aufgenommen, um über die Form, die Modalitäten und die Abstufungen des Prozesses übereinzukommen, der das Ziel hat, so schnell wie möglich unter meiner Aufsicht ein endgültiges Ende des bewaffneten Konfliktes in diesem Land zu erreichen. Ich habe akzeptiert, diese Initiative, auf den Wunsch der Regierung und der FMLN hin, bis zum Ende zu tragen, weil ich die Versicherung beider Seiten erhalten habe, daß eine ernsthafte und entschlossene Absicht besteht, auf dem Wege der Verhandlungen zu diesem Ende zu gelangen. Als Ergebnis meiner Konsultationen mit beiden Teilen haben die Regierungen und die FMLN den Punkten zugestimmt, die im folgenden aufgezählt werden und die das Ziel haben, abzusichern, daß der Prozeß in wirkungsvoller und ernsthafter Weise voranschreitet und daß dabei das gegenseitige Vertrauen dank geeigneter Garantien gefördert wird. Ich glaube, daß die gewissenhafte Befolgung dieser Garantien, die von einschneidender Wichtigkeit sind, den Wunsch und die Fähigkeit beider Seiten zeigen wird, die Verpflichtungen zu erfüllen, die während der Verhandlungen abgeschlossen werden. In diesem Sinn haben sich die Regierung und die FMLN verpflichtet, den Verhandlungsweg nicht zu verlassen.

1. Das Ziel dieses Prozesses wird sein, den bewaffneten Konflikt mit politischen Mitteln so schnell wie möglich zu beenden, die Demokratisierung voranzutreiben, die vollständige Respektierung der Menschenrechte zu garantieren und die salvadorianische Gesellschaft wieder zusammenzuführen. Das Anfangsziel wird sein, politische Übereinstimmung zu erreichen für die Übereinkunft der Beendigung des bewaffneten Konflikts und aller Handlungen, die unerbittlich die Rechte der Zivilbevölkerung verletzen. Dies sollte, unter Vorbehalt der Zustimmung des Sicherheitsrats, durch die Vereinten Nationen verifiziert werden. Wenn dieses einmal erreicht ist, wird der Prozeß zur Etablierung der notwendigen Garantien und Bedingungen führen, die Mitglieder der FMLN - innerhalb eines Rahmens völliger Legalität - wieder zu integrieren in das zivile, institutionelle und politische Leben des Landes.

2. Dieser Prozeß wird ausgeführt unter der Aufsicht des Generalsekretärs - kontinuierlich und ununterbrochen.

3. Um den Erfolg des Verhandlungsverlaufes abzusichern, akzeptieren die Regierung und die FMLN eine Vorgehensweise, die mit Hilfe von zwei Arten sich ergänzender Aktivitäten ausgearbeitet wird. Der direkte Dialog zwischen Verhandlungskommissionen mit aktiver Beteiligung des Generalsekretärs oder seines Repräsentanten und die Vermittlung durch den Generalsekretär oder seines Repräsentanten zwischen beiden Teilen um sicher zu stellen, daß beide Teile, sowohl die Regierung als auch die FMLN, sich auf das höchstmögliche Niveau verpflichten. Der Generalsekretär wird darauf achten, daß die besagten Aktivitäten in einer Art und Weise ablaufen, die zum Erfolg des Prozesses beiträgt. Die Regierung und die FMLN werden zusichern, daß ihre Verhandlungskommissionen vollständig bevollmächtigt sind, zu diskutieren und Abkommen zu beschließen.

4. Die Regierung und die FMLN stimmen zu, daß strengste Vertraulichkeit während des Ablaufes des Prozesses befolgt wird. Die einzigen öffentlichen Informationen über den Verlauf werden diejenigen sein, welche der Generalsekretär oder sein bevollmächtigter Repräsentant genehmigt.

5. Der Generalsekretär kann beliebig vertrauliche Kontakte mit Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen oder Gruppierungen der Mitgliedstaaten, welche durch ihre Ratschläge und Unterstützung zum guten Ausgang des Prozesses beitragen können, knüpfen.

6. Die Regierung von El Salvador und die FMLN stimmen beide zu, daß die politischen Parteien und andere gesellschaftlich repräsentative Organisationen in El Salvador eine große Rolle bei der Erreichung des Friedens spielen müssen. Außerdem erkennen sie sowohl für die Regierung als auch für die FMLN die Notwendigkeit an, ständige Einrichtungen zur Information und Konsultation dieser Parteien und gesellschaftlichen

Organisationen des Landes zur Verfügung zu stellen. Letztere müssen sich ihrerseits verpflichten, die notwendige Vertraulichkeit zu überwachen, um einen guten Ausgang des Dialogs sicherzustellen. Falls sie es für angemessen halten, können diese Kommissionen in allgemeiner Übereinstimmung die Repräsentanten dieser Parteien und Organisationen einladen, um ihre Ansichten zu erhalten.

7. Die Regierung und die FMLN erkennen genauso die Notwendigkeit an, daß der Generalsekretär mit den salvadorianischen Personen und Gruppen in Kontakt bleibt, die zum Erfolg dieser Anstrengungen beitragen können.

Genf, 4. April 1990

In Vertretung der Regierung von El Salvador:

Dr. Oscar Santamaria

Bot. Guillermo Paz Larín

Bot. Ana Cristina Sol

Bot. Carlos Ernesto Mendoza

In Vertretung der FMLN:

Cmdte. Shafik Handal

Lic. Salvador Samayoa

Cmdte. Ana Guadelupe Martinez

Cmdte. Roberto Canas

In der Funktion, die mir der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in der Resolution 637 (1989) zugewiesen hat

Javier Pérez de Cuéllar

Generalsekretär der Vereinten Nationen

# 30. Dokumentation der Austrittserklärung von Ebermann/Trampert/Bott/Schmidt&Co: "Wir verlassen die Grüne Partei"

Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:04

Wir unterstellen, daß unser Austritt nicht überrascht. Er ist eher eine verspätete Konsequenz auf einen schon länger vollzogenen Bruch. Viele Linke sind vor uns gegangen und die meisten von uns hatten ihre Mitarbeit in den Grünen bereits aufgegeben, um sich auf andere politische Möglichkeiten zu konzentrieren.

Das Datum unseres Austritts ist insofern keinem besonderen Anlaß zuzuschreiben. Selbst in der aktuellen Hinwendung der Grünen zu einem "einig Vaterland", das wir schroff ablehnen, erkennen wir keinen Qualitätsbruch, sondern Kontinuität. Sie ist die logische Fortsetzung aller Hinwendungen. Die Grünen entschlossen sich in mehreren Etappen, ihre aus den sozialen Bewegungen mitgenommene oppositionelle, gesellschaftskritische und bisweilen kulturrebellische Politik fallenzulassen, um als staatstragende Regierungspartei wirken zu wollen. Im Zuge dieser Anpassung an das gestattete deutsche Politikmodell - die Verhältnisse von oben regieren statt opponieren - wurde das staatliche Gewaltmonopol in seinem Einsatz gegen rebellierende Menschen respektiert, paßten die Grünen sich programmatisch dem an, was die kapitalistische Wirtschaft verträgt, erfolgte die kulturelle Angleichung an Ordnungskriterien einer normalen deutschen Wahlpartei, die beim ideellen Gesamtwähler nicht mehr anecken möchte. Dem letzten Kriterium wurden auch viele emanzipatorische Anliegen untergeordnet.

Entgegen unseren Vorstellungen haben die Grünen den Parlamentsbetrieb mit einem weiteren etablierten Exemplar angereichert und sich dadurch überflüssig gemacht. Der große Wunsch der grünen Mehrheit, als reputierliche Staatspartei regierungsfähig zu werden, hat zugleich ihre Not gefördert: Die Grünen sind wieder von den anderen Parteien ersetzbar. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß jeder Anlauf zur Umkehrung der innergrünen Verhältnisse aussichtslos wäre. Wir verlassen eine Partei, auf deren politisches Profil und strategische Ausrichtung wir schon seit geraumer Zeit ohne Einfluß sind. So fand die Installierung der Berliner Koalition aus SPD und Grünen enthusiastische Unterstützung bei einer überwältigenden Mehrheit der Grünen in Berlin und bundesweit. Die Zustimmung war derart unstrittig, daß ein grüner Bundesparteitag freiwillig auf eine Diskussion dieses politischen Weges verzichtete. Den alliierten Truppen als Garanten der Freiheit zu danken, der Wirtschaft zu versprechen, keine Nachteile durch eine rot-grüne Regierung erleiden zu müssen und das staatliche Gewaltmonopol zu einem Schutzschild für Schwache umzuinterpretieren, standen am Beginn der Berliner Koalition. Heute herrschen in Berlin keine sozialeren, ökologischeren oder ausländerfreundlicheren Zustände als z.B. in dem sozialliberalen Hamburg. Die faktische Politik der Grünen wiegt wesentlich schwerer als der Streit um Worte in einzelnen Programmpassagen und Präambeln. Darin gleichen sich die regierungswilligen Landesverbände, ob sie nun mehr als realpolitisch dominiert gelten oder wie in Berlin mehr als links.

In den Grünen gibt es heute nur noch wenig Zustimmung für eine Kritik des Parlamentarismus oder eine Ablehnung von Regierungsbeteiligungen im Rahmen des Kapitalismus. Daß damit auch die kulturrebellischen Momente bei den Grünen verschwinden - Rotation, imperatives Mandat, Begrenzung der Einkünfte der Abgeordneten - liegt in der Logik der Entwicklung. Wer diesen Staat und seine parlamentarischen Institutionen schätzt, braucht die einst zur Abwehr der Integrationsmechanismen entworfenen Schutzmaßnahmen nicht länger. Rotation und Regierungsbeteiligung sind tatsächlich unvereinbar.

Der kleine Kreis, der heute die Grünen verläßt, kann von sich nicht behaupten, ein gemeinsames politisches Projekt zu verfolgen. Erst recht streben wir keine gemeinsame neue Organisation an. Ein Teil von uns bastelt an der "Radikalen Linken", andere stecken ihre politische Arbeit in Initiativen oder autonome Zusammenhänge oder wollen feministische Politik mitgestalten oder organisieren den Widerstand gegen die rassistischen Ausländergesetze mit. Wir wissen von uns, daß wir nicht nur in den Grünen verloren haben, sondern daß auch in der Gesellschaft die Zustimmung zu einer kapitalistischen Wirtschaftsweise und großdeutschem Chauvinismus eher gewachsen ist. Wir gehen als Linke gegenwärtig keinen sehr rosigen Zeiten entgegen, sondern werden eher gezwungen sein, aus krasser gesellschaftlicher Minderheit unsere Politik zu entfalten. Dieser Weg scheint uns aber richtiger, als in der Rolle der Jusos bei den Grünen an der Integration von

Menschen in das erlaubte deutsche Politikmodell mitzuwirken, statt ihren Bruch mit den Verhältnissen zu unterstützen.

Wir wissen andererseits, daß es Linke und Radikalökologen in den Grünen gibt, die vieles von dem, was wir heute erklären, für richtig halten, aber (noch) in der Partei bleiben wollen, zum Teil weil sie größere Chancen für Linke in den Grünen sehen als wir, zum Teil weil sie den Zeitpunkt des Austritts für falsch halten. Das macht nichts. Wir geben ja zu, daß unser Zeitpunkt etwas willkürlich ist. Über solche taktischen Differenzen wollen wir keine politische Gegnerschaft entstehen lassen. Wer die allgemeine Sozialdemokratisierung nicht mitmacht, wird sich im Prozeß der Umgruppierung der Linken ohnehin begegnen.

Unser Austritt aus den Grünen macht nicht hinfällig, daß wir uns auch kritisch mit unserer Politik in den Grünen auseinanderzusetzen haben, etwa eine Überschätzung parlamentarischer Möglichkeiten oder eine zu optimistische Einschätzung der Möglichkeiten für linke Politik in den Grünen.

Einige von uns werden mit der Frage konfrontiert, wie sie es mit der PDS halten. Deshalb wollen wir Spekulationen mit einer Klarstellung begegnen. Wir erblicken in der PDS keine sinnvolle Perspektive. In einem krassen Gegensatz zu vielen prominenten Grünen, die in ihrer antikommunistischen Abgrenzungswut wohl nie aufhören werden, in der PDS den Stalinismus zu entdecken, attestieren wir ihr eine schnelle Lernfähigkeit. Unseres Erachtens lernt die PDS - nach einer notwendigen Abrechnung mit dem Stalinismus - in einem Pendelschlag zu schnell und zu viel Marktwirtschaft, Ergebenheitsadressen an das "einig Vaterland" und an die Errungenschaften des kapitalistischen Westens. Der jüngste Antrag der PDS, in die vom vaterländischen Willy Brandt geführte sozialistische Internationale aufgenommen zu werden (ein Zusammenschluß überwiegend rechter sozialdemokratischer Parteien), ist zwar ihrem neuen Kurs angemessen, zeigt uns aber, daß wir - nach unserem formal nachvollzogenen Abgang aus den Grünen - vom Regen in die Traufe kämen.

UnterzeichnerInnen der Erklärung "Wir verlassen die Grüne Partei"

Marianne von Ilten, Christa Merkel, Marcus Graf, Heiko Feldmann, Rainer Trampert, Thomas Ebermann, Peter Gerken, Maren Psyk, Marion Pein, Regula Bott, Christian Schmidt, Jan Schlichting, Karin Schlichting, Erhan Erdogan, Johannes Pausch, Claudia Piltz, Horst Wallrath, Hans-Martin Stolze, Hans-Christian Bernhard, Ute Flügger, Reinhard Müller, Heiner Möller, Helmut Hösterey, Udo Hergenröder, Peter Hoffmann, Iris Lemcke, Ulf Tralau, Wolfgang Schneider, Rolf Gallé, Udo Gentzsch, Manfred Dzeick, Werner Fleischer, Susanne Lohmann, Harald Holzmann, Hamide Scheer, Ursel Maderhoff, Matthias Wisbar, Susanne Stumpf, Anna-Maria Olbrich, Rolf Höhne, Gabriele Kühl, Jürgen Rufenach, Norbert Schadt

# 31. Familienstreit mit tödlichen Ausgang? Grüne Aufbruch-Realos zwischen Durchbruch und Ausbruch

Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:20

Es lohnt sich wieder, grüne Parteitage zu besuchen. Da fliegen die Fetzen wie in den Anfangstagen. Es wird geschimpft, geflucht, geweint, erpreßt und hinter verschlossenen Türen die Spaltung durchgespielt. Das alles passiert trotz eines stark verengten Meinungsspektrums. Die Linken um Thomas Ebermann, Rainer Trampert, Regula Bott und Christian Schmidt haben nun auch formell ihren Austritt erklärt. Der verbliebene Rest setzt übereinstimmend "die Ökologie" an die erste Stelle. Dem Realo-Aufbruch-Bündnis mit Fischer, Vollmer, Fücks u.a. reicht das nicht: sie wollen alles und könnten es auf dem Parteitag im Juni tatsächlich bekommen. Falls der "Durchbruch" (A. Vollmer) nicht gelingt, gibt es immer noch die SPD, die selbst einer Lokalgröße längst vergangener Tage wie Thea Bock ein Bundestagsmandat spendiert ...

Am dritten Tage der Bundesdelegiertenkonferenz sah sich "die grüne Basis" veranlaßt, ihr Abstimmungsverhalten zu interpretieren: "Diese BDK hat sich das Recht herausgenommen, politische Entscheidungen quer zu allen Strömungslinien zu treffen, von denen sie inhaltlich überzeugt ist!" So steht es in einer als Antrag eingebrachten, aber nicht abgestimmten Erklärung "Gegen ein Blockdenken bei den Grünen". Unter den 30 UnterzeichnerInnen befinden sich nur wenige, die über ihren Kreisverband hinaus bekannt sind. Regelmäßige AK-LeserInnen kennen immerhin Ludger Volmer, Frieder O. Wolf und Manfred Zieran. Warum dieser Antrag? "Die jetzt" - am dritten Beratungstag - "eingetretene Situation macht uns betroffen: 1. versuchen einzelne VertreterInnen der sog. Realo- und Aufbruchströmung, eine Abstimmungsniederlage in puncto PDS-Debatte und Präambel zu einer Niederlage jeglicher Ökologiepolitik und Friedenspolitik hochzustilisieren. (...) 2. wird von StrömungsvertreterInnen versucht, die angebliche Niederlage zum Scheidepunkt einer möglichen Spaltung der Grünen zu erklären. Wir erklären dazu: Diese Gefahr einer Spaltung wird von jenen herbeigeredet, die versuchen, die Partei mit der Scheinalternative ‚Grüne Partei als linke oder ökologische Partei` in eine machtpolitische Entscheidungsschlacht zu treiben".

Die Schlachtberichterstatter der verschiedensten Zeitungen haben im Foyer der Hagener Stadthalle so einiges an Verwünschungen aufgeschnappt:

- Joschka Fischer: "Jetzt ist Schluß mit dem Affentheater. Ihr kriegt den Laden, aber ihr werdet euch sehr wundern!" ("DVZ", 6.4.)

- Norbert Mann: Nun sei es "sinnvoll, getrennte Wege zu gehen" ("Süddeutsche Zeitung", 2.4.)

- Lukas Beckmann: "Wir sind gespalten. Wir müssen die Spaltung jetzt auch organisatorisch vollziehen" ("Stuttgarter Nachrichten", 2.4.).

- Antje Vollmer: "Keinen Frieden mit dieser Basis" ("DVZ", 6.4.) und : "Die Frage ist, ob man die Linken in der Partei halten soll. Darüber muß bis zum Juni eine Entscheidung fallen" ("Stuttgarter Nachrichten", 2.4.).

Die Entscheidungsfindung hat schon am Rande der Hagener Versammlung begonnen - mit einer fünfstündigen Strömungsklausur des Realo-Aufbruch-Bündnisses, die Joschka Fischer später als "alternativen Parteitag" bezeichnete.

Viel Lärm um fast nichts

Aus linker Sicht sind die Hagener Beschlüsse weder allzu wichtig noch Anlaß zu besonderer Freude. Ausgenommen die Schadenfreude über den unerwarteten Dämpfer für das unschlagbar scheinende Realo-Aufbruch-Bündnis. Nach einer zugegeben unseriösen Quelle - der "Welt" vom 2.4. - sollen die vier Härtesten der Harten - Joschka Fischer, Antje Vollmer, Ralf Fücks und Ruth Hammerbacher - sogar allesamt "Tränen in den Augen" gehabt haben.

In Hagen hatte alles ganz planmäßig angefangen. Erster Tagesordnungspunkt: Verabschiedung einer deutschlandpolitischen Erklärung, die - mensch kennt das Spielchen schon von anderen Anlässen - "den gewandelten Realitäten Rechnung" trägt: "Die Volkskammer-Wahl vom 18. März 1990 ist eine Zäsur. Es gibt jetzt eine demokratisch legitimierte Volksvertretung. Die Wahl war zugleich ein Votum für die schnelle Einheit.

Das respektieren wir, auch wenn wir aus guten Grünen für eine andere Perspektive gestritten haben". Es folgt ein bißchen Kritik am "Wiedervereinigungswettbewerb von CDU/ CSU und SPD": "Wo bundesrepublikanische Selbstbegrenzung gefordert war, regierten Größenwahn und Wille zur Macht. Nationale Rücksichtslosigkeit statt europäischer Weitsicht, Geschichtsblindheit statt historischer Verantwortung, Destabilisierung der DDR statt solidarischer Hilfe, Einheit so schnell wie möglich statt so gut wie möglich - das war die Bonner Politik vom November bis heute". Bei der allgemeinen Hektik droht die ökologische Komponente der Wiedervereinigung völlig unterzugehen. Auf der müssen die Grünen bestehen: "In der neuen (auf Grundlage des Grundgesetzes zu erarbeitenden; Anm. AK) Verfassung muß das Grundrecht auf den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und ein Eigenrecht der Natur verankert werden". Auch birgt "die bevorstehende wirtschaftliche Modernisierung der DDR (...) die Chance für einen ökologischen Umbau". Da schmunzelt der westdeutsche Kapitalist, aber die überwältigende Mehrheit der grünen Delegierten hält so eine Resolution für große Politik und reckt die Stimmkarten in die Höhe.

Um so verblüffender war das Ergebnis der Debatte um die grüne "Bündnispolitik mit DDR-Gruppen". Die mit nur sieben Stimmen Mehrheit beschlossene Erklärung formuliert eine klare Absage an ein "strategisches Bündnis oder eine Verschmelzung von Grünen und PDS", enthält sich aber einer abschließenden Bewertung der PDS. Denn: "Die Erneuerung der SED zur PDS ist zu kurz, um beurteilen zu können, wie tiefgreifend ihr Abschied vom Stalinismus tatsächlich ist". Solche nachdenklich-ausgewogene Zurückhaltung schien den ganz auf Sieg und Ausrichtung der Parteireihen eingestellten Aufbruch-Realos unannehmbar. Besondere Ironie der grünen Geschichte: Eine Umkehrung des denkbar knappen Abstimmungsergebnisses wäre nur mit Hilfe der Linken möglich gewesen, die zu diesem Parteitag nicht mehr fahren mochten - der Ebermann-Trampert-Schmidt- Bott-Fraktion. Bei aller demonstrativen Bescheidenheit verfügt diese Gruppe zumindest in der Beurteilung der PDS schon wieder über die 100% wasserdichte und nicht mehr korrekturbedürftige Einschätzung: "In einem krassen Gegensatz zu vielen prominenten Grünen, die in ihrer antikommunistischen Abgrenzungswut wohl nie aufhören werden, in der PDS den Stalinismus zu entdecken, attestieren wir ihr eine schnelle Lernfähigkeit. Unseres Erachtens lernt die PDS - nach einer notwendigen Abrechnung mit dem Stalinismus - in einem Pendelschlag zu schnell und zu viel Marktwirtschaft, Ergebenheitsadressen an das ‚einig Vaterland` und an die Errungenschaften des kapitalistischen Westens" ("Wir verlassen die Grüne Partei"). Dazu noch einen Aufnahmeantrag der PDS an die Sozialistische Internationale - nach dem Austritt aus den Grünen käme mensch mit der PDS "vom Regen in die Traufe". Der erfahrene Revolutionär Fritz Teufel zog aus seinem häufigen Scheitern den Ratschlag an die Linke, "lieber kleine, aber schmackhafte Brötchen zu backen". Vergebliches Bemühen: in einigen Kneipen des Hamburger Schanzenviertels wird nach wie vor pappig-aufgeblasenes Backwerk mit viel Luft drin bevorzugt.

Vor dem Kollaps

Für politische Journalisten und Sozialpsychologen gleichermaßen rätselhaft bleibt das seltsam "ausgewogene" Abstimmungsverhalten grüner Bundesversammlungen. Nach dem triumphalen Auftakt ereilte die Favoriten eine unerwartete und dafür um so empfindlichere Niederlage. Die Entscheidung des Parteitags, die "Strömungsanträge" zur Präambel zurückzuweisen und statt dessen "die Basis" in Gestalt des Kreisverbandes Braunschweig zur authentischen grünen Stimme zu erklären, ist ein nicht geringes Ärgernis für die durchmarschbereiten Fischer, Vollmer, Fücks, Knapp usw. Eine Präambel ist nun mal - da haben die gebildeten Braunschweiger völlig recht - "eine ‚politica in nuce` - unsere Politik ‚in einer Nuß`". Wer die Willenskraft aufbringt, die Braunschweiger oder wahlweise auch die linke und die Realo-Aufbruch-Präambel bis zu Ende zu lesen, wird auf den Rest - das eigentliche Wahlprogramm - dankend verzichten. Detaillierte Vergleiche der drei Anträge sind nicht sehr ergiebig, ist doch ihr jeweiliger Ausgangspunkt identisch. Alles läuft auf die "ökologische Selbstzerstörung" (Realo-Aufbruch), den "ökologischen Kollaps" (Krieger/Reents), die "ökologische Selbstzerstörung" (Kreisverband Braunschweig) und den "ökologischen Kollaps" (derselbe) hinaus. Strittig ist vor allem, wie weit Gruppeninteressen im "Kampf ums Überleben" (Realo-Aufbruch) berücksichtigt werden können. Überhaupt nicht - dekretieren Fischer, Knapp u.a.; ein bißchen schon - finden die Braunschweiger und bekennen sich zur "Verteidigung und Ausweitung staatsfreier Spielräume, neuer kultureller Lebensformen und emanzipativer zwischenmenschlicher Beziehungen, von der Öko-Landkommune bis zur Hamburger Hafenstraße".

Solche "Formulierungen, die hervorgezerrt werden, wie der Satz mit der Hafenstraße" findet auch Fraktionssprecher Willi Hoss "irritierend". Sie schmälern seiner Meinung nach aber nicht das Verdienst der

verabschiedeten Präambel. Hoss: "Da wird wie bei dem abgelehnten realpolitischen Antrag die Ökologie wieder mehr in den Vordergrund gestellt (...). Es ist eine Betonung der Ökologie gegenüber dem bisherigen Gemischtwarenladen" ("taz", 24.4.). Ist es also nur gekränkte Eitelkeit, was die Realo-Aufbruch-Häuptlinge zum Schäumen brachte? Der Fraktionssprecher will es so sehen: "Die Strömungsvertreter haben ihr Herzblut da drin, und wenn die eigenen Dinge nicht buchstabengetreu eintreten, dann meint man, die Welt sei zusammengebrochen". So spricht der Supervisor, der die Arbeitsfähigkeit der Crew wiederherstellen soll. Das kann nicht Anliegen des AK sein, und überhaupt sollten wir, auch wenn`s schwerfällt, die Akteure doch politisch ernstnehmen. Die Berichterstatter der "Süddeutschen Zeitung" haben am Rande des Parteitages einiges protokolliert, was nach klarem machtpolitischen Kalkül aussieht: "Bernd Ulrich, Mitarbeiter von Antje Vollmer, sprach sich dafür aus, die Frage der Trennung auf dem nächsten Parteitag im Juni zu klären. Bis dahin soll ein ‚ökologisches Manifest` erarbeitet werden, das den Delegierten zusammen mit einem ‚Personalpaket zum Bundesvorstand` vorgelegt werden soll. Dieser Vorschlag findet auch die Zustimmung von Realo Udo Knapp. Zwar wolle er nicht auf die Trennung der Flügel hinarbeiten, sollte jedoch auch die neue Vorlage abgelehnt werden, befürworte er eine deutliche Abgrenzung gegenüber der Partei-Linken: ‚Wenn die nicht wollen, können sie ja alleine weitermachen`, sagte Knapp" ("SZ", 2.4.).

Der Erpresserbrief wird persönlich überreicht

Wenn Antje Vollmer drei Wochen nach dem Parteitag via "taz" die "Überlegungen" ihres Mitarbeiters bekräftigt und erläutert, ist der mildernde Umstand "Affekthandlung" damit entfallen. Ihr "Versuch, sich der eigenen Partei verständlich zu machen" ("taz", 25.4.) ist eine knallharte Kampfansage. Wo Joschka Fischer gegen das mitte-links-grüne "Affentheater" pöbelt, versucht Antje Vollmer - Frau Pastorin hat ihr Handwerk gelernt - die Hagener AbweichlerInnen zu demütigen: "Die Basis (...) reagierte wie bekannt störrisch, aber eben zu langsam für die revolutionären Umwälzungen in unserer politischen Umwelt und damit auch zu langsam für die Überlebensbedingungen einer grünen Partei im entstehenden neuen Deutschland". Zur grünen Langsamkeit hinzu kämen die perfiden "Politikmethoden" der Parteilinken, "die zu Intoleranz und Inhumanität in den Reihen der Partei beitragen", so u.a. das "Politkommissarwesen" und die "gezielte Verletzung und Demütigung von ‚Promis`". Die "ausbeutbare", weil "offene Struktur der Grünen" scheint ihr angesichts der Wunder, die die Grünen zu vollbringen haben, nicht mehr zeitgemäß. "Unsere Aufgabe ist eine Veränderung von Produktion und Konsumtion, Leben, Gesellschaft und Politik, die so tiefgreifend ist wie der Epochenwechsel vom Mittelalter zur Neuzeit", zitiert sie ihren Mitarbeiter Bernd Ulrich und setzt Fristen: "Die nächste Bundesversammlung aber muß eine Klärung und den Durchbruch bringen. Es gibt in der Partei eine Gruppe von jungen Radikalen, die an einem ‚ökologischen Manifest` arbeiten. Die werden wir unterstützen in dem Wunsch, damit zugleich eine mögliche Wahlaussage für die Bundestagswahlen wie eine Arbeitsgrundlage für den neu zu wählenden Bundesvorstand zu bekommen. Wer mitmachen will, soll sich melden."

Die Dreistigkeit des Gespanns Vollmer/Ulrich läßt den skrupellosesten linksgrünen "Politkommissar" vor Neid erblassen: wenn "Manifest" und "Personalpaket" nicht akzeptiert werden, wird gespalten. Als Baldur Springmann auf dem grünen Programmparteitag im März 1980 mit seinen Kumpanen vorübergehend das Podium besetzte und dabei rhythmische Schreie "Ö-ko-lo-gie-Ö-ko-lo- gie" ausstieß, haben die Linken noch gelacht. Zehn Jahre später könnte er bittere Rache nehmen: jüngere Leute mit erheblich ausgeprägteren machtpolitischen Fähigkeiten haben sich seiner längst verloren geglaubten Sache angenommen.

Js./Hamburg

# 32. Programmatische Thesen der Partei des demokratischen Sozialismus/Hessen

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:19

1.

Als Partei des demokratischen Sozialismus in Frankfurt/Hessen begreifen wir uns als eine linkssozialistische Partei, die, aus den grundlegend veränderten Bedingungen in Ost und West hervorgehend, den schon seit langem von vielen gehegten Anspruch, der kritischen Tradition des Marxismus eine organisatorische Grundlage sowie den bis dato verstreuten linken Kräften ein mögliches gemeinsames politisches Forum zu schaffen, einzulösen versucht. Hiermit beabsichtigen wir nicht nur eine (als politische Partei) seit langem brachliegende Tradition wieder aufzunehmen, sondern gleichzeitig Impulse für eine institutionell wie inhaltlich qualitative Erneuerung der Idee des Sozialismus zu geben.

Wir sind keine Abspaltung, kein Produkt und keine Kopie einer bestehenden Organisation, d.h.: weder bislang do- minierende Diskussionszusammenhänge und Dogmen einer Partei noch deren personelle Struktur sind für uns in irgendeiner Weise konstitutiv. Wie die PDS Hamburg, die das gleiche Projekt verfolgt, und an das wir uns wesentlich anschließen, verstehen wir uns als Initiative von unten, deren hier niedergelegte Postulate der Anregung der programmatischen Diskussion, nicht ihrer Präjudizierung dienen sollen.

2.

Wie die PDS der DDR, so wollen auch wir versuchen, in grundlegend neuer Weise an die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung anzuknüpfen sowie aus dem vollen Potential der neueren sozialen Bewegungen zu schöpfen. Wir teilen die Auffassung, daß nicht der Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus, sondern der Gesellschaftsentwurf des sogenannten "realen Sozialismus" gescheitert ist. Doch wir wissen auch, daß eine Rehabilitierung der Idee des Sozialismus eine radikale Kritik seiner bisherigen "Verwirklichung" zur Voraussetzung hat: Es gilt, noch in den konzeptionellen Ursachen der verheerenden Deformationen dieses, ursprünglich real-humanistisch motivierten Sozialismus, die Grenzen des überlebten - bürgerlichen - Weltverhaltens zu erkennen.

Die "Notwendigkeit" des Sozialismus, die einst als unmittelbarer Ausdruck einer realen Bewegung konzipiert werden konnte, begründet sich heute, da wir an die Grenzen der conditio humana angelangt sind, einzig aber unabweisbar aus der Einsicht, daß eine planmäßig gestaltete Gesellschaft - der demokratische Sozialismus - bei Strafe des Untergangs der letzte "Rettungsanker der Menschheit" (R. Luxemburg) ist. Daß diese geschichtliche Wendung nicht von selbsternannten Avantgarden, sondern ausschließlich von der Mehrheit der Individuen selbst vollbracht werden kann, ist das Minimum der einzuholenden geschichtlichen Erfahrung.

Von der erfolgreichen Aufnahme dieser Herausforderungen wird abhängen, ob die PDS den zu führenden Kampf um politisch-kulturelle Hegemonie der Linken als selbstbewußte politische Kraft und aus einer offensiven Position wird aufnehmen können. Sie unterscheidet sich dadurch von den etablierten politischen Parteien, daß nicht Verdunkelung und Meinungsmanipulation, sondern einzig schonungslose Aufklärung über die gesellschaftliche Situation und illusionslose Einschätzung der eigenen Möglichkeiten ihrer Sache förderlich sein können.

3.

Hierdurch erklärt sich auch der uneingeschränkt offene Charakter der PDS Frankfurt. Ungeachtet des gemeinsamen minimalen Konsenses innerhalb der Partei wollen wir Impulse für eine parteiübergreifende Diskussion unterschiedlichster neuer Denkansätze aus dem gesamten linken Spektrum fördern. Die demokratische Willensbildung von unten nach oben soll die Handlungsfähigkeit der PDS Frankfurt/Hessen und ihrer Mitglieder fördern. Handlungsgrundlage sind mehrheitlich gefaßte Beschlüsse. Minderheiten haben das Recht, ihren Standpunkt öffentlich zu vertreten und erneut zur Entscheidung zu stellen.

4.

Das Profil der PDS Frankfurt als marxistische Partei ergibt sich aus der kritischen Anknüpfung an und Auseinandersetzung mit der theoretischen und praktischen Tradition der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung sowie jüngst der neuen sozialen Bewegungen. Geistiges Band der Mitglieder der PDS Frankfurt/Hessen ist der Historische Materialismus, dessen offener - und somit marxistischer - Charakter durch die energische Zurückweisung jedweder Einschränkung der Denkfreiheit zu wahren ist. Der Aneignung der kritischen, bislang zumeist inoffiziellen Strömungen und Unterströmungen des Marxismus kommt für die Selbstverständigung des kontemporären Marxismus, und somit der PDS, eine neue, herausragende Bedeutung zu. Ein kritischer Begriff der Gesellschaft, der für die Orientierung auf umwälzende politisch-soziale Praxis maßgeblich ist, kann nicht unter Abstraktion von der gegenwärtigen Gesellschaftswissenschaft, sondern nur in enger Tuchfühlung mit ihr entwickelt werden. Die geforderte Auseinandersetzung mit den Positionen anderer, auf emanzipative gesellschaftliche Veränderung ausgerichteter Kräfte und das politische Bündnis mit ihnen darf nicht - wie vielfach bisher - zur bloß taktischen Größe verkommen. Sie affiziert das Handeln der PDS Frankfurt wesentlich; kennt diese doch keine andere handlungsleitende Instanz als das praktische Interesse der durch den Kapitalismus der gegenwärtigen Epoche geschädigten Individuen an dessen Aufhebung.

Es ergibt sich hieraus, daß geistige Intoleranz, Unfehlbarkeitsglaube, Missionarismus und politisches Sektierertum in unserer Partei keinen Platz haben. Ein Wahrheitsmonopol gibt es nicht.

5.

Demokratischer Sozialismus heißt für uns Eintreten für eine friedliche solidarische Gesellschaft sich frei entfaltender Individuen mit gleichberechtigter Teilhabe aller am wirtschaftlichen, politischen und geistig-kulturellen Leben. Die Verwirklichung dieses Zieles macht eine grundlegende Umgestaltung der bestehenden gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse notwendig.

Wenn es eine gemeinsame Lehre aus den Erfahrungen der beiden deutschen Staaten nach 1945 gibt, so diese: das entschlossene Streiten für tatsächliches - dezentrales und selbstverwaltetes - Volkseigentum setzt Widerstand gegen Monopole privatwirtschaftlicher oder staatskapitalistischer Natur ebenso voraus wie eine konsequent antietatistische Stoßrichtung - nach beiden Seiten. Es ist dies die einzige Garantie, die Wiederholung der verhängnisvollen Geschichte der vergangenen Dekaden zu vermeiden.

Die Erfahrungen in unserem Land lehren uns, daß in einer Marktwirtschaft unter großkapitalisitischen Bedingungen an einer von zwei Dritteln getragenen Unrechtsgesellschaft kein Weg vorbeiführt. Ihr Götzendienst an Produktivität, Konsum und "Leistung" ist notwendig erkauft durch allseitige Depravierung des gesellschaftlichen Lebens, durch Ausgrenzung und Diskriminierung von Minderheiten, Marginalisierung großer Teile der Bevölkerung auf dem Umwege der Arbeitslosigkeit, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit, durch die permanente Gefährdung des Friedens und - dies das schreiendste Unrecht unserer Epoche - die Verurteilung von 80 Prozent der Erdbevölkerung zu bitterer Armut und zum massenhaften Hungertod bei gleichzeitig unerhörter Häufung des Reichtums in den Metropolen.

Dieses, unter dem Begriff "Nord- Süd-Konflikt" leidlich gefaßte, Mißverhältnis ist die größte Herausforderung radikaler linker Politik global. In dieser Auseinandersetzung kommt der Rolle des deutschen Widerstands gegen den Imperialismus schon insofern eine entscheidende Bedeutung zu, als ein von den herrschenden Eliten dominiertes Großdeutschland im Verein der imperialistischen Mächte wieder einmal eine - wenn nicht die - zentrale Position einnehmen würde. Er versteht sich als Teil der weltweiten Widerstandsbewegung gegen die herrschende barbarische Weltwirtschaftsordnung.

6.

Wir sind solidarisch mit all jenen, die in der DDR für die Herstellung und den Erhalt wirklichen gesellschaftlichen Eigentums streiten. Gleichzeitig wollen wir uns einbringen in die Erarbeitung von Strategien zur Zurückdrängung und Überwindung großkapitalistischer Macht in der Bundesrepublik. Für unterstützenswert halten wir alle Reformbewegungen, die den herrschenden Mächten eine offenere, weniger zerstörerische und ungerechte Variante kapitalistischer Entwicklung abzufordern gewillt sind.

Die PDS Frankfurt/Hessen strebt Übereinstimmung und gemeinsames Handeln mit anderen demokratischen Parteien und Bewegungen zur Lösung von Lebensfragen der Menschheit an. Sie tritt ein für ein gleichberechtigtes Verhältnis zur Sozialdemokratie.

7.

Die PDS Frankfurt widersetzt sich der Angliederung der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes. Eine überstürzte Zwangsvereinigung ignoriert die historisch gewachsenen ökonomischen, sozialen wie kulturellen Unterschiede zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Je stärker der Vereinigungsprozeß forciert wird, um so stärker wird der Rechtsruck in der Bundesrepublik sein. Einer solchen Entwicklung können alle Linkskräfte nur gemeinsam entgegentreten. Von Vereinigung zu reden, halten wir nur dann für legitim, wenn gleichzeitig auf die Notwendigkeit zur Entmilitarisierung, umfassenden demokratischen Erneuerung und Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller anderen Völker durch das entstehende, möglichst konföderative staatliche Gebilde verwiesen wird. Jedwede deutsche "Alleingänge" sind durch unsere jüngste Geschichte ein für allemal und gründlich diskreditiert.

8.

Die PDS Frankfurt/Hessen will das Problem der sozio-ökonomischen, politischen und kulturellen Stellung der Frauen, ihre die gesamte Geschichte charakterisierende, offene und subtile Diskriminierung sowie die zentrale Bedeutung der Frauenemanzipation für die Entwicklung der Menschheit insgesamt entschieden und in einer grundlegend neuen Weise fassen. Ziel ist die von Frauen selbst erstrittene, selbstbestimmte allgemeine Ausbildung ihrer Fähigkeiten bei voller öko- nomischer, politischer und kultureller Gleichberechtigung.

Wir denken, daß die Emanzipation der Frau, wenn sie an die Wurzeln der gesellschaftlichen Ungleichheit geht, ein kardinales Moment für die gesamtmenschliche Emanzipation, ihr Schrittmacher und Gradmesser ist. Dabei bestimmen sich Inhalt, Programm, die Form und Zielvorstellungen dieser Bewegung allein durch die konkreten Interessen und Impulse der Frauen. Wir unterscheiden uns von herkömmlichen bürgerlich-feministischen Ansätzen dadurch, daß wir die gesellschaftliche Unterdrückung der Frauen in unserer Epoche in hohem Maße als vermittelt mit den bestehenden Produktionsverhältnissen betrachten. Die theoretischen und praktischen Bemühungen zur Emanzipation der Frauen werden seit langem von Frauen selber in vielfältigen Projekten, in wissenschaftlicher und versierter Weise geleistet, es gilt, diese Diskussionen, die dort erreichten Resultate auf dem avanciertesten Stand aufzunehmen.

9.

Wir sehen uns heute konfrontiert mit den teils schon katastrophalen Konsequenzen eines rein instrumentellen Umganges mit der Natur, der, so unser Ansatz, Ausdruck einer spezifischen Wirtschaftsweise (und eines korrespondierenden Denkens) ist, die Fortschritt gleichsetzt mit quantitativer Produktivität und Profitabilität. Auch und besonders hierin zeigt sich die dringliche Notwendigkeit einer planmäßigen und vernünftigen Gestaltung des "Stoffwechsels Menschen mit der Natur".

Die notwendigen theoretischen Reflexionen auf die konkret-utopische praktische Versöhnung der Menschen mit der Natur entheben uns nicht der Aufgabe, die unaufschiebbaren Korrekturen und Schadensbegrenzungen entschieden aufzunehmen: So lehnt die PDS z.B. die Nutzung der Atomkraft ab und fordert die sofortige massive Ausweitung der Forschung nach alternativer Energieerzeugung. Techniken und Technologien, die unkalkulierbare Folgen für Natur und nachfolgende Generationen bergen, sind, so produktivitätssteigernd sie auch sein mögen, kategorisch abzulehnen.

Kontaktadressen: Jörg B., Tel.: 069/591934; Hanno Z., Tel.: 069/7071790

# 33. Bundesweit: Netzwerk Sozialistisches Forum gegründet Dokumentation der Vereinbarung Netzwerk SF

Rubrik: DKP - SEW · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:32

1.200 Linke aus der Bundesrepublik und der DDR (rund 1.000 West und 200 Ost) trafen sich vom 30. März bis zum 1. April in Köln, um gemeinsam über linke Alternativen zur Deutschlandpolitik nachzudenken und über Vernetzungen zu diskutieren.

Die Mehrheit der TeilnehmerInnen West kam aus dem ehemaligen Erneuerungsspektrum, aber nicht mehr nur; die TeilnehmerInnen Ost bunt gemischt und basisdemokratisch: PDS, Vereinigte Linke, Neues Forum, Unabhängiger Frauenverband, Nelken, KPD, FDGB und viele Ohne oder Ehemals.

Wichtigster inhaltlicher Punkt: Erarbeitung von Alternativen in der "Deutschlandpolitik". Dazu waren mehrere Arbeitsgemeinschaften tätig - unter dem strategischen Oberbegriff "Deutschlandpolitik" und auf einzelnen Politikfeldern (Entmilitarisierung, Wirtschaft, Ökologie, Neuer Nationalismus, Dritte Welt, Frauen und weitere). Die Sachergebnisse lassen sich sehen und entsprechende Aktionsvorschläge harren der weiteren Bearbeitung. Z.B. schlug Ingrid Köppen (Neues Forum), eine Aktion zur Abschaffung aller Geheimdienste in Deutschland vor: Aktion Normannenstraße in Köln beim Bundesamt für Verfassungsschutz.

Die Hauptkontroversen in diesem Bereich verlaufen ähnlich wie in anderen linken Formationen: Vereinigung gelaufen oder festhalten an der Zweistaatlichkeit, Anschluß oder Integration? Und aus der Situation heraus überraschend, schlugen zahlreiche DDR-TeilnehmerInnen und ErneuerInnen vor: linke Vernetzung in Deutschland jetzt sofort auf dem Kongreß zu beginnen.

Über ein ganzes Programm der Zusammenarbeit hinaus spitzt sich das auf die Frage zu, den Koordinationsausschuß "gesamtdeutsch" zu besetzen. Die Mehrheit der BRD-TeilnehmerInnen u.a. waren dagegen und entschieden sich für einen Prozeß des "Zusammenwachsens". Die Frage ist nicht ausgestanden: Ungute Gefühle und Enttäuschung beim kleineren Teil von TeilnehmerInnen West und Ost. Die Frage bleibt auf der Tagesordnung.

Ein weiterer wichtiger inhaltlicher Punkt war die Aufarbeitung über die Ursache der Niederlage und der Frage danach, ob nun der "reale Sozialismus" ein Sozialismus war oder nicht. Diskussionen über Reformalternativen oder/und Sozialismuskonzeption. Aufarbeitung von Geschichte. Die Parteizugehörigkeit spielt kaum eine Rolle. Vernetzt werden soll unabhängig der Parteizugehörigkeit. Ausdrücklich wurde darauf verwiesen, daß eine Zusammenarbeit in einem Forum gewünscht wird, unabhängig davon, ob mensch Mitglied einer Partei ist oder nicht, unabhängig davon, ob mensch seine parteipolitische Option bei den Grünen sieht, an der Gründung einer Linkssozialistischen Partei/PDS arbeiten will oder in der DKP geblieben ist. Das Sozialistische Forum versteht sich als Bewegung und lehnt es ab, Partei oder Parteivorläufer zu werden. Diese Frage wurde ausgestritten und kontrovers abgestimmt. Keine/r wird ausgegrenzt, die Vernetzung ist offen.

Die Hauptkontroversen in diesem Zusammenhang waren: Die Bürgerbewegungen der DDR (Neues Forum - Unabhängiger Frauenverband) lehnen die Anrede "Genossinnen und Genossen", die Begrifflichkeit "Links" und eine "Polarisierung der DDR-Gesellschaft" ab. Hier bleibt die Kontroverse in den Anfängen stecken. Deutlich wird, Links bedarf ebenso wie Sozialistisch einer neuen inhaltlichen Bestimmung. Nicht über die Begriffe (obwohl aus Sicht des Autors Begriffe wichtig sind), sondern über die Inhalte muß gestritten werden. Und dieser Streit muß über Bekenntnisse, daß "es schon immer so war" oder daß "alles nicht mehr tauglich ist", hinweggehen.

Nach langer Debatte wurde eine Vereinbarung über das Sozialistische Forum getroffen (bei sechs Gegenstimmen). Ein Plenum zur Frage PDS lehnt eine Gründung der PDS hier und heute ab. Das Thema Linkssozialistische Partei bleibt in der Debatte. Die Erneuerungsströmung hat sich differenziert, sowohl inhaltlich als auch in ihrer organisatorischen Konzeption. Die unterschiedlichen Positionen wurden auf dem Strategiekongreß deutlicher benannt und einer sachlichen Kontroverse unterworfen. Der Zustand der "taktischen Optionen" und der Sprachlosigkeit scheint überwunden. Zugleich ist der Realismus über das heute

Machbare gewachsen. Im Koordinationsausschuß des "Sozialistischen Forums" wird rotiert und erstmals eine 50-%-Quotierung erreicht. Neu in dem Koordinations-Ausschuß (KA) auch GenossInnen von den "Demokratischen Sozialisten" und der VSP. Es wird ein Finanzrat gebildet, der Sitz des Büros in Köln beschlossen, eine Kontaktstelle in Berlin/DDR eröffnet und zwei hauptamtliche GeschäftsführerInnenstellen und eine halbe Redakteursstelle für die Korrespondenz "Sozialistisches Forum" (vormals Korrespondenz Erneuerung) ausgeschrieben. Das "Forum" gibt sich Strukturen. Erste Schritte der Vernetzung sind gegangen. Über allem steht die bewußte Entscheidung zum Vorläufigen.

Wolfgang Gehrcke

# 34. BRD-Linke und die "doitsche Frage"

Rubrik: Wiedervereinigung; Grüne (und Vorläufer); Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:39

Das Spektrum der Meinungen zur drohenden "Wiedervereinigung Deutschlands" innerhalb der westdeutschen Linken läßt sich grob zwischen zwei inhaltlichen Gegenpolen fixieren.

Grundsatzposition "Deutschland" gestalten ...

Den einen Pol bildet die Auffassung, die Antwort auf die "deutsche Frage" sei primär nur von ihrem "Klassengehalt" her zu geben, die "deutsche Frage" der "Klassenfrage" unterzuordnen. Dieses Herangehen gipfelt in der Propagierung einer "Wiedervereinigung" von BRD und DDR "auf sozialistischer Grundlage", eines "einheitlichen sozialistischen Deutschland". Neben solchen Positionen vaterländischer Sozialisten (v.a. MLPD, Teile der VSP sowie der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD), die eine "deutsche Einheit unter sozialistischen Vorzeichen" selber offensiv propagieren, ist innerhalb der bundesdeutschen Linken eine Haltung weit verbreitet, die dem doitschnationalen Vereinigungstaumel zwar ablehnend gegenübersteht, aber einer Perspektive der "Wiedervereinigung Deutschlands" trotzdem nicht grundsätzlich widerspricht, sondern nur versucht, den großdoitschen Vereinigungsprozeß in "fortschrittlichere" oder zumindest in "harmlosere" Bahnen zu lenken.

Forderungen etwa nach teilweiser oder völliger Entmilitarisierung, Erhaltung der "sozialistischen Errungenschaften" in der DDR oder beispielsweise nach einer "neuen Verfassung" (gemäß Artikel 146 GG) für das "neue Deutschland", sollen helfen, das "wiedervereinigte Deutschland" sozial/ökologisch "verträglich" zu gestalten. Nicht prinzipielle Opposition gegen die "Wiedervereingung Deutschlands" sei jetzt nötig, zumindest sei das nicht durchhaltbar, sondern das eigene "Mitgestalten" dieses Deutschlands. Konstruktiv verpackt heißt das, der deutsche Vereinigungsprozeß böte auch "Chancen, die man nutzen müsse", beispielsweise zur "Überwindung des Kalten Kriegs", Delegitimierung der Geheimdienste und Staatsschutzorgane, Abrüstungschancen. In der defensiven Variante lautet die Argumentation, der Zug sei sowieso schon abgefahren, auch wenn man das bedauern möge, könne man die "Wiedervereinigung Deutschlands" ohnehin nicht mehr verhindern, also mache eine Opposition dagegen keinen Sinn, sondern es könne jetzt nur noch darum gehen, "das Schlimmste noch zu verhindern", wie beispielsweise die NATO-Mitgliedschaft des "neuen Deutschlands".

... kontra anti-nationale Grundsatzposition

Der andere Pol innerhalb der bundesdeutschen Linken (v.a. Radikale Linke, ein Flügel im KB, BWK) begreift sich in prinzipieller Opposition zur "Wiedervereinigung Deutschlands" und zum doitschnationalen Rausch. Diese anti-nationale Position will nicht versuchen, die "deutsche Einheit" durch irgendwelche Vorzeichen ("sozialistisches einheitliches Deutschland", entmilitarisiertes Großdeutschland usw.) zu konditionieren, sondern tritt ihr in allen Fällen entgegen. Ein "wiedervereinigtes Deutschland" sei überhaupt nicht fortschrittlich denkbar, der doitsche Nationalismus sei unmöglich fortschrittlich zu besetzen und nach all den Verbrechen, die sich mit ihm verbinden, "an sich" verwerflich. "Deutschland denken, heißt Auschwitz denken" lautet der Titel einer Veranstaltung zum 8. Mai in Hamburg. Im Mittelpunkt der "deutschen Frage" ginge es nicht um die ökonomische und soziale Konditionierung der "Wiedervereinigung Deutschlands", sondern um die Gefährlichkeit des Doitschnationalismus, um die Brisanz eines neu auflebenden Nationalismus mit Massenbasis, potentiell auch immer verbunden mit faschistischer Gefahr.

Die Warnung vor einem neuen Groß- doitschland wird "nicht als Engagement für mehr Sozialhilfe und besseren Kündigungsschutz" verstanden, "sondern mit antinationalistischer, antirassistischer und antieugenischer Stoßrichtung" begriffen. "Deutschland ist das Übel, das keine kleinere Form kennt: 1:1 Umtausch, Truppenreduzierung und ordentlicher Mieterschutz würden die Gefahren, die von diesem neuen, altbekannten Staat und seinem Staatsvolk ausgehen, nicht verringern", heißt es in der Demozeitung "Nie wieder Deutschland". (NwD 1, S. 4) Die "deutsche Frage" sei nicht simpel der "Klassenfrage" unterzuordnen und der Nationalismus bilde auch nicht nur ein Problem im Kapitalismus, sondern einen potentiell eigenen Unterdrückungszusammenhang. Antisemitismus gab es schon mindestens ein Jahrtausend vor dem Kapitalismus.

Widersprochen wird auch der Auffassung, man könne ohnehin nichts mehr gegen die zwangsläufig kommende "deutsche Einheit" machen. Der doitsche Zusammenschluß sei kein zwangsläufiger und kein natürlicher Vorgang, sondern ein durch politisch handelnde Subjekte betriebener und auch beeinflußbarer Prozeß. Die Darstellung des doitschen Zusammenschlusses mit technischen und biologistischen Metaphern als zwangsläufiger und natürlicher Prozeß befördere eine völkische Sichtweise, da die Nation als monolithisches Subjekt erscheine und nicht als Summe unabhängig handelnder Individuen der Klassen. Letztlich wäre, gerade wenn der "Vereinigungungsprozeß" von links politisch nicht mehr beeinflußbar wäre, ein konsequent oppositionelles Intervenieren nur umso notwendiger. Gäben wir am Anfang des neuen Großdoitschlands schon klein bei, so wäre die Niederlage angesichts künftiger Bedrohungen in diesem und durch dieses Doitsche Reich schon besiegelt. Es gäbe Situationen, wo man eben in der Minderheit bleibe und wo das ausgehalten werden müsse. Das wäre so gewesen während der Angliederung des Saar- und des Sudetenlandes in den 30er Jahren und das gelte auch heute, so Jakob Moneta in der "Konkret".

Im Folgenden sollen Positionen einzelner Organisationen und Gruppen der BRD-Linken zur "deutschen Frage" im Überblick vorgestellt werden. Den Vogel abgeschossen hat in puncto "Wiedervereinigung" wohl der in München ansässige Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD.

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD: "Deutschland den Deutschen!"

Im Februar 1990 legte der "Arbeiterbund" ein Programm neu auf, das er 1974 beschlossen hatte. Damals stand es noch unter dem Motto "Deutschland den Deutschen". Als Motto fehlt diese Parole in der Neu-Ausgabe vom Februar zwar, doch im Text taucht es wieder auf. Dort heißt es, man müsse als deutscher Patriot (!) dafür kämpfen, daß "innerhalb dieser Grenzen (Anm.: BRD und DDR) endlich Deutschland den Deutschen gehört." Durch diese "Programmerklärung" vertrete der Arbeiterbund, so heißt es weiter, insbesondere "die Lebensinteressen der Jugend".

Gleichwohl ruft die Frankfurter Ortsgruppe des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD zur Frankfurter Demo am 12. Mai mit auf, nur wird der Aufruf "Nie wieder Deutschland" nicht unterstützt.

MLPD: Deutschland groß und stark!

Für die stalinistische "Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands" ist die Teilung Deutschlands keine absolut zwingende Folge des durch Deutschland verschuldeten faschistischen Weltkrieges, wird nicht zurückgeführt auf den Konsens sämtlicher Angehöriger der Anti-Hitler-Koalition im November 1943 in Teheran, sondern ist ihr erst ein Ergebnis der Nachkriegspolitik, Folge des Kalten Krieges. Die "Spaltung Deutschlands" wird beklagt und als Ergebnis westlich-imperialistischer Politik dargestellt. Angeprangert wird die USA, diese "Spaltung der Nation" hervorgerufen zu haben.

Nach einer sozialistischen Umwälzung der Verhältnisse in Deutschland, so die MLPD, stünde die "Einheit der Nation" auf der Tagesordnung. Schädlich sei die "Wiedervereinigung" nur solange sie den Kapitalisten nutze, danach werde sie zum fortschrittlichen Kampfziel, das es gegen die "Spalter" (die Westmächte) zu propagieren gelte.

So verteilte die MLPD im Januar 1990 im baden-württembergischen Villingen-Schwennigen Flugblätter auf einer Demo gegen die NPD, worin es im Kontext der Kritik an rechten Großdoitschlandplänen heißt: "Ohne Zweifel verletzt die Teilung der Nation die Interessen der Werktätigen. Nach dem Sturz der Monopolkapitalisten hier und der bürokratischen Kapitalisten in der DDR kann die Einheit der Nation im Interesse des Volkes wieder hergestellt werden." In Stuttgart fiel die MLPD auf der Demonstration "Nein zu Großdoitschland" am 3. Februar durch ihre Transparente auf: "Für ein vereinigtes sozialistisches Deutschland!" In ihrer Rede unter dem Demo-Motto "Nein zu Großdeutschland" bemerkte die MLPD: "Natürlich sehen auch wir die für viele Menschen schmerzliche Teilung der Nation." Durch "Schuld"zuweisung an die Westalliierten und die pro-westlichen bürgerlichen Parteien versuchte die MLPD sich als bessere Vertreterin der "nationalen" Interessen darzustellen. In einer am 4. Januar durch die MLPD auf Bundesebene verabschiedeten "Erklärung zur Deutschlandfrage" findet sich folgende Passage: "(...) wenn nach der sozialistischen Revolution in beiden deutschen Staaten die Arbeiterklasse die politische Macht ausübt, dient eine Vereinigung dem Fortschritt. Allein das deutsche Volk wird diese Frage dann zu entscheiden haben."

Scharfe Angriffe führt die MLPD über die "Rote Fahne" gegen den BWK und gegen den KB. Deren anti-nationale Orientierung würde "die Klassenwidersprüche verwischen": "Jeder klassenbewußte Arbeiter wird sich gegen den Versuch wehren, die Arbeiterklasse für den Nationalismus (...) mit verantwortlich zu machen!" Die Vorwürfe gipfeln schließlich darin, hier würde ein "umgestülpter Nationalismus" oder gar ein "umgestülpter Rassismus" betrieben.

Der Aufruf "Nie wieder Deutschland" wird durch die MLPD so verständlicherweise nicht unterstützt, da er "massenfeindlich" und "ein ohnmächtiger Aufschrei" sei. (alle Zitate aus: "Rote Fahne" 13/90) In einem Vortrag am 4. März in Hamburg ("Rote Fahne" 11/90) schilderte MLPD-Chef Stefan Engel als seinen "Traum von Deutschland" ein Deutschland nach einer sozialistischen Revolution, das "natürlich nicht groß und stark genug sein" könne. Leider präzisierte er nicht, in welchen Grenzen sich die Größe und in welchen Machtmitteln sich die Stärke dieses Deutschlands ausdrücken solle.

VSP: Nebel oder Aufheiterungen?

Als Antwort auf einen Artikel im vorletzten ak verteilte die VSP vor der KB-Mitgliedervollversammlung im März in Hamburg ein Flugblatt, überschrieben mit "Aufheiterungen im Nebel". Der betreffende ak-Artikel hatte zur Zwischenüberschrift: "VSP: neblig mit Aufheiterungen". Darin wird konstatiert: "Die Hauptsache ist heute das klare ‚Nein' zur Annexion der DDR durch die BRD" Darüberhinaus wird der Beschluß der außerordentlichen VSP-Delegiertenkonferenz im Januar 1990 wiedergegeben, worin es heißt: "1. Die VSP stellt sich entschieden gegen alle Formen der Wiedervereinigungskampagne, wie sie gegenwärtig von der Bundesregierung, den Vertriebenenverbänden, den Unternehmern und rechtsextremen und faschistischen Organisationen geführt wird. 2. Die VSP hat (...) keine Diskussion über die nationale Frage nach einer sozialistischen Revolution oder im Zusammenhang mit einer solchen Revolution geführt. Solche Positionen (Anm.: die Positionen werden nicht genannt) müssen ihren Platz in der politischen Debatte und im Rahmen der VSP haben können. Sie können nicht als revanchistisch ausgegrenzt werden. 3. Unabhängig von dieser noch ausstehenden Diskussion geht die VSP davon aus, daß die Frage der Wiedervereinigung unter den gegebenen Bedingungen nicht fortschrittlich aufgeworfen werden kann."

In einem Extrablatt des VSP-Organs "Sozialistische Zeitung" (SoZ-Extra 2/90) klagt die VSP über die Entwicklung der Vereinigung unter der Überschrift: "Und uns fragt keiner!" Zwar "spielte es noch nie eine Rolle", so die "SoZ" über den herrschenden Politikstil, ob "Meinungsumfragen für oder gegen ihre (der Herrschenden) Politik sprachen." Indirekt wird sich aber über die Zuschauerrolle, die dem "Volk" in diesem Vereinigungsprozeß zugewiesen wird beklagt: "Wo kämen wir denn da hin, wenn Zuschauer (...) über den Ablauf des Stückes mitentscheiden würden. Wenn dies gar erfolgte unter den Rufen: ‚Wir sind das Volk'!?"

DKP: Deutschland mitgestalten

Die UZ vom 23. Februar veröffentlichte auf der Seite 3 einen längeren Artikel von Kurt Bachmann unter der Überschrift: "Für eine ‚Verfassungsgebende Versammlung beider deutschen Staaten'". Darin spricht der Autor sich für ein vereinigtes Deutschland mit einer neuen Verfassung (gemäß Artikel 146 GG) aus. "Grundrechte wie Volksentscheide, Recht auf Arbeit, Ausdehnung der Demokratie auf Betriebe, die Annullierung aller nach 1948 eingeführten Beschränkungen von Freiheiten und Rechten, der Notstandsgesetze und anderes mehr würden den Raum für Demokratie und Bürgerfreiheiten beträchtlich erweitern. (...) Ein gründlicher Dialog über zu erweiternde Rechte und Freiheiten wird sich zu einer prächtigen Volksdiskussion über diese Verfassung - der ersten nach 40 Jahren - ausweiten." Das "neue Deutschland" scheint für den Autor eine einzige positive Chance zu sein. Gefahren scheint er in der großdoitschen Entwicklung überhaupt keine zu sehen. Der Nationalismus scheint schon gar nicht gefährlich zu sein, der Autor meint auf jeden Fall, "die wahrhaft nationalen Interessen der breitesten Volksschichten" würden diesmal berücksichtigt werden. Zwei Seiten weiter in der gleichen Ausgabe der UZ schwärmt ein anderer Autor (Ulrich Sander) von der Aufhebung des KPD-Verbots durch die "Wiedervereinigung". Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1956 enthält nämlich eine Klausel, wonach das KPD-Verbot mit der "Wiedervereinigung" und gesamtdeutschen Wahlen ungültig würde. Fazit des UZ-Artikels: "Die Schaffung von wirklicher Chancengleichheit für Kommunisten steht auf der Tagesordnung."

Der DKP-Bundesparteitag Ende März 1990 in Dortmund beschloß zwei unterschiedliche "Materialien zur Deutschlandpolitik" als "Entwürfe". Dabei handelt es sich erstens um einen Antrag des Bezirksvorstands

Baden-Württemberg und zum zweiten um einen "Initiativantrag, der auf der Grundlage von Diskussionen in der Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik im damaligen Präsidium und Parteivorstand der DKP erarbeitet wurden." Beiden gemeinsam ist, daß sie der "Wiedervereinigung Deutschlands" nicht grundsätzlich widersprechen, sondern sie nur sozial zu konditionieren versuchen. Dabei wird der "Initiativantrag" aus den Reihen der früheren Parteiführung besonders deutlich: "Beide deutschen Staaten sind historische Provisorien (...) Wir unterstützen die weitere Annäherung, das Zusammenwachsen und die Vereinigung beider deutschen Staaten, wenn sie den Interessen der werktätigen Bevölkerung in der BRD und der DDR entspricht und deren Zustimmung findet." Aber auch der baden-württembergische Antrag wird in der grundsätzlichen Position zur "deutschen Einheit" deutlich: "Die Bevölkerung beider deutschen Staaten soll in einer Volksabstimmung über eine Vereinigung entscheiden. Für ein vereinigtes Deutschland wird eine neue (...) Verfassung erforderlich, angenommen durch Volksentscheid."

Es hat aber auf dem Parteitag auch grundsätzliche Widersprüche gegeben, wenngleich diese sich in den beschlossenen Materialien nicht niederschlugen. Die UZ vom 30. März berichtete: "Viele Diskussionsrednerinnen und Redner wandten sich vehement dagegen, den Vereinigungsprozeß zu ‚unterstützen' ... Jetzt müsse es darum gehen, daß in einem Großdeutschland nicht ‚nationale Besoffenheit' die Oberhand gewinne und dafür müsse man ‚auch auf die Straße gehen'." Der Dortmunder DKP-Parteitag beschloß eine Unterstützung der Frankfurter Demonstration am 12. Mai, nicht aber des Aufrufs "Nie wieder Deutschland".

Erneuerer: "Chance" Großdeutschland

Bei den DKP- und Ex-DKP-"Erneuerern" scheint die Diskussion um die "deutsche Einheit" von starken Illusionen geprägt zu sein. Kurt Faller, prominenter Ex-DKPler aus der VVN, und Norbert Müller betitelten einen Artikel in der "Erneuerer"-nahen "Volkszeitung": "Die zweite Chance." Die Gründung des neuen deutschen Staates biete danach alle Chancen zum gesellschaftlichen Neuanfang auf deutschen Boden. Zum Nationalismus meinen die Autoren nur: "Der neue Ausbruch eines alten Fiebers enthält große Risiken. Aber es können auch die Selbstheilungskräfte stärker werden und sich durchsetzen. (...) Unsere These: In dem Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten gibt es eine neue, eine zweite Chance, die Vorstellungen der demokratischen, antifaschistischen Kräfte, die Utopie des 8. Mai 1945, zu verwirklichen." (Volkszeitung, 30.3.90)

Ähnlich argumentiert der "Volkszeitungs"-Chefredakteur Franz Sommerfeld in einem Artikel vom 23.3.90: "Die innenpolitische Konstellation war seit 1945 nicht so offen wie heute", heißt es dort. "Die Linke hat die Chance oder schlichter die Pflicht, die Auseinandersetzung um die am vergangenen Sonntag (Anm.: DDR-Wahl) begonnene Gründung der deutschen Republik zu beginnen."

Die Grünen: Voll auf "Wiedervereinigungs"-Kurs

Auf ihrem jüngsten Bundesparteitag nahmen die Grünen mit 2/3-Mehrheit eine Erklärung an, die die schnelle deutsche Einheit befürwortet. In der Erklärung heißt es: "Die Wahl (Anm.: DDR-Wahl) war (...) ein Votum für die schnelle Einheit. Das respektieren wir. (...) Mit der DDR kommen eben nicht 16 Mio deutschnationale Untertanen, sondern das Erbe der ersten gewaltfreien Revolution auf deutschen Boden." Die Grünen fordern eine neue Verfassung. "Diese sollte auf Grundlage des Grundgesetzes erarbeitet werden. Das Grundgesetz war eine tragfähige Verfassung für das ausgehende 20. Jahrhundert." ("Deutschlandpolitische Erklärung" der Grünen Bundesversammlung in Hagen) Es gibt keine organisierte Strömung innerhalb der Ökopartei mehr, die die "deutsche Einheit" ablehnen würde. Auch die verbliebene Parteilinke um Jürgen Reents und Verena Krieger steht nicht auf einer wirklich anti-nationalen Position. Sie setzte vielmehr auf die Karte "gesamtdeutsche linke Opposition" mit der PDS. Ihr darauf hinauslaufender Antrag auf der grünen Delegiertenkonferenz in Hagen (31.3./1.4.90) fand allerdings dort nur eine Zustimmung von etwa 10 Prozent. Aus diesem Spektrum rufen auch keine prominenten VertreterInnen wie Reents oder Krieger zur Frankfurter Demonstration auf. Die Grün-Alternative Liste Hamburg unterstützt die Demo, nicht aber den Aufruf "Nie wieder Deutschland".

Nicht übersehen werden sollte allerdings, daß zahlreiche Einzelpersonen aus den Grünen den Aufruf unterstützen. Darunter befinden sich auch noch eine ganze Reihe von FunktionsträgerInnen der Partei.

Ostermärsche der Friedensbewegung

Die Friedensbewegung rührt sich, wenn überhaupt beinahe ausschließlich befürwortend zum Thema "Wiedervereinigung". Beschworen werden Chancen zur Abrüstung und die "Überwindung des Kalten Krieges". Die Ostermärsche 90 waren von hoffnungsfrohen Parolen geprägt. Nicht die Gefahren eines Großdoitschland wurden thematisiert, sondern die Beschränkungen deutscher Souveränität. Beispielsweise konnte in Mannheim der Ex-Flottenadmiral Elmar Schmähling gegen die "Einnistung fremder Mächte in Deutschland" wettern. In Berlin und an der hessisch-thüringischen Grenze fanden "gesamtdeutsche Ostermärsche" statt.

"atom": tut sich schwer

Die Redaktion der Anti-AKW-Bewegungszeitschrift "atom" tut sich weiter schwer mit dem Thema. Im Mai soll ein Wochenendseminar der Redaktion stattfinden auf dem die Differenzen weiter diskutiert werden. Die neue Ausgabe der "atom" enthält schwerpunktmäßig einen Diskussionsteil unter dem Thema "Anti-AKW-Bewegung und Viertes Reich" in dem in mehreren Beiträgen different zu "Wiedervereinigung" und den Gefahren eines Vierten Reiches Stellung genommen wird. Die vorhandenen Positionen werden in einem einleitenden redaktionellen Beitrag so geschildert: Erstens gebe es die BefürworterInnen des Aufrufs "Nie wieder Deutschland". Die "atom"-Redaktion Lüneburg hat den Aufruf unterschrieben und ruft zur Demonstration auf. Zweitens gebe es "eine Minderheitenposition in der Göttinger Redaktion, die eine Ablehnung der ‚Wiedervereinigung' für unhistorisch hält; eher müsse mensch froh sein, daß diese ‚Vereinigung' mit einer militärischen Deeskalation in Europa zusammenfällt und nicht Produkt oder Ursache einer Eskalation ist. Das prinzipielle ‚Recht auf staatliche Einheit' sei Deutschland jedenfalls nach 1948 von keiner einzigen relevanten politischen Kraft abgesprochen worden und müsse von den Gefahren eines imperialistischen Großdeutschland getrennt gesehen werden." (atom Nr. 30, April/Mai 90) Drittens gebe es in Göttingen "eine andere Minderheitenposition". Diese "lehnt zwar die Vereinigung (...) ab, hält es aber für idealistisch, noch auf eine Verhinderung dieser Pläne zu orientieren oder Aktionen wie die Frankfurter Demo dagegen zu organisieren. Die Linke/ Anti-AKW-Bewegung müsse (...) von der Realität eines Großdeutschland ausgehen."

Meines Erachtens wird hier wie auch bei den "Erneuerern" und verbliebenen linken Grünen ganz wesentliches übersehen: durch die Gründung des neuen Großdoitschland auf der Grundlage nationaler Massenzustimmung werden die Chancen der linken Opposition zur Änderung der inneren Verhältnisse in diesem Staate verringert und niemals vergrößert. Ein sinnvolles Argument für die "Wiedervereingigung", das nicht nationalistisch wäre, oder den vorhandenen doitschnationalen Rausch auf Massenebene nicht voraussetzen würde, gibt es nicht.

Wie soll eine Linke, die es schon unter BRD-Verhältnissen nicht vermochte, einschneidende Reformen wie wirklichen Umweltschutz oder wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durchzusetzen, in einem auf nationalistischer Massenbasis gegründeten Großdeoitschland auch nur einen Millimeter vorwärtskommen?

Die ökonomistischen Positionen zum "wiedervereinigten Deutschland", denen zufolge allein die inneren sozialen Verhältnisse im "neuen Deutschland" eine wichtige Frage sind, nicht aber die äußere staatliche Form dieses Deutschlands, zielen am Kern des Problems vorbei. Der Kern der "Wiedervereinigung Deutschlands" ist der großdoitsche Nationalismus mit all den historisch begründeten Implikationen, die Nationalismus in Deutschland hat. Wer um der Ökonomie willen sich um diesen Kern herumstiehlt, muß die drohende explosive Zusammenballung von Gefahren inmitten Europas übersehen. Unter BRD-Verhältnissen hat die bundesdeutsche Linke schon verloren - Großdeutschland wäre sie, wenn sie dem deutsch-nationalen Taumel nicht entschieden entgegenträte, niemals gewachsen.

bernh. (Radolfzell/Bodensee)

# 35. Irrtum, Gorbatschow zum DDR-Anschluß

*Der Streit um Wiedervereinigung, Selbstbestimmungsrecht, deutschen Nationalismus*

Rubrik: Wiedervereinigung; KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:34

Was ist los im KB? Vor allem dies: Er ringt um seine Existenzberechtigung. Die deutsche Wiedervereinigung hat einen politischen Ero- sionsprozeß in unserer Organisation ausgelöst, dessen Grundlinien sicherlich weiter zurückreichen. Vor allem aber ist er im Versagen der Redaktion des Arbeiterkampf und der derzeitigen die KB-Gremien beherrschenden Mehrheitsströmung begründet, einen linken Beitrag zur Sammlung der Gegner des größer und stärker werdenden, die Nachkriegsergebnisse revidierenden Deutschland zu leisten. Stattdessen haben sie in krassem Gegensatz zur Rechtsverschiebung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses die Chancen der Wiedervereinigung aus Richtung der DDR entdeckt, träumen von PDS und gesamtdeutscher Parlamentspartei, entdecken die linke Massenpolitik und verurteilen Sektierer. Sozialdemokratisierung auch im KB? Politisches Harakiri ist nicht ausgeschlossen.

"Die Hauptstränge" der Auseinandersetzungen im KB seien "von außen oft nur schwer zu erkennen" schreibt die Vierergruppe he., A., as und Kt. (die vier repräsentieren zwei Drittel des politischen Apparats des KB) in ihrem Kommentar zur März-Mitgliederversammlung des KB ("Der Streit geht um die Zukunft kommunistischer Politik", AK 317, S. 31). Nun, selbiges scheint auch für einige Beteiligte im Inneren zu gelten. Denn die bis dato erkennbaren Hauptstränge des Streits und Gründe für die aktuelle Fraktionierung werden von den VerfasserInnen nicht einmal benannt. Das kann nicht an mangelnder Informiertheit liegen, da sie überwiegend Hauptbeteiligte an den Konflikten sind.

Gegenstand und Koalitionen in solchen Streitentwicklungen würden sich im Verlauf verändern, heißt es vermeintlich der eigenen Geschichte bewußt. Beispiel solcher Dynamik sei die KB-Spaltung am Wechsel des letzten Jahrzehnts, als die damalige "Gruppe Z" sich vom "harten Leninismus" zum kollektiven Grünen-Eintritt entwickelt habe. Was sollen die LeserInnen aus diesem Orakel entnehmen? So rätselhaft diese Aussage sich gibt, so eindeutig bestimmt sie in der Tendenz den Ausgang: Die derzeitige Minderheit der "Sektierer" befinde sich auf dem Weg ins gesellschaftliche Abseits (als wenn die Linke, auch die GenossInnen der derzeitigen Mehrheit, dort nicht schon längst stünden), damit aber auch auf dem Weg raus aus dem KB.

Raus aus dem "linken Ghetto"?

Doch läßt das Orakel auch eine andere, dem Vierertext immanente Deutung zu: diejenigen, die in wenig bescheidenen Worten für sich die Zukunft kommunistischer Politik reservieren, also die "harten Kommunisten" im KB, werfen die Organisationsfrage neu auf. PDS, demokratisch-sozialistisch statt kommunistisch, bzw. wie auf Anfrage zu erfahren, die Option, den KB als irgendwie geartete "linke Plattform" in die PDS zu überführen, den AK als entsprechendes Organ. Bemerkt da jemand die Parallelität zur Gruppe "Z"? Auch die wollte sich nicht in die Grünen auflösen, sondern als Gruppe eintreten, sie schuf sich ihr Organ, die MOZ, damals "moderne Sozialisten", nicht DS. Der heutige KB - soweit damals schon dabei -, Mehrheit und Minderheit, galten 1979/80 den Modernen Sozialisten als "Sektierer". Sie bezeichneten ihren Schritt in die Grünen explizit als "raus aus dem linken Ghetto" und organisierten den vom KB sogenannten linken "Zug der Lemminge" in die grüne Partei. Sie entdeckten die vermeintliche Interessensvertretungs-Politik bei den Grünen und warfen dem KB zu viel "Politizismus" vor. Auch hier eine Analogie zu dem Vorwurf an die KB-Minderheit und die Radikale Linke, sie betreibe "pure Ideologiebildung". Wiederholt sich da ein Teil der KB-Geschichte, diesmal allerdings unvermeidlich als Farce? Allzu bewußt scheint den Interpreten der Vierergruppe die Verarbeitung der eigenen Geschichte nicht gelungen.

Ein weiteres müssen die AK-LeserInnen noch wissen: die KB-Mitgliederversammlung fand am 17./18. März statt. Über PDS-Orientierung wurde bis dahin und auf der Versammlung nicht diskutiert, im Leitantrag der KB-Mehrheit stand kein Wort dazu. Dafür gab es Gründe: Die Demoskopie ließ nicht zu, sich vor der DDR-Wahl allzuweit aus dem Fenster zu hängen. Erst nach dem 18. März und 16,3% für die PDS trat diese Option auf den Plan. Bei 6,3% hätte man dazu vornehm geschwiegen. Es ist also irreführend, gerade diese Differenz den LeserInnen als die wichtigste des bisherigen KB- Streits anzubieten, wenngleich ich durchaus der Ansicht bin, daß sie vermutlich zu einer der wichtigsten wird; bis dahin, daß es möglicherweise in einem Jahr den alten KB nicht mehr geben wird. Zum einen, weil er ein zweitesmal eine solche zerrissene

Entwicklung gar nicht überstehen kann, zum anderen, wichtigeren aber, weil sich in der inhaltlichen Bewertung der zentralen gesellschaftlichen Entwicklung des letzten Jahres hin zu Großdeutschland ein politischer Dissens im KB herausschält, der vielleicht noch Gemeinsamkeiten, aber nicht unbedingt die Aufrechterhaltung der gemeinsamen Organisation alten Stils rechtfertigt. Es kündigen sich in der Tat linke Umgruppierungen an, die quer durch alle sozialistischen Strömungen laufen.

Allzuhoch versucht die Vierergruppe im letzten AK die Trauben zu hängen, wenn sie - vermessen genug - für sich die "Zukunft kommunistischer Politik" beansprucht. Sie irrt allerdings, wenn sie diese in der Anpassung an die Anpassung der Linken glaubt entdecken zu können. Und zwar jener Linken, die Marktwirtschaft, bürgerlichen Rechtsstaat und die neuen "Chancen" des vereinigten Deutschlands für sich reklamieren (DKP-Erneuerer/Sozialistisches Forum), jene Linken, die heute Regierungsbeteiligung/Koalitionen vertreten, den Zusammenbruch und die kapitalistische Vereinnahme des RGW als Zeichen der globalen Realisierung grüner Ideale werten (grünes Linkes Forum) oder unter dem starken Druck der gesellschaftlichen Verhältnisse und der eigenen Vergangenheit sich rapide sozialdemokratisieren (PDS). Hängt man die Trauben aber dorthin, wo sie von Teilen der KB-Mehrheit (angesichts der Nicht-Diskussion ihrer Neuorientierung und meiner Hoffnung in die erhaltene linke Substanz im KB kann ich berechtigt nur von Teilen schreiben) zu pflücken versucht werden, dann geht es im aktuellen Konflikt schlicht um zunächst nicht mehr als die Zukunft des KB.

"Demokratischer Sozialismus" kontra "Radikale Linke"

Die mit heißer Nadel gestrickte PDS-Option ist der Phönix aus der großdeutschen Asche, der die GenossInnen jetzt zur "Offensive" ermutigt, ohne daß bislang ein ernstzunehmender analytischer Versuch ihrer Begründung vorgelegt worden ist. Erst jetzt erfahren die AK-LeserInnen aus der Zentrale der AK-Redaktion, daß das Projekt Radikale Linke, von dieser Zeitung über Monate gefeatured und von der Redaktion öffentlich nie kritisiert, von Beginn an - nämlich dem Erscheinen der Hungerstreikerklärung im April 1989 - an einer Fehlorientierung gelitten haben soll als (da haben wir's wieder) "sektiererisch" abgelehnt wird. PDS sei Dank ist diese KB-interne Ablehnung der "pessimistischen Stimmung innerhalb der Linken" öffentlich geworden. Das ist kein Ruhmesblatt der Redaktion. Ihre opportunistisch zurückgehaltene Kritik - im Windschatten von Wiedervereinigung und DDR-Wahl vorgetragen - sollte dann ehrlicherweise nicht erst beim Start der Radikalen Linken einsetzen, sondern muß selbstverständlich unseren eigenen KB-Kongreß vom Januar 1989 miteinbeziehen. Er ging von einem politischen Vorstoß in Richtung jener heute abgeurteilten Radikalen Linken aus. Es ist ja keine Schande, politische Ansichten zu korrigieren.

Was aber waren die Hauptstränge unserer Auseinandersetzungen? Massenpolitik gegen Sektierertum ist eine Widerspruchs-Konstruktion, die im nahezu 20 Jahre alten KB Ängste mobilisiert, die ihren Boden im Frust über jahrelange Erfolglosigkeit in der Politik (bei abnehmendem Wirkungsgrad) findet, die politische Perspektive verheißt, wo keine ist, die ausgrenzen soll. Sie erfaßt den inhaltlichen KB-Konflikt mitnichten. Bereits an den Akteuren und ihrem Wirken ließe sich dies widerlegen, es sei denn, Massenpolitik wird mit opportunistischer Anpassung an die dominante gesellschaftliche Entwicklung gleichgesetzt.

Die Auseinandersetzung der letzten Monate ist - entgegen anderslautender Behauptung der Vierergruppe - nicht darum gegangen, wie man die prinzipielle Gegnerschaft gegen die Wiedervereinigung "in den Massen" organisiert, sondern ob. Im Kern handelt es sich dabei um eine Differenz über die Einschätzung der Wiedervereinigung und ihre Folgen sowie um die Entwicklung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses angesichts von Großdeutschland, Differenzen auch um die Beurteilung des deutschen Imperialismus. Der inhaltliche Streit begann um eine im Dezember 1989 noch mit großer Mehrheit gegen zwei Stimmen veröffentlichte Erklärung des LG des KB gegen die Wiedervereinigung (AK 313, S.1). Dreh- und Angelpunkt sind dabei die Differenzen um den deutschen Nationalismus und das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen geworden.

Die damalige Mehrheit des LG registrierte eine neue Qualität von deutschem Nationalismus, der bislang allein rechter CDU und Republikanern zugeordnet wurde, weit in nahezu alle Parteien hinein und konstatierte "eine Rechtsverschiebung der gesamten politischen Konstellation" in der BRD. Sie lehnte kategorisch eine auch "selbstbestimmte" Wiedervereinigung ab und verneinte, daß es ein Recht auf Imperialismus gebe. Kt. und Kai haben dem heftig widersprochen (AK 314, S. 18). Man könne die Souveränität der DDR "nicht verteidigen, wenn wir sie im gleichen Atemzug auch schon wieder relativieren und der DDR-Bevölkerung sagen: es kommt sowieso nicht darauf an, wie ihr euch entscheidet" (Kt.). Statt also den gesellschaftlich minoritären Widerstand

gegen die Vergrößerung Deutschlands über das Wiedererwecken des deutschen Nationalismus zum Hauptziel der Politik zu machen, schlußfolgerte Kt., müsse man sich auf "den entscheidenden Meinungs- und Machtkampf, der dort (Anm.: in der DDR) buchstäblich tobt" konzentrieren. Diese Bewertung der Hauptrichtung der DDR-Auseinandersetzung war schon im Januar falsch, da in der DDR auf Massenebene die Zustimmung zur Vereinigung politisch bereits vollzogen war - eine Sichtweise, die bereits der LG-Erklärung vom Dezember zugrundelag. Keine relevante DDR-Partei hatte zur Märzwahl die Wiedervereinigung im Programm vergessen. Der "Machtkampf", der "tobte", ging und geht um die Ausgestaltung der Vereinigung unter BRD- und D-Mark-Dominanz. Kt.s Orientierung auf die "Bevölkerung" - vorerst weniger die eigene als die der DDR - lief im übrigen schon im Januar einer Orientierung zuwider, die gegen die Wiedervereinigung aus grundsätzlichen Erwägungen den Kampf zu organisieren versuchte.

Der Anfang vom linken Ende: Neubewertung der Marktwirtschaft

Die Differenzen um unsere politische Orientierung im Zusammenhang mit der DDR-Entwicklung begannen bereits bei der Fluchtwelle im Herbst letzten Jahres. Die vermeintlichen Menschen- und Massenfreunde im KB sahen in erster Linie in der DDR/BRD-Entwicklung das, was Gysi gerne als unaufhaltsamen historischen Prozeß bezeichnet. Der Versuch von AK-Autor De., nicht nur die imperialistische Ideologie im Kontext der Fluchtbewegung aus der DDR, sondern auch ihre bewußten und unbewußten Träger einer Kritik zu unterziehen (so wenig gelungen ich selber diesen Versuch auch fand, siehe seinen Kommentar "Liebe Deinen Zoni wie Dich selbst", AK 310, S.1), wurde mit einer Tirade spießbürgerlicher Kritiken im Gewande der "Menschenfreunde" gekontert und im KB "verurteilt". Fluchtwelle, Maueröffnung, "Wir sind ein Volk" drückten angeblich den freien Willen der Menschen aus, der seine Begründung in der Unmenschlichkeit des "realen Sozialismus" der DDR finde. Der Wunsch der Menschen nach Freiheit, D-Mark und Konsum, nach BRD-Ähnlichkeit, sei daher berechtigt. Daß dabei der BRD-Imperialismus gezielte Politik betreibt, die Fluchtwelle über Ungarn geradezu organisiert hat, auf der Basis der dortigen Hinwendung zur Marktwirtschaft, den Fall der Mauer mit der D-Mark-Offensive beantwortet, eine DDR-Anschlußbewegung an die BRD produziert hat, all dies droht im KB zugunsten des vollsten Verständnisses dafür, daß eine große Mehrheit von DDR-Menschen nach gerade dem strebt, was Linke hierzulande zu Gegnern des Imperialismus macht, in den Hintergrund treten.

Wer PDS sagt, muß demnächst auch Marktwirtschaft sagen. Auch wenn es stimmt, daß der reale Sozialismus aus sich heraus nicht mehr zu halten ist, daß der erste Versuch Sozialismus zu realisieren zerfällt, demzufolge diese Politik der BRD greifen konnte, weil das sowjetische Imperium zerbricht, so folgert aus dem Siegeszug des Imperialismus keinerlei Abschwächung der Bekämpfung seines Vernichtungsfeldzugs gegen den Osten und die "Dritte Welt". Das ökonomische Versagen der rückständigen Planwirtschaften rechtfertigt ebensowenig eine Neubewertung des Kapitalismus als der Bessere weil Stärkere und Siegreiche, wie die alten und neuen Enthüllungen über den repressiven Charakter des realsozialistischen Staatensystems. Doch genau dieser Reflex auf den realsozialistischen Zusammenbruch begleitet sowohl die Politik der Perestroika als auch die ihrer DDR- (PDS) und bundesdeutschen Übernehmer. Diese Debatte steht im KB noch aus.

Wenngleich AK-Redaktionsmitglied Kai in seinen Artikeln seit Januar 1990 die marktwirtschaftliche Neubewertung und den Utopieverlust bemerkenswert kraß rübergebracht hat. Er bewertet Marktwirtschaft und bürgerlichen Rechtsstaat in Abhängigkeit vom Niedergang der RGW-Staaten nicht nur für diese neu, sondern auch für uns im Musterland kapitalistischer und sozialer Marktwirtschaft und landet - im Stil des neuen theoretischen Entwurfs vorgetragen - bei altem: sozialdemokratischen Gestaltungs- und Bändigungsvorstellungen des Kapitalismus (vergleiche insbesondere AK 315, S. 35). Zwanzig vertane linksradikale Jahre tun sich da auf, da andere hierzulande (z.B. die Sozialistischen Studiengruppen) erheblich weiter sind und intensiver an diesen Themen gearbeitet haben, weil sie diese Alternative bereits vorher und nicht in Abhängigkeit vom absehbaren Zusammenbruch des RGW verfolgt haben. (Die besondere Ironie der Geschichte ist dabei, daß Kai 1986/87 u.a. mit dem Motiv in die Perestroika-Debatte eingestiegen ist, der Gorbatschow-Rezeption der Linken ihre reale Sozialdemokratisierung nachzuweisen.)

Wieweit die von Kai empfohlene Sozialdemokratisierung politischer Grundpositionen bereits Eingang in die KB-Mehrheitsreihen gefunden hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Auffällig ist, daß niemand aus der Mehrheitsströmung KB-öffentlich sich kritisch damit auseinandersetzt. Auf jeden Fall scheint mir Kais Ansatz für eine PDS-Option (obwohl er selber m.W. diese Option gar nicht geäußert hat) mehr en vogue zu sein, als die bislang nur zögerlichen Einzelansätze aus der übrigen AK-Redaktion.

Kein Nationalismus, keine Rechtsverschiebung

Eine Rechtsverschiebung in der BRD wird von Kt. kategorisch (siehe AK 316, S.12) bestritten. Kai sah mit der Maueröffnung "den Überdruck aus der ‚nationalen Frage' herausgelassen". Kt. wird nicht müde, seither das Gegenteil von Verschiebung nach rechts beweisen zu wollen. Dabei liefert er reichlich Fehleinschätzungen zur Begründung der eigenen Option: Fast wortidentisch mit der sozialliberalen Presse wird Kohls Agieren gegenüber der polnischen Westgrenze als Selbstisolation interpretiert und die Aussage gewagt: "Kohl ist in der DDR schlecht verkäuflich, und gesamtdeutsche Wahlen würden für die CDU/CSU schlecht enden" sowie ein Koalitionswechsel zu einem "etwas ‚sanfteren', langsameren Weg imperialistischer Expansion" prophezeit (AK 316, S. 12). Nationalismus sieht Kt. eher als ein vergangenes Problem der 50er und 60er Jahre, wohingegen er sich heute strikt weigert zu bemerken, daß der neue Nationalismus parlaments- und regierungsfähig geworden ist, die Formen der Auseinandersetzung der Frühzeit der BRD unter anderem deswegen nicht braucht, weil der äußere Druck und das internationale Mißtrauen gegenüber der BRD deren Außenpolitik der Stärke gewichen ist. Seine auf Demoskopie basierende Prognose von absoluter SPD-Mehrheit und 20% für die DDR-Allianz bei den Wahlen kommentiert Kt. mit dem Vorwurf der Wiederbelebung der Sozialfaschismusthese an die Adresse der Minderheit, die bemüht werden müßte, um in der DDR einen nationalen Taumel zu entdecken, "der in irgendeiner sinnvollen Weise mit der herrschenden Massenstimmung der NS-Zeit zu vergleichen wäre" (AK 316, S. 29). Ein polemischer Vergleich, den niemand sonst im KB, weder vor der DDR-Wahl noch danach angebracht hat, weil wir wissen, wie steigerungsfähig deutscher Nationalismus sein kann.

Und wie steht's mit der Korrektur solcher Einschätzungen nach der Wahl? Könnte man nicht zu dem Ergebnis kommen, daß Kohl mit seinem betonten Setzen auf schwarz-rot-gold, auf deutsch und national, auf antipolnisch, nicht nur "Elefant im Porzellanladen" war (Kt.), sondern eine zielgerichtete und erfolgreiche rechte Politik betrieben hat? Kein Wort davon. Auf mehr als vier AK-Seiten (AK 317, S. 4-8) bringt es die Hamburger DDR-AG fertig, den wichtigsten Ausgang dieser Wahl an den Rand der Kommentierung zu rücken: der große Wahlerfolg der Rechten und damit der Politik Kohls sowie eine Dreiviertel-Stimmenmehrheit für die verschiedenen Varianten der BRD-Politik des Anschlusses. Ein rechtes Wahlergebnis also, was nicht ganz in das gemalte Bild paßt. Doch kein Problem, Kt. bemüht sich im letzten AK , die DDR-CDU als links von der der BRD zu zeichnen ("Ähnlichkeit mit der historischen CDU des Ahlener Programms" von 1947), sie als BRD-"dressiert" zu charakterisieren - an anderer Stelle schreibt mar. von der "domestizierten" CDU. Also ein eher linkes Wahlergebnis für die Rechten. Große Politik wird im AK auch gegenüber der DDR-SPD gemacht, die in die große Koalition eingetreten ist und dabei zwangsläufig in Konflikt mit Wahlversprechen geraten werde. Die Menschen in der DDR sollten sie an diesen Versprechen messen, heißt es. Das Strickmuster ist schlicht: zwar haben die Menschen anders gewählt als gehofft, aber die Zuspitzung der Widersprüche werde unvermeidlich sein. Die Zustimmung zur rechten Politik kann so in eine kurz- bis mittelfristig objektive Ablehnung umgemünzt werden (übrigens ein klassischer ML-Politikansatz). Als wenn wir in der BRD nicht genügend Erfahrungen hätten, daß man mit diesem Herangehen auf den Bauch fällt.

Es hat aber Methode. Es begründet die im KB schon länger schwelende Kontroverse um den ganz "normalen" bundesdeutschen Imperialismus (in Abgrenzung zur in der historischen Kontinuität begründeten besonderen Gefahr, die von seinen ökonomischen und politischen Potentialen und seinen atomaren Ambitionen ausgeht). Die Normalisierungsthese (die BRD, eine ganz normale bürgerliche Demokratie) muß rechte Entwicklungen nicht nur herunterspielen (gibt es in allen Ländern), sie braucht für ihre Option derzeit vor allem ein optimistisch gezeichnetes Gesellschaftsbild. Demgegenüber entdecken ihre Vertreter in anderen Einschätzungen im KB und der Radikalen Linken vor allem "pessimistische Stimmungen". Diese seit 1985 im KB sich herausbildende politische Differenz ist die Grundlage für den Sektierervorwurf unserer "MassenpolitikerInnen".

Für das nationale Selbstbestimmungsrecht der Deutschen?

De facto bedeuten Kt.s und Kais Intervention gegen die LG-Erklärung vom Dezember 1989 eine Parteinahme für das nationale Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, denn in derzeitigen politischen Entwicklung geht es vorrangig um eines: Vereinigung von BRD und DDR, Begründung eines stärkeren und territorial größeren deutschen Imperialismus. Kt. trägt seine LG-Kritik zwar demokratistisch vor, doch er spielt diese Freiheit auf Wiedervereinigung gegen einen historisch begründeten Antifaschismus aus. Das ist nicht nur geschichtlich katastrophal (u.a. das deutsche Selbstbestimmungsrecht hat die Landnahme in zwei Weltkriegen mitbegründet). Es erklärt auch, daß damit eine Politik gegen die Wiedervereinigung als sinnfälligstem

Ausdruck des deutschen Imperialismus und seiner expansiven Ziele hinfällig ist. Denn die Massen wollten und wollen sie. Der nationale Taumel Ende des letzten Jahres - von der KB-Mehrheit bestritten - war das Vehikel um diese Option bis an die polnische Westgrenze voranzutreiben und sämtliche Verbündete sowie die Sowjetunion in der innen- wie außenpolitisch schwächsten Situation ihrer Geschichte vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die BRD übt wieder Großmachtpolitik aus (nachdem Helmut Schmidt den Verbündeten nur Lehrstunden in Stabilitätspolitik erteilen konnte).

In den "Thesen zur Lage und unseren Aufgaben im letzten AK" wird vollends der Löffel abgegeben, eine politische Aussage zum Kampfbegriff des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen zu machen. Die Kommunisten des KB stellen sich stattdessen auf den "Standpunkt des internationalen Rechts". Wörtlich heißt es dort: "Sollten sich die Bevölkerungen der beiden deutschen Staaten in freier Entscheidung für eine Vereinigung aussprechen, wäre hiergegen vom Standpunkt des Rechts nichts einzuwenden, außer man würde argumentieren, die Deutschen hätten dies Recht aus moralischen Gründen verwirkt. Vom Standpunkt des internationalen Rechts sind die beiden deutschen Staaten in ihren Handlungen souverän. Bei Aufhebung der Nachkriegsbeschränkungen und einer Friedensvertragsregelung könnten (sie) sich zusammenschließen" (AK 317, S. 31). Das war's, was zu "unseren Aufgaben" in Bezug auf die größte politische Umwälzung in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg formuliert worden ist. Damit entfällt aber auch der Widerstand gegen die Vereinigung zugunsten ihrer Ausgestaltung und der Satz in den Thesen, "weil die Vereinigung ein Teil dieser Großmachtbestrebungen ist, lehnen wir sie kategorisch ab" verkommt unter diesen Voraussetzungen zum reinen Bekenntnis und der Zusatz "in der Propaganda argumentieren wir prinzipiell gegen die Wiedervereinigung. In der praktischen Politik versuchen wir alle Kräfte zu bündeln, die sich in bestimmten Aspekten gegen die Wiedervereinigung stellen", entpuppt sich als Leseanleitung für Sonntagsredner.

De facto hat sich die AK-Redaktion von der Auseinandersetzung um die Wiedervereinigung längst verabschiedet und schielt allein auf die DDR-Entwicklung als Impulsgeber für gesamtdeutsche linke Politik. "Die Herausforderung annehmen, die Zusammenarbeit mit der DDR suchen, praktizieren und propagieren. Dies nicht zu tun, hieße für mich, sich abseits der historischen Anforderungen zu stellen", wie es ein Genosse der KB-DDR AG auf der Mitgliederversammlung so süß formulierte, ist neues Programm und letzter Hoffnungsträger. Nach Lage der Dinge - auch in der DDR-Linken - sind für die Zusammenarbeit mit "der DDR" Anti-Wiedervereinigungsaktivitäten derzeit wenig verbindend. Zumal wenn man auf die PDS orientiert, die "Deutschland einig Vaterland" im Programm hat und Kohl vorwirft, "antinational" zu agieren. Kein Wunder also, daß die Vierergruppe so heftig gegen die Frankfurter "Nie wieder Deutschland"-Demo am 12. Mai polemisiert. Im Sinne ihrer gesamtdeutschen Orientierung muß sie ein solches Unternehmen sogar als kontraproduktiv begreifen. Sie traut sich aber (noch?) nicht dieses offen auszusprechen, sondern schiebt die Differenz auf unterschiedliche bündnispolitische Vorstellungen.

Kt. hat mit seiner Parteinahme für das nationale Selbstbestimmungsrecht der Deutschen einen Fehler gemacht. Eine Mehrheit im LG hat Kt. gegenüber apologetisch reagiert - und dies ist besonders ärgerlich - die eigene Position stillschweigend ohne inhaltliche Erklärung in den KB hinein, geschweige denn im AK, revidiert. Mit den Thesen der letzten KB- MV hat man sich gänzlich von ihr verabschiedet, sie wird nur noch von einer Minderheit getragen. Dies und der undemokratische Umgang mit den inhaltlichen Differenzen (nach Kt.s Kritik und ohne entsprechende Beschlußfassung wurde die mit großer Mehrheit abgestimmte Erklärung zentral nicht mehr publiziert) war der Beginn der inhaltlichen Fraktionierung im KB. Der korrigierbare Fehler Kt.s ist vertieft worden, man beharrt darauf und beginnt einen größeren zu machen, den zu Ende zu führen ein Teil der KB-Mehrheit wild entschlossen scheint. Dies aber heißt, an die bisherigen Grundlagen zu gehen und den KB/AK aus der radikalen Linken zu verabschieden, um ihn in die reformistische zu überführen. Hoffentlich wiederholt sich nicht die KB-Geschichte, indem dieser Weg "leninistisch" gegangen wird. Das Vorbild aus der KB-Geschichte ist eingangs dargelegt worden.

hr.

# 36. Kongreß Radikale Linke

*1. bis 3. Juni 1990 in Köln*

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/kong.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:kong

Zentralmensa der Universität, Zülpicher Straße 70

Freitag, 1. Juni, 19.30 Uhr

Thema: Wider Vereinigung, Nationalismus, Antisemitismus und Deutschtümelei

Einleitung: Detlef zum Winkel (ak, Konkret, "Nix gerafft"), Maria Bader (ehem. Schabbes-Kreis, Berlin), Karl-Heinz Roth (Arzt, Autonomer, Hamburger Stiftung für Sozialforschung des 20. Jahrhunderts), Hamide Scheer (Feministin, Immigrantin aus der Türkei), Hermann L. Gremliza (Herausgeber der Zeitschrift Konkret, "Krautland - einig Vaterland")

Samstag, 2. Juni, 9.00 - 12.00 Uhr

Thema: Antifaschismus heute? Gegen Rassismus, Sexismus und Neoeugenik, gegen den Konsens der Demokraten

Einleitung: Theresia Degener (Feministin, Finrage, Forum der Krüppel- und Behindertenini), Georg Fülberth (Vorsitzender und einziges Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei in der Marburger Stadtverordnetenversammlung), Ursel Döhmann (Feministische Antifa FANTIFA, Bonn) Es wäre schön, wenn Lupus teilnähme.

Samstag, 2. Juni, 12.00 - 15.00 Uhr

Thema: Was kommt nach dem Ende des "Realen Sozialismus" - (falsche?) Hoffnung auf Gorbatschow? und das real existierende Patriarchat?

Einleitung: Hier ist noch einiges in der Schwebe, auf alle Fälle: Winfried Wolf (Sozialistische Zeitung, VSP, "Neues Denken oder neues Tanken - DDR- Verkehr 2000"), Rainer Trampert (Ex-Grünen-Sprecher, Autor) Hoffentlich kommt auch Rossana Rossanda.

Samstag, 2. Juni, 15.00 - 18.00 Uhr

Thema: Antiimperialistische Politik in einer reichen Metropole. Weltweite Frauenunterdrückung, weltweite Naturzerstörung als Strukturmerkmal des Imperialismus?

Einleitung: Hier lassen wir die ReferentInnen lieber noch offen - aus gutem Grund! Hoffentlich werden Josef Esser und eine Mitfrau aus der Gruppe Feministischer Internationalismus kommen. Wir arbeiten weiter daran, eine Expertin zum Problem Frauenhandel zu finden.

Samstag, 2. Juni, 19.30 Uhr

Thema: "deutsche nachgeburt 1989 + glasbruch 1848 = BIRTH OF A NATION"

Durchführung: Grit Mossmann, Walter Mossmann, Joschi Krüger

Sonntag, 3. Juni, 10.00 - 13.00 Uhr

Thema: Antikapitalistische Ökologie. Gegen technokratischen Machbarkeitswahn

Einleitung: Jutta Ditfurth (GRÜNE, Radikal Ökologin, "Träumen, kämpfen, verwirklichen"), Jens Scheer (Anti-AKW-Aktivist, Autor gegen Atomkraftwerke), Jakob Moneta (Publizist) Auf alle Fälle wird eine feministische Kritikerin der patriarchalen Wissenschaften einleiten.

Sonntag, 3. Juni, 13.00 - 16.00 Uhr

Thema: Interventionsmöglichkeiten - Perspektiven des gemeinsamen Widerstands? auch parlamentarisch?

Einleitung: Silke Struckmeyer (Feministin, Mitstreiterin in verschiedenen Frauenprojekten), Walter Mossmann, Thomas Ebermann (Ex-Grüner, Autor) Wahrscheinlich kommt Edith Lunnebach.

anschließend

Wie weiter mit uns, der "Radikalen Linken", und überhaupt

Der Reader zum Kongreß kann gegen Vorkasse (DM 20+2) bezogen werden bei: Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36

# 37. DDR-Liquidierung

Rubrik: Leserbriefe · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:16

Umweltschutz

In letzter Zeit wurde in der linken Presse wieder mehr über oppositionelle Bestrebungen in Betrieben berichtet (z.B. Opel Bochum usw.). Ich würde es gut finden, wenn diese sich nicht nur für die sozialen Belange ihrer Kollegen einsetzen würden, sondern auch in den Betrieben Gruppen bilden würden, die sich mit Umweltproblemen (Kernenergie, Ozonloch, Treibhauseffekt usw.) auseinandersetzen. Dabei könnten sie z.B. die große Popularität von Greenpeace ausnützen und deren Material zur Aufklärung verwenden. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß Leute, die in Betrieben populär sind, nicht die Möglichkeit haben, ihre Kollegen auch für außerbetriebliche Probleme zu interessieren. Und die Methoden der "direkten Aktion" von Greenpeace bedürfen dringend einer Ergänzung dort, wo es den Herrschenden auch wehtut. Ich weiß, daß es solche Versuche vor Jahren schon gegeben hat ("Gewerkschafter gegen Atomstrom"). Vielleicht sollte man es noch mal versuchen. Schließlich haben die Leute, die in diesem Jahrhundert vor gefährlichen Entwicklungen gewarnt haben, immer recht bekommen. Nur haben die meisten es nicht ernst genommen und "wird schon werden" gedacht.

R. Carstensen, Flensburg

DDR-Liquidierung

Bankrott und völlig diskreditiert sei der reale Sozialismus - so das "Om mani padme hum" seiner triumphierenden Gegner. Für deren politdarwinistische Logik ist ein im Systemwettbewerb unterliegendes selbstverständlich auch das unterlegene, das schlechtere Gesellschaftsmodell. Genauso wie das die Bahn verdrängende Auto eben das bessere Verkehrsmittel ist.

Differenzierte Betrachtungen über Leistungen und Fehlleistungen von 40 Jahren DDR läßt diese Der-Erfolg-gibt-recht- Philosophie nicht zu. Tabula rasa ist angesagt, also ununterbrochen Negativ-Skandälchen- und Katastrophen-Meldungen - am liebsten kronzeugenhaft vorgetragen als Selbstkritik ehemaligen Systemträger. Was einen Monat lang Überwindung von Dogmatismus und Schönfärberei war, ist längst zum Dogma geronnen. Nur daß jene neuen bzw. ganz alten Dogmen von der Herrlichkeit der Marktwirtschaft und der BRD jetzt mit einer beinahe religiösen Inbrunst geglaubt werden. Dabei wird die offenkundige Tatsache, daß es gerade der Hilfe verheißende Medizinmann BRD ist, der dem Patienten DDR mittel Operation Big Rüberhole die Krankheit zum Tode erst verpaßt hat, schlicht ausgeblendet.

Solche selektive Wahrnehmung, dieser bewußte Verzicht auf rationale, faire Diskussion, soll eine spätere Ahnung davon, daß man mit dem (realen) Sozialismus vielleicht doch nicht nur Mist über Bord geworfen hat, von vornherein verhindern. Denn bekanntlich ist das ja fast immer so: man trennt sich - endlich! Es war die reine Hölle - und erst später kapiert man allmählich, was man verloren hat.

Dieses Klima intellektueller Denunziation des (realen) Sozialismus ist schlimm genug, ist es doch eine Denunziation der intellektuellen Auseinandersetzung an sich. Hinzu kommen dann noch "administrative" Maßnahmen, beispielhaft vorgeführt in der würdelosen Behandlung und Beinahe-Inhaftierung des Genossen Honecker, wo ein bereits besiegter Gegner auch noch einmal als Person, in seiner Existenz, vernichtet werden soll.

Da werden die einfachsten Gesetze des Anstands mißachtet, nur um dem Volk einmal mehr demonstrieren zu können: Schaut her, so enden Kommunisten! Damit dann dieses grenzenlos manipulierbare "Volk" im schlimmsten Wortsinn auch ja auf den Geschmack kommt und noch mehr verlangt. So wie man schon bei der Frage der Vereinnahmung nach nur wenigen Wochen des Anspitzens die Leipzig-Massen da hatte, wo man sie hinhaben wollte. Bürgerliche Demokratie at its best.

Nein, die gängige Aburteilung des realen Sozialismus greift zu kurz. Viel zu sehr spricht da Machiavelli und vor allem die völlige Arroganz gegenüber der Menschheitshälfte, die den Kapitalismus etwas weniger glitzerhaft erlebt.

Otfried zur Nedden, Heidelberg

Mißverständnis

betr.: ak 316, S.22: Zwischen Revolution und Konterrevolution

Wer die dicksten Kartoffeln hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen: dem Höhenrausch solidarischen Revolutionstaumels folgte der Katzenjammer nach der Wahlniederlage.

Der Artikel von he. referiert die Einschätzungen anderer zu Ursachen und Folgen des Wahlsieges von Violeta Chamorro, anstatt die Entwicklung in Nicaragua einer weitergehenden Analyse zu unterstellen und die politische Praxis zu einer Überwindung der politischen Krise zu entwickeln.

Als gravierender methodischer Mangel des Artikels muß das völlige Verkennen eines Zusammenhangs zwischen der militärischen Aggression, der ökonomischen Ausblutung mit ihren sozialen Auswirkungen und dem politischen Bewußtsein der verschiedenen Bevölkerungsschichten angesehen werden: he. beruft sich auf "einen der qualifiziertesten Kenner der nicaraguanischen Gesellschaft" (sic!) Ralf Leonhardt, unvermeidlicher taz-Reporter in Managua, um die Wahl als "repräsentativen Gradmeser des politischen Bewußtseins" mißzuverstehen, damit sieht er vollständig ab von eben den Umständen (dem "Sein"), die zu diesem "Bewußt-Sein" geführt haben.

Auf derselben Ebene metaphysischen Idealismus verbleibt die verhängnisvolle Charakterisierung der Kandidatin Washingtons als "nicht im antagonistischen Widerspruch zu den Sandinisten stehend" (sic!), deren Ergänzung in der nichtssagenden wie abgedroschenen Mißdeutung des sandinistischen Entwicklungsweges als sog. "3. Weg" bildet.

Vielmehr bildeten die Wahlen den vorläufigen Abschluß einer konzertierten Aktion des Imperiums gegen die Sandinisten, um die bisherigen Erfolge der Volksrevolution sowie jedwede Option auf eine bessere Zukunft durch militärische Aktionen, ökonomische Ausblutung und politischen Druck zu destabilisieren und schließlich zu stürzen; anders als in Chile 1973 konnten die USA in Nicaragua 1990 schon mit dem unverbindlichen Versprechen, nach der Wahl ihrer Büttel die Daumenschrauben zu lockern, ein Votum zu ihren Gunsten erlangen.

Die späte Erkenntnis des Autors, es handele sich bei der nicaraguanischen um eine Klassengesellschaft, die die Sandinisten selbstredend nicht in ihrer Gesamtheit, sondern gemäß eben der sozialen Interessen der revolutionären Klassen vertritt, führt schließlich zu der gutgemeinten Empfehlung an die Solibewegung, sich fortan auf die Unterstützung der revolutionären Subjekte zu konzentrieren.

Abschließend: "Die Söhne und Töchter Sandinos verkaufen sich nicht und geben nicht auf!" (aus der FSLN-Hymne). Die Enttäuschung über "die Klasse" auf der einen Seite sowie die Verharmlosung der Niederlage auf der anderen Seite bilden Fesseln für die Weiterarbeit. Die derzeitige Neuordnung von Interessensphären im globalen Maßstab wird in Mittelamerika ebenso auf Widersprüche und Widerstand stoßen wie anderswo; lernen wir von den Erfahrungen, behalten wir den langen Atem und suchen wir den Zusammenschluß mit den Bewegungen, die für das gleiche Ziel kämpfen.

rhwi

Golgatha

Die Linke und die veränderten politischen Bedingungen

Ausgehend von den Worten von Karl Liebknecht - "Noch ist der Golgathaweg der deutschen Arbeiterklasse nicht beendet" - möchte ich für die westdeutsche Linke und die Linke in der DDR feststellen, der schwere dornenreiche Weg wird noch dornenreicher, der Klassenkampf wird sich verschärfen. Ich halte es in einer solchen Situation nicht für richtig, Abweichler in den eigenen Reihen zu suchen, nur weil man in taktischen Fragen BRD-DDR keinen gemeinsamen Konsens erzielen kann, sondern es ist noch notwendiger geworden, der Strategie des deutschen Imperialismus eine eigene Strategie der radikalen Linken entgegenzusetzen. An der Feststellung von Karl Liebknecht: "Der Feind steht im eigenen Land, der deutsche Imperialismus" hat sich bis heute nichts, aber auch gar nichts geändert!

Dabei muß angesichts des Ausgangs der Volkskammerwahlen in der DDR über Parlamentswahlen, über deren Sinn bzw. Unsinn oder wohl mehr über die Verhohnepiepelung einer Bevölkerung nachgedacht werden.

In trauter Gemeinsamkeit haben die Paladine des westdeutschen Imperialismus der Bevölkerung versprochen: "Ihr braucht nur schön artig zu sein, und schon kommt das Wirtschaftswunder zu Euch!"

Zur Überraschung der Linken hüben wie drüben ist gerade die Betriebsarbeiterschaft auf diese Versprechung hereingefallen und hat den politischen Marionetten in der DDR zur parlamentarischen Mehrheit verholfen.

Gestärkt durch dieses Wahlergebnis, bei bewußter Destabilisierung des ökonomischen Systems in der DDR, ist insbesondere das westdeutsche Kapital dabei, über eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ihren Herrschaftsbereich auf die DDR auszuweiten. Und schon vor einer offiziellen Vereinigung beider deutscher Staaten wird über einen Staatsvertrag (der in der BRD ausgebrütet wurde) die DDR in für die Bourgeoisie wichtige gesellschaftspolitische Bereiche, nämlich in der Währungs-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ihre eigenen Souveränität einbüßen. Also erst einmal Herrschaft des Kapitals in der DDR. Dabei ist der Trick des Kapitals einfach zu durchschauen. Die mit der Einführung der DM und Marktwirtschaft verbundene Drecksarbeit, Preissteigerungen, Abbau von sozialer Errungenschaft, der Verlust von Millionen Arbeitsplätzen, überläßt man wohlweislich den politischen Marionetten in der DDR, an deren Bändern die Bonner Etablierten nach Wunsch ziehen.

In dieser Situation sinnieren zumindest Teile der Linken über die Zweistaatlichkeit nach, anstatt darüber nachzudenken, wie der Kampf unter den neuen Bedingungen gegen den Imperialismus geführt werden muß.

Wenn ich gerade die Demonstration am 12. Mai 1990 - "Nie wieder Deutschland" - als engagierter ehrenamtlicher Gewerkschaftsfunktionär unterstütze, dann nicht nur aus meiner grundsätzlichen antiimperialistischen Haltung heraus, sondern weil ich hoffe, daß mit dieser Aktion die Linke aus einer öffentlichen Isolation herauskommt, daß die Linke endlich wieder kämpferisches Leben in die Bude (imperialistischer Staat) reinbringt.

Um es noch einmal zu verdeutlichen. Nachdem sich in der DDR nach der demokratischen Revolution kein alternatives System zum gestürzten stalinistischen Honeckersystem, aber auch kein alternatives System zur kapitalistischen Bundesrepublik entwickeln konnte, geht es in der jetzigen Situation darum, daß die radikale Linke eigene gesellschaftspolitische Alternativen entwickelt, ohne daß sich die Linke in die theoretische Ecke schmollend zurückzieht. Dies auch unter dem Gesichtspunkt, daß Gorbatschow laut über die sogenannte freie Marktwirtschaft für die Sowjetunion nachdenkt.

Um es auf den Punkt zu bringen. Wenn die radikale Linke unter Demokratie richtigerweise Volksherrschaft versteht, heißt das nicht mehr und nicht weniger Volksherrschaftsmodelle für alle gesellschaftlichen Bereiche einschließlich der Wirtschaft zu entwickeln. Dabei müssen mit Sicherheit viele utopische Gedanken zuammengetragen werden.

Nur so kann die radikale Linke deutlich machen, daß es trotz weltpolitischer Veränderungen keinen Weltfrieden zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Herrschern und Unterdrückten, geben kann und geben wird. Nur auf einer solchen Grundlage kann und muß sich die Linke in den politischen Tageskampf einschalten. Für mehr demokratische Rechte ohne Sozialpartnerschaft, gravierende Frauenförderung, für das Recht auf Arbeit und menschengerechte Wohnung, für eine saubere, lebenswerte Umwelt, gegen Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß. Dabei darf das Eintreten für eine radikale Abrüstung nicht vergessen werden.

Hinzu kommt, daß sich die Linke in der BRD und in der DDR in eine Verfassungsdebatte, unter Einbeziehung der wahlberechtigten Bürger und Bürgerinnen, einschalten muß. Bekanntlich sind gerade in einer von Gegensätzen gezeichneten Klassengesellschaft Verfassungsfragen auch Machtfragen. Und es wäre ein Unding, wenn man den Konservativen, den Bürgerlichen oder den Reformisten das Feld überlassen würde. Da man in diesen Auseinandersetzungen immer wieder auf die gleichen imperialistischen Machtstrukturen stößt, geht an dem antiimperialistischen Klassenkampf in allen seinen Formen kein Weg vorbei. Die Linke muß sich dabei darauf einstellen, daß dieser unausweichliche Kampf über mehrere und lange Etappen geht. Den auftretenden Frust, und man spürt ihn immer wieder, braucht die Besinnung auf die eigenen linke politische Notwendigkeit. Dabei halte ich politische Basisarbeit vor Ort für eine Schlüsselfrage linker Politik.

Paul Michalowicz/Hagen

Vereinigungsparty

Als am 23.3. die ArbeiterInnen eines Hamburger mittelständischen Unternehmens aus der Maschinenbaubranche den Ort ihrer Ausbeutung aufsuchten, prangte ihnen von einer Hauswand außerhalb des Werkgeländes die gesprühte Parole "Ausreichend Lohn statt Opfer für Großdeutschland" entgegen. Die MalerInnen verstanden ihren Text als Protest gegen den Anschluß der DDR an die BRD, den damit verbundenen Ausverkauf der DDR-Wirtschaft an das BRD-Kapital und daß sie nicht bereit sind, aus "Solidarität" mit dieser Großdeutschlandpolitik auf einen ausreichenden Lohn, gerade auch zur Deckung der massiv gestiegenen Kosten durch Mieten, Zinsen usw. zu verzichten. Auch nicht in der gerade laufenden Tarifrunde in der Metallindustrie.

Der betroffene Maschinenbaubetrieb beteiligt sich massiv am Aufkauf der DDR. Er will sich einen ebenfalls mittelständischen Betrieb aus der DDR mit zum Teil gleicher Produktpalette unter den Nagel reißen. Mit Versprechungen an die ArbeiterInnen, wie 30% mehr Lohn für die aus der DDR und Arbeitsplatzsicherung durch neue Märkte für die aus der BRD, will er sich eine Basis für seine Pläne unter den Beschäftigten schaffen. Dahinter steckt aber ein Angriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der ArbeiterInnen beider Betriebe. Ob die 30% Lohnerhöhung für die DDR-KollegInnen real werden bei der geplanten Währungsunion steht sowieso in Frage. Auf jeden Fall werden nur 2/3 der Belegschaft in die neu geplante GmbH übernommen. Der Rest erlebt gleich die neue Freiheit, arbeitslos zu sein. (Wobei bei Einführung kapitalistischer Ausbeutungsmethoden in der DDR diese vielleicht sogar die Glücklicheren sein werden.) In den neuen Betrieb soll ein Teil der Hamburger Produktion ausgelagert werden. Was mit den davon betroffenen KollegInnen in Hamburg passiert, darüber darf spekuliert werden.

Um die KollegInnen der beiden Betriebe auf den Aufkauf vorzubereiten, werden die Betriebsräte von den Bossen eingeplant. Sie organisierten am 22.3. eine vorgezogene "Vereinigungsparty". Diese wurde durch die Parole gestört. Während die Parole unter den KollegInnen auf Sympathie stieß, reagierte die Geschäftsleitung sauer. Die Parole wurde zu verhängen und abzuwaschen versucht. Zum Schluß wurde eine Spezialfirma mit der Reinigung beauftragt, der das Entfernen dann leider auch gelang. Zu dieser Zeit wurden die DDR-ArbeiterInnen erstmal durch die Stadt gekarrt (Stadtbesichtigung!), um dann in einen "sauberen adretten" Betrieb mit "glücklichen" West-Arbeitern zu kommen. Von diesen beteiligten sich aber 1/3 gar nicht an der Party. Sie zogen es lieber vor, pünktlich Feierabend zu machen.

Viele, die der Ausbeutung unterworfen sind, merken, daß der Anschluß der DDR verbunden ist mit Angriffen auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen. Dieses Mißtrauen wird erschlagen durch die massive deutschnationale Medienkampagne, die den Eindruck erwecken soll, als wären wir "ein Volk". Das dem nicht so ist, sondern die Grenzen immer noch zwischen Oben und Unten verlaufen, das sollte mit dieser Aktion verdeutlicht werden. Auch soll sie verstanden werden für KollegInnen, die ähnlich denken, daß auch mit kleinen Mitteln die Politik von Kapital und Staat zu stören ist.

Maximilian

Irrtum

Er scheint sich doch noch jedesmal über den Tisch ziehen zu lassen: jetzt redet er davon, "die Deutschen" hätten selbst zu bestimmen, wann und wie "ihre Vereinigung" vor sich gehen solle. Als ob denn diese "Vereinigung", diese Schaffung eines 4. Reichs, irgendwie legitim oder gar positiv wäre! Ist doch in Westeuropa (wo Italien nicht einmal mehr ein läppisches Tempolimit allein regeln darf) und mittlerweile auch im glorreich "reformierten" Osten die BRD-Vorherrschaft schon drük- kend genug! (Wenn Friedensdingsbums Havel demgegenüber beteuert, ihn ängstige ein demokratisches Großdeutschland nicht im geringsten, dann ist solch beflissenes Zurseitestehen auch und gerade Ausdruck dieser neuerrungenen alten Machtposition; der Tscheche pariert eben wieder.)

Vor allem aber - und das verkennen die Gorbatschowschen Äußerungen völlig - hat das Projekt des DDR-Anschlusses mit deutscher "Selbstbestimmung" nicht das geringste zu tun, wie Serge Christophe Kolm in "Le Monde", nachgedruckt in "taz" vom 23.2., überzeugend herausgearbeitet hat. Denn das Selbstbestimmungsrecht ist ein Recht gegen eine zwangsweise Vereinigung oder Vereinnahmung, nicht aber ein Recht auf Zusammenschluß bzw. Annektiertwerden. Sofern jedoch letzteres von der betroffenen Bevölkerung gewollt wird - etwa 1935 im Saargebiet, wo in "freier und demokratischer Abstimmung" 80% dafür waren - ist es nicht Ausdruck, sondern Aufgeben des Selbstbestimmungsrechts!

Aber nicht nur hier irrt der Generalsekretär: Anstatt unverbindlich davon zu künden, die Errichtung des vierten Reichs solle in einem "gesamteuropäischen Friedensprozeß" stattfinden, hätte er - wenn er schon damit anfängt, europäische Nachkriegsgrenzen zur Disposition zu stellen - wenigstens zwei dafür unverzichtbare Mindestbedingungen konkret benennen müssen. Nämlich erstens die Fortschreibung der Vier-Mächte-Verantwortung, von deren - widerruflicher - Zustimmung jegliche Form "deutscher Einheit" zwischen BRD und DDR abhängig sein muß, und zweitens die vorherige Auflösung von Bundeswehr und NVA, sowie den endgültigen Verzicht auf jede Spielart einer anderen (gesamt)deutschen Armee. (Erst dann würde es übrigens Sinn machen, die westalliierten und sowjetischen Truppen sukzessive, bis auf ein paar symbolische Kontingente, abzuziehen.)

So aber verzichtet Gorbatschow aus lauter Furcht, "zu spät zu kommen" und "vom Leben bestraft zu werden" (der Opportunisten-Spruch des Jahrhunderts) auf eine politische Gestaltung, die durchaus noch möglich wäre, und kommt damit natürlich mal auf jeden Fall zu spät: Aus lauter Furcht vor einer möglichen Niederlage kapituliert man lieber von Anfang an! Es ist neben der grenzenlos manipulierbaren und desorientierten DDR-Bevölkerung vor allem diese hilflose, unter den Vielgeschmähten Gromyko und Breschnew völlig undenkbare Appeasementpolitik der Sowjetunion, die den BRD-Imperialismus zu immer neuen Unverschämtheiten ermuntert. Jüngster Coup ist die bodenlos freche Anspruchskampagne ehemaliger Haus- und Grundeigentümer auf Wiedererlangung "ihres" Besitzes, die die DDR bereits vor Einführung der totalen Schweinsherrschaft, pardon: Marktwirtschaft, mit dem Vermieter-Terror bekannt macht. Daß man sich dort panisch-defensiv in "Mietervereinigungen" flüchtet, mit der Hoffnung auf Gnade und eine neue Duschkabine seitens des Ausbeuterpacks in spe, anstatt das einem seit Jahrzehnten gehörende Volkseigentum nun auch sich praktisch anzueignen, zeigt drastisch, daß der rasante Umsturz der DDR eines mit Sicherheit nicht gewesen ist: nämlich eine demokratische Revolution.

Gunter, Mannheim

# 38. Schnüfflerstaat 350.000 Schweizer fordern Akteneinsicht

Rubrik: Schweiz · CD-Datei: daten/aksuche/ak318/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:10

Ruf doch mal an, dachte sich am 27.10.88 Bundesrätin Elisabeth Kopp, griff zum Telefonhörer und informierte ihren Gatten Hans, seines Zeichens Mitglied des Verwaltungsrates der Shakarchi AG, über ein Ermittlungsverfahren, das gegen die Shakarchi AG eingeleitet werden würde.

Erst einmal nichts Ungewöhnliches, wenn aus der Politik Informationen an die Wirtschaft "weitergeleitet" werden. Doch wenn die Informantin die Justizministerin persönlich ist und es sich bei dem Ermittlungsverfahren um den Verdacht der Drogengeldwäscherei geht - dann ist es so gewöhnlich nun auch wieder nicht.

Hans Kopp trat noch am selben Tag, an dem der Vorfall publik wurde, von seiner Funktion zurück um den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Der aufmerksam gewordenen Öffentlichkeit gegenüber versuchte Frau Kopp die Verantwortung für das Telefonat einer persönlichen Mitarbeiterin in die Schuhe zu schieben. Die wehrte sich jedoch und Frau Bundesrätin stand als Lügnerin da - allerdings erst als drei Spitzenbeamte des Justizministeriums der Mitarbeiterin Rückendeckung gaben. Das reichte nach drei Monaten für den Rücktritt und eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK).

Der Abschlußbericht der PUK vom 24.11.89 wirft Frau Kopp nur vor, die Öffentlichkeit und den Bundesrat belogen zu haben. Gleichzeitig wird ihr ramponierter Ruf aufgemöbelt und ihr bestätigt, daß es nicht so schlimm gewesen sei, daß ihr Mann beim Datenschutzgesetz handschriftliche Vermerke auf amtsinterne Papiere setzte. Ausdrücklich wurde betont wie "kompetent, umsichtig und mit Engagement" sie ihr Amt geführt habe. Soweit der eine Teil des Berichts - schön für Frau Kopp.

Doch es gab noch ein anderes Untersuchungsergebnis - schön für alle Schweizer. Die Schweiz ist ein Schnüffelstaat. In einem Land von 6,5 Millionen Einwohnern gibt es 900.000 Kontrollkarten bei der politischen Polizei (zwei Drittel betreffen Ausländer). Es wurden fast nur Linke bespitzelt, bis in die Abgeordnetenreihen der Sozialdemokraten hinein. Und zwar so dilettantisch, daß die Öffentlichkeit wiederum die Nase rümpfte. Stichproben der PUK ergaben eine eklatante Schlampigkeit: Ein Bewerber erhielt eine Stelle nicht, weil er mit Sympathisanten der linken Szene in einer WG wohnen sollte. Abgesehen davon, daß die PUK dies als Ablehnungsgrund bemängelte, stimmte es nicht einmal.

Einsicht in die Akten

Vor diesem Hintergrund wurde dazu aufgerufen das Recht auf Einsicht in die Akten zu fordern und in Anspruch zu nehmen. Bis heute liegen 350.000 Anfragen vor.

Die Ersten, denen es gelang zu ihren Akten vorzudringen, waren bestürzt "über die registrierten Belanglosigkeiten" und "über das Ausmaß der Bespitzelung" (Basler AZ, 13.2.90). Doch es sollte durchaus schlimmer kommen. Im Laufe der Untersuchungen stellte sich u.a. heraus, daß Karteien mit 10.000 Namen existierten, deren Inhaber im Krisenfall in Lagern interniert werden sollten - alles potentielle Landesverräter. Bei der Qualität der Aktenführung riß das natürlich eine große Vertrauenslücke bei der Bevölkerung, konnte doch keiner sicher sein, nicht - auch irrtümlich - auf so einer Liste zu landen.

Da der Chef der Bundespolizei Huber in Personalunion auch der Chef der Abteilung Abwehr im Nachrichtendienst des Verteidigungsministeriums war, stellte sich die Frage, ob und wie in der Armee Karteien angelegt worden waren. Die Wahrheit kam nur scheibchenweise heraus. Im Zwielicht stand auch Verteidigungsminister Villiger, der, nachdem entgegen seinen Beteuerungen bewiesen wurde, daß z.B. eine Landesverräterkartei existierte, behauptete, er wäre falsch informiert worden und obendrein tottraurig darüber. Huber wurde bei vollem Gehalt beurlaubt und harrt derzeit der Dinge.

Ein klassischer Skandal mit einigen pikanten Zutaten also. Letzter und trauriger Höhepunkt war vor kurzem der Selbstmord eines Basler Staatsschützers, nachdem er knapp 1.300 Akten vernichtet hatte.

Europa winkt

Doch worum geht es den Herrschenden in der Schweiz inzwischen?

Die Sozialdemokraten hatten den Skandal mit losgetreten, um sich als die besseren, zeitgemäßeren Demokraten zu profilieren. Helmut Hubacher, Noch-Vorsitzender des Sozialdemokraten, auf der nationalen Protestdemonstration am 3.3. in Bern: "Das Bürgertum schützt den Staat vor der Demokratie!" Dekorativ konnte man auch auf bespitzelte Abgeordnete aus den eigenen Reihen verweisen. Wie sich allerdings die Aktivitäten der politischen Polizei in SP-regierten Regionen der Schweiz von anderen unterscheiden ist bisher ihr Geheimnis geblieben.

Die Regierung, die sich lange auf Mauern, Ablenken und Vertuschen verlegt hatte, mußte jetzt dem breiten Widerstand gegen die Vertuschung nachgeben und hat eine Parlamentarische Untersuchungskommission für die Aktivitäten des Verteidigungsministeriums und einen Sonderbeauftragten für die Bearbeitung der 350.000 Gesuche auf Akteneinsicht eingesetzt. Den Weiterbestand der politischen Polizei hat die Regierung am 7.3. gegen einen Antrag der SP durchstimmen lassen. Nicht einmal in Postulatsform wurde der Antrag auf Auflösung des Staatsschutzes akzeptiert.

In der "Neuen Zürcher Zeitung", die man durchaus als Sprachrohr konservativer bürgerlicher Kreise ansehen kann, wird derweil die Diskussion über eine Reform der politischen Polizei geführt: "Flexibilität, um sich den rasch wandelnden Gefahrenlagen anzupassen (...) systematische parlamentarische Kontrolle (der politischen Polizei, Anm. AK) (...) koordinierte Datenschutzgesetzgebung (...) vereinfachte Organisationsstrukturen" und ähnliches mehr fordert am 2.3. Prof. Eichenberger. Dies ist der Tenor in der NZZ, die schon im Februar zu verharmlosen versuchte: "Beamtenmentalität hat über die nötige Sensibilität für dieses heikle Gebiet des Staatsschutzes den Sieg davongetragen." (NZZ, 17./18.2.90)

Die Frage scheint zu sein, in welcher Form der reformierte Staatsschutz in der Schweiz arbeiten wird. Anleihen und brüderliche Grüße aus dem "Modell Deutschland", das ja inzwischen auf dem Weg zum "Modell Europa" ist, sind wahrscheinlich. Denn die "Integration der Schweiz in den Europäischen Wirtschaftsraum" liegt den Herrschenden z.Zt. besonders am Herzen (Tagesanzeiger, 11.4.90). Man weiß nur noch nicht, wie man es dem Volke schmackhaft machen soll.

Jens

# 39. Kalender

CD-Datei: daten/aksuche/ak318/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:14

Linke Perspektiven in der BRD und in der DDR

Zu diesem Thema will die Radikale Linke Tübingen (AK Ökosozialismus, Zentralamerikakomitee, KB, VSP, AK Politische Justiz, Antifa-Komitee u.a.) vom Freitag, 18. Mai - 20. Mai in Tübingen eine Tagung zusammen mit linken Oppositionellen aus der DDR durchführen.

Eingeläutet wird die Tagung am Freitagabend mit einem Theaterstück von und mit Walter Moßmann, am Samstag soll dann über antikapitalistische Opposition in der BRD und der DDR, an welchen Inhalten sie festgemacht wird und welche Perspektiven sie hat. Weiterhin soll geklärt werden, ob es zwischen der Linken in der BRD und der DDR Gemeinsamkeiten gibt und wie diese mit welchen praktischen politischen Ansätzen umgesetzt werden könnten. Folglich ist ein weiterer Schwerpunkt die Frage möglicher Bündnisse und dem Verhältnis zu Wahlen.

Weitere Informationen über: Suse Haas, Gerstenmühlstr. 3, 7400 Tübingen; Tel.: 07071/49465

Sozialismus als Auslaufmodell

"Wert" und "Wertgesetz" wurden im stalinistischen "Realsozialismus" zu einem spezifisch historischen Block der bürgerlichen Gesellschaft zusammengeschweißt, dessen Entwicklung in eine ausweglose Zusammenbruchsituation mündete. Die Vermittlung mit der Weltmarktbewegung des Gesamtkapitals verweist dabei auf das entfaltete Barbarisierungspotential des warenproduzierenden Systems überhaupt. Neo-reformerische Perspektiven, wie sie unter Linken derzeit etwa unter der positiven Modellformel einer "sozialistischen ökologischen Marktwirtschaft" Konjunktur haben, sind dagegen logisch wie empirisch gleichermaßen haltlos. Eine Diskussion mit Robert Kurz, Nürnberg, Redaktion "Marxistische Kritik". 15. Mai, 20.00 Uhr, Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg

Anarchie statt Staat

Unter diesem Titel findet ein Treffen des Forums für Libertäre Informationen vom 23.5 - 27.5. statt. Themen sollen sein: Anti-Semitismus, Nationalismus, Selbstverwaltung, Anti-Pädagogik und Anti-Klerikalismus. Informationen und Anmeldung über: Forum für Libertäre Informationen, Rundbriefstelle, Dörrwiese 4, 5552 Morbach Merscheid; Tel.: 06533/3534

Bundesweite Aktionstage zur Abschaffung der Wehrpflicht vom 21. - 29. Mai! Gegen die Kriminalisierung totaler Kriegsdienstverweigerer!

"Totale Kriegsdienstverweigerung ist die Verweigerung jeder Form des vom Staat gesetzten Zwanges, sich direkt oder indirekt an kriegerischen Auseinandersetzungen und den Vorbereitungen zu beteiligen", heißt es in der Einladung zu den Aktionstagen. Hintergrund sind die Urteile und Revisionsprozesse gegen mehrere Totalverweigerer, die im Mai anstehen. Die Aktionstage sollen den Widerstand sowohl gegen den Kriegsdienst als auch gegen die Kriminalisierung verbreitern. Nähere Informationen und genauere Termin über: Wolfgang Bruch, Bremer Str. 1a, 2900 Oldenburg; Tel.: 0441/12975

Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen

"Die Arbeiter haben kein Vaterland." 70 Jahre nachdem Marx und Engels dies behauptet hatten, schlägt mit der russischen Revolution die Geburtsstunde des "Vaterlands der Werktätigen". Weitere 70 Jahre später droht nun das Sowjetimperium aufgrund von Nationalitätenkonflikten wieder zusammenzubrechen. Grund genug, noch einmal zu rekapitulieren, wie sich die klassischen TheoretikerInnen des Marxismus zum Verhältnis von Sozialismus und Nation geäußert.

Ein jour fixe der Initiative sozialistisches forum, Freiburg. 29. Mai, 20.00 Uhr, Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg

Einladung zur Mitarbeit

Die Regionale KB AG Hamm/Soest/Münster lädt zur Mitarbeit ein, wenn mensch Politik im kleinen Rahmen machen möchte: Vorausgesetzt werden kein Expertentum, dafür aber soll Interesse an aktuellen Themen bestehen. Ausgehend von den Beiträgen in ak, konkret und anderen Zeitschriften sollen folgende Themen Gegenstand der Beschäftigung sein: * Technologische Entwicklungen (z.B. Computerisierung, Gen-Technologie, Agrarmarkt), * Innerimperialistische Kräfteverhältnisse und die RGW-Auflösung, * EG-Binnenmarkt (Konzentration, Flexibilisierung), * die sozialen Folgen der aktuellen Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, * die politischen Folgen der Entwicklungen und dergl. mehr.

Wer Interesse sowohl an diesen Themen wie an einer regelmäßigen Auseinandersetzung solle sich an folgende Adresse wenden: Regionalgruppe, c/o Bildungsgemeinschaft SOAG e.V., Nassauerstr. 37, 4700 Hamm

Berliner Volksuni

"Der Sozialismus ist tot - es lebe der Sozialismus?" - unter diesem Motto steht die 11. Berliner Volksuni. Drei Tage zum Zuhören, Mitreden, Streiten, Leute treffen und Feiern werden zu Pfingsten (1. bis 4. Juni) offeriert. Träger der Volksuni sind einzelne GewerkschafterInnen und WissenschaftlerInnen - keine Organisationen. Durchgeführt wird die 11. Veranstaltung dieser Art von der Volksuni e.V. in Zusammenarbeit mit den ASten der HdK und der TU. Das Netzwerk Selbsthilfe unterstützt das Projekt.

Das umfangreiche Programm entzieht sich einer zusammenfassenden Ankündigung; die Auflistung der Themenbereiche mag einen Eindruck der Themenvielfalt vermitteln: * Grundfragen und Geschichte der sozialen Bewegungen * Gewerkschaften und Betriebe * Frauen * Kultur, Ideologie und Lebensweise * Frieden und "Dritte Welt * Ökologie * Christen. Dazu kommen eine Reihe kultureller Abendveranstaltungen.

Die Veranstaltungen finden in der Hochschule der Künste, Hardenbergstr. 33 statt. Das ausführliche Programmbuch gibt es bei: Volksuni-Büro, Groninger Str. 50, 1000 Berlin 65, Tel. 030/455 99 98.

Westliche Demokratie und Staatsterrorismus

Das Hamburger Institut für Sozialforschung veranstaltet am 19. Mai ein internationales Symposium zum Thema "Westliche Demokratie und Staatsterrorismus nach 1945". Neben einer Einführung von Jan Philipp Reemtsma stehen Referate von Noam Chomsky, Massachusetts Institut of Technology ("Die Dritte Welt und das Ende des Europäischen Sozialismus") und Heinz Dieterich, Universidad Autonoma Metropolitana ("Die Kontinuität nationalsozialistischer Herrschaftstechniken beim Aufbau der 'Freien Welt'").

Ort: Universität Hamburg, Von-Melle-Park 4, Audimax II. Zeit: 19.5. 1990, 18.30 Uhr. Anmeldungen über: Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, 2000 Hamburg 13, Tel. 040/40 97 39, Oliver Kozlarek.

§ 129a StGB

Zwei Veranstaltungen der Hamburger Ringvorlesung "Geschichte und aktuelle Problematik des § 12a StGB - 'Sicherheitsgesetz' in der Strategie staatlicher Formierung" sind noch für Monat Mai anzukündigen. Am 2.Mai referiert Rechtsanwalt J. Gräßle- Münscher (Hamburg) über die Bedingungen, unter den 129a-Verfahren stattfinden. Am 9. Mai steht das Thema "Praktische und politische Solidarität" im Zusammenhang mit 129a-Verfahren auf der Tagesordnung.

Die Vorlesungen finden jeweils am Mittwoch um 18.00 Uhr im Hörsaal Phil B im Philophenturm der Uni Hamburg, Von-Melle-Park 6 statt.

# 40. Infos zur Demo am 12. Mai

CD-Datei: daten/aksuche/ak318/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:22

Die bundesweite Demonstration "Nie wieder Deutschland" am 12. Mai in Frankfurt hat inzwischen einen ansehnlichen Unterstützerkreis gefunden. Ursprünglich von den Radikalen Linken initiiert, rufen mittlerweile mehr als 100 Gruppen und eine Vielzahl von Personen zwischen Kempten im Allgäu und Flensburg zur Demonstration auf.

Damit haben sich Befürchtungen nicht bestätigt, das Projekt würde wegen seiner eindeutigen Haltung gegen jegliche Variante von Wiedervereinigung den Unterstützerkreis unzulässig einschränken. Es ist genau umgekehrt!

Nicht ganz einfach verlief das Zusammenraufen der verschiedenen Gruppen bei der Vorbereitung. Das autonome und anarchistische Spektrum konnte sich nicht mit dem zentralen Aufruf anfreunden und mobilisiert z.B. im Rhein-Main-Gebiet mit eigenen Plakaten und mindestens drei verschiedenen Aufrufen für einen "Internationalistischen Block gegen das teutsche Gemüth" in der Demonstration (Kontakt: Zentrum, Hinter der schönen Aussicht 11a, Frankfurt Tel. 069/ 296335).

Auf dem dritten bundesweiten Vorbereitungstreffen am 8.4. war es schwierig, sich auf ein gemeinsames Konzept für die Redebeiträge auf der Kundgebung zu verständigen. Aus dem Kreis der Radikalen Linken kam der Vorschlag, auf Partei- bzw. StrömungsrednerInnen zu verzichten. Statt dessen sollten etwas prominentere PublizistInnen und Kulturschaffende für eine größtmögliche öffentliche Resonanz sorgen. Die autonomen und anarchistischen Gruppen wollten dagegen nicht auf das "authentische Votum der sozialen Bewegungen" verzichten und forderten zwei Redebeiträge (die sie auch erhielten). Reiner Eckert vom DKP-Parteivorstand scheiterte mit seinem Versuch, Ellen Weber durchzusetzen. Weitaus bedenklicher ist, daß auch ein Vorschlag für Beate Klarsfeld scheiterte (wegen ihrer "unklaren Haltung" zu Israel).

Die vorläufige Liste (die RednerInnen standen bei Redaktionsschluß noch nicht genau fest) stellte schließlich einen Kompromiß zwischen den Organisationsinteressen und den über diesen Tellerrand hinausgehenden Absichten dar. Die Anzahl der Redebeiträge ist dabei allerdings so umfangreich geworden, daß vor allem die Auftaktkundgebung um einiges länger wird als ursprünglich geplant.

Beschlossen ist, daß die Demo mit einer Auftaktkundgebung um 11.00 Uhr auf dem Opernplatz beginnt. Nach einem Abstecher durchs Bahnhofsviertel geht es über Hauptwache, Konstabler Wache und Börneplatz zur Abschlußkundgebung auf den Römerberg.

Der Stand der Mobilisierung ist schwer einschätzbar, weil es eine Reihe örtlicher und regionaler Aufrufe und Aktivitäten gibt. Besonders erwähnenswert ist ein Aufruf Hamburger GewerkschafterInnen, die sich um eine bundesweite Unterstützung bemühen (Kontakt: Peter Bremme, Detlev-Bremerstr. 52, 2000 Hamburg 36, Tel. 040/312782).

Das zentrale Aufrufflugblatt ist in einer Auflage von insgesamt 60.000 Ex. erschienen (bundesweite Bestelladresse: Siggi Frieß, Hochstadenstr. 21, 5000 Köln 1, Tel. (dienstlich MdB) 0228/163538 - Bargeld beilegen: 7,5 Pf. pro Flugblatt).

Das Plakat (Motiv: Marlene Dietrich mit Aufschrift: "Deutschland nie wieder") kann bestellt werden bei: Regionale Demonstrationskoordination, Manon Tuckfeld, c/o Die Grünen im Umlandverband Frankfurt, Am Hauptbahnhof 18, 6000 Frankfurt/M. 1. (Das Plakat kostet 0,70 DM je Stk. + Versandkosten, Bargeld beilegen). Dieses Büro ist Montag - Freitag zwischen 15 und 20 Uhr erreichbar unter Tel. 069/231193. Natürlich ist es auch am 12.5. besetzt.

Last but noch least: als außerordentlich mobilisierungswirksam hat sich die Massenzeitung "Nie wieder Deutschland" erwiesen, deren erste Nummer in einer Auflage von 25.000 am 12. April erschien. Die zweite Ausgabe kommt zum 1. Mai, eine dritte kurz vor der Demonstration. Bestelladresse: Oliver Tolmein c/o Konkret, Osterstr. 124, 2000 Hamburg 20 (nicht anrufen). Die Zeitung, 4 Seiten DIN A 3 kostet 0,20 DM je Ex., bezahlt wird bei Bestellung. Ja, es ist der dritte Hinweis aufs Geld, aber anders wird die Finanzierung nicht zu lösen sein.

KB-Gruppe Frankfurt

# 41. PDS der DDR - eine Herausforderung für die BRD-Linke

CD-Datei: daten/aksuche/ak318/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:41

"Ich sehe auch, die PDSler haben im Moment mit Hilfe der Medien eine Strahlkraft ins Szene-Milieu hinein", konstatiert mit hörbarem Zähneknirschen die Grünen-Gouvernante Antje Vollmer. (Spiegel-Gespräch, 14/90)

Die taz vergißt einen Moment lang ihr Feindbild und versteckt die Anerkennung für "Gregor Gysi Superstar" nicht. (15.3. und 19.3.)

In Westberlin erntet Gysi bei einem Auftritt in der TU "standing ovations schon zu Beginn", "spontanen Szenenapplaus" und "tosenden Beifall zum Schluß". (taz, 19.3.)

Die PDS ist im Gespräch bei der BRD-Linken - und doch auch wieder nicht: Linke Grüne, die sich eben noch für Diskussion und engere Zusammenarbeit mit der PDS aussprachen, gehen auf Tauchstation oder haben alles viel "harmloser" gemeint, nachdem sie in ihrer Partei auf Widerspruch stießen. Schon läßt sich kaum noch ermitteln, was diese linken Grünen nun eigentlich wirklich gesagt und gemeint hatten, oder was vielleicht nur Ausschmückung durch Freunde oder Feinde war. Noch linkere, geradezu linksradikale Grüne und Ex-Grüne haben, selbstverständlich aus völlig anderen Gründen, mit der PDS absolut nichts am Hut, weil sie angeblich nicht sozialistisch, sondern im Gegenteil sozialdemokratisch ist.

Einige Linksradikale philosophieren wieder einmal über die grundsätzliche Überlebtheit, Perspektivlosigkeit und Gefährlichkeit parteiförmiger Strukturen. Ich erinnere mich an die erste Debatte dieser Art ganz zu Beginn meines "politischen Lebens", 1967/68: damals löste sich mit gleichen Argumenten der SDS auf - und machte Platz für die extrem rigiden Organisationsformen (DKP, ML-Parteien), die kurz darauf einen unglaublichen Zulauf erlebten.

Die DKP, früher ein verläßlicher Juniorpartner der SED, steht einerseits unter einem gewissen Druck von ganz Ungeduldigen, die hier und da schon mal ihre private PDS-Ortsgruppe gegründet haben und denen auf dem DKP-Parteitag im März erst einmal die Schnapsidee ausgeredet werden mußte, die DKP sofort in PDS umzutaufen. Die DKP hat auf der anderen Seite mit den neuen Leuten in der PDS-Führung, und hier wohl vor allem mit Gregor Gysi, nicht recht "warm werden" können. Die politischen Vorstellungen scheinen allzu kontrovers, bis hin zur Infragestellung der Existenz der DKP in ihrer bisherigen Form durch die PDS. Die DKP will mit der PDS lediglich "kooperieren": die einen als "kommunistische Arbeiterpartei" der BRD, die anderen bitteschön nur als Partei der DDR. Dort mag die PDS dann auf eigene Verantwortung auch Dinge treiben, die der DKP - pssst! - als Verrat am Proletariat erscheinen.

Im KB, es sei nicht verschwiegen, stößt jede freundliche Erwähnung der PDS auf Protest unserer "antinationalen" Minderheitsströmung. Einigen erscheint bereits der Gedanke, mit DDR-Linken ein engeres Bündnis anzustreben, als schwerer "großdeutscher" Frevel: wer von der Notwendigkeit einer enger zusammenwachsenden Linken in einem künftigen gesamtdeutschen Staat spricht, akzeptiere schon die Vereinigung. Hierfür ist der verächtlich gemeinte Vorwurf des "Mitgestaltens" sehr beliebt. Einigen unserer "Antinationalen" erscheint tatsächlich schon der Verkauf des AK in Ostberlin, Schwerin oder Rostock als Sünde oder exotische Albernheit. - Indessen sei auch nicht verschwiegen, daß es innerhalb unserer "antinationalen" Minderheit wiederum eine sehr kleine Minderheit gibt, die über Zusammenarbeit mit der DDR-Linken anders denkt und von denen einige sogar Anerkennung für die Politik der PDS haben.

Zeit also, eine öffentliche Diskussion zu beginnen.

Nach schwerer Krise stabilisiert

Die PDS hat zwischen Dezember 89 und Januar 90 eine schwere Krise mit weitverbreiteten Auflösungs-Erscheinungen durchgestanden. Es kam zu massenhaften Aus- und Rücktritten, darunter auch von führenden Funktionären und kompletten Leitungen. Es bildeten sich mehrere Fraktionen ("Plattformen"), die teilweise die Sozialdemokratisierung der PDS auf ihre Fahnen geschrieben hatten, teilweise direkt die Auflösung der Partei forderten. Ende Januar mußte Gregor Gysi konstatieren: "Seit Wochenbeginn hat sich die Zahl der Austritte zu einer neuen Austrittswelle eskaliert. Vor allem betrifft das den Staatsapparat, das

Offizierskorps, die Volkspolizei und Wirtschaftsfunktionäre. Viele treten freiwillig aus, viele aber auch unter einem unerträglichen Druck. Ihre weitere Tätigkeit wird von dem Austritt aus unserer Partei abhängig gemacht ..." (ND, 1.2.)

Zu dieser Zeit gab Gysi den Mitgliederstand der PDS mit "immer noch etwa 1 Million" an. Einen Monat später konnte er auf dem Wahlparteitag der PDS nur noch von "650.000 bis ca. 700.000 Mitgliedern" sprechen, wobei er einen interessanten Punkt hervorhob: Frauen hatten in weit geringerer Zahl als Männer die Partei verlassen, so daß der Frauenanteil in der PDS von früher rund ein Drittel auf ca. 50% angestiegen war.

Inzwischen scheint eine gewisse Stabilisierung auf einem Stand zwischen 500.000 und 600.000 Mitgliedern eingetreten zu sein, allerdings bei zahlreichen Neueintritten, insbesondere von Jugendlichen. Mit diesem Stand ist die PDS nach wie vor ein enormer politischer Faktor, mit dem sich die Sozialisten der BRD (DKP inclusive) selbst in ihren allerbesten Zeiten nicht hätten vergleichen können. Die Beteuerung der PDS, keine Massenpartei mehr zu sein und auch nicht sein zu wollen, mag aus ihrer Sicht auf die Vergangenheit relativ stimmen, wirkt aber nach sonstigen Maßstäben nicht überzeugend. Zum Vergleich: die nach der Volkskammerwahl stärkste Partei der DDR, die CDU, hat ca. 150.000 Mitglieder. Die SPD der DDR liegt - die Angaben sind widersprüchlich - irgendwo zwischen 40.000 und 100.000.

Die PDS scheint die schwere Krise, die mit dem jähen Absturz von der Macht und dem Wechsel von einer privilegierten Staatspartei zur diskriminierten Oppositionspartei einherging, weit besser bestanden zu haben als andere KPs des "realsozialistischen" Blocks. Mit dem Ergebnis - eine starke Partei, die zur oppositionellen "Aktionsorientierung" und "Massenpolitik" fähig ist - hat die PDS weit mehr gerettet als nur sich selbst: sie hat dem von Gysi zurecht als Gefahr beschworenen moralischen Zusammenbruch eines ganzen Volkes eine gewisse Schranke gesetzt, hat gegen die kapitalistische, großdeutsche Flut hier und da Dämme setzen können, was die Voraussetzung ist, um wenigstens die Verteidigung einzelner Inseln ("sozialistische Errungenschaften", soziale Interessen, Elemente fortschrittlich-antifaschistischen Denkens u.a.) organisieren zu können.

Bei der Volkskammerwahl am 18. März ist die PDS mit 16,3% (1,89 Mio. Stimmen) drittstärkste Partei und mit weitem Abstand die bedeutendste Partei der Opposition geworden.

Die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen kommt in ihrer Analyse der Volkskammerwahl zum Ergebnis, daß im Landesdurchschnitt nur 11,9% der ArbeiterInnen die PDS gewählt haben - hingegen 55,4% die rechte Allianz. Von den Angestellten hätten 19,2% die PDS gewählt, und von der sog. Intelligenz 31,0% (Allianz 27,8%; SPD 22,7%). Bei Schülern und Studenten liegt der PDS-Anteil mit 19,7 deutlich über dem Gesamtergebnis von 16,3%, aber doch nicht so hoch, wie man vielleicht erwartet hätte. Die PDS ist relativ von Frauen (17,2%) mehr gewählt worden als von Männern (15,7%). Die DDR-SPD weist eine ähnliche Relation auf, während es bei der Allianz und insbesondere bei der DSU umgekehrt ist.

Die PDS hat ihre besten Ergebnisse im Bezirk Berlin (fast 30%), wo sie in vier Stadtkreisen stärkste Partei wurde, mit einem Spitzenergebnis von 38,4% im Neubauviertel Hohenschönhausen. Von den 15 Kreisen, in denen die PDS ihre besten Ergebnisse erreichte, liegen sechs in Berlin und sechs in Mecklenburg-Pommern, davon wiederum vier im Bezirk Neubrandenburg, in dessen gleichnamiger Bezirkshauptstadt die PDS mit 37,9% ihr zweitbestes DDR-Ergebnis überhaupt erreichte und stärkste Partei wurde. Die Frage, wie die PDS in verschlafenen pommerschen Kleinstädten wie Ueckermünde, Pasewalk und Strasburg, wo die klassische Klientel der PDS vermutlich sehr dünn gesät ist, zu Spitzenergebnissen zwischen 29,6% und 30,6% kommt, ist ein bißchen vielleicht auch mit dem "Heimat-Bonus" zu beantworten, den Hans Modrow hier genießt. (Er kommt aus dem Kreis Ueckermünde und stand auf Platz 1 der Bezirksliste Neubrandenburg.)

Unter den Spitzenergebnissen der PDS sind außerdem zu nennen Frankfurt/Oder, wo die PDS stärkste Partei wurde (30,5%), Schwedt (28,4%) und Potsdam (27,7%).

Insgesamt weist die PDS ein genau umgekehrtes Nord-Süd-Gefälle auf wie die Allianz. So erreichte sie im Bezirk Neubrandenburg - der ärmste, am schwächsten industrialisierte, am dünnsten bevölkerte Bezirk der DDR - 25,8% und im Bezirk Rostock 23,17%. Auch im dritten Nordbezirk, Schwerin, ist das Ergebnis der PDS noch überdurchschnittlich (17,83%). Am schlechtesten sind die Ergebnisse der PDS im Süden (Bezirk Erfurt 9,76%; Bezirk Karl-Marx-Stadt 11,29%), wo sie in Worbis (Thüringen) mit 4,8% ihr landesweit schwächstes

Kreisergebnis hat. Dies ist aber auch der einzige Kreis der DDR, in dem die PDS weniger als 5% der Stimmen bekam. Die 15 schwächsten Kreise der PDS liegen ausschließlich in Sachsen und Thüringen.

Neben dem Nord-Süd-Gefälle weisen die Ergebnisse der PDS insgesamt auch ein starkes Stadt-Land-Gefälle auf - weniger ausgeprägt im Norden, wo sich auch die meisten Landkreis-Ergebnisse noch sehen lassen können, als im Süden der DDR. So hat die PDS in einer Reihe von sächsischen und thüringischen Stadtkreisen Ergebnisse erreicht, die über ihrem Republikdurchschnitt von 16,3% liegen: Dresden (17,8), Erfurt (16,5), Gera (20,5), Karl-Marx-Stadt (17,5), Leipzig (16,6).

Ergebnisse der anderen Oppositionskräfte

1. Das Bündnis 90 (2,9%) und die Listenverbindung Grüne Partei plus Unabhängiger Frauenverband UFV (1,96). Im Bündnis 90 haben sich das Neue Forum, Demokratie Jetzt sowie die Initiative Frieden und Menschenrechte zusammengeschlossen. Zusammengenommen - dies wären dann nahezu 5% - entsprechen die beiden Bündnisse ungefähr dem Spektrum der Grünen Partei der BRD. Inzwischen ist der UFV aus dem Bündnis mit den Grünen ausgestiegen, nachdem die Grünen alle acht Mandate, die das Bündnis gewann, für sich allein in Anspruch nehmen wollen. Andererseits sind Grüne und Bündnis 90 eine Fraktionsgemeinschaft in der Volkskammer eingegangen. Zu den Kommunalwahlen Anfang Mai haben sich unterschiedliche neue Bündnisse gebildet, teilweise auch unter Einbeziehung der sozialistischen Linken außerhalb der PDS. Darin kommt zum Ausdruck, daß es innerhalb der Träger des Bündnis 90 und der Grünen regional und örtlich starke Differenzen gibt.

Zurück zu den Ergebnissen der Volkskammerwahl: Weit über dem Landesdurchschnitt lag am 18. März das Ergebnis von Bündnis 90 im Bezirk Berlin (6,35%); das Bündnis Grüne-UFV hat zwar ebenfalls im Bezirk Berlin (2,67%) am besten abgeschnitten, jedoch hebt sich dies von sonstigen guten Bezirksergebnissen nicht sehr ab. Das Bündnis 90 hat sein Spitzenergebnis im Stadtteil Prenzlauer Berg (8,5%), wo andererseits die PDS mit 23,3% deutlich unter ihrem Berliner Gesamtergebnis liegt. Von dem 15 Spitzenkreisen des Bündnis 90 liegen elf in Berlin. Beachtlich sind daneben die Stadtkreise Leipzig und Dresden (jeweils 5,3%).

In den nördlichen Kreisen, wo die PDS besonders gute Ergebnisse erzielte, ist das Bündnis 90 teilweise extrem schwach (knapp über 1%, z.B. in den oben genannten pommerschen Kleinstädten und diversen Landkreisen, in einigen Städten sind die Ergebnisse aber auch überdurchschnittlich: (Rostock 4,7%; Schwerin 3,9%). Ähnlich die Grünen: zwar haben sie in Schwerin ihr bestes Ergebnis der ganzen Republik (3,7%), andererseits liegen aber auch ihre drei schlechtesten Kreisergebnisse (0,9%) alle in Mecklenburg-Pommern.

3. Unter den Gruppen, die sich als marxistische, sozialistische Alternative zur PDS verstehen, hat das AVL, Aktionsbündnis von Vereinigter Linken und Nelken, am besten abgeschnitten: rund 20.000 Stimmen (0,18%), was immerhin knapp für ein Mandat in der Volkskammer reicht. Abgesehen vom herausragenden Ergebnis in Berlin (0,33% = 2900 Stimmen) bewegen sich die Bezirksergebnisse zwischen 0,13% (Magdeburg) und 0,21% (Potsdam). Bestes Kreisergebnis der AVL ist in Berlin-Prenzlauer Berg (0,5%).

Auf landesweit knapp 9000 Stimmen (0,08%) kam die KPD, die weit weniger radikal und dogmatisch auftrat als ihre recht strenge Namenswahl vermuten läßt. Die KPD kandidierte nicht in allen Bezirken und Kreisen. Gleiches gilt für die USPD (3890 Stimmen), sowie die aus der BRD importierten trotzkistischen Grüppchen Spartakist Arbeiterpartei (2417 Stimmen, davon rund ein Viertel in Berlin) und BSA (386 Stimmen, ausschließlich in Berlin).

3. Schwer einzuordnen ist die Kandidatur des Demokratischen Frauenbunds DFD, ehem. SED-Massenorganisation, und einer vor allem aus dem alten FDJ-Spektrum kommenden Alternativen Jugendliste AJL. Wieweit handelt es sich um separate, autonome Strömungen neben der PDS und wo sind sie politisch "einzuordnen"? Jedenfalls schnitten beide schlecht ab: für den DFD, der in Berlin und mehreren anderen Bezirken gar nicht antrat, reichte es bei 0,33% (38.000 Stimmen) immerhin zu einem Mandat, während die AJL (0,13% = 14.600 Stimmen) das Mandat, das ihr zunächst zugefallen schien, bei der endgültigen Abrechnung doch noch verlor. Für die AJL werden wohl die Ergebnisse aus den Berliner Kreisen, wo sonst ja die linke Opposition insgesamt ihre "Hochburgen" hat, am meisten entäuschend sein: durchweg nur 0,1%. Der DFD hat quer durch die Republik, in Thüringen ebenso wie in Mecklenburg-Pommern, in zahlreichen Kreisen Ergebnisse von 0,5 - 0,6%.

4. Zur Opposition zu rechnen ist auch die alte Bauernpartei DBD, die in ihrer Politik einige ökologische Elemente hat und von den Grünen umworben wird. Die DBD kam landesweit auf 2,19% - jedoch mit sehr starkem Nord-Süd-Gefälle. Hervorzuheben sind als Spitzenergebnisse 6,25% im Bezirk Neubrandenburg, 4,42% im Bezirk Rostock und 4,03% im Bezirk Schwerin. In einigen Landkreisen von Mecklenburg-Pommern kam die DBD sogar über 10%.

Die Opposition hat somit 97 Volkskammer-Mandate, wovon die PDS 66 hält.

Die stärkste Oppositionskraft beider deutschen Staaten

Der PDS scheint es gelungen zu sein, sich für erhebliche Teile der DDR-Gesellschaft als wichtigste, effektivste Anwältin der sozialen und politischen "Besitzstandwahrung" gegen die Überflutung durch BRD-Kapital und BRD-Gesellschaft darzustellen. Zugleich ist sie offensichtlich derzeit die Hauptpartei derjenigen, die im weitesten Sinn des hier nicht zu definierenden Begriffs an einer sozialistischen Perspektive festhalten bzw. sich eine solche offenhalten und erarbeiten wollen. (Der mehrfach zitierten Mannheimer Untersuchung zufolge sagen 25,8% der DDR-BürgerInnen, daß sie vom Sozialismus "sehr viel" oder "viel" halten. Unter den SPD-WählerInnen meinen dies 27,4%, unter denen der PDS hingegen 75,2%. Nur 9,7% der PDS-WählerInnen halten vom Sozialismus "kaum etwas" oder "gar nichts".)

Der PDS, die durch ihre Vergangenheit als SED in den Augen fast aller schwerstens vorbelastet war, scheint ein Neustart gelungen zu sein. Nicht unbedingt im Sinne eines kritiklosen "Vergeben und vergessen" oder mit der Illusion, daß der neue Name auch schon eine völlig neue Partei macht, aber wohl doch unter der Prämisse, daß die DDR eine starke linke Oppositionspartei braucht und daß dies nach Lage der Dinge derzeit nur die PDS sein kann.

Das Ergebnis der Linken außerhalb der PDS ist extrem schlecht und selbst in Berlin enttäuschend, wo es am mangelnden Bekanntheitsgrad von VL und Nelken nicht gelegen haben kann. Dies Ergebnis stellt das AVL in eine scheinbare Sektenposition, die ihr nicht gerecht wird und die den Einfluß, den die Kräfte des AVL auf die sozialistische Diskussion haben und künftig haben können, auch in die PDS hinein, nicht angemessen widerspiegelt.

In einer Situation totaler Polarisierung ist jedoch nachvollziehbar, daß heute der Anti-"Anschluß"-Opposition der DDR eine starke Partei, die praktische Wirksamkeit in den Tagesaufgaben verspricht, sehr viel wichtiger ist als die Suche nach einem "sauberen" Marxismus, "Rätemodellen" usw., deren praktischer Umsetzungs-Wert in der aktuellen Defensiv-Phase leider gering zu veranschlagen ist.

Es war vermutlich auch keine gute Idee der VL, im Wahlkampf die PDS und speziell den weit über die PDS-Klientel hinaus populären Regierungschef Modrow wegen "Kapitulation" vor dem BRD-Kapital anzuklagen. Das war ein falsches Schlagwort, das von den diskutableren Teilen der VL-Kritik an der Regierungspolitik - etwa im Bereich Wirtschaft - ablenkte. Die Stoßrichtung des Vorwurfs scheint mir außerdem die spezielle Rolle der PDS im derzeitigen Prozeß zu verkennen, die einen Übergang auf rundum sozialdemokratische und kapitulationistische Positionen gar nicht zuläßt, falls die PDS sich nicht selbst liquidieren will. Einer "Sozialdemokratisierung" der PDS sind derzeit überdies harte Grenzen gesetzt durch die antikommunistischen Ressentiments, denen sich die PDS nach wie vor konfrontiert sieht und zu deren Auswirkungen u.a. gehört, daß der PDS die Koalitions- und Regierungsfähigkeit kategorisch abgesprochen wird. Dieses Verdikt, das sich mehr oder weniger nicht nur gegen die PDS, sondern auch gegen erhebliche Teile der DDR-Bevölkerung richtet , soweit sich diese nämlich noch oder wieder mit "Sozialismus" identifizieren oder damit identifiziert werden, zwingt der PDS eine Anti-Rolle auf und dürfte den in der PDS zweifellos vorhandenen Hang zum Opportunismus und zur Anbiederei (insbesondere an die SPD und SI) zügeln.

Könnte die SPD demnächst von der Linie der schroffen "Abgrenzung" bzw. Diskriminierung zu einem Integrationskurs gegenüber der PDS übergehen? Schwerlich als Partei in der "Regierungsverantwortung", scheint mir. Überdies steht die SPD ja ihrerseits unter starkem Druck der rechten Allianz, die schon im Wahlkampf alle "Marxisten" und "Sozialisten" in einen Topf warf und der SPD gar zu gern Laschheit im Kampf gegen die PDS nachgewiesen hätte.

Die PDS ist und bleibt daher auf absehbare Zeit mit weitem Abstand zum Rest des Feldes nicht nur die Hauptpartei der DDR-Opposition, sondern auch die Hauptpartei des Widerstands gegen den imperialistischen

"Anschluß" in beiden deutschen Staaten. Die PDS kann mit ihren programmatischen "Halbherzigkeiten", die den Präferenzen der großen Mehrheit ihrer Wähler entsprechen ("Einheit", "Marktwirtschaft", "Rechtsstaat" u.a.m.), im realen Abwehrkampf gegen den "Anschluß" unendlich mehr bewirken als sich sämtliche Radikalen Linken beider Staaten auch nur erträumen können, sofern sie nicht an totaler Selbstüberschätzung kranken.

Ausdehnung der PDS auf die BRD?

Die PDS geht programmatisch und praktisch davon aus, daß der Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten zu einem gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Raum auf längere Sicht nicht aufzuhalten, sondern allenfalls zu verzögern und inhaltlich zu beeinflussen ist. Sie forciert aber bisher keineswegs eine Ausweitung ihrer politischen und organisatorischen Aktivität auf das Gebiet der BRD, sondern scheint eher zögernd und unentschlossen. In ihrem neuen Statut definiert sich die PDS zwar einerseits als "sozialistische Partei auf deutschem Boden" - also nicht nur in der DDR? -, beschränkt aber andererseits die Mitgliedschaft auf DDR-Bürger und Ausländer mit DDR-Wohnsitz.

Einen "Sachzwang", dem die PDS kaum entgehen kann, üben die voraussichtlich schon im nächsten Jahr fälligen ersten gesamtdeutschen Wahlen aus. Falls die PDS reine DDR-Regionalpartei bliebe, also in keiner Form in der BRD zur Wahl stünde, würden ihre stattlichen 16,3% - sofern sie diese in der DDR halten könnte - im Gesamtergebnis auf zwischen 3 und 3,5% schrumpfen. Die PDS bräuchte, ganz grob kalkuliert, mindestens 1 Million Stimmen aus der BRD zusätzlich, um die obligatorischen 5% zu schaffen. Nach einer Umfrage der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen scheinen die Chancen dafür nicht ganz schlecht zu stehen: "21 Prozent der Befragten fänden es interessant, wenn die PDS bei der nächsten Wahl auch in den Bundestag käme. Fünf Prozent antworteten, sie könnten sich vorstellen, für diese Partei zu stimmen." (FAZ, 24.4.)

Wir müssen davon auszugehen, daß für die PDS eine parlamentarische Vertretung in einem künftigen gesamtdeutschen Bundestag existenziell wichtig ist, d.h. daß sie es sich politisch gar nicht leisten könnte, auf dieser Ebene nicht präsent zu sein. Im Übrigen sollte dies eigentlich auch von uns unterstützt werden, damit die linke DDR-Opposition und ihr Widerstand gegen das Großdeutschland-Projekt - so "halbherzig" dieser manchen zu recht oder unrecht vorkommen mag - eine parlamentarische Stimme bekommt bzw. behalten kann.

Das Problem stellt sich selbstverständlich nicht in der beschriebenen Weise, falls die 5%-Klausel abgeschafft würde. Es ist aber anzunehmen, daß die CDU und die SPD beider Staaten am Erhalt dieser Hürde gegen "extremistische Splittergruppen" interessiert sind. - Das Problem würde sich zweitens kurzfristig nicht stellen, wenn die CSU sich mit ihrem Vorschlag durchsetzen könnte, in der DDR 1991 "Nachwahlen" zum Bundestag abzuhalten und erst 1994 oder 1996 den Bundestag erstmals gesamtdeutsch zu wählen. In diesem Fall könnte über die beste Form einer linksoppositionellen Kandidatur im Westen ohne Zeitdruck diskutiert werden. Durchsetzungschancen dieser bisher nur von der CSU favorisierten Variante sind jedoch nicht zu erkennen.

Voraussichtlich wird also 1991 oder spätesten 1992 ein gesamtdeutscher Bundestag gewählt. Derzeit wahrscheinlichste Variante ist ein Wahltermin im Herbst 1991. Alternativ wird in Regierungskreisen auch über das Frühjahr 1992 nachgedacht, um die Wahlkämpfe etwas mehr zu entzerren. Kaum aussichtsreich scheint der von FDP-Politikern vorgetragene Vorschlag, die BRD-Bundestagswahl im Dezember 1990 ausfallen zu lassen und dann bereits im Frühjahr 1991 gesamtdeutsch zu wählen. Unter der Voraussetzung, daß erst in gut anderthalb Jahren gesamtdeutsch gewählt wird, besteht ein Eilbedürfnis nicht, was die Gelassenheit erklärt, mit der die PDS bisher in dieser Sache agiert. Sie könnte sich vermutlich bis zum Spätherbst 1990 mit dem Anschieben der Sache Zeit lassen, allerdings auch nicht sehr viel länger.

Welche Kandidatur-Varianten gibt es:

1. PDS-Kandidatur in beiden Staaten. Das legt den Aufbau von PDS-Strukturen in der BRD nahe, setzt ihn jedoch nicht zwingend voraus. Theoretisch wäre auch denkbar, daß die PDS als Organisation auf die DDR beschränkt bleibt und daß in der BRD bereits bestehende oder zu gründende Gruppen bei vollem Erhalt ihrer Eigenständigkeit dazu aufrufen, PDS zu wählen, den Wahlkampf in der BRD organisieren usw. Die PDS könnte dies "honorieren" durch echte Öffnung ihrer Kandidatenliste ("sichere Plätze") für Bündnispartner in der BRD.

2. Kandidatur einer Listenverbindung der PDS mit diversen BRD-Kräften, also unter einem gemeinsamen, neu zu findenden Namen. Sowohl die PDS wie auch die Träger des Bündnisses in der BRD könnten organisatorisch selbständig bleiben. Die PDS könnte eventuell unabhängig davon eigene Organisationsstrukturen in der BRD aufbauen, obwohl dies vermutlich die Bündnisbildung belasten würde.

3. Regionale Arbeitsteilung ähnlich wie das Konstrukt CDU/CSU. Die PDS bliebe (vorläufig?) ausschließlich DDR-Partei. In der BRD wäre eine eigene Partei oder Bündnisliste zu bilden, die nur in der BRD kandidiert. Beide Parteien könnten dann eine Fraktionsgemeinschaft bilden.

"Ein ganz heikles Gefilde"

Was hat die PDS vor? "Die werden schon sehen, was sie von der Einheit haben - unter anderem die PDS in der Bundesrepublik!", soll Gysi bei einer Veranstaltung in Westberlin gesagt haben. (taz, 19.3.) - Mehr als die Absicht einer schalkhaften Provokation scheint aber hinter dieser "Drohung" nicht zu stehen. Freilich weiß die PDS: "Wenn es denn zur Einheit Deutschlands kommt, muß dort natürlich auch etwas Einheitliches für die Linken entstehen." (Gysi im Spiegel-Gespräch, 14/90) Die PDS hat sich aber bisher zur praktischen Ausgestaltung dieses "Einheitlichen" und zu möglichen Wegen dorthin noch nicht geäußert; vielleicht hat man sich im PDS-Vorstand angesichts vieler unmittelbar andrängender Probleme und Aufgaben der letzten Monate dazu auch noch keine Meinung bilden können.

Offensichtlich ist: 1. Die PDS hält von den in der BRD bekanntgemachten Gründungsversuchen durch einige (Ex-) DKPlerInnen (Hamburg, Hessen, Nürnberg u.a. ) überhaupt nichts, sieht sie als kontraproduktiv und gefährlich an, da sie die Sache diskreditieren. 2. Die PDS bemüht sich um "größtes Fingerspitzengefühl" in der Frage einer gesamtdeutschen Linken. Sie tendiert bisher nicht zur West-Mission und zum Aufbau PDS-artiger Strukturen in der BRD, sondern würde einem breiten Bündnis bei weitem dem Vorzug geben.

In den Worten von Andre Brie, Vorstandsmitglied und Leiter des Wahlbüros der PDS: "Das ist eine ungeheuer komplizierte Frage, ein ganz heikles Gefilde. Eigentlich möchten wir nicht die erste Partei sein, die sich gesamtdeutsch organisiert. Andererseits steht das mit dem Wahlergebnis vom Sonntag natürlich auf der Tagesordnung. Die deutsche Einigung wird schnell gehen, darauf muß sich die Linke einstellen. Persönlich neige ich zu der Auffassung, daß die Linke über Bewegungscharakter stärker nachdenken muß. Also über ein pluralistisches Bündnis von Parteien und Bewegungen. Angesichts der Individualisierung von Gesellschaft, der enormen sozialen Differenzierung ist das Parteimodell, das aus dem 19. Jahrhundert stammt, eigentlich überholt. Die Staats- und Rechtsstrukturen zwingen dieses Parteimodell aber immer wieder herbei. Wir brauchen also andere staatliche Rahmenbedingungen, mehr plebiszitäre Formen und anderes. Natürlich gibt es im Westen Leute, die uns nahestehen: Kräfte aus dem DKP-Spektrum, unbedingt die Erneuerer, Sozialisten in anderen Parteien. Aber hier ist größtes Fingerspitzengefühl gefragt. Eine Strategie der PDS, sich nun mit Macht auszudehnen und eigenständig zu profilieren, könnte dazu führen, daß die ganze Linke für die nächsten Jahre hoffnungslos zersplittert." (Volkszeitung, 23.3.)

Aus dem "Spiegel"-Gespräch (14/90) lassen sich von Gysi Andeutungen, aber wirklich nicht mehr als Andeutungen, in gleicher Richtung zitieren. So spricht er mit Bezug auf eine künftige "starke Linke" in einem "einheitlichen Deutschland" mehrmals von einer "Bewegung" und betont, daß deren Name "unerheblich" sein werde. Und: "Wir können gar kein Interesse an der Spaltung der Grünen haben, sondern eher ein Interesse an einer möglichst breiten Bewegung." - Dies angesichts der auf der Hand liegenden Tatsache, daß eine "starke Linke", unter welchem Namen auch immer, Potential aus der Grünen Partei abziehen müßte und abziehen würde, und daß sie auch bei Wahlen zwangsläufig in einer Konkurrenzsituation wäre. Oder, Frage: stellt Gysi sich etwa eine Verschmelzung mit der Grünen Partei vor?

Da wir derzeit noch auf Spekulationen angewiesen sind, sei auch dies erwähnt: DKP-Spitzenfunktionäre hatten in der zweiten Aprilhälfte ein Gespräch mit Gysi, über das die UZ (27.4.) mit sichtbarer Verärgerung berichtete. Schon die Einleitung, "Das Treffen war längst überfällig" und dies werde durch die lokalen PDS-Gründungen in der BRD "überdeutlich" bewiesen, ist ausdrucksvoll: die DKP hat gedrängelt und Gysi hat sich Zeit gelassen. Es folgt, gleichfalls noch in der Einleitung, die Wertung, das Gespräch habe "Unterschiede in der Parteifrage und der Strategie deutlich gemacht".

Gysi habe, so lesen wir in der UZ, die DKP mit der "zentralen Frage" konfrontiert, ob sie "in der Lage" wäre, "zu einem Bündnis links von der SPD beizutragen, das die Linke vereint, ihr eine politische Heimat bietet und ihre

unterschiedlichen Strömungen politikfähig macht." - Gysi habe der DKP nahegelegt, ob sie nicht eine Chance hätte, "sich als kommunistische Partei zu erhalten, wenn sie sich für ein Bündnis öffnet, in dem sie die Rolle der kommunistischen Plattform übernehmen kann. Darin sehe er die Möglichkeit, die fortschrittlichen Kräfte links von der SPD in einem vereinigten Deutschland zu organisieren."

"Plattform" bedeutet im aktuellen Sprachgebrauch der PDS soviel wie Fraktion. In der PDS existiert u.a. auch eine "Kommunistische Plattform". Im Statut der PDS heißt es: Die Mitglieder sind berechtigt, "zum Zwecke der innerparteilichen Meinungsbildung sich mit Mitgliedern anderer Basisorganisationen zu beraten, Standpunkte, Vorschläge und Anträge zu erarbeiten. Dazu können Plattformen mit solchen organisatorischen Regelungen gebildet werden, die die programmatische Arbeit der Partei und ihre Strukturen unterstützen. Sie sind berechtigt, die Einrichtungen und Arbeitsmittel der Partei zu nutzen."

Nun stellt sich natürlich die Frage, die in der Gesprächswiedergabe der UZ unbeantwortet bleibt, von was für einem "Bündnis" Gysi da wohl gesprochen haben mag und was die Stellung der PDS selbst zu diesem Bündnis sein würde? Ein linkes Bündnis in der BRD als (Junior-) Partner einer sich auf die DDR beschränkenden PDS? Oder gar ein gesamtdeutsches Bündnis, in das sich auch die PDS als "Plattform" (bzw. mehrere "Plattformen") integrieren möchte? Und, nächste Frage: ist der Begriff der "Plattform", der in Praxis und Statut der PDS einen relativ definierten und gesicherten Platz hat, auf irgendwelche Bündnisse übertragbar?

In gewissem, nicht erklärtem Widerspruch zu dem Rat an die DKP, sich als "kommunistische Plattform" in ein Bündnis zu begeben, steht die Gysi von der UZ zugeschriebene Mahnung: "Eine kommunistische Arbeiterpartei würde nach seiner Meinung das Bündnisspektrum eher einengen und mit dem belasteten Begriff Kommunismus eine zusätzliche Blockade schaffen."

Jedenfalls scheint sich Gysi bei der DKP einen Korb geholt zu haben: "im Geburtsland von Marx und Engels" bleibe "gerade jetzt im Prozeß der Vereinigung mit seinen negativen sozialen und politischen Folgen" eine kommunistische Partei, sprich natürlich DKP, nach wie vor notwendig. Und, Warnung an Gysi: ein Bündnisprojekt wäre "zum Scheitern verurteilt, wenn nicht das gesamte Potential für linke Politik sich in dieses Bündnis integrieren lasse." - Soll wohl heißen: Kein Bündnis ohne die DKP und kein Bündnis ohne Akzeptanz durch sämtliche Strömungen der DKP?

Andererseits möchte die PDS aber wohl nur Teile der DKP in ein Bündnis integrieren und legt anscheinend mehr Wert auf die "ErneuerInnen", die die DKP verlassen haben und von denen viele derzeit wenig Lust haben, in neuen Strukturen gleich wieder mit den "Altdenkern" von der DKP zusammenzusitzen. Allerdings wird die PDS, wenn sie sich mit dieser Szene näher befaßt, wohl auch feststellen, daß viele der "ErneuererInnen" derzeit und vorläufig nicht nur auf die DKP, sondern allgemein auf parteiförmig organisierte sozialistische Politik schlecht zu sprechen sind. Es wird wahrscheinlich nur ein kleinerer Teil der "ErneuerInnen" sein, der überhaupt für ein mit der PDS eng kooperierendes Projekt in Frage käme, und selbst dieser kleine Teil wird vermutlich überwiegend mehr eine zögerliche als eine vorwärtsdrängende Rolle in dem Prozeß spielen.

"Vom Regen in die Traufe"?

Auf sehr starke Vorbehalte stößt die PDS bei einem Teil der Radikalen Linken: "Wir erblicken in der PDS keine sinnvolle Perspektive. Im Gegensatz zu vielen prominenten Grünen, die in ihrer antikommunistischen Abgrenzungswut wohl nie aufhören werden, in der PDS den Stalinismus zu entdecken, attestieren wir ihr eine schnelle Lernfähigkeit. Unseres Erachtens lernt die PDS - nach einer notwendigen Abrechnung mit dem Stalinismus - in einem Pendelschlag zu schnell und zu viel Marktwirtschaft, Ergebenheitsadressen an das ‚einig Vaterland' und an die Errungenschaften des kapitalistischen Westens. Der jüngste Antrag der PDS, in die vom vaterländischen Willi Brandt geführte sozialistische Internationale aufgenommen zu werden - ein Zusammenschluß überwiegend rechter sozialdemokratischer Parteien - ist zwar ihrem neuen Kurs angemessen, zeigt uns aber, daß wir - nach unserem formal nachvollzogenen Abgang aus den Grünen - vom Regen in die Traufe kämen." (aus der Austrittserklärung Hamburger Ökosozialisten und Linksradikaler aus der GAL, 6.4.)

Ein Sprecher der Ausgetretenen, Rainer Trampert, sonst nicht gerade als Flachdenker bekannt, machte es sich noch einfacher: "Ein Schritt von den Grünen zur PDS wäre einer vom Regen in die Traufe, weil wir die

Sozialdemokratisierung, die wir bei den Grünen kritisieren, bei der PDS noch stärker wiederfinden: Schwüre auf die Marktwirtschaft und auf das einig Vaterland." (taz-Interview, 9.4.)

Mehr als ein paar derart denkfaul hingerotzte Sätze verdient die Politik und Praxis der PDS allemal. Wer sich der inhaltlichen Konfrontation mit dem tatsächlich völlig anderen Politikansatz der PDS von vornherein in dieser überheblichen Tonart entzieht, scheint zwar nicht von antikommunistischer, dafür aber von "linksradikaler" Abgrenzungswut besessen. Im Ergebnis läuft beides aber auf ähnliches hinaus: Ausweichen vor einem Sicheinlassen auf das Andersartige, Neue, das uns in der PDS entgegentritt. In einer Situation, wo es primär darum gehen müßte, der Diskriminierung und dem propagandistischen Trommelfeuer gegen die PDS - auch bei den Grünen ! - mit offen bekundeter kritischer Solidarität entgegenzutreten, hat diese Abgrenzungswut bei aller "linksradikalen" Rhetorik und Theatralik leider auch etwas von politischer Feigheit und von Anpassung an den Zeitgeist an sich.

Eine sachliche Prüfung des PDS-Programms zeigt zudem, daß die Dinge dort denn doch nicht ganz so simpel sind, wie manche Kritiker mit isolierten Einzelsätzen und Teilaussagen suggerieren möchten.

Betrachten wir zwei Einzelpunkte: 1. Die PDS sei "für Marktwirtschaft", und 2. die PDS sei "für die Einheit Deutschlands". Beides steht tatsächlich im PDS-Programm, aber die Ausführungen zu diesen Punkten füllen jeweils mehrere Programmseiten, die bitte mit zur Kenntnis genommen werden sollten, wenn man sich die Kritik nicht allzu billig machen will.

"Bekenntnis zur Marktwirtschaft"?

Laut Programm tritt die PDS "für eine Marktwirtschaft ein, weil sie einen raschen wissenschaftlich-technischen Fortschritt und eine hohe ökonomische Effektivität ermöglicht. Insofern ist sie das entscheidende Mittel, um hohe Leistungen zu stimulieren und auf effektive Weise Bedürfnisse der Produzenten und Konsumenten zu befriedigen und den wachsenden sozialen Ansprüchen zu genügen."

Dies mag man, vielleicht mit Recht, für problematisch halten, auch wenn es dem Stand der bisherigen historischen Erfahrungen entspricht. Vielleicht kann man überhaupt die Orientierung an den Werten "Fortschritt" und "Effektivität" in Frage stellen. Andererseits ist beispielsweise die extreme Verschmutzung weiter Bereiche der DDR wohl nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, daß in einer entwickelten Industriegesellschaft ökologische Rücksichtnahmen wesentlich von "Fortschritt" und "Effektivität" der Produktion abhängen bzw. durch diese möglich gemacht werden. Die Radikale Linke müßte andernfalls einmal erläutern, wie sie sich eine ökologische Sanierung der DDR ohne "raschen wissenschaftlich-technischen Fortschritt" und "hohe ökonomische Effektivität" vorstellt, und ohne andererseits sämtliche Dreckschleudern der DDR ersatzlos stillzulegen und ein paar Millionen ArbeiterInnen mit einem Schlag "freizusetzen".

"Die Regulierung durch den Markt muß im Interesse des Gemeinwohls unserer Gesellschaft und zukünftiger Generationen durch strategische Wirtschaftssteuerung des Staates ergänzt werden, wobei der Gesamtprozeß der demokratischen Kontrolle der Öffentlichkeit unterliegen muß." (PDS-Programm) Das klingt m.E. vernünftig, wobei die eigentlich interessante Frage, die aber meines Wissens bis heute noch von niemand und nirgendwo praktisch oder theoretisch zufriedenstellend beantwortet wurde, die konkrete Realisierung der "demokratischen Kontrolle der Öffentlichkeit" ist. Hierzu macht das PDS-Programm im Abschnitt "Produktionsdemokratie als Gegengewicht" nur wenige Aussagen, die zudem verschwommen, banal oder tatsächlich altbekannt-sozialdemokratisch klingen. (unabhängige Gewerkschaften, Wahl von "Betriebs-, Wirtschafts- und Sozialräten", "reale Mitbestimmung", "gesellschaftliche Aufsichtsräte").

Außer acht gelassen wird von den radikalen Kritikern jedoch anscheinend, daß die PDS kein Programm für die Zukunft der BRD, sondern eines für die Gegenwart der DDR vorgelegt hat. In diesem Programm geht es nicht um die Fragen der Überwindung des Kapitalismus, sondern darum, wie in der derzeitigen Umbruchsituation der DDR gegen die aus der BRD anrollende Dampfwalze soviel wie möglich von den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen einerseits demokratisch umgestaltet, andererseits aber auch "gerettet" werden kann.

Das "Bekenntnis zur Marktwirtschaft" wird in diesem Sinn relativiert bzw. m.E. teilweise auch in Frage gestellt durch Aussagen wie: Die PDS sei "für ein marktwirtschaftliches Konzept, das die Ergebnisse jahrzehntelanger Arbeit unseres Volkes nicht preisgibt und in dem auch das gesellschaftliche Eigentum einen gewichtigen Platz

hat." Das gegenwärtige staatliche Eigentum müsse "durch die reale Verfügung der Produzenten über die Mittel und Ergebnisse der Produktion zu wirklichem Volkseigentum" werden. Das verfassungsmäßige Recht auf Arbeit müsse gewährleistet bleiben. Ein in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzender Punkt des PDS-Programms ist außerdem der Erhalt der LPGs und "die Unantastbarkeit des Eigentums an Grund und Boden und der Ergebnisse der Bodenreform" sowie die Ablehnung "jeglicher Spekulation mit Grund und Boden".

Das PDS-Programm konzentriert sich also auf die Fragen, um die heute und morgen in der DDR real der (Abwehr-) Kampf zu organisieren ist. Unter dem Blickwinkel "sozialistischer Utopien" gibt es tatsächlich nur keine oder falsche Antworten und würde eine Weiterentwicklung und Fortschreibung, sicher auch Korrekturen, erfordern.

Auch in der aktuellen Politik weist das PDS-Programm einige Schwächen und Fehlleistungen auf. So etwa, um nur den ärgsten Punkt zu erwähnen, wenn die Problematik der Atomenergie lediglich mit einem einzigen nichtssagenden Satz gestreift wird: "Über die weitere Perspektive der Kernenergie in unserem Land muß ein gesellschaftlicher Konsens herbeigeführt werden." Daß da BRD-Linken die Haare zu Berge stehen, ist verständlich. Zu kritisieren ist aber, wenn solche Punkte wortradikal vorgeschoben werden, um sich von vornherein gegen eine kritisch-solidarische Auseinandersetzung und eben auch Zusammenarbeit mit der PDS abzuschotten. Und Anlaß zur Überheblichkeit haben wir angesichts unserer auch nicht gerade üppigen Erfolgsbilanz im Anti-AKW-Kampf sowieso nicht.

"Schwur auf das einig Vaterland"?

Zwar bekennt das PDS-Programm sich zur "friedlichen und demokratischen Einheit des deutschen Volkes", aber aus den langen Ausführung des betreffenden Abschnitts (zweieinhalb Broschürenseiten) wird m.E. ganz deutlich, daß es der PDS darum geht, den Einigungsprozeß zu verlängern und damit Spielraum zu gewinnen, die DDR soweit und solange irgend möglich als eigenständigen und gleichberechtigten Partner zu erhalten, sowie internationale Rahmenbedingungen herzustellen, die dem Bonner Kurs auf schnellen "Anschluß" und Großmachtpolitik entgegenstehen könnten.

Die PDS ist weit davon entfernt, "Schwüre auf das einig' Vaterland" (Trampert) abzulegen. Der Fairness halber sollte man auch beachten, daß die Formel vom "einig Vaterland" zwar von Ministerpräsident Modrow verwendet wurde, nicht jedoch von der PDS, die insgesamt eine andere deutschlandpolitische Position hat als die von Modrow regierungsoffiziell bekundete.

Im PDS-Programm steht: Die tiefe sozialökonomische und gesellschaftliche Unterschiedlichkeit zwischen BRD und DDR erfordere, "daß jeder Staat seine eigene Souveränität aktiv vertritt, damit die Werte beider Seiten in die neue Gemeinschaft Eingang finden können." Eine "Stabilisierung der Verhältnisse in der DDR" sei daher "notwendige Bedingung für eine künftige deutsche Einheit". Unter dieser Voraussetzung sei außerdem ein Wandel beider Staaten notwendig. "Die Bundesrepublik kann ihr gegenwärtiges politisches und parlamentarisches System der DDR nicht einfach aufzwingen. Starke Militär-Industrie-Komplexe, ein Leben auf Kosten der Völker in Entwicklungsländern, soziale Ausgrenzung beachtlicher Bevölkerungsteile, Arbeitslosigkeit, Zurückweichen vor Rechtsradikalismus, Nationalismus und nationale Intoleranz, Nichtanerkennung der Oder und Neiße als Polens Westgrenze" seien nicht zu akzeptieren. Die "Lösung der deutschen Frage" müsse "in einem gesamteuropäischen Prozeß erfolgen", durch "gleichberechtigte Verhandlungen beider deutscher Staaten unter Wahrung der Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Mächte, des Anspruchs der Nachbarn Deutschlands, besonders Polens und der Tschechoslowakei auf sichere Grenzen". Außerdem enthält das PDS-Programm die wirklich nicht gerade sozialdemokratische Aussage: "Das Bündnis der DDR mit der Sowjetunion betrachten wir als eine entscheidende Bedingung ihrer Existenz- und Entwicklungsfähigkeit und als Faktor der europäischen Stabilität in der gegenwärtigen Umbruchphase."

Soweit zu diesen zwei zentralen Punkten. Sicher ist es berechtigt und sinnvoll, im Einzelnen darüber nachzudenken und zu streiten, ob die PDS mehr und schneller "Terrain preisgegeben" hat als notwendig und zweckmäßig gewesen wäre. Wenn dies aber mit der moralisierenden Attitüde westdeutscher Linksradikaler erfolgt, für die bereits die Frage nach dem Realitätsbezug und der Massenwirksamkeit linker Politik "opportunistischer Scheiß" ist, braucht mensch sich über das verständnislose oder entsetzte Kopfschütteln in PDS-Kreisen nicht zu wundern.

Im Übrigen erscheint das PDS-Wahlprogramm als unausgereiftes Produkt, das unter schwerem Zeitdruck abgeschlossen werden mußte. Und zwar in einer inneren Situation, die zunächst noch von Massenaustritten und vom politisch-ideologischen Auseinanderdriften der Partei geprägt war, und in einer äußeren Situation des rasanten Umbruchs der DDR-Verhältnisse.

Diese Momentaufnahme von PDS-Politik und "Standortsuche" als Alibi vorzuschützen, um sich auf die enorme Herausforderung durch diese Partei gar nicht erst einlassen zu müssen, geht insofern von vornherein daneben. Voll daneben auch deshalb, weil die PDS dies Programm für die DDR und nur für die DDR geschrieben hat, also von einem Anspruch, dies Programm der BRD-Linken "überzustülpen", sowieso nicht die Rede sein kann. Die Dialogfähigkeit der PDS ist unter diesem Aspekt vom Großteil der Westlinken überhaupt noch nicht angetestet worden.

In gewisser Hinsicht ist die PDS ja auch eine sehr junge, ganz neue Partei - sehr viel jünger und neuer als ein Großteil der BRD-Linken -, die sich erst am Anfang ihrer Selbstfindung befindet. Andererseits ist die PDS selbstverständlich in gewisser Hinsicht auch eine neue Existenzform der alten, "mit allen Wassern gewaschenen" SED, deren Umgang mit Demokratie, Meinungsstreit, Bündnispolitik etc. wir stets kritisiert haben. Naivität und Illusionen sind da wahrlich nicht am Platz. Wohl aber, scheint mir, ein kritischer Vertrauensvorschuß und guter Wille.

Bahamas oder Kanarische Inseln?

"Wer aber heute auf die PDS steigt, sitzt morgen mit Gysi zu Füßen des Pfaffen. Übermorgen predigt er selbst, wie einst Herbert Wehner: ‚Meine Damen und Herren, liebe Brüder!' Nach drei Tagen ist er in der Sozialistischen Internationale und nächste Woche in der SPD."

So sehen es Georg Fülberth (Ex-DKP) und Siggi Fries (Bundestagsabgeordnete der Grünen) in "Konkret" 5/90. Beide arbeiten im Kreis der Radikalen Linken mit, der sich zunehmend zum Sammelpunkt zynisch gewordener Altlinker entwickelt. Diesem Kreis ist zwar an konkreter Politik gegen das "Vierte Reich" auch nicht wesentlich mehr eingefallen als eine bundesweite Demo - mit einem halben Jahr Verspätung -, aber das mindert nicht die aggressive Arroganz, mit der auf alle herabgeblickt wird, die sich angeblich "mit den Realitäten abgefunden" und sich "dem nationalen Konsens angepaßt" haben. Inclusive PDS, die man von vornherein abschreibt.

Wenn die im Kreis der Radikalen Linken vorherrschende Einschätzung über mögliche Folgen der "deutschen Wiedervereinigung" - Stichwort: "politischer Super-GAU" - ungefähr zutreffend oder zumindest sehr plausibel ist, läßt sich das mit ihrer spezifischen Art von Nicht-Politik schwer vereinbaren. Die Aussage von Fülberth/Fries: "Wir haben übrigens viel Zeit" - um erst einmal "ausgiebig nachzudenken und zu diskutieren" und der PDS "allenfalls neutral gegenüberzutreten" - wäre vor diesem Hintergrund blanke Unvernunft. Linksradikalismus diesmal nicht als Kinderkrankheit, sondern als Altersschwachsinn eines Teil der Linken, der in diesem Land und mit diesem Volk im Grunde nicht mehr viel vorhat.

Wir erinnern uns an die Forderung, die BRD-Linke müsse "antideutsch" sein (Jü. in AK 315). Daß einem solche Gedanken angesichts der Ereignisse gelegentlich kommen, zumal in vorgerückter Kneipenstimmung, ist verständlich. Als Grundlage einer politischen "Gegenstrategie" (Jü.) ist es heller Wahnsinn. Derselbe Autor schlägt ein internationales Bündnis vor, mit dem "unbedingt auch bürgerliche, ja sogar konservative Gegner des 'Vierten Reichs' erfaßt werden" müßten, und spricht sich gleich selbst das Urteil: "Das Profil der Kampagne wäre demzufolge eher antideutsch als antiimperialistisch." (Jü. in AK 314)

Richtig: mit antiimperialistischer, antikapitalistischer, sozialistischer Politik hat dieser Teil der Radikalen Linken nicht mehr viel zu tun. Er wird den logischen Abschluß seines Umdenkens eher beim Linken-Hasser Wolfgang Pohrt finden, der nur noch darauf hofft, daß "die Deutschen vielleicht doch noch die Strafe ereilt, die sie seit 45 Jahren verdienen". ("konkret" 4/90) So gesehen wird man auch den frommen Wunsch, Deutschland möge endlich zerstört werden - Detlef zum Winkel in Anlehnung an Brechts Karthago-Verse; "konkret" 1/90) - vielleicht nicht mehr mißverstehen. Zu klären wäre nur noch, auf welche hinreichend weit entfernte und klimatisch bekömmliche Inselgruppe sich die Autoren zurückziehen möchten, um frei nach Jona "zu sehen, was der Stadt widerfahren würde". (Der Prophet Jona landete nicht nur im Walfischbauch, sondern sagte auch den Untergang der Stadt Ninive voraus. Er war zutiefst beleidigt, als sich dies nicht ereignete.)

Die alte BRD-Linke ist am Ende

Es sollte inzwischen eigentlich klar sein: Die breite internationale Allianz "gegen das Großdeutschland-Projekt", auf die ein Teil der Radikalen Linken und leider auch des KB seine ganze Hoffnung fixiert hatte, wird es nicht geben. Die mit Stoßseufzern herbeigeflehte "Vollbremsung der Alliierten" wird es nicht geben. Den raffiniert ersonnenen strategischen Pakt des KB mit den Konservativen von Thatcher bis Schamir wird es nicht geben.

Wir sind weitgehend auf uns selbst angewiesen. Arbeit an einem breiten Bündnis in beiden deutschen Staaten gegen die Offensive des deutschen Imperialismus wäre jetzt eine zentrale Aufgabe. Das setzt derzeit als ersten Schritt Aufhebung der durch nichts zu rechtfertigenden und durch keine äußere Schranke mehr erzwungenen Distanz zwischen BRD-Linken und DDR-Linken voraus. Einen "Radikalismus", der sich in erster Linie darin kundtut (und erschöpft), daß er reale Entwicklungen zwar auch nicht behindert, aber sie mindestens ein Jahr später zur Kenntnis nimmt als die übrige Welt, können wir uns nicht leisten. Eine BRD-Linke, die sich nicht interessiert für Strömungen und Probleme der PDS und der übrigen DDR-Linken, die alles möglichst schnell in das Ablagefach "Sozialdemokratisch/ Linksnationalistisch" stopft, die nicht einen Heißhunger auf jede erreichbare Information aus der DDR entwickelt, wäre schon geschlagen, bevor der Kampf richtig begonnen hat.

In einer sich neu gruppierenden deutschen Linken wird die PDS eine zentrale Rolle übernehmen müssen. Daß sie bei aller Stärke eine spezifische Regionalpartei der DDR ist und wohl auch ganz überwiegend bleiben wird, selbst wenn PDS-Strukturen in der BRD gebildet würden, ist nicht zu übersehen.

Auf der anderen Seite steht der PDS eine BRD-Linke gegenüber, die in ihrer Desolatheit und Desperatheit einen Tiefpunkt erreicht hat, dessen Grad von der PDS vielleicht noch gar nicht richtig begriffen worden ist.

Gerade dies macht es so schwer, eine zweckmäßige und realistische Antwort auf die Herausforderung durch die völlig neue Lage zu entwerfen. Eine selbstbewußte, mit einem Mindestmaß an Massenwirksamkeit agierende BRD-Linke, die der PDS als halbwegs gleichberechtigter Partner gegenübertreten, Ansprüche anmelden, alle denkbaren organisatorische Optionen unbefangen und sachlich prüfen könnte, existiert nicht. Dies mobilisiert bei vielen BRD-Linken erst einmal starke Abgrenzungsängste, die bis zur Aggressivität oder zur künstlich aufrechterhaltenen Ignoranz führen. Das wiederum minimiert das ohnehin schmale Potential für Dialog und Kooperation mit der PDS auf ein nur noch mikroskopisches Ausmaß. Verringert entsprechend die Aussichten, innerhalb eines Bündnisses mit der PDS eigene politisch-theoretische Identität einzubringen und eventuell sogar als "Plattform" innerhalb der PDS (oder einer neu zu bildenden gesamtdeutschen Linkspartei) Autonomie zu wahren, gegen Null. Dennoch meine ich, daß genau diese Optionen diskutiert und gegebenenfalls ausgetestet werden müßten - was natürlich nicht zuletzt von der Reaktion und Bereitschaft der PDS abhängen würde.

Eine Partei, die in jedem denkbaren Dialog und Bündnis so übergewichtig wäre wie die PDS gegenüber den Resten der BRD-Linken, bewegt sich wahrscheinlich zwangsläufig zwischen zwei Gefahren: Einerseits die "Partner" letztlich doch zu erdrücken und zu überrollen. Andererseits übervorsichtig und allzu zögernd zu agieren aus Angst, Zerstörungen zu verursachen, Mißtrauen und Gekränktheiten hervorzurufen. Wobei diese beiden Gefahren sich nicht automatisch gegenseitig neutralisieren, sondern unter Umständen addieren.

Die Grundüberlegung der PDS, die Sache sehr behutsam anzugehen und keine überstürzten Gründungsversuche zu ermutigen, bleibt selbstverständlich vernünftig. Andererseits wird die PDS bei ihrem in den nächsten Monaten wohl beginnenden Versuch, mit der BRD-Linken ins Gespräch und dann vielleicht auch enger "ins Geschäft" zu kommen, wahrscheinlich unübersehbar mit dem sich jetzt bereits abzeichnenden Fakt konfrontiert sein, daß bei einem Großteil derjenigen, die in der BRD seit nunmehr 10 bis 20 Jahren mit abnehmender Resonanz sozialistische Politik zu machen versuchen, wenig Lust und auch wenig geistige Bereitschaft und Beweglichkeit zu derartigen Experimenten besteht. Die PDS wird sich vermutlich auch in der Hoffnung getäuscht sehen, bei den traditionellen "linken Grünen" und "linken Sozialdemokraten" der BRD nennenswerten Zuspruch für ein breites Linksbündnis zu finden.

Mit anderen Worten: Jeder Versuch, den Resten der alten BRD-Linken neues Leben einzuhauchen und sich vorwiegend auf dieses Potential zu orientieren, würde für die PDS wahrscheinlich mit einer Enttäuschung enden. Es scheint, daß die Zukunft einer "starken Linken in Deutschland" wesentlich davon abhängt, ob es mit

Hilfe der PDS gelingt, in der BRD einen starken, auch emotional gespeisten Schub von jüngeren, vergleichsweise neuen Kräften auszulösen, wie dies in der DDR im Winter 1989/90 der Fall war. Würde hingegen die PDS das "Projekt" allzu rücksichtsvoll dem Selbstlauf überlassen, so wäre die Gefahr groß, daß die alte BRD-Linke die Sache in erprobter Manier zerredet, zerschreibt und zu Tode kaspert, bevor sie noch richtig begonnen hat.

Knut Mellenthin

# 42. GewerkschafterInnen gegen Nationalismus und Annexion der DDR

CD-Datei: daten/aksuche/ak318/auf6.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:auf6

Eine Initiative von Hamburger GewerkschafterInnen hat nachstehenden Aufruf gegen Nationalismus und gegen den Anschluß der DDR verfaßt.

Ziel der Initiative ist es:

- kritische Positionen gegen Nationalismus und den Anschluß der DDR in der (gewerkschaftlichen) Öffentlichkeit zu verankern,

- auch aus gewerkschaftlicher Sicht vor den Folgen der Annexionspolitik und des Nationalismus zu warnen

- und schließlich zu der bundesweiten Demonstration gegen Nationalismus, Kolonialisierung Osteuropas und die Annexion der DDR als GewerkschafterInnen aufzurufen.

Für die bundesweite Ausgabe der "tageszeitung" vom 9. Mai ist eine Veröfentlichung des Aufrufs (Kurzfassung) als Zeitungsanzeige geplant. Bis dahin werden weitere UnterstützerInnen und UnterzeichnerInnen gesucht.Im übrigen sind die Initiatoren auf Geldspenden zur Finanzierung von Anzeigen und Flugblätter angewiesen.

Die Langfassung des Aufrufs ist zu erhalten:

Andreas Bachmann, GAL-Landesgeschäftsstelle, Bahrenfelder Str. 244, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/391578

Peter Bremme, Detlev-Bremerstr. 52, 2000 Hamburg 36, Tel.: 040/312782

# 43. Ein Einwanderungsland will keines sein

*Das neue Ausländergesetz und seine Folgen*

CD-Datei: daten/aksuche/ak318/ausvor.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:ausvor

Während Presse und öffentliche Debatte beherrscht von der kommenden deutschen Einheit deren Modalitäten erörtert, ist bei demgegenüber geringer öffentlicher Aufmerksamkeit der Kontinuität zur Ausländerpolizeiverordnung von 1938 mehr als Genüge getan worden. Das neue Ausländergesetz ist nach dem xten Anlauf in leicht modifizierter Form des Schäuble-Entwurfs im Bundestag gegen Stimmen von SPD und Grünen verabschiedet worden. Die Realität wird vom politischen Willen vergewaltigt: Der Tatsache, daß die BRD ein Einwanderungsland ist, werden völkische und technokratisch-repressive Instrumente zur Schikanierung gegenübergestellt, die unvermeidliche Beteuerung, die BRD solle kein Einwanderungsland sein, erklärt die massiven Verschärfungen der rechtlichen Situation aller Nichtdeutschen.

Den ImmigrantInnen und Flüchtlingen gibt das Gesetz eindeutig zu verstehen: Grundsätzlich unerwünscht sind sie, sofern nicht aus wirtschaftlicher Erwägung handhabbare Masse, Aufenthaltsrecht gibt's nur als Gnadenakt, Integration allenfalls in Form erzwungener Assimilation. Der Rest der Gesetzesaussage ist in Gesetz gegossener Ausdruck der hiesigen Fremdenfeindlichkeit. Womit mal wieder bewiesen wäre, daß die Gesetze lediglich Spiegelbild der politischen Verfaßtheit einer Gesellschaft sind.

Dabei werden die Tatsachen schlicht auf den Kopf gestellt, Opfer zu Tätern und umgekehrt gemacht: Nicht etwa ImmigrantInnen und Flüchtlinge werden rechtlich (soweit das überhaupt geht) vor willkürlichen und rassistischen Ein- und Angriffen bewahrt, sondern Deutsche sollen geschützt werden vor ausländischen Störfaktoren, die Interessen der BRD (d.h. Herrschenden) vor ihrer "Beeinträchtigung".

Das, was als gewachsene "Rechtssicherheit" verkauft wird, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als ein ausgefeiltes Instrumentarium zur Schikanierung aller ImmigrantInnen und Flüchtlinge: BRD- Botschaften als vorverlagerte Grenzposten werden zur Entscheidung über die Einreise ermächtigt, Flüchtlinge und Einreisewillige rechtsschutzlos dem Visumszwang ausgesetzt; hier sorgt dann eine Palette verschiedenster Aufenthaltstitel dafür, daß AusländerInnen nach Belieben selektiert und sortiert werden können, hinzu kommen ein weitreichendes politisches Betätigungsverbot, die Bedingung "ausreichenden Wohnraums" in einer Zeit akuter Wohnungsnot, auf die "Kernfamilie" beschränkte Nachzugsmöglichkeiten, Denunziationspflicht für Angestellte des Öffentlichen Dienstes - die Untersuchung dieses rassistischen Gesetzes und seiner Folgen auf der Seite 4

# 44. Erst die Arbeit - und dann?

*Tarifkampf für Arbeitszeitverkürzung*

CD-Datei: daten/aksuche/ak318/bg35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:bg35

Vier Prozent mehr Lohn, samstags regelmäßig und in der Woche bis zu 60 Stunden arbeiten. So wollen die Kapitalisten in der Metall- und Druckindustrie den künftigen Tarifvertrag, der möglichst eine Laufzeit länger als ein Jahr haben soll. Zudem soll erst der Binnenmarkt der EG realisiert sein, bevor über kürzere Arbeitszeit überhaupt geredet wird: In der BRD werde sowieso schon am kürzesten in der EG gearbeitet. Dagegen steht die stetige Ausweitung der Schichtarbeit, die Zunahme der Wochenendarbeit, ein nach Millionen zu zählender Berg von Überstunden und eine permanente Erhöhung der Leistungsdichte. Deswegen fordern die Gewerkschaften IG Metall und IG Medien die Einführung der 35-Stunden-Woche, die Erhöhung der Löhne und Gehälter um neun Prozent und das arbeitsfreie Wochenende. Damit aber stoßen sie auf den erbitterten Widerstand der Kapitalisten, die an dieser Forderung kritisieren, daß bei ihrer Realisierung der bestehende Facharbeitermangel weiter verschärft werde. Auf die Idee, einen Teil der über zwei Millionen registrierten Arbeitslosen einzustellen und auszubilden, scheinen die Unternehmer nicht zu kommen; es könnte Geld kosten und die Gewinnmarge gefährden. Diese ist in den letzten drei Jahren angestiegen, ohne daß die Löhne analog zum Produktivitätszuwachs angehoben worden wären. So ist in den Jahren seit dem letzten Tarifabschluß 1987 der Anteil der Löhne am Nationaleinkommen gesunken. Anhaltender Boom, Zunahme der Arbeitshetze bei Senkung der sozialen Standards und für viele kein Ende der Arbeitslosigkeit in Sicht: genug Gründe, die Arbeitszeit sofort zu verkürzen. Auch die voranschreitende Modernisierung und die damit einhergehende Verdichtung des Arbeitstages gehören dazu: "Daher das ökonomische Paradoxon, daß das gewaltigste Mittel zur Verkürzung der Arbeitszeit in das unfehlbarste umschlägt, alle Lebenszeit des Arbeiters und seiner Familie in disponible Arbeitszeit für die Verwertung des Kapitals zu verwandeln." (MEW 23 S. 430)

Seite 3

# 45. Wir geben uns die Ehre

*Kommentar*

CD-Datei: daten/aksuche/ak318/ehre.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:ehre

Die Verfasser der Programmatischen Thesen sind Philosophiestudenten; kaum verwunderlich, daß es ihnen rein sprachlich schwerfällt, Adorno-Jargon-Wendungen ("Sie affiziert ... wesentlich") zu vermeiden. Hier geht es aber um mehr als eine Stilfrage; ebenso, wenn man die Grundstrukturen der Redeweise kritisch unter die Lupe nimmt. Da heißt es dauernd "wir", gemeint ist die Partei, die Partei, die Partei, die, soeben gegründet sich die Ehre gibt, "verstreuten linken Kräften ein ... Forum zu schaffen" - welche verstreute linke Kraft kann da schon widerstehen? Andererseits wird ständig der offene Charakter des Projekts betont: nichts soll "präjudiziert" werden. Da taucht eine Diskrepanz auf zwischen dem forschen Selbstbewußtsein der Initiatoren, die feierlich die Menschheit beschwören, und andererseits einer Bescheidenheit, mit der auf Grundlage eines vagen Minimalkonsenses allen möglichen linken Kräften eine politische Heimat angeboten wird.

Besonders deutlich wird diese Diskrepanz im Punkt 8: Statt einfach mal Fraueninteressen so zu nehmen, wie sie sind, werden sie sofort in den größeren Zusammenhang der "gesamtmenschlichen Emanzipation" eingeordnet; als "Schrittmacher" vor diesen Karren gespannt, wird den Frauen dann sogar die Ehre zuteil, den "Gradmesser" spielen zu dürfen. Dann wird betont, daß allein die Frauen selbst "Inhalt, Programm, die Form und Zielvorstellungen dieser Bewegung" bestimmen sollen - sollte das nicht selbstverständlich sein? -, woraufhin die Herren "Wir", nämlich die beiden männlichen Autoren, eine Abgrenzung zu "bürgerlich-feministischen Ansätzen" hinzufügen. Soll das heißen, daß Rita Süßmuth in der PDS unerwünscht ist?

Überhaupt macht sich unangenehm die Zwangsneurose bemerkbar, sich an möglichst allgemeinen Legitimationsinstanzen ("Menschheit") festzuhalten, statt einfach Interessen zu artikulieren und im Prozeß des Verfolgens dieser Interessen deren Tragweite für den Gesamtzusammenhang zu reflektieren. Nachdem die alte Zusammenbruchstheorie, die dem Kapitalismus den gesetzmäßigen Untergang prophezeite, erledigt ist, wird ein neuer Untergang anvisiert, und zwar diesmal der der gesamten Menschheit, und da soll dann der demokratische Sozialismus der "letzte Rettungsanker" sein. Interpretiert man das, was hier "Grenzen der conditio humana" genannt wird, als Gefahr einer ökologischen Katastrophe, so ist dazu zu sagen, daß keineswegs ausgemacht ist, ob der Kapitalismus es nicht doch schafft, diese in den Griff zu bekommen; leider allzu oft haben Marxisten den Fehler begangen, dem Kapitalismus zuwenig zuzutrauen. Was ansonsten die "conditio humana" angeht, so wird hier (was weder neu noch originell ist) der Sozialismus als Interesse aller Menschen verkauft; die Frage, warum bestimmte maßgebliche Menschengruppen kein Interesse an ihm haben, bleibt außen vor und mit ihr der Klassenkampf.

Besonders enttäuschend fällt Punkt 7 aus. Obwohl die Autoren die Demonstration der Radikalen Linken "Nie wieder Deutschland" unterstützen, erklären sie hier lediglich die Ablehnung des Anschlusses der DDR nach Art. 23 GG und verlieren zum Aufschwung des deutschen Imperialismus und Nationalismus kein erhellendes Wort. Das riecht sehr nach Anbiederung an Gysi und Modrow.

Alles in allem zeigt der Programmentwurf also eine typisch links-bürgerlich- intellektuelle, moralisch-humanistische Handschrift, die permanent zwischen dem prägnanten Willen zu politischer Intervention und vagem Minimalkonsens-Wischiwaschi pendelt. Der PDS ist zu wünschen, daß sie nicht die Kopfgeburt wird, als die sie hier erscheint.

H.B., Frankfurt

# 46. In eigener Sache

CD-Datei: daten/aksuche/ak318/wind.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:318:wind

Der Buchladen Gegenwind (früher Arbeiterbuch), Hamburg, schließt Mitte Juni. Das Gegenwindkollektiv bittet alle FreundInnen, doch noch ein letztes Mal durch den Laden zu stöbern, unter den noch vorhandenen Beständen ist noch viel Interessantes zu finden. Das Gegenwindkollektiv gibt auch gerne auf telefonische Fragen Auskunft (Tel. 45 38 01). Diese Umsätze helfen, die Geschäftsaufgabe einigermaßen vernünftig über die Bühne zu bekommen. Ende Mai bis Schluß findet dann der Räumungsverkauf statt.

Den KundInnen, die bisher den ak im Gegenwind gekauft haben, empfehlen wir die bequeme Methode, den ak immer aktuell im Hause zu haben: das Abo (dieser besondere Geschmack ist auch nicht teurer, als der Einzelbarkauf). Wer das nicht möchte, kann den ak in Hamburg an folgenden Orten kaufen: Buchladen Osterstr., Buchladen Die Druckerei, Buchladen Nautilus, Buchladen Heinrich Heine (Schlüterstr.), Cafe und Buch, Buchladen Schwarzmarkt, Zeitungsladen am Spritzenplatz, Zeitungsladen Schulterblatt.